Donnerstag, 14. Februar 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 38 - 7.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 200,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Haustürgeschäfte: Die Bundesregierung hat eine Bundesratsinitiative befürwortet, nach der bei Haustürgeschäften Käufer unter bestimmten Bedingungen binnen einer Woche vom Kauf oder Vertrag zurücktreten können. (S. 12)

Wörner stimmt zu: Bundesverteidigungsminister Wörner billigt die geplante Übernahme des zum Flick-Konzern gehörenden Rüstungs-Produzenten Krauss-Maffei durch ein Konsortium um den Luft- und Raumfahrtkonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm, teilte Bayerns Finanzminister Streibl mit. (S. 17)

Hupka-Nachfolger? Der Parlamentarische Staatssekretär im innerdeutschen Ministerium, Hennig, soll Nachfolger von Herbert Hupka in dessen Amt als Vorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der Union werden, fordert der Vorsitzende des westfälischen Verbandes, Priesnitz. Ein entsprechender Vorstoß werde auf der Bundesversammlung im Juni unternommen.

Verzicht: Die FDP-Bundestagsabgeordnete Hamm-Brücher verzichtet auf eine Kandidatur für das Amt eines stellvertretenden Bundesvorsitzenden. (S. 12)

Wahl in Südkorea: Mit 29 Prozent der Stimmen (67 Sitze) verbuchte die regierungskritische Neue Demokratische Partei Koreas einen überraschend hohen Wahlerfolg. Trotzdem konnte die Demokratische Gerechtigkeitspartei bei nur 35,4 Prozent ihre absolte Mehrheit an Sitzen (148) behaupten. (S. 12)

Freispruch: Der frühere Vorsitzende der verbotenen türkischen Nationalen Heilspartei, Erbakan, ist von einem Militärgericht vom Vorwurf des „Versuchs der Errichtung eines theokratischen Staates" freigesprochen worden. Die Anklage sei „ungenügend begründet". (S. 7)

Kabinetts-Umbildung: Chiles Staatschef Pinochet berief als Nachfolger für den bisherigen Innenminister Jarpa den Geschäftsmann Ricardo Garcia und für den bisherigen Finanzminister Luis Escobar den ehemaligen Planungsminister Hernan Buchi.

Fragen um Le Pen: Im Vorfeld der Kantonswahlen in Frankreich wächst sich die Vergangenheit des Rechtspolitikers und Europa-Abgeordneten Le Pen zu einem Politikum aus. Le Pen wird vorgeworfen, im Algerien-Krieg Freischärler gefoltert zu haben. (S. 7)

Ernst Jünger

Aus dem jüngsten Buch von Ernst Jünger, „Eine gefährliche Begegnung", das morgen vom Klett-Cotta-Verlag auf dem deutschen und französischen Buchmarkt vorgestellt wird, veröffentlicht die WELT zwei herausragende Porträts. Seite 6

WIRTSCHAFT

Prognose: Mit einem Rückgang des Bruttosozialproduktes im ersten Quartal 1985 um 0,5 Prozent aufgrund der Witterung rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung. (S. 13)

Hüls Chemie: Die Veba-Tochter wird wahrscheinlich für 1984 aufgrund ihres 100 Millionen DM hohen Jahresüberschusses eine Dividende von mehr als zwölf Prozent zahlen. (S. 13)

Papierindustrie: Die deutsche Papierindustrie steigerte 1984 ihren Umsatz um 16 Prozent auf 14 Milliarden DM. (S. 13)

Börse: An den Aktienmärkten erholten sich die Kurse auf breiter Front. Der Rentenmarkt war uneinheitlich. WELT-Aktienindex 169,4 (168,9). BHF-Rentenindex 100,803 (100,852). Performance Index 98,827 (98,846). Dollarmittelkurs 3,2894 (3,2782) Mark. Goldpreis pro Feinunze 303,20 (302,50) Dollar.

ZITAT DES TAGES



»Es muß die Frage erlaubt sein, ob in einem der reichsten Länder der Welt jährlich rund 150 000 Abtreibungen mit sozialer Notlage begründet werden können«

Theo Waigel, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im Bundestag, zur Diskussion, ob Schwangerschaftsabbrüche bei sozialer Indikation von den Krankenkassen bezahlt werden müssen

FOTO: JUPP DARCHINGER

KULTUR

Kulturaustausch: Der in Ost-Berlin lebende Schriftsteller Stephan Hermlin hat bedauert, daß zu wenige Schriftsteller aus der Bundesrepublik in der „DDR" auftreten dürften. Er verband seine Äußerung mit der Forderung nach einer Erweiterung des Kulturaustausches „auf beiden Seiten der ideologischen Trennlinie".

Chagall-Ausstellungen: Mit Gemälden, Glasarbeiten und einer Auswahl von Graphiken zeichnet die Londoner Royal Academy das Werk des 97jährigen nach. Ergänzt wird der Zyklus durch eine Präsentation der Kestner-Gesellschaft in Hannover, in deren Mittelpunkt die subtilen Zeichnungen des Künstlers stehen. (S. 19)

SPORT

Tennis: Steffi Graf (15) feiert den größten Erfolg ihrer internationalen Karriere. In Delray Beach (Florida) steht sie gegen Chris Evert-Lloyd im Halbfinale. (S. 11)

Ski Alpin: Markus Wasmeier fuhr beim Training zur Abfahrt in Bad Kleinkirchheim die siebtbeste Zeit. Schnellster war Doppelweltmeister Pirmin Zurbriggen.

AUS ALLER WELT

Eiszeit? Seit etwa 25 Jahren sorgt das Wetter immer wieder für neue Schlagzeilen. Von Klima-Katastrophen ist die Rede, die entweder – so die Prognosen – zu einer überhitzten Erde oder einer neuen Eiszeit führen sollen. Ernst zu nehmende Experten warnen allerdings vor verantwortungslosen Horror-Visionen. (S. 20)

Versteigerung: Der „Baden-Fehldruck", die seltenste und teuerste Briefmarke Deutschlands, soll bei einer Versteigerung am 16. März in Wiesbaden für einen Preis von mehr als 1,5 Millionen Mark den Besitzer wechseln. (S. 20)

Wetter: Bewölkt. Um minus 4 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Schnee und Eis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis

Wallmann: Macht aus Hessen kein zweitrangiges Land

WELT-Gespräch mit dem hessischen CDU-Landesvorsitzenden

DW. Bonn

Der hessische CDU-Vorsitzende Walter Wallmann hat für den Fall, daß die energiepolitischen Vorstellungen der Landes-SPD durchgesetzt werden, eine gigantische zusätzliche Umweltbelastung vorausgesagt. Wallmann kündigte in einem WELT-Gespräch entschiedenen Widerstand gegen eine Politik an, die die Kernkraft zurückdrängt: Hessen darf kein zweitrangiges Land werden.

GERNOT FACIUS, Frankfurt

Wenn Walter Wallmann in Bürgerhäusern und Wirtshaussälen mit dem politischen Gegner abrechnet, ist der Kronzeuge stets unsichtbar präsent: Heribert Reitz (SPD). Des früheren Landesfinanzministers Warnung an die eigenen Genossen „Macht aus Hessen kein zweitrangiges Land" paßt so recht auf die aktuelle Situation, in der die sozialdemokratische Regierungspartei den „Einstieg in den Ausstieg" der Kernenergie probt. In den „Perspektiven einer Zukunft ohne Kernenergie", von Wirtschaftsminister Ulrich Steger im Auftrag des SPD-Landesvorstandes verfaßt, wird der Tag X zwar erst in das Jahr 2010 verlegt, aber der CDU-Landesvorsitzende, Frankfurts Oberbürgermeister Wallmann, gibt diesem spektakulären Papier mehr als nur polit-kosmetische Bedeutung. „Das ist ein Bekenntnis zum programmierten Abschied von der Atomkraft", sagt Wallmann. Er sieht darin eine klare Weichenstellung für die Zeit nach dem 10. März, dem Tag der hessischen Kommunalwahl. „Dann beginnt der nächste Akt der rot-grünen Zusammenarbeit."

Und so erhält der Kommunalwahlgang landes-, wenn nicht bundesweite Bedeutung. Der Widerstand, der sich an der SPD-Basis rührt, wird, so vermutet Wallmann, Ministerpräsident Börner nicht davon abhalten, „seine atemberaubende Kehrtwendung zu Ende zu führen".

Die Motive? Wallmann: „Börner und die SPD setzen ganz auf den Gewöhnungsprozeß. Der Ministerpräsident hat mit seiner Anpassung an die Grünen ohnehin einen Teil seiner Glaubwürdigkeit verloren. Er muß auf Kurs bleiben, um nicht den anderen Teil, den linken, zu verlieren."

WELT: Wie führen Sie dem Bürger die drohende Gefahr vor Augen?

Wallmann: Ich lebe nicht in der Vorstellung, daß man mit bloßem Lamentieren die Wähler beeindrucken kann. Wir müssen die Konsequenzen an jedem einzelnen Fall beschreiben. Was heißt das, wenn man sich gegen weitere Kernkraftwerke ausspricht und die Blöcke Biblis stillegt? Nahezu die gesamte Leistung der beiden Biblis-Blöcke, also 2500 Megawatt, versorgen den südhessischen Raum. Um diese Leistung zu ersetzen, braucht man Kohlekraftwerke mit einer thermischen Leistung von 7500 Megawatt. Das bedeutet, auch nach den neuen Grenzwerten, stündlich 8,7 Millionen Kubikmeter Abgase, davon 3,5 Tonnen Schwefeldioxid. Außerdem fallen 437 Kilogramm Staub an. In Südhessen hätten wir also Dauer-Smog, auch wenn diese Werte durch Blockheizkraftwerke „dezentralisiert" werden. Um diese Leistung von 7500 Megawatt zu erreichen, braucht man 250 neue Kohlekraftwerke. Wo sollen diese hin?

● Fortsetzung Seite 12

Freispruch im Spenden-Prozeß

Fabrikant Stielmann wirft der Staatsanwaltschaft Leichtfertigkeit vor

WERNER KAHL, Bochum

In dem aufsehenerregenden Spendenprozeß um den Textilfabrikanten Klaus Steilmann hat die Staatsanwaltschaft eine Niederlage erlitten. Das Bochumer Schöffengericht sprach ihn von der Anklage der Steuerhinterziehung frei. Die Staatsanwaltschaft hatte eine Geldstrafe von 500 000 Mark gefordert.

Es handelt sich um den ersten bekanntgewordenen Freispruch in dieser Größenordnung in einem Spendenverfahren. Zur Begründung sagte das Gericht, der Unternehmer habe für gemeinnützige Organisationen, die amtlich steuerbegünstigt gewesen seien, gespendet. Seine Spenden seien regelmäßig vom Finanzamt als steuermindernd anerkannt worden. Daß die Spendenempfänger mit einem Teil dieser Gelder Orts- und Kreisverbände der CDU im Rheinland unterstützten, habe der Angeklagte weder verlangt noch nach den Feststellungen des Gerichts gewußt. Zur Beweisaufnahme sagte der Richter, man habe gehofft, daß die Zeugen in der Sache aufklärend hätten wirken können, aber sie machten von ihrem Recht der Aussageverweigerung Gebrauch. Untersuchungsausschüsse müßten jetzt „Umweg-Finanzierungen" bewerten.

„Ich bin enttäuscht und erschüttert, wie ich von den Staatsanwälten hier in die Öffentlichkeit gezerrt wurde", hatte Steilmann in seinem Schlußwort gesagt. Unter dem Applaus von Belegschaftsangehörigen, die den Zuschauersaal füllten, erklärte er, als „letzte Spende" werde er nach dem Prozeß einen Forschungsauftrag finanzieren, der die „Leichtfertigkeit", mit der die Staatsanwaltschaft in den Spendenermittlungen tätig gewesen sei und dabei der Demokratie Schaden zufüge, untersucht werden soll.

SEITE 2: Freispruch wg. Spenden

Parteispenden waren nicht Gegenstand dieses Verfahrens, waren sich Verteidiger und Staatsanwalt in ihren Plädoyers einig. Das war die einzige Gemeinsamkeit. In allen anderen Phasen des mehrtägigen Prozesses unterschieden sich ihre Auffassungen wie Feuer und Wasser. Die Staatsanwalt unterstellte dem Wattenscheider Unternehmer, er habe „bewußt" über CDU-nahe „Geldsammelstellen" am Finanzamt vorbei gezahlt, auch wenn dieses niemals Beanstandungen vorgetragen hatte. 170 000 Mark hatte Steilmann, Branchenführer in der westeuropäischen Damen-Oberbekleidungsindustrie, in den siebziger Jahren an die staatsbürgerliche Vereinigung und an das Seminar für Sozial- und Staatspolitische Bildung der Christlichen Arbeitnehmerschaft in Köln gezahlt.

Bonn unzufrieden mit der Unesco

ms. Bonn

Die Unzufriedenheit Bonns über die Arbeit der Unesco hat der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Exekutivrat der Organisation, Karl Mörsch, artikuliert. Es müsse „totes Holz" abgeschlagen werden, sagte Mörsch in einem Rundfunkinterview. Auch sei es notwendig, daß die Organisation wieder zu ihren „ursprünglichen Aufgaben" zurückkehre: Bekämpfung des Analphabetentums, Ausbau des Kommunikationswesens und zu Wirtschaftsfragen. Die USA, Großbritannien und Singapur wollen die Organisation aus Unzufriedenheit über die „politische Überfremdung" im kommenden Jahr verlassen. Dem Generalsekretär der Unesco waren wiederholt Verschwendungssucht und feudale Allüren vorgeworfen worden.

Genscher spricht Ausreisen an

DW. Bukarest

Bundesaußenminister Genscher hat gestern seine Gespräche in Bukarest aufgenommen und ist mit dem rumänischen Staats- und Parteichef Ceausescu zusammengetroffen. Im Vordergrund der Verhandlungen standen nach Angaben aus Bukarest die Ost-West-Beziehungen und bilaterale Fragen. Genscher wollte auch das Schicksal der rund 250 000 deutschstämmigen Rumänen ansprechen. Seit 1972 wurden rund 92 000 dieser Bürger die Ausreise aus Rumänien gestattet. Die Ausreisegenehmigungen sollen jedoch von Zahlungen an die Behörden abhängig sein. Bonn hatte wiederholt auf Familienzusammenführungen in größerem Umfang gedrungen. Bereits am Dienstag war Genscher mit Außenminister Andrei zusammengekommen.

Katalysatoren: Disput mit Paris

HOR, Bonn

Die Bundesregierung will in jedem Fall an der bereits begonnenen Einführung von Katalysator-Autos festhalten. Das erklärte ein Sprecher des Innenministeriums, nachdem bekanntgeworden war, daß Frankreich formell bei der EG-Kommission in Brüssel gegen die Pläne der Bundesregierung Einspruch erhoben hatte. Nach EG-Recht bedeutet das: Jeder deutsche Akt zur Inkraftsetzung der Regelung wäre für sechs Monate blockiert.

Die Pariser Regierung hat ihren Einspruch bei der Brüsseler Kommission ausführlich begründet. Die deutschen Abgasregelungen seien „exzessiv" und wissenschaftlich nicht belegt, hieß es. Das Innenministerium erklärte, daß die Argumente der Franzosen nicht überzeugend seien.

Wer malte den Mann mit dem Goldhelm?

PETER HANS GÖPFERT, Berlin

Eine Untersuchung im Hahn-Meitner-Institut soll klären: Wer malte den Mann mit dem Goldhelm? Der Leiter der Restaurierungswerkstatt in der Berliner Gemäldegalerie, Gerhard Pieh, vergleicht seine augenblickliche Arbeit mit einem „Seiltanz". Und tatsächlich könnte mancher Liebhaber der Niederländer-Abteilung in Dahlem das Ergebnis dieser Freilegung als einen schmerzhaften Absturz empfinden.

Auf der Staffelei des Restaurators steht „Der Mann mit dem Goldhelm", das – nach der Nofretete – touristisch attraktivste Kunstwerk Berlins. Bis dato gilt dem Besucher des 67,5 x 50,7 cm messende Porträt als Meisterwerk Rembrandts – in seiner inhaltlichen Deutung und seiner malerischen Wirkung mit Geheimnis erfüllt und von rätselhafter Aura umgeben. Die Zuschreibung für „Rembrandt" könnte allerdings binnen kurzer Zeit kippen.

Schon seit rund anderthalb Jahrzehnten befindet sich die Autorschaft Rembrandts in der wissenschaftlichen Diskussion. Eine ganze Reihe der Dahlemer Rembrandt-Gemälde wurde für das neue kritische Werkverzeichnis des Haager „Rembrandt Research Project" (von dem bisher nur der erste Band, bis 1630, erschien) nicht vorgesehen. Darunter der Mann mit dem Goldhelm.

Schon der bisherige restauratorische Eingriff ist aufregend genug: Über dem Bild lag eine vergilbte pigmentierte Firnisschicht nebst zusätzlichen Lasuren – jener im 19. Jahrhundert beliebte „Galerieton"; der sollte, wie es Prof. Henning Bock, der Direktor der Gemäldegalerie, sagt, „rembrandtischer als Rembrandt" sein.

Nicht nur, daß das Bild wesentlich heller wirken wird – und also auch weniger von Rätseln umdunkelt – allmählich deuten sich bisher verborgene Teile eines Mantels oder Umhangs an. Konturierungen an Halsarmierung und Schulter erscheinen. Der Federbusch am Helm, zuvor nur zu ahnen, gewinnt eine intensiv differenzierte Farbigkeit. Ganz offenbar wurden im 19. Jahrhundert auch Partien, an denen der Künstler geschabt oder gekratzt hatte, für Beschädigungen gehalten und „korrigiert". Es wäre möglich, daß hier noch Spuren einer Brust-Kette auftreten könnten.



Streitobjekt: „Der Mann mit dem goldenen Helm" FOTO: DIE WELT

Diese „Archäologie" eines Bildes bringt sensationelle Neuentdeckungen. Im unteren Teil erkennt man nun wesentlich stärker Zonen eines beinahe spontanen raschen malerischen Gestus, wie er für den späten Rembrandt bekannt ist.

Der heikelste Punkt der Restaurierungsphase kommt allerdings, wenn das Bild beim Hahn-Meitner-Institut einer Untersuchung im Neutronenaktivierungsverfahren unterzogen wird. Dabei lassen sich in Aufnahmen-Serien Pinselduktus und verschiedene Entstehungs-Zustände dokumentieren, wie dies nach der herkömmlichen Röntgenmethode gar nicht möglich wäre.

Und diese Untersuchung könnte nun wirklich den Wissenschaftlern die Bestätigung bringen, daß nicht

■ Fortsetzung Seite 12

DER KOMMENTAR

Der Goldhelm

GÜNTER ZEHM

Berlins Kunstfreunde zittern um das Schicksal ihres „Mannes mit dem Goldhelm". Seit das berühmte Rembrandt-Gemälde aus den Dahlemer Sammlungen restauriert wird, schwirren Gerüchte umher, wonach das „unfehlbare" Verfahren der sogenannten Neutronenaktivierung seine Nichtauthentizität an den Tag bringen werde. Mit anderen Worten: Der „Mann mit dem Goldhelm" ist möglicherweise gar nicht von Rembrandt selbst gemalt, sondern von einem seiner Schüler. Namen wie Carel Fabritius oder Aert de Gelder werden gehandelt.

Im Falle Rembrandts wäre eine herabmindernde Neuzuordnung besonders bitter, denn im Gegensatz etwa zu Cranach oder Rubens hatte der Mann aus Leiden keine eigentliche „Werkstatt", in der manchmal Beiträge von Mitarbeitern durch bloßen Namenszug des Meisters zu „Originalen" geadelt wurden. Rembrandt ist und bleibt der große Individualist unter den Klassikern. Sein Hinauswachsen über Gildenzwang und Auftraggebermentalität, sein Affront gegen die „Compagnie" des Hauptmanns Cocq beim Malen der „Nachtwache", sein von Tragik umwitterter späterer sozialer Abstieg – das alles hat ihn auch in den Augen der großen Masse zum Inbegriff des modernen Künstlers gemacht, zum Manne der unverwechselbaren Handschrift, die vielleicht nachgeahmt, doch nie ausgetauscht werden kann.

Die neueste Kunstforschung kratzt bekanntlich gern am Bild solcher einsamen Heroen. So mag es denn sein, daß auch in den gegenwärtigen Berliner Restaurierungs- und Neubestimmungsarbeiten unterschwellig ein wenig von jener Ideologie mitschwingt, die dem Originalgenie Rembrandt nicht günstig gesonnen ist. Selbstverständlich kann man trotzdem vollkommen sicher sein, daß zum Beispiel beim Entfernen verschmutzter Firnisschichten nicht gleich auch vom Künstler beabsichtigte Dunkelheit mit hinweggenommen wird.

Was aber für die eigentlichen Restaurierungsarbeiten gilt, das muß auch für eventuelle Neuzuordnungs-Versuche gelten. Die Wissenschaftler dürfen in einem so gravierenden Fall nicht mit bloßen Vermutungen kommen. Auf ihnen liegt die volle Beweislast. Historisch-kunsttheoretische Gesichtspunkte sind nicht weniger zu berücksichtigen als materialmikroskopische, und am Ende muß auch der größte Skeptiker überzeugt sein. Andernfalls wird die Berliner (und nicht nur die Berliner) Kunstwelt „ihren" Goldhelmmann, um den herum eine so dichte, jahrhundertalte Aura der Authentizität gewoben ist, unverdrossen weiter als eines der großen Werke des Rembrandt Harmensz van Rijn verehren.

„Ein Tag der Trauer für alle Deutschen"

DW. Dresden

Als einen „Tag der Trauer für alle Deutschen" hat der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Staatssekretär Hans-Otto Bräutigam, den 40. Jahrestag der Zerstörung Dresdens bezeichnet. Es dürfe keinen Augenblick vergessen werden, wie das alles gekommen sei. Er glaube, daß die „Deutschen hüben und drüben und die Verantwortlichen ähnliche Gedanken" an diesem Tag bewegten, sagte Bräutigam, nachdem er an der Ruine der Frauenkirche im Namen von Bundespräsident Richard von Weizsäcker einen Kranz niedergelegt hatte. Die Aufschrift der schwarz-rot-goldenen Kranzschleife lautet: „Der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland". Bräutigam, bei dessen Kranzniederlegung etwa 150 Dresdner zusahen, sagte weiter, wer vor der zerstörten Frauenkirche stehe, wisse, „daß ein solcher Krieg und eine solche Heimsuchung nicht wieder geschehen darf". Dafür gebe es eine gemeinsame Verantwortung aller Deutschen und beider deutscher Staaten. Auf der roten Schleife des Kranzes von Honecker stand in goldenen Lettern „Unvergessen die Opfer der Hitler-Barbarei und des Bombenterrors gegen Dresden". Die Feiern zum 40. Jahrestag der Bombardierung waren am Morgen mit einer Kranzniederlegung der „DDR"-Staatsführung auf dem Heidefriedhof begonnen worden. Hier waren mehr als 22 000 Opfer der Bombennächte vom 13. und 14. Februar 1945 bestattet worden.

Seite 4: Resignation

Bedenken gegen Gesetz zum Erziehungsgeld

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann hat seine Ablehnung gegenüber wichtigen Teilen des Gesetzentwurfes von Familienminister Heiner Geißler zum für 1986 geplanten Erziehungsgeld zum Ausdruck gebracht. In einem Brief an Geißler weist Bangemann darauf hin, daß in den Ressortberatungen in wesentlichen Punkten, so in den Fragen der Einkommensgrenzen und vor allem der Arbeitsplatzgarantie, keine Übereinstimmung erzielt werden konnte.

Die Bedenken richten sich vor allem gegen die erhebliche Ausweitung des absoluten Kündigungsschutzes. In den Ressortverhandlungen habe der Vertreter Bangemanns darauf aufmerksam gemacht, daß dies im Widerspruch zur wirtschafts- und sozialpolitischen Grundkonzeption der Bundesregierung stehe. Auch arbeitsmarktpolitisch wirke diese Regelung kontraproduktiv.

Die Bedenken des Wirtschaftsministerium gegen die Einführung neuer Einkommensgrenzen werden damit begründet, daß dadurch die Progressionswirkung im Steuersystem verschärft wird. Solche Einkommensgrenzen wirken nach Ansicht des Wirtschaftsministeriums leistungshemmend, sie widersprächen damit den wachstumspolitischen Zielvorstellungen der Bundesregierung. Der Vertreter des Wirtschaftsministeriums hat in den Ressortgesprächen auch dafür plädiert, den Anspruch auf Erziehungsurlaub auf jene Fälle zu begrenzen, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind, beziehungsweise auf Alleinerzieher.

Seite 2: Die gute Missetat

Papst hofft auf Stärkung der polnischen Kirche

Warschau sucht noch Anstifter des Popieluszko-Mordes

DW. Rom/Warschau

Papst Johannes Paul II. hat die Hoffnung geäußert, daß die Ereignisse in Polen im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen die Mörder des Priesters Popieluszko zu einer Stärkung der Kirche und der Nation beitragen. Bei einer Audienz für polnische Pilger appellierte der Papst an seine Landsleute, sich durch die Erfahrungen der letzten Monate nicht entmutigen zu lassen. Der Tod Popieluszkos habe „Symbolcharakter", und das Schicksal des Geistlichen sei auch in Rom und der ganzen Welt „zutiefst miterlebt" worden.

In Warschau erklärte Regierungssprecher Urban, die Behörden suchten weiter nach möglichen Anstiftern des Mordes an Popieluszko. Obwohl der Thorner Prozeß gegen vier ehemalige Offiziere der Geheimpolizei keine Beweise in dieser Richtung erbracht habe, werde das Personal im ganzen Polizeiapparat überprüft. Urban teilte mit, die Anwälte von Adam Pietruszka und Grzegorz Piotrowski hätten beim Obersten Gericht Berufung eingelegt und um Reduzierung des Strafmaßes von 25 Jahren Gefängnis für ihre Mandanten nachgesucht. Der Regierungssprecher bestritt, daß die Regierung eine Kampagne gegen die Kirche führe.

Doch plant nach einem Bericht der italienischen katholischen Wochenschrift „Il Sabato" die Regierung in Warschau Maßnahmen zur Eindämmung des Einflusses der Kirche in Polen. Das Religionsamt beim Ministerrat soll die Außenbüros der Behörde angewiesen haben, keine neuen Genehmigungen für Kirchenbauten zu erteilen, die weitere Bearbeitung bereits erteilter Baugenehmigungen zu bremsen und die Entfaltung der Kirchenpresse zu behindern. Einige katholische Blätter, so „Il Sabato", sollen nach und nach liquidiert werden. Die Direktive des Religionsamtes erteile den polnischen Behörden die Anweisung, die Unterschiede in der Haltung des polnischen Primas Jozef Glemp und des Papstes zu betonen und zwischen „guten" und „bösen" Priestern zu unterscheiden.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Freispruch wg. Spenden

Von Peter Gillies

Freispruch für einen Parteispender? Das ist eine sperrige Nachricht, die viele Tugendwächter auf den Plan rufen wird. Hatte sich doch bisher in der Öffentlichkeit der Eindruck verfestigt, Spenden an Parteien seien stets der Inbegriff des Schmierigen. Klaus Steilmann, Textilunternehmer, hatte in den siebziger Jahren zwar viele Sportvereine und Organisationen mit Spenden bedacht, aber auch rund 170 000 Mark an *parteinahe* Verbände gegeben. Die Staatsanwaltschaft wollte mit einer Geldstrafe von einer halben Million Mark ein Exempel statuieren.

Demgegenüber hat das Gericht in bemerkenswerter Offenheit festgestellt, daß ein Steuerzahler keineswegs klüger sein muß als das Finanzamt, das die entsprechende Spendenbescheinigung ausstellt. Die erwähnten Vereine seien von Amts wegen als steuerbegünstigt anerkannt gewesen, deswegen sei die *Steuerminderung* beim Spender Rechtens. Punktum.

Die Tatsache, daß jene Organisationen vielleicht getarnte „Geldwaschanstalten" gewesen seien, hat in der Regel kein Spender zu vertreten, so wie ihm nicht angelastet werden kann, wenn Getreide für Afrika dort in Gestalt von Waffen ankommt. Politiker haben die Umwege ersonnen, Finanzbehörden sie durchschaut, jedoch anstandslos ausgeführt und durch konkludentes Handeln legalisiert. Daß sich einige Wachhabende der politischen Öffentlichkeit jetzt medial wachgeküßt fühlen und nach Exempeln dürsten, kann nicht die Sache eines Spenders mit gutem Glauben sein.

Nach den Aufgeregtheiten wg. Spenden ist das Urteil ein Zeichen dafür, daß die Beurteilung in ein neues Lot kommt. Kriminelle Spendenmanipulationen gehören so scharf verfolgt wie alle anderen einschlägigen Delikte. Aber die Bewertung, einen Spender dafür zu bestrafen, daß er den Spendenzweck genauso beurteilt wie sein Finanzamt, bedurfte schon lange der Korrektur. Sie erfolgte gestern in Bochum – allerdings nur dort. Dem Freigesprochenen ist es hoch anzurechnen, daß er sich dazu bekannt hat, auch künftig zu spenden.

Pflichten sausen lassend

Von Joachim Neander

Die Aufregung über die „neue hessische Atompolitik" ist überflüssig. Das Papier des Wirtschaftsministers Steger über den „langfristigen Ausstieg aus der Kernenergie" ist weder neu noch Politik. Die CDU sagt zwar, es sei verantwortungslos. Man ist geneigt zu erwidern: nicht einmal das.

Steger handelte in längst bekanntem Parteiauftrag. Dieser wiederum berief sich auf einen längst bekannten Parteitagsbeschluß der Bundes-SPD, wobei gesagt werden muß, daß es auch bei anderen Parteien kaum eine Dummheit gibt, die nicht in den letzten fünfzehn Jahren auf irgendeinem Parteitag *beschlossen und wieder vergessen worden wäre.*

In seinem materiellen Teil reiht das Papier Selbstverständlichkeiten am Bande auf. Etwa: das Kernkraftwerk Biblis existiert, es produziert Strom; auf diesen Strom kann Hessen nicht verzichten; Biblis bleibt bis zum Jahre 2010 in Betrieb, dann werde es sowieso abgeschaltet; ein neues Kernkraftwerk ist nicht geplant; zusätzliche Energie und nach Biblis' Ende Ersatz für die Kernenergie muß aus neuen Kohlekraftwerken kommen.

Schon die naheliegende Frage, wo denn solche neuen Kohlekraftwerke entstehen müßten, wird nicht berührt. Die ganze „politische Perspektive" des Papiers erinnert an einen Dienstreisenden, der in der Eisenbahn die Augen schließt und sich ausmalt, was geschähe, wenn er an der nächsten Station einfach aussteigen würde, um – Gepäck, D-Zug und die Pflichten am Reiseziel sausen lassend – einen Spaziergang zu machen. Viele Reisende träumen so. Natürlich steigen sie nicht aus. Und es steht auch nicht in der Zeitung, wie bei SPD-Politikern.

Politik würde das Ganze erst, wenn die Hessen-Regierung *tatsächlich daran ginge, das Land mit einem Smog-Netz neuer* Kohlegiganten zu überziehen. Oder wenn sie gar nichts täte in der Hoffnung, die Nachbarländer würden inzwischen so viele neue Kraftwerke bauen, daß am Ende auch für Hessen noch genügend Strom abfällt. Die Leistung bestünde dann darin, den Wählern bei den nächsten sechs Landtagswahlen weiszumachen, dies sei Energiepolitik. Bei allem Respekt vor der SPD und ihren bis dahin rotationsgemäß aufeinanderfolgenden grünen Verhandlungspartnern – das ist nicht zu schaffen.

Festungsdemokratie

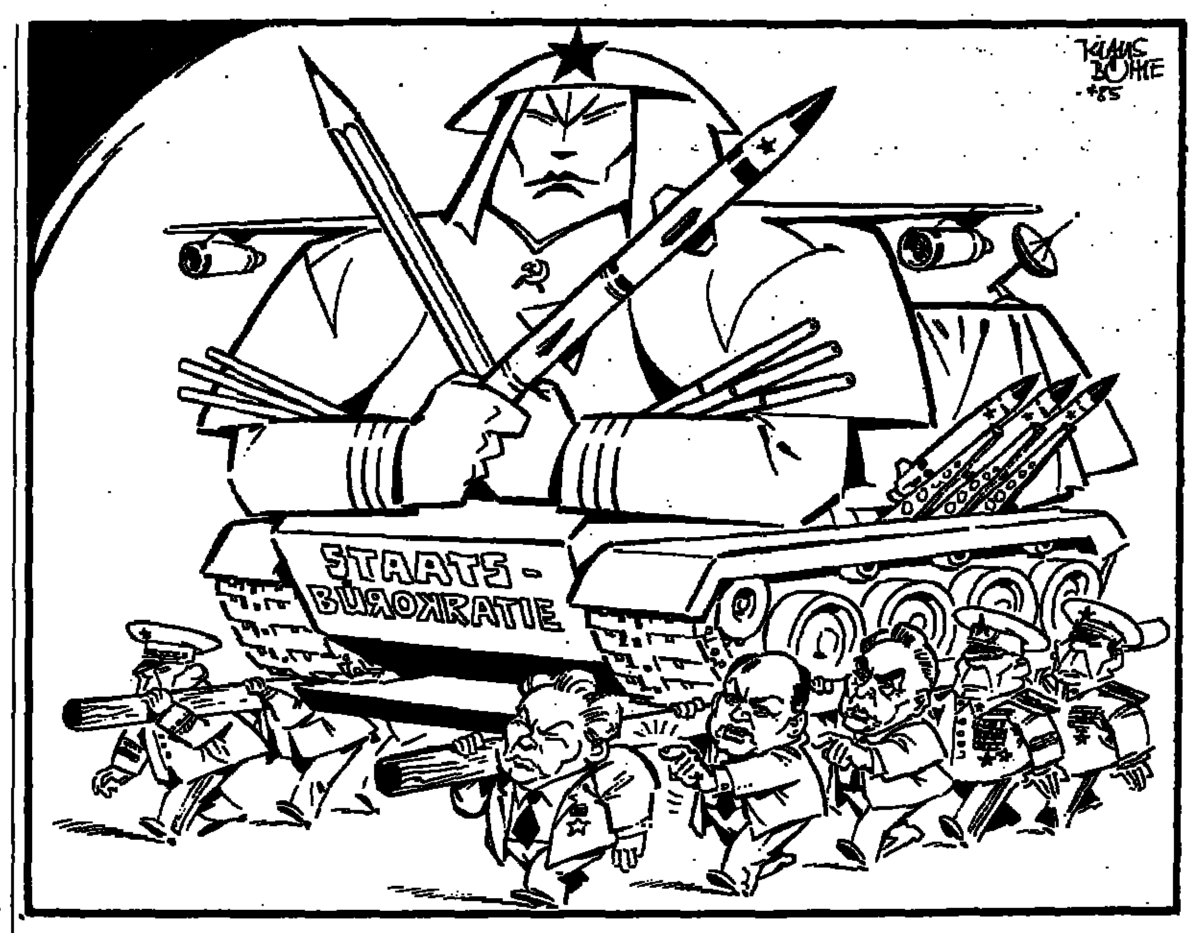
Von Heinz Barth

Die Parlamentswahlen in Südkorea haben die Chancen einer unfallfreien Entwicklung von der kontrollierten zur freien Demokratie nicht wesentlich verbessert, aber auch nicht definitiv blockiert. Das autoritäre Regime des ehemaligen Generals Chun Doo Hwan konnte seine absolute Mehrheit, gestützt auf eine straff geführte Parteimaschine, die das flache Land fest im Griff hat, bis auf zwei Mandate behaupten.

Das will schon etwas besagen bei einer Wahl, die der Opposition größere Bewegungsfreiheit ließ als vor vier Jahren. Die Gegner des Regimes sind offensichtlich nicht mit Zittern und Zagen zu den Urnen gegangen. Nur ein Wahlrecht, das die stärkste Partei bei der Zuteilung der Mandate begünstigt, verhinderte einen größeren Erfolg der drei Oppositionsparteien, die es bei *massiver* Unterstützung durch die städtische Wählerschaft gemeinsam auf 49 Prozent der Stimmen brachten. Mit Sicherheit hat die auf die Wahl terminierte Rückkehr Kim Dae Jungs aus dem Exil die hohe Beteiligung an der Wahl (84 Prozent) und ihren Ausgang beeinflußt. Das zu einer Nervenprobe mit dem Regime hochgespielte Ereignis bewirkte, daß eine neugegründete Partei die beiden älteren Oppositionsparteien bei weitem überflügelte.

Der Heimkehrer, seit 1971 die zentrale Figur der Opposition, hat einigen Grund, von einem Resultat zu sprechen, das ihm Zuversicht für den Weg zur Wiederherstellung der Demokratie gebe. Es wäre jedoch unrealistisch, kurzfristige Fortschritte zu erwarten, wenn die innenpolitischen Gegensätze im geteilten Korea durch Druck von außen in einer Weise dramatisiert würden, wie es bei seiner Rückkehr der Fall war. Sie war immerhin als eine Herausforderung inszeniert, deren Regisseure wußten, *daß sie damit keine Aquino-Tragödie riskierten.*

Etwas mehr Einfühlungsvermögen in die Festungsmentalität eines bedrohten Landes, das durch seinen Wirtschaftsaufbau zur Stabilisierung Ostasiens beitrug, wäre anzuraten. Das gilt auch für Bonn. Die Frage stellt sich, warum Arbeitsminister Blüm seinen Besuch in Seoul absagt, weil er Kim nicht sehen darf, wenn Außenminister Genscher nach Bukarest reist, wo die Regimegegner nicht unter Hausarrest stehen, sondern im Gefängnis sitzen.



Auf dem Wege KLAUS BÖHLE

Die gute Missetat

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Mit der Familienpolitik will die Union den Wählern ihren unter den politischen Parteien unverwechselbaren Charakter einprägen, gewiß in der Erwartung, daß die Rechnung am Wahltag des Jahres 1987 aufgeht. Die Familie liegt der Union am Herzen, und wes das *Herz voll, des läuft der Mund über.* So verkündete Geißler bei der Präsentation des Referentenentwurfs über *Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub* den Durchbruch einer neuen Idee.

In Wirklichkeit handelt es sich um eine ziemlich alte Idee, nämlich um die Vorstellung, man brauche jungen Paaren nur mit ein paar Hunderter-Scheinen monatlich zu winken, und schon bekomme der Klapperstorch eine Menge Arbeit. Du lieber, guter, alter Klapperstorch! Früher hatte er gerade bei den armen Familien am meisten zu tun. Je wohlhabender ein Ehepaar war, desto eher beschränkte es sich auf die Drei- oder Zwei-Kinder-Familie.

Nun scheinen die Familienpolitiker der Union zu glauben, ein junges Paar greife zuerst zum Rechenstift, und wenn es zu dem Ergebnis komme, daß die Kasse stimmt, dann werde es bei *sich selbst* das finanziell abgefederte Wunschkind in Auftrag geben. Diese Vorstel*lung stößt auf tief* eingewurzelte Zweifel, ob eine Aufwertung der Familie als unverzichtbare Keimzelle *unserer Gesellschaft mit* Mammon zu bewerkstelligen sei.

Gleichwohl enthält das Geißler-Konzept richtige Ansatzpunkte. Paare, die Kinder aufziehen, leisten der Gemeinschaft einen unverzichtbaren Dienst. Deshalb dürfen Familien mit Kindern von Vater Staat als Geldeintreiber wirtschaftlich nicht schlechter gestellt werden als Paare ohne Kinder. Doch das sollte eher mit dem Steuersystem als durch Subventionierung mit Erziehungsprämien korrigiert werden. Es zeugt vom familienreformerischen Eifer der Union, daß sie in der Steuerreform 1986/88 schon eine erkleckliche Anhebung der Steuerfreibeträge verankert hat.

Weiter: Es ist geboten, der von der sozial-liberalen Koalition verübten Diskriminierung der Hausfrau und Familienmutter gegenüber der berufstätigen Mutter ein Ende zu bereiten. *Die* arrogante Herabsetzung der im Hause arbeitenden Familienmutter als Heim*chen und KKK-Dummerchen* (Küche, Kind, Kirche) hat Unheil genug angerichtet. Immer noch ist es so, daß eine Familienmutter, die Kinder auf den richtigen Lebensweg bringt, eine größere Lebensleistung vorweisen kann als beispielsweise so manche Sekretärin, die ihrem Chef Kaffee kocht.

Ferner: Vor dem *Hintergrund* der blamablen Diskussion über die Abtreibung auf Krankenschein ist es *richtig, alleinstehende Mütter* finanziell so zu stellen, daß keine von ihnen mehr behaupten kann, sie bilde aus wirtschaftlichen Gründen einen Sozialfall. Mit 1200 Mark im Monat (Sozialhilfe plus Erziehungsgeld) nebst Erstattung der Wohnungsmiete ist auch eine ansonsten einkommenslose Mutter nicht mehr der Not ausgeliefert.

Und schließlich: Der sozialen Gerechtigkeit wird entsprochen, indem der Gesetzentwurf beim Erziehungsgeld vom siebten Monat an gleitende Einkommensgrenzen vorsieht.

Doch das alles räumt nicht die Tatsache aus, daß die Sozialpolitiker der Union Vater Staat die Spendierhosen anziehen und genau das tun, was CDU und CSU in Oppositionszeiten den Sozialdemokraten vorgeworfen haben: Sie üben sich als Umverteiler von Milliarden. Es kann nicht ausbleiben, daß Leute, *die in einer aufblühenden* Wirtschaft bei Preisstabilität noch immer die effektivste Sozialpolitik sehen, *sich des Wortes vom Herz-Je*su-Sozialismus erinnern, und tatsächlich besteht der einzige Unterschied zum Sozialismus der SPD darin, daß die Sozialdemokraten das Erziehungsgeld gern noch höher hätten. Doch selbst da mag Geißler nicht zurückstehen. Er hat vor, nach und nach die Zeitspanne des Erziehungsgeldes – vorerst zehn Monate und von 1988 an ein Jahr – zu verlängern. Natürlich hat das Erziehungsjahr *Rückwirkungen* auf Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung und Ren*tenversicherung in Milliarden*höhe. Den Bundesländern redet Geißler gut zu, von 1986 an ein Familien- und Babygeld für das zweite Lebensjahr zu spendieren. Der allzeit hurtige Lothar Späth hat da die Wegmarken schon besetzt.

Der schlimmste Fehlgriff ist je*doch, daß der Entwurf Erziehungs*urlaub nebst Erziehungsgeld mit einer uneingeschränkten Arbeitsplatzgarantie ausstattet. Dafür hat Geißler sich eine atemberaubende Begründung einfallen lassen. Den Wehrpflichtigen werde ja auch der Arbeitsplatz garantiert, meinte er. Dieser Vergleich bringt die Frauen in die Nähe einer Gebär- und Aufzuchtpflicht, wo in Wirklichkeit nur die Freiheit angestrebt ist, zwischen Berufsarbeit und Kindererziehung wählen zu können.

Ein Fehlgriff ist diese Arbeitsplatzgarantie für ein Jahr deshalb, weil sie allen Bemühungen, der Arbeitslosigkeit Herr zu werden, entgegenwirkt. Welcher Handwerker, welcher mittelständische Arbeitgeber wird eine junge Frau einstellen, von der er annimmt, sie werde bald ein Kind bekommen und dann die Arbeitsplatzgarantie in Anspruch nehmen? Bisher war es eine Eigenheit der Sozialdemokraten, sich für gute Sozialtaten zu begeistern, die hernach böse Folgen hatten. Jetzt verfällt die *CDU* in denselben Fehler. Die Sache wird nicht dadurch besser, daß der Populismus der *CSU* solche Fehlentscheidungen herbeizwingt.

Geißler meint, das Arbeitsplatzrisiko für junge Frauen sei nicht sehr hoch, weil die Arbeitgeber die Möglichkeit hätten, den Erziehungsurlaub mit *Aushilfen* zu überbrücken, die sie mit befristeten Verträgen einstellen könnten. *Da ist der Wunsch der Vater des* Gedankens. Es kann geschehen, daß so manche junge Frau Geißlers edles Werk *noch verfluchen wird*, wenn sie auf Schwierigkeiten stößt, einen Arbeitsplatz zu finden.



Erst Rechenstift, dann Klapperstorch? Nachwuchs FOTO: KINDERMANN

IM GESPRÄCH Wolfgang Röller

Der Investment Banker

Von Claus Dertinger

Es waren nicht gerade die glücklichsten Umstände, unter denen Wolfgang Röller Vorstandssprecher der Dresdner Bank und damit Nachfolger von Hans Friderichs geworden ist. Das belastet in der zweitgrößten deutschen Geschäftsbank den Stafettenwechsel und den neuen Primus inter pares, der sich zunächst darum *bemühen muß, die Bank über die* spürbaren Irritationen hinweg auf einen geradlinigen Weg zu führen.

Das Zeug dazu hat der 55jährige promovierte Diplomvolkswirt, er ist ein energischer Mann. Im Vorstand *ist Röller zwar* weder an Lebens- noch an Dienstjahren der Älteste, aber er gehört schon seit Jahren zu den dominierenden Kräften. Darum haben ihn seine Kollegen zu ihrem Sprecher gewählt, eine Stellung freilich, die er nie angestrebt hat und die ihm ohne die Ermordung des kaum älteren Jürgen Ponto und das unplan*mäßige Ausscheiden des jüngeren* Friderichs auch nicht angetragen worden wäre. In der Öffentlichkeit *mag Röller noch das Profil fehlen, das* sein Vorgänger als Ex-Wirtschaftsminister mitgebrachte, und das Charisma, das Ponto als über das Geschäftliche herausragender Bankier ausstrahlte.



Nachfolger Pontos und Friderichs' bei der Dresdner Bank: Röller FOTO: DPA

Röller ist in der Grafschaft Bentheim geboren und in Halle aufgewachsen, ein Beamtensohn. Er hat im Wertpapiergeschäft Karriere gemacht, das ihn schon bei seiner ersten Ausbildung in der Dresdner Bank nach der Diplomprüfung so fasziniert hat, daß er nach der Assistentenzeit und der Promotion 1955 wieder zur Bank zurückkehrte. Er war bald in leitender Stellung im Effektenhandel tätig, 1968 wurde er als jüngster Generalbevollmächtigter Börsenchef, 1971 stellvertretendes und 1973 ordentliches Vorstandsmitglied.

Zur Zuständigkeit für das Wertpapiergeschäft – in dieser Funktion sorgte Röller durch den Verkauf des Daimler-Pakets der Familie Quandt an das Scheichtum Kuwait für Schlagzeilen, die nicht nur schmeichelhaft für die Bank waren – kamen immer neue Kompetenzen: für den Handel auch mit Devisen und Edelmetallen, für das Vermögensanlagegeschäft, die Beteiligungspolitik und für das Management der Geldbeschaffung – ein für den Erfolg einer Bank besonders wichtiges Ressort. In diesem breiten Bereich, den man im Angelsächsischen Investment Banking nennt, hat Röller der Dresdner Bank seinen Stempel aufgedrückt.

Aber bei aller Liebe zu diesem Geschäft, das vor allem international eine immer größere Bedeutung erlangt und das die Nabelschnur zu vielen anderen Aktivitäten der Bank ist, wird sich Röller davon lösen müssen, um sich den Bereichen widmen zu können, die, wie die Konzernsteuerung, an die Person des Vorstandssprechers gebunden sind. Man darf erwarten, daß er die von ihm mitgestaltete und bislang von Friderichs repräsentierte Geschäftspolitik der Dresdner Bank fortsetzen wird, für die das Motto „Ertrag ist wichtiger als Expansion" gilt. Trotz seiner vorwärtsdrängenden Art ist Röller ein vorsichtiger, sorgsam abwägender Bankier. Sind von ihm neue Akzente zu erwarten? Die werden, so sagt er, von den Herausforderungen gesetzt, denen sich die Bank stellen muß.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Die Essener Zeitung meint zur Maschinensteuer:

Der gegenwärtige Rationalisierungsschub ... geht vor allem auch zu Lasten des Sozialsystems, das auf eine weitergehende, nicht nachlassende Finanzierung angewiesen bleibt; schon jetzt zeigen sich Auswirkungen, die mit dem herkömmlichen Abgabesystem auf Dauer kaum mehr zu reparieren sind. Da die Rationalisierung fortschreitet und da auch die Bevölkerungsentwicklung den Generationenvertrag, auf dem unser Rentensystem beruht, nachteilig beeinflussen wird, ist es nicht nur legitim, sondern inzwischen bereits dringend notwendig, über neue Finanzierungsmöglichkeiten nachzudenken. Der Gedanke einer sogenannten Maschinen-, Computer- oder Wertschöpfungssteuer entspricht so sehr der Logik, daß er kaum mehr einfach als unsinnig beiseite getan werden kann.

NEUE PRESSE

Die Hannoversche Zeitung geht auf die Rente der Witwe Freislers ein:

Nicht daß die Zusatzrente für die Witwe Freislers, des juristischen Bluthundes Hitlers, gezahlt wird, ist der eigentliche Skandal, sondern die Begründung, daß er, hätte er überlebt, nach 1945 sicher Rechtsanwalt oder Beamter des höheren Dienstes geworden wäre. Es klingt wie glatter Hohn, und es ist nicht mal so gemeint. Denn nach dem ersten Schock muß man sich fragen: Was wäre so ungewöhnlich daran? Ich habe noch vor Augen und im Ohr, mit welchen beschwörenden Worten nach Kriegsende demokratische Minister augenscheinlich belastete, aber unabsetzbare Richter erfolglos beknieten, von sich aus in den vergoldeten Ruhestand *abzutreten.*

TAGESZEITUNG

Sie druckte einen Brief der Revolutionären Zellen ab:

Der Hungerstreik ist abgebrochen worden und wer ist darüber nicht erleichtert ... Ein Feuerwerk quer durch die Republik bis Krümmel, das Schweinepresse und Bullen auf das Konto der RAF verbuchen wollen, damit die Fahndungserfolge kommen. Schließlich das Gespenst einer westeuropäischen kommunistischen Guerilla, das den Vorwand für eine neue Stufe der deutsch-französischen Innenaufrüstung liefert. Der Hungerstreik, seit 83 im Gespräch, Sommer 84 von Rebmann angekündigt, war verdammt gut getimt. Nach der Niederlage im „heißen Herbst" und der Flaute und Desorientierung in 84 bietet sich ein Projekt zum Abfahren an, das vollkommen leer ist und außer Hungerstreik und Krieg dem Kriegsimperialismus überhaupt nichts rüberbringt. Daß so viele Genossen darauf abgefahren sind, zeigte, welche guten Strukturen es noch gibt, aber auch den Mangel an Perspektive und Verankerung. Die besten Aktionen, die gelaufen sind, bleiben ein propagandistischer Selbstzweck und drükken keine wirkliche Gegenmacht aus ... Mobilisiert wird für eine Form von Guerilla, die sich selbst diskreditiert und mit der kein Mensch mehr Befreiung verbinden kann.

Die europäischen Verflechtungen der RAF-Terroristen

„Den Mund ziemlich voll genommen" / Von Werner Kahl

Man stelle sich einmal vor, daß ein Deutscher aus der „Roten Armee Fraktion" unter Berufung auf eine Absprache mit der „Action directe" einen Franzosen des öffentlichen Lebens in Frankreich erschießt! Welche Ressentiments aus der Zeit der deutschen Besetzung würden da wieder aufbrechen? Von allen Seiten würde den Linksextremisten vorgeworfen, sie hätten „einen deutschen SS-Mann eingestellt", überlegt der Hamburger Verfassungsschutz-Präsident Christian Lochte.

Sein Szenario soll Mutmaßungen über den Grad des von deutschen Terroristen angestrebten Zusammengehens mit westeuropäischen Terrorgruppierungen zurechtrükcken. Inwieweit allerdings die Vorstellung von gemeinsamen Ge*nickschuß-Kommandos Vision* bleibt, wird sich vermutlich bald herausstellen. Daß zumindest deutsche *Linksextremisten* bei *ihren* Europa-Eroberungsplänen dahin tendieren, kann nach dem Mord an Ernst Zimmermann nicht mehr wegdiskutiert werden.

Die Sicherheitsbehörden haben es gegenwärtig im linksorientierten Terrorismus mit verhältnismäßig kleinen, nicht zentral gesteuerten Gruppierungen zu tun. In diesen Gruppen dominieren „M"-Leute. Die Abkürzung steht für den Marxismus-Leninismus der Neuen Linken. Darin sieht auch Lochte, der deutsche Vertreter in der EG-Sicherheitskommission, die einzige grenzenübergreifende Gemeinsamkeit: die politische Überzeugung. Dementsprechend fällt es den Gruppen unterschiedlicher Nationalität leicht, sich über die Feindbilder NATO und militärtechnische Industrien sowie die USA zu verständigen.

Hamburgs Verfassungsschützer meint, es würde voreilig von umfassenden gemeinsamen Anschlä*gen von RAF, „Action directe" und* „CCC" (belgisch) gesprochen; Zusammenhänge würden von den Terroristen *zur Beeinflussung der* öffentlichen Meinung konstruiert. Ein Teil der französischen Linkspresse sieht dabei die „Action directe" schon unter dem Oberbefehl der „Roten Armee Fraktion". Aber die RAF-Erklärung über ein Zusammengehen mit der französischen Gruppierung zeigt nach Ansicht Lochtes, daß die RAF zunächst „den Mund ziemlich voll genommen" habe. Zwar scheint an dem Anschlag gegen General Audran in Paris eine Deutsche beteiligt gewesen zu sein (zur Observation oder als Telefonistin); die Angabe, gemeinsame Aktionen seien bereits beschlossene Sache, hält Lochte jedoch für Prahlerei. „Daß in Belgien geklauter Sprengstoff geteilt wurde, setzt doch weiß Gott keine Zentrale voraus."

Die Terrorismus-Szene stellt sich nach übereinstimmenden Ermitt*lungen von Polizei und Nachrich*tendiensten etwa so dar: Es gibt etwa zwanzig Mitglieder des Unter*grundkommandos der RAF; ferner*, grob geschätzt, eine ebenso große Zahl von Belgiern, die sich heute als „Kämpfende *kommunistische* Zellen" (CCC) bezeichnen, sowie etwa dreißig Franzosen, die laut Präsident Mitterrand den Sicherheitsbehörden „außer Kontrolle geraten" sind. Die italienischen „Roten Brigaden" tauchen in den diversen Erklärungen der RAF übrigens nicht mehr auf.

Was den separatistisch-nationali*stischen Terrorismus* in Nordirland betrifft, so geht der norddeutsche Sicherheitsexperte davon aus, daß die „Irisch Republikanische Armee" (IRA) im Grunde die RAF nicht als Bundesgenossen ansieht: „Die wollen doch nichts mit Leuten zu tun haben, die einen aufgesetzten Terrorismus machen, ohne daß sie dafür in ihrem Land eine Grundlage haben." Die RAF hat *das Zimmermann-Mordkomman*do nach Patrick O'Hara, einem irischen Terroristen, der 1981 in ei*nem Belfaster Gefängnis nach* zweimonatigem Hungerstreik gestorben war, benannt. Die Häftlin*ge aus der RAF wollten* wie die Iren hungern, aber dann brachen sie die Kampagne einfach ab. Lochte ist „überzeugt, daß die Iren dies mit Verachtung vernommen haben".

Die im Kern *marxistischen* Gruppen haben sich nach Feststellungen der Behörden nicht auf die orthodoxe Linie der Sowjetunion *festgelegt*, sondern wollen die Neue Linke als revolutionäre Avantgarde präsentieren. Die Ziele – Schwächung des westlichen Verteidigungsbündnisses und Zerstörung „imperialistischer Strukturen" – sind jedoch *identisch. Man* hat auch nicht gehört, daß die KPD – 1956 in der Bundesrepublik verboten *und nach Ost-Berlin ausge*wichen – ihr Mitglied Ulrike Meinhof ausgeschlossen hat, als sie mit der RAF *Bomben zündete. Ulrike* Meinhof machte sich auch Hoffnung, daß Nordkoreas Diktator *Kim Il Sung Ausbildungslager* anbieten und Fluchthilfe leisten würde. Auch ist bekannt, daß der „DDR"-Staatssicherheitsdienst in den vergangenen fünfzehn Jahren zahlreiche Bewegungen von Terroristen duldete, zum Beispiel über den Flughafen Schönefeld. Indem der östliche Geheimdienst weiterhin so tut, als wären (gefälschte) Pässe steckbrieflich gesuchter Mörder echt, muß sich das Regime den Vorwurf gefallen lassen, daß es den Verbrechen Vorschub leistet.

Dengs Vermächtnis für Chinas Weg in die Zukunft

Er kokettiert damit, keine Entscheidungen mehr zu treffen. Und doch stellt kein anderer als Deng Xiaoping die Weichen in China. Für den Parteitag im Herbst heißt das: Die dritte Führungsgeneration tritt an. In einer neuen Veröffentlichung hat Deng nun kaum noch Fragen über seinen Kurs offengelassen.

Von JONNY ERLING

Deng Xiaoping kam vor der Beraterkommission des Zentralkomitees gleich zur Sache und damit auf sich zu sprechen. „Die Presse im Ausland schreibt, was für eine große Rolle ich hier spiele." Natürlich sei er, Deng, nicht ohne Bedeutung, aber die Hauptlast der Arbeit trage inzwischen das Zentralkomitee, „Glorifiziert mich nicht, denn sonst bekräftigt ihr im Ausland die Sorge, ob sich unsere Politik ändert, wenn ich nicht mehr bin." Das war im Oktober 1984.

Zum Jahresanfang 1985 hat der chinesische Spitzenpolitiker, so wie er es schon einmal 1983 tat, eine Reihe seiner vertraulichen Reden unter dem Titel „Der Aufbau eines Sozialismus chinesischer Art" in Peking veröffentlichen lassen. Mit dem Sammelband, der bis November 1984 reicht, unterstreicht er nicht nur seine Stellung als die Nummer eins des Milliardenvolkes. Wo sein Denken vor zwei Jahren noch geprägt war vom Prinzip des Ordnungschaffens, stellt sich Deng nun massiv hinter die Wirtschaftsreformen und bereitet einen umfassenden personellen Wechsel in der Führung vor. Den im Plauderton vorgetragenen Überlegungen bescheinigte die Parteipresse, „ein Baustein der kollektiven Weisheit des Zentralkomitees" zu sein.

Einen Einblick, wie es dort zugeht, hatte Chinas Premier Zhao Ziyang 1984 erstmals dem amerikanischen Professor Doak Barnett geboten. Die traditionellen Machtzentren haben sich verschoben. Weder das 27köpfige Politbüro noch die sechs Mitglieder des Ständigen Ausschusses tagen regelmäßig. Politische Entscheidungen werden vom Sekretariat unter Generalsekretär Hu Yaobang und von der Gruppe der Staatsräte unter Ministerpräsident Zhao Ziyang getroffen. Zhao Ziyang gab Barnett die Botschaft mit auf den Weg: „Unter der Ägide Deng hat eine neue Generation chinesischer Führer das Ruder übernommen. Die älteren sind in den Hintergrund getreten."

Vor diesen älteren Führern, der Seniorenkommission des Zentralkomitees – Deng ist Vorsitzender des von ihm 1980 geschaffenen Stabes –, zeigt sich der achtzigjährige Spitzenpolitiker im Oktober 1984 zunächst amtsmüde, um dann aber anzukündigen, er werde die Berater in den Ruhestand schicken. „Unser Komitee ist eine Übergangsform, die ultima ratio aber das Pensionssystem."

Sein Zweiergespann, Zhao Ziyang und Hu Yaobang, die erfolgreich die Tagespolitik managen, sind ihm als Nachfolge-Garantie zu wenig. „Manche sagen, solange sie da sind, wird sich unsere Politik nicht ändern. Das ist schon richtig. Aber der eine ist 69 und der andere 65, beides Leute, die auf die 70er zugehen. Wir aber wollen der Welt klarmachen, daß unser jetziger Kurs von niemandem geändert werden kann."

Deshalb müßten jetzt die Jüngeren, die dritte und vierte Generation, auf die Posten gehoben werden. Laßt sie ran, drängt Deng. „1927 war ich 23, als man mich zum ZK-Sekretär machte. Da wurde ich ein hohes Tier, obwohl ich von nichts eine Ahnung hatte, und es ging doch auch." Jetzt sei es für ihn und die anderen Zeit, weniger zu tun.

Gegenüber Barnett betonte Zhao Ziyang aber ausdrücklich, Deng bleibe die oberste Autorität im politischen Entscheidungsprozeß. Bo Yibo, stellvertretender Vorsitzender der Beraterkommission, kündigte an, daß auf der im September 1985 stattfindenden Parteikonferenz das Politbüro durch Hinzuwahl von Mitgliedern im Alter von 30 bis 50 Jahren verjüngt werden soll. Deng habe schon seine Vorstellungen, wer den Kern der dritten Führungsgarnitur bilden solle: die Vizepremiers Tian Jiyun und Li Peng, ebenso wie Hu Qili und Wang Zhaoguo.

Das neue Kleeblatt ist gut gewählt. Li Peng hat sich auf Energiepolitik spezialisiert und seine Sporen auf Auslandsreisen, darunter auch in die Bundesrepublik zur Unterzeichnung eines Nuklear-Abkommens, verdient. Tian Jiyun machte bei der Ausarbeitung der Preisreform von sich reden. Hu Qili, Mitglied des ZK-Sekretariats und Stellvertreter Hu Yaobangs, hat das Vertrauen der Intelligenz und der Künstler, und hinter dem 44jährigen Wang Zhaoguo, jüngster Direktor des ZK-Büros, steht die neue Technokratie.

Deng ist offenbar der einzige Staatsmann in der Welt, der sein Land so fest in der Hand hat, daß er damit kokettieren kann, an allen Entscheidungen unbeteiligt zu sein. Er habe, untertreibt Deng vor dem Ältestenrat, seit 1983 ohnehin nur drei Dinge in die Wege geleitet: die Kampagne gegen die Kriminalität, die Öffnung von 14 Küstenstädten Chinas und die Lösung der Hongkong-Frage durch seinen Vorschlag, China von nun an für mindestens 50 Jahre als ein Land mit zwei Gesellschafts-Systemen zu verstehen.

Ein Land mit zwei Gesellschafts-Systemen

Seinem Vorschlag, die Küstenstädte zu öffnen, ging eine Inspektionsreise durch die vier Wirtschaftszonen voraus. In der Rede vor ZK-Führern im Februar 1984 zeigt er sich nach seinem Besuch deutlich beeindruckt. „Die Wirtschafts-Sonderzonen sind unser Fenster zur Technik, zur Verwaltung, zum Wissen und zum Ausland." Alles gehe bei ihnen schneller als im übrigen Land, ihre Losung sei „Zeit ist Geld, Effektivität das Leben". Stolz berichtet er, Chinesen, die nach Hongkong geflohen seien, würden zurückkehren, denn in den Sonderzonen fänden sie nicht nur Arbeitsmöglichkeiten, sondern auch guten Lohn. Mit der Rückkehr von Flüchtlingen ist bislang in keinem anderen sozialistischen Land für eine weitere wirtschaftliche Liberalisierung plädiert worden.

Neben der ökonomischen Argumentation schwingt nun der nationale Appell mit, der auch die kapitalkräftigen Auslandschinesen erreichen soll. Chinesen, ob für oder gegen die Kommunisten, seien in erster Linie Patrioten. Seit der Lösung der Hongkong-Frage verstärkt Deng diesen Appell auch gegenüber Taiwan. In einer Rede vor Auslandschinesen im Oktober 1984 nennt er die Wiedervereinigung nicht mehr „ein Problem zwischen dem Festland und Taiwan", sondern eine internationale Frage. Im November sagt er seinen Militärs: „Taiwan ist das hauptsächliche Hindernis zwischen uns und den USA. Es könnte sich, wenn wir nicht zu einer Lösung gelangen, zu einem explosiven Problem entwickeln." China setze auf die friedliche Wiedervereinigung nach der Formel: ein Land mit zwei Systemen. Taiwan dürfe dabei auch seine Truppen behalten. Aber Deng macht deutlich, daß China nicht auf die Gewaltoption verzichtet.

Taiwan hat auf diese Offensive grimmig reagiert. Es sei die bewährte Umarmungstaktik der Kommunisten, der das Ausland auf den Leim gehe. Allerdings kann auch der Inselstaat nicht verhehlen, daß sich unter Deng gewaltige Veränderungen in China vollzogen haben.

Neue Akzente setzt Deng mittlerweile auch in seiner Sicht der Weltlage. Dem brasilianischen Präsidenten nennt er im Mai 1984 nach dem Erhalt des Friedens und dem Prinzip des Anti-Hegemonismus erstmals die Nord-Süd-Frage als vordringliches Problem. China befürworte den Nord-Süd Dialog, der allerdings durch die Kooperation der Entwicklungsländer ergänzt werden müsse.

Im Gespräch mit dem Präsidenten Burmas führt er diesen Gedanken weiter. Zwar würden die reichen Industrieländer derzeit immer reicher und die Armen immer ärmer, aber der Norden sei auf den Süden angewiesen. „Das größte Problem des heutigen Kapitalismus ist die Frage seines Wachstums." Der Norden brauche die Entwicklungsländer als Märkte. China biete sich als blockfreies Land an. „Wir spielen weder die amerikanische noch die sowjetische Karte, und wir werden niemandem erlauben, die chinesische Karte zu spielen."

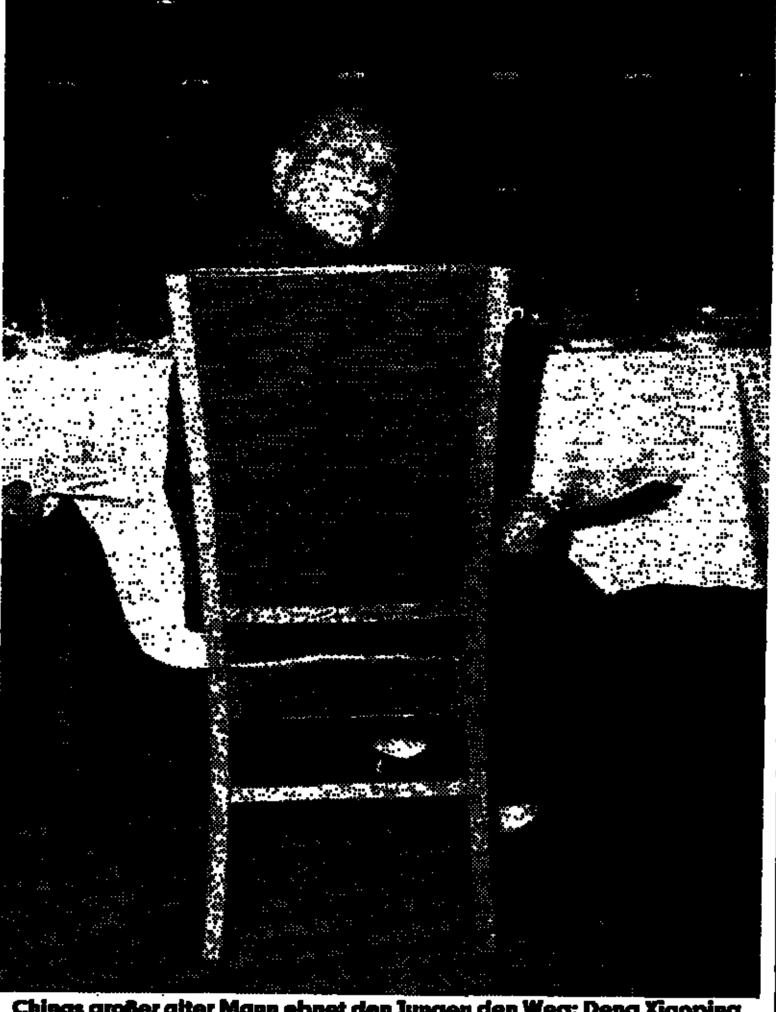
Deng wird nicht müde, zu versichern, daß der Wirtschaftsaufbau die kommenden Jahrzehnte in China bestimmen soll. Einen Monat nach der Verkündung eines radikalen Wirtschafts-Reformprogramms stellt er sich im November vor den skeptischen Militärs mit seiner Autorität als militärischer Oberbefehlshaber hinter die Reformen und geht aus der Reserve. Er sei jetzt sicher, das Ziel einer „kleinen Wohlstandsgesellschaft" bis zum Jahre 2000 zu erreichen. Die Zeit für Reformen sei da.

Die Preisreform, das Herzstück der Reformen

Während Zhao Ziyang im Oktober für die Industriereform eine Zeitspanne von fünf Jahren ansetzt, drängt Deng zur Eile. In drei Jahren lasse sie sich schon beurteilen. „Diesmal können wir es getrost wagen, den Tiger am Hintern zu packen." Natürlich sei ein wenig Gefahr dabei. „In Peking und vielen anderen Städten kam es zu Hamsterkäufen." Aber das ZK habe damit gerechnet, als es bekanntgab, eine radikale Preisreform – das Herzstück der Reformen – zu beginnen. Deng: „Die Leute sahen, daß die Läger voll blieben, und sie haben sich wieder beruhigt."

Die Militärs setzt er unter Druck, dem wirtschaftlichen Aufbau zu dienen. Die Luftwaffe soll verstärkt ihre Flugplätze und Maschinen zu zivilem Gebrauch bereitstellen, die Marine ihre Kriegshäfen, die Fabriken der Landesverteidigung mehr Konsumgüter produzieren. Als Trost für die gebeutelte Armee macht der Oberbefehlshaber seine Rechnung auf: Die Vervierfachung des Bruttoproduktionswertes bis zum Jahre 2000 sei nach den derzeitigen Wachstumsraten gewährleistet, und davon werde auch die Armee profitieren.

Deng, der Mann, der keine Entscheidungen mehr trifft? Seine nun veröffentlichten Reden und die Fakten der letzten Monate zeigen, daß er seine überragende Rolle nicht leugnen kann.



Chinas großer alter Mann ebnet den Jungen den Weg: Deng Xiaoping FOTO: WEREK

Der „Goldene Bär" sonnt sich wieder im alten Glanz

Wie einst in den fünfziger und sechziger Jahren werden sich in Berlin wieder zahlreiche Stars die Hände schütteln. Die 35. Berliner Filmfestspiele, die morgen beginnen, können durchaus mit Cannes konkurrieren; Venedig haben sie längst hinter sich gelassen.

Von M. v. SCHWARZKOPF

Ein Filmfestival in Berlin – und das nur fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges? Manchem mag dieser Vorschlag damals 1950 sonderbar erschienen sein. Doch der amerikanische Filmoffizier Oskar Martay nahm die Idee von Alfred Bauer, Berlin auch mit Hilfe eines internationalen Festivals wieder zum Filmzentrum Deutschlands zu machen, mit Begeisterung auf. Als Dritter im Bunde gesellte sich der Journalist Manfred Barthel hinzu, der im September 1950 die Filmfestspiele in Venedig besucht hatte und nun alles daransetzte, um auch Berlin wieder zu einer Filmstadt werden zu lassen.

Aber der Weg von der Idee bis zur Verwirklichung war dornenreich. Man schrieb den Herbst 1950. Noch immer lag der größte Teil der alten Reichshauptstadt in Trümmern. Es gab kaum mehr Hotels, knapp eine Handvoll Kinos, und vor allem gab es kein repräsentatives Filmtheater.

Alfred Bauer erinnert sich heute, wie damals alles begann: „Oskar Martay wurde der rettende Geist für Berlin. Er stellte das unter amerikanischer Verwaltung stehende Titania-Kino in Steglitz zur Verfügung. Die Mittel für das erste Filmfestival 1951 brachten die Stadt Berlin und die amerikanische Filmsektion gemeinsam auf. Drei Jahre später schon trat die Bundesregierung dann als Mitveranstalterin der Berliner Filmfestspiele auf."

Am 6. Juli 1951 war es soweit. Die ersten Berliner Filmfestspiele wurden eröffnet. 21 Länder nahmen mit 34 Spielfilmen und 105 Dokumentar- und Kurzfilmen an der „Berlinale" teil. Den „Goldenen Bären" errang damals André Cayattes Werk „Schwurgericht". Außer Wettbewerb lief damals Alfred Hitchcocks „Rebecca".

Wer heute die Liste der Filme durchblättert, die in jenen frühen Jahren in Berlin gezeigt wurden, als noch eine rein deutsche Jury zusammen mit dem Publikum über die Gewinner abstimmte, stößt auf Namen, die auch jetzt noch jedes Festival schmücken würden. 1952 nahm der Japaner Akira Kurosawa mit „Rashomon" an der Berlinale teil, Publikumsliebling Gérard Phillippe holte sich als „Fan Fan, der Husar" den „Silbernen Bären".

1953 stand Georges Clouzots Klassiker „Lohn der Angst" auf dem Programm, und Jacques Cattices „Die Ferien des Monsieurs Hulot" lief zusammen mit Elia Kazans „Der Mann auf dem Drahtseil" und Limo Barretos „Die Gesetzlosen" aus Brasilien im Wettbewerb.

1956 gelang der Berlinale, die bei den Berlinern längst zum sommerlichen Vergnügen ebenso dazugehörte wie ein Eis auf dem Ku'damm, der endgültige Durchbruch in die Spitzenklasse der großen Festivals. Zum erstenmal entschied damals ein Prominentengremium aus Mitgliedern des internationalen Films über die Preise des Festivals. Gene Kellys „Einladung zum Tanz" war der Sieger im Ringen um den „Goldenen Bären", dicht gefolgt von Laurence Oliviers „Richard III.". Und schon ein Jahr später erhielten die Filmfestspiele im neu erbauten Zoopalast ihre endgültige Heimstätte. Es waren jene goldenen Jahre des Festivals, denen Alfred Bauer als Leiter vorstand, als die Stars den Ku'damm hinunterflanierten und sich im Hotel Kempinski die Klinke reichten.

Im Jahre 1970 fiel der erste Schatten über den Glanz, der bisher in zunehmendem Maße die Berlinale umstrahlt hatte. Wie schon zwei Jahre zuvor in Cannes störten Demonstranten das Festival und forderten die Abschaffung der Berlinale als Spiegelbild kapitalistischer Verschwendungssucht und Starkults. Die Berlinale mußte vorzeitig abgebrochen werden.

Diese Unruhen führten 1971 zur Gründung des Internationalen Forums des jungen Films als zusätzlichen, eigenständigen Programmteils für vorwiegend politische und experimentelle Filme. 1974 nahm dann erstmals auch die Sowjetunion an dem Festival teil, wenig später schickten auch andere Ostblockländer ihre Filme nach Berlin.

Mit dem Wandel des Kinos begann sich auch die Berlinale zu ändern. Die Zeit der Stars der großen Filme neigte sich ihrem Ende zu. In den sechziger Jahren wollte die Berlinale den neuen Tendenzen gerecht werden und wurde mehr und mehr ein Filmkunstfestival, ein Forum für Regisseure wie Jean-Luc Godard, für das brasilianische „Cinema Novo" und die Neue Welle aus Frankreich. Aber auch junge Amerikaner wie Steven Spielberg, der zu Beginn seiner Karriere noch kleine, billige Filme drehte, oder Brian de Palma kamen mit ihren Erstlingen gerne nach Berlin, das sich im Gegensatz zu Cannes des Rufs erfreute, sich um junge Talente zu kümmern.

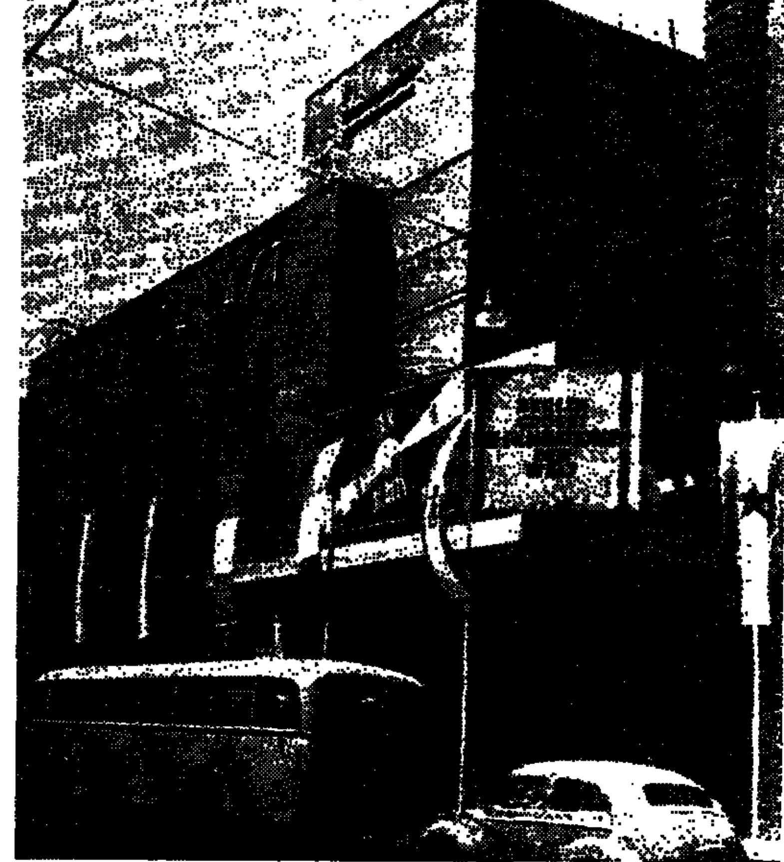
Doch als Afred Bauer 1976 die Leitung der Festspiele abtrat, drohte die Berlinale auf ein Abstellgleis zu geraten. Der Journalist Wolf Donner übernahm die Direktion des Festivals und verlegte es, um sich gegen die Konkurrenz aus Cannes zu wehren, auf den Februar.

Damit hoffte er die Berlinale zur ersten Wahl für Regisseure und Produzenten zu machen. Aber das Gegenteil war der Fall. Der Wintertermin schmeckte niemandem sonderlich – und Cannes profitierte davon. Bald blieben die Stars aus, und als 1979 um den amerikanischen Beitrag „The Deerhunter" ein Skandal losbrach, von der Sowjetunion inszeniert, da mochten auch die Amerikaner nicht mehr so recht.

Auch Moritz de Hadeln, der 1980 das schwankende Schiff übernahm, hatte zunächst wenig Glück.

Daß Berlin jetzt wieder nach einigen finsteren Jahren durchaus mit Cannes konkurrieren kann und Venedig überflügelt hat, liegt vor allem auch an de Hadelns zähen Verhandlungen mit den großen amerikanischen Filmfirmen, die dieses Jahr zum 35. Jubiläum der Berlinale ihre besten Filme schicken, die noch vor wenigen Jahren unerbittlich nach Cannes abgewandert wären. Und es liegt an den Bemühungen von Kultursenator Volker Hassemer, der 1983 selbst in Los Angeles, der Partnerstadt von Berlin, auf Goodwill-Tour ging, um für Berlins wichtigstes Festival zu werben.

Das Ergebnis: Wie einst in den goldenen Jahren unter Alfred Bauer wird in diesen Tagen viel Prominenz an der Spree erwartet. Jean Marais und Faye Dunnaway, Astrid Lindgren und Vanessa Redgrave. Da möchte man Alfred Bauer gerne glauben, wenn er in einer Festschrift zum 35. Geburtstag „seines" Festivals optimistisch vermerkt: „Die Berlinale ist fest im Bewußtsein der Öffentlichkeit verwurzelt und wird von der Bevölkerung mitgetragen ... Ihre große Bedeutung für den internationalen Film ist nach wie vor unbestritten."



Hier begann es: Im Titania-Kino in Berlin-Steglitz FOTO: ULLSTEIN

Resignation über die politische Lage im Land

Öffentliche Podiumsdiskussion in der Dresdner Annenkirche

H.-RÜDIGER KARUTZ, Dresden

Die evangelischen Christen in der alten sächsischen Hauptstadt, einem Zentrum kirchlicher Friedensarbeit, äußern sich resigniert und zum Teil auch frustriert angesichts der politischen Lage in ihrem Land. Diese Einschätzung ergab sich aus kritischen Anfragen eines überwiegend jungen Publikums bei einer öffentlichen Podiumsdiskussion der Annen-Kirche am Vorabend des 40. Jahrestages der Bombardierung der Stadt. Dabei war von der „totalen Militarisierung unseres Landes" und einer anhaltend staatlichen Kindererziehung „zum Haß" die Rede. Landesbischof Johannes Hempel, 24 Stunden zuvor von Erich Honecker empfangen, warnte vor irgendeiner Selbstaufgabe: „Wir brauchen Geduld, Zähigkeit, Fairneß und Mut – auch in Zukunft."

Auf Fragen der jungen Menschen, die zu Hunderten das Gotteshaus füllten, um Gästen aus England, Polen und der sächsischen Partnerkirche von Hannover-Braunschweig zuzuhören, äußerte sich Hempel zum ersten Mal öffentlich zu seiner überraschend anberaumten Unterredung mit Honecker. Sie war auf Bitten der Konferenz der Kirchenleitungen zustande gekommen und soll im Herbst im größeren Kreis mit Honecker wiederholt werden. In dem Gespräch hatte Hempel das Friedensanliegen der Ostberliner Führung gewürdigt, zugleich aber auf noch „offene, ungelöste Fragen" zwischen Kirche und Staat verwiesen und „handhabbare Richtlinien" für die Gleichberechtigung der Christen angemahnt.

Hempel ging in der Podiumsdebatte, die unter dem Thema „40 Jahre danach" stand, auch ausführlich auf eine kritische Frage aus dem Zuhörerkreis ein. Der Fragesteller – wie üblich, waren die Probleme anonym auf weißen Zetteln notiert und zum Diskussionstisch heraufgereicht worden – stieß sich an einer im „Neuen Deutschland" wiedergegebenen Formulierung Hempels. Er habe erklärt, hieß es dort, „alle" strittigen Fragen träten hinter der Friedensfrage zurück. „Birgt dies nicht die Gefahr in sich, daß der Staat immer mehr versuchen wird, ihm unbequeme Fragen nicht zu erörtern?", lautete die besorgte Nachfrage.

Nicht vollständig wiedergegeben

Johannes Hempel antwortete darauf mit der in jüngster Zeit von den mitteldeutschen Kirchen zur offiziellen Argumentationslinie erhobenen Formel, tatsächlich träte der „Stellenwert" dieser Probleme hinter dem Problem Krieg oder Frieden zurück: „Ich halte das weder für Anpassung noch für kirchliche Taktik", unterstrich Hempel.

Er machte jedoch darauf aufmerksam, daß nicht alle seine Feststellungen aus seinem „sorgfältig vorbereiteten" Manuskript seines Statements bei Honecker in den „DDR"-Medien vollständig wiedergegeben worden seien: „Im übrigen ist die Berichterstattung in der ‚Aktuellen Kamera' (die Fernsehnachrichten, d. Red.) gekürzt gewesen, aber völlig korrekt. Was im ‚Neuen Deutschland' gestanden hat, war ebenfalls gekürzt, aber dem Geist nach völlig korrekt."

Hempel empfahl das, was hiesige Leser ohnedies zu tun pflegen – zwischen den Zeilen zu lesen. Wörtlich sagte der Geistliche in diesem Zusammenhang: „Ich bitte Sie: Lesen Sie diese Texte in Ruhe, mehrmals und mit einer gewissen Pause dazwischen." Der von ADN veröffentlichte Text seiner Ansprache an Honecker habe Bemerkungen enthalten, „die zu veröffentlichen, für den Staat nicht ganz selbstverständlich waren". Hempel wiederholte dabei vor seinen Zuhörern noch einmal mit nachdrücklicher Betonung den schon bei der ersten Begegnung zwischen Honecker und der Kirchenführung am 6. März 1978 ähnlich gefallenen Satz: „Vertrauen zwischen Ihnen und uns wird in dem Maße wachsen, wie es für die Menschen an der Basis erfahrbar wird."

Warnung vor Überschätzung

Zugleich warnte der sächsische Bischof und in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kirchenbundes Sprecher aller Protestanten im Land, indirekt davor, derartige Spitzenbegegnungen zu überschätzen: „All das darf uns nicht zu der Illusion führen, es würden sich damit die Schwierigkeiten unseres Alltags ein für allemal und von vornherein erledigen. Wir brauchen Gespräche auf allen Ebenen."

Die Fragen aus der Mitte der Gemeinde verdeutlichten, was die Christen und Bürger hier bewegt. Eine knappe Auswahl:

– „Welche Chance hat angesichts der totalen Militarisierung in unserem Land noch die Friedensbewegung?"

– „Hat sich eigentlich irgend etwas geändert? Unsere Kinder werden doch wieder zum Haß erzogen."

– „Hier bei uns wird die Geschichte sehr gut aufgearbeitet. Doch haben wir gelernt, wann und wozu unsere Kinder schon wieder militärisch vorgebildet werden?"

Der Teilnehmer aus der Bundesrepublik, Landessuperintendent Hartmut Badenhop (Hannover), wurde beispielsweise gefragt: „Wie werden Sie selbst mit dem Problem des geteilten Deutschland fertig?"

„In der Bundesrepublik gibt es die Diskussion, ob der 8. Mai als Tag der Befreiung begangen werden kann. Schließlich brachte er Leid für die Deutschen in den Ostgebieten. Welche Haltung hat dazu die Kirche?„

Dieser tiefen Nachdenklichkeit, Unvoreingenommenheit, Selbstverständlichkeit der übergreifend „deutschen" Betrachtung der Vergangenheit und erkennbarer Beunruhigung setzte Bischof Hempel immer wieder Zuversicht und Glaubensmut der Christen entgegen: In einem anderen Zusammenhang lobte er dabei die Polen, die auch heute noch vor deutschen Vorurteilen nicht gefeit seien: „Sie haben einen Lebenswillen, der aus der Leidenserfahrung von Jahrhunderten kommt. Sie sind nicht so leicht resigniert wie wir Deutschen."

Der Beifall für diese Feststellung war einhellig im weiten Rund des Kirchenschiffes.

CDU hofft auf den Kanzler-Bonus, die SPD setzt auf Johannes Rau

Von WILM HERLYN

Die nordrhein-westfälische CDU schickt sich an, die Last einer fast zwanzig Jahre andauernden Opposition abzuschütteln. Seit 1966 als Franz Meyers die Regierungsverantwortung an die SPD verlor, sind die Begleitumstände nicht so günstig: In Bonn ist wieder eine bürgerliche Koalitionsregierung an der Macht, die Wirtschaft erholt sich zusehends, die Preissteigerungsraten sinken auf ein Maß, wie es die Deutschen noch nicht gekannt haben, und an einen Wahlsieg der SPD mit einer absoluten Mehrheit wie vor fünf Jahren glauben nicht einmal eingefleischte Sozialdemokraten.

Wer aber glaubte, durch die CDU müsse ein ordentlicher Ruck gehen, eine Motivierungswelle Funktionäre und Mitglieder mitreißen, sah sich zunächst getäuscht. Noch im Dezember klagte Landtags-Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: „Wir müssen endlich heraus aus dieser defensiven Stimmung – wir dürfen uns von der SPD nicht lähmen lassen." Sein Klagelied fruchtete: Nach den neuesten Umfragedaten sind, so Oppositionschef Bernhard Worms, die CDU-Mitglieder doppelt besser motiviert als die SPD-Anhänger. Und darauf wird es am 12. Mai ankommen.

Auch CDU-Generalsekretär Heiner Geißler baut auf den Trend, daß „die Bürger sich immer mehr an bundespolitischen Entscheidungen der Regierung Kohl/Genscher orientieren". Seine Zuversicht ist, daß das Gewicht einer profilierteren Bundespolitik der Union schwerer wiegt als die Bilanz der sozialdemokratischen Landespolitik. Die CDU hofft, daß Helmut Kohls Amtsbonus als Bundeskanzler gegen den im Land durchaus beliebten Ministerpräsidenten Johannes Rau durchschlägt. Die Parallele zu 1980 liegt nahe: Damals verdankte die SPD den Sieg im wesentlichen dem Einsatz ihres SPD-Kanzlers Schmidt.

Alle Meinungsumfragen bisher bestätigen, daß die Wähler der CDU die größere Kompetenz in Wirtschafts- und Finanzfragen einräumen. Darum macht Worms auch die Beschäftigungspolitik zum zentralen Thema. Er selbst denkt dabei auch an eine neue Welle von „Gründerjahren", an eine stärkere Hinwendung zur Heimat und eine größere Bindung der Bürger an das Land.

Die CDU ist sich darüber im klaren, daß ihr nur ein Wiedereinzug der FDP in das Parlament zur Regierungsübernahme verhilft. Nach Monaten der Irritationen kehrt



unter dem neuen Spitzenkandidaten Achim Rohde allmählich Ruhe bei den Liberalen ein. Der letzte Parteitag demonstrierte sogar noch mehr: Die Basis bewies eine noch nie in der Geschichte der Landes-FDP dagewesene Geschlossenheit und den Willen, den 12. Mai zum positiven Schicksalstag für die Partei zu machen.

1980 war die FDP noch im Bündnis mit der SPD und scheiterte mit 4,9 Prozent (damit schaffte Rau mit „nur" 48,4 Prozent die absolute Mehrheit), bei den Kommunalwahlen im vergangenen September waren die Ergebnisse für die Liberalen eher deprimierend, doch jetzt hofft Rohde – neben dem sich positiv auswirkenden Bundestrend – es werde keine Zitterpartie. Er will von dem „linken CDU- und dem rechten SPD-Flügel wieder die Leihstimmen zurückholen". In der Frage der Koalition legte er die FDP auf Worms fest.

Bündnisse mit niemanden wollen die Grünen eingehen. Sie verweisen mit Stolz auf ihre Erfolge bei den Europawahlen (acht Prozent) und den Kommunalwahlen (neun Prozent). In diesem Trend rechnen sie fest mit mindestens acht Prozent bei den Landtagswahlen.

Von „Koalitionen die Nase voll" hat nach eigenem Bekunden Johannes Rau. Er strebt wieder eine Alleinregierung an. Im Gegensatz zu seinem hessischen Kollegen Holger Börner kann er auf eine für ihn günstigere Verfassungslage bauen. Denn der Regierungschef, der in Düsseldorf keine qualifizierte Mehrheit im Landtag erreicht, benötigt bei einer Stichwahl nur die höchste Stimmenzahl.

Für Rau gewinnt diese Wahl besondere Bedeutung. Denn nur mit einem Sieg in Düsseldorf – der ihm auch als Sieg über Kohl gutgeschrieben würde – könnte er sich in Bonn gegen seine parteiinternen Widersacher durchsetzen. Rau will den Wahlkampf jetzt mit landespolitischen Themen führen und nicht – wie zuerst geplant – die Bonner Wende „auf den Prüfstand stellen". Doch mit einer Regierungsbilanz eines hochverschuldeten Landes, das von Strukturkrisen geplagt wird, ist wenig Staat zu machen. Rau führte die Regierung im wesentlichen so, wie er Helmut Kohl vorwirft, Politik zu machen: durch Hinausschieben von Problemlösungen. Allerdings erweist er sich dabei als Profi der eigenen PR-Pflege. Er gilt als ein Meister des Dialogs und ein Künstler der Harmonie. Die Partei wird ihren Wahlkampf ganz auf ihn abstimmen.

Wesentliche Überlegung Raus ist aber auch, daß die SPD im Winter 1985 Kohls Gegner für den Bundestagswahlkampf 1987 nominieren will. Aussichtsreich im Rennen liegt neben Hans-Jochen Vogel eben Johannes Rau.

„Ich weiß nicht, wie es weitergehen soll"

Probleme und Sorgen im „Internationalen Jahr der Jugend"

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Das „Internationale Jahr der Jugend", das die UNO für 1985 ausgerufen hat, ist für Bundesfamilienminister Heiner Geißler in erster Linie eine Zeit der Fürsorge für Benachteiligte. Das machte der Minister anläßlich der Eröffnungsveranstaltung für das Jahr in der Bundesrepublik auf der Burg Kaltenstein in Vaihingen an der Enz deutlich, wo zur Zeit rund 250 Kinder und Jugendliche aus elf Nationen leben, die durch Flucht oder Aussiedlung in Notlagen gerieten oder die durch besondere Zuwendung gefördert werden müssen.

Geißler wollte durch die Eröffnung an diesem Punkte auch das „Christliche Jugenddorfwerk" auszeichnen, dessen Gründer, Pfarrer Arnold Dannemann, 1947 im kriegszerstörten Stuttgarter Hauptbahnhof begonnen hatte, verwahrloste Jugendliche aufzulesen. Er gab ihnen zunächst auf der 800jährigen Burg Kaltenstein eine Heimat, um die herum dann ein „Jugenddorf" entstand. Heute unterhält das Jugenddorfwerk in der Bundesrepublik Deutschland 112 derartige Einrichtungen für 80 000 Jugendliche, und es wurden seit 1947 in diesen Schulen und Werkstätten 1,2 Millionen junge Menschen in schulischer und beruflicher Ausbildung personalintensiv weitergeführt.

Vor Förderschülern und Auszubildenden aus Deutschland, Chile, Vietnam, aus dem äthiopischen Eritrea, vor Aussiedlern aus der UdSSR, Polen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Jugoslawien und der Tschechoslowakei entwickelte Bundesminister Geißler die Perspektiven für die Jugend, die, wie er betonte, dem Motto des Internationalen Jahres „Mitwirkung, Entwicklung, Frieden" entsprechen.

Die Sprachbarrieren seines Auditoriums, einer einmaligen Versammlung von „Sorgenkindern" aller Hautfarben, sind noch hoch, aber alle verstehen Geißler, als er sagt: „Hunderte von Millionen junger Menschen leiden unter Hunger, Not und Unterdrückung. Im Internationalen Jahr der Jugend sollten wir uns immer bewußt machen, daß von den 150 Staaten der Erde nur noch 30 demokratisch sind – das heißt, drei Milliarden Menschen werden unterdrückt." Die UNO habe ganz sicher weniger an die gut versorgten und mit „Bundes-Jugendplänen" Versehenen gedacht, als sie 1985 zum Jugendjahr ausrief.

Der Appell des Ministers von der Burg Kaltenstein geht weit über die Jungen und Mädchen hinaus, die hier vor ihm sitzen. Er fordert unter ihrem zunächst schüchternen, dann stärker werdenden Beifall mehr Engagement für die Demokratie, mehr Mitmachen in ihren Organisationen, weniger Angst vor den Unwägbarkeiten dieser Welt und mehr Vertrauen in eine gute Politik. Zentrale jugendpolitische Aufgabe sei aber die Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt für die junge Generation.

Damit hat Geißler allerdings ein sowohl betroffenes wie sachkundiges Publikum vor sich. Was wird aus diesen Jungen und Mädchen, deren Unterbringung und Unterricht und ständige Begleitung pro Kopf und pro Tag 110 Mark kosten? Kidisty Amlesom aus Eritrea, ein hübsches 17jähriges Mädchen, liest ihre Frage, symbolisch für die anderen, in eigenwilligem Deutsch vom Zettel ab: „Ich weiß nicht, wie es weitergehen soll."

Bisher ist mit dem „Garantiefonds" aus dem Ministerium Geißlers nicht nur die Schule dieser Benachteiligten, sondern auch ihre Berufsausbildung bezahlt worden. 1985 wird der erste Schuljahrgang in Kaltenstein entlassen, der keinen Ausbildungsplatz in den eigenen Werkstätten mehr findet.

Vogels bestreitet Beteiligung

twk, Bonn

Der frühere Flick-Gesellschafter und heutige Vorstandsvorsitzende von MBB, Hanns Arnt Vogels, hat gestern vor dem Flick-Ausschuß seine Beteiligung an der Abwicklung der Parteispenden bestritten. Spenden der Firma Krauss-Maffei an die „Bayerische Staatsbürgerliche Vereinigung" „in Abstimmung mit Vogels" wertete der Zeuge, damals Aufsichtsratsvorsitzender der Firma, als sein „routinemäßiges Placet" zu Vorgängen, die ihn nicht interessiert hätten. Über Parteispenden habe Eberhard von Brauchitsch im übrigen selbst gegenüber Freunden Schweigen gewahrt. Nicht alle Vermerke in den Beweismittelordnern seien, so Vogels ferner, den 6b-Anträgen zuzuordnen. Bei einer vom damaligen Minister Hans Friderichs ihm als „geheim" zugesandten Unterlage habe es sich nicht um Material zum Flick-Antrag, sondern zur damals mit Bundesmitteln geförderte Raketenfirma OTRAG gehandelt, die Vogels als Ingenieur bewerten sollte.

SPD-Plädoyer für Nowottny

dpa, Bonn/Düsseldorf

Im anhaltenden Streit um den WDR hat die SPD dem neugewählten Intendanten Friedrich Nowottny demonstrativ das Vertrauen ausgesprochen. SPD-Vorstandssprecher Wolfgang Clement betonte, die Sozialdemokraten in den Aufsichtsgremien des WDR hätten „klargemacht, daß sie überhaupt keinen Grund sehen, mit Nowottny nicht fair und sachlich zusammenzuarbeiten". Nicht wenige Sozialdemokraten hielten den Chef des Bonner ARD-Studios für einen „Fernsehjournalisten der absoluten Spitzenklasse". Die Landesregierung in Düsseldorf hatte entgegen allen Erwartungen auf ihrer letzten Sitzung nicht über die Ausfertigung des WDR-„Vorschaltgesetzes" entschieden. Die CDU-Opposition will das von der SPD-Mehrheit im Landtag beschlossene Gesetz notfalls vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster anfechten. Bundeskanzler Kohl nannte dieses Gesetz gestern vor dem Bundeskabinett in Bonn einen „Politiker-Skandal ersten Ranges", teilte Regierungssprecher Boenisch mit.

Evangelische Kirche schrumpft

idea, Hannover

Die Mitgliederzahlen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sind weiter rückläufig. Wie aus der neuesten Statistik hervorgeht, die das Kirchenamt der EKD in Hannover gestern vorlegte, verringerte sich die Zahl der protestantischen Kirchenmitglieder 1983 um 0,8 Prozent und sank auf 25,5 Millionen. Die römisch-katholische Kirche hat nach den letzten Angaben (1980) rund 26,7 Millionen Mitglieder. Zum Rückgang in der EKD haben sowohl natürliche Gründe beigetragen – mehr Todesfälle als Geburten – als auch die Kirchenaustritte. 1983 kehrten ähnlich wie in den Vorjahren 113 006 Personen der EKD den Rücken, 0,4 Prozent aller Mitglieder. Obwohl sich über 37 000 Bewohner der Bundesrepublik 1983 in die evangelische Kirche aufnehmen oder wieder aufnehmen ließen – über zehn Prozent mehr als 1982 –, konnte dies den Abwärtstrend nicht stoppen: Auf eine Aufnahme kommen drei Austritte. 1974 war das Verhältnis wesentlich größer: eins zu zwölf.

„Soziale Notlage" abklären

CSU fragt nach Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen

ms. Bonn

„Es muß die Frage erlaubt sein, ob in einem der reichsten Länder dieser Welt jährlich circa 150 000 Abtreibungen mit sozialer Notlage begründet werden können?" Diese Problematik hat gestern der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Theo Waigel, in einer in Bonn verbreiteten Erklärung angesprochen. Die CSU „strebt keine Änderung des Abtreibungsparagraphen 218 an". Wer ihr anderes unterstelle, „tut dies aus Dummheit oder Bosheit". Eine strittige Frage, die alsbald geklärt werden müsse, sei aber, „ob ein von der Krankenkasse und damit von allen Beitragszahlern finanzierter Schwangerschaftsabbruch aus sozialer Indikation mit dem Grundgesetz in Einklang steht". Die Solidargemeinschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung werde zur Sicherung des sozialen Systems zu immer höheren Beitragsleistungen herangezogen. „Auch aus diesem Grund ist eine Klärung über den derzeit daraus finanzierten Schwangerschaftsabbruch bei sozialer Notlage dringend geboten", betonte Waigel.

Die CSU-Landesgruppe habe deshalb im Herbst letzten Jahres beschlossen, eine Normenkontrollklage vor dem Bundesverfassungsgericht in die Wege zu leiten. Wenn die Bundesregierung diese Klärung im materiellen Sinne selbst nicht herbeiführen könne, „ist die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aufgefordert, dies durch ein Drittel der Mitglieder des Deutschen Bundestages zu tun. Dies ist allein eine Angelegenheit, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktion noch vor der Sommerpause des Parlaments zu entscheiden hat."

Die Union befinde sich mit diesem Vorhaben in „vollem Einklang" mit der Koalitionsvereinbarung vom März 1983. Da die damals in Aussicht stehende Klärung durch das Verfassungsgericht nicht erfolgt sei, weil die Entscheidung aus formalen Gründen nicht ergangen sei, könne sie nur durch eine Organklage herbeigeführt werden.

NOTIZEN

Aus für Plastiktüten?

Rom (DW.) – In Italien sollen Plastiktüten verstärkt durch Packmaterial aus Altpapier ersetzt werden. Nach einer Verordnung des Industrieministers Renato Altissimo dürfen ab 1. Januar 1991 nur noch solche Verpackungsmittel verwendet werden, die durch Licht, Wärme und Feuchtigkeit von selbst zerfallen.

Studie zur Luftbelastung

Berlin (DW.) – Das Bundesgesundheitsamt Berlin hat in einer Studie über gesundheitliche Auswirkungen von Tagen mit erhöhter Luftverunreinigung in Berlin im milden Winter 1982/83 „keinen eindeutigen Einfluß der Luftverunreinigung auf die tägliche Veränderung von Symptomen und Lungenfunktionswerten" feststellen können. Allerdings kam es im Untersuchungszeitraum auch nicht zu Smog-Situationen. Für die Belastungsräume Nürnberg und Ingolstadt hat jetzt der bayerische Umweltminister Alfred Dick ein „Wirkungskataster" zur Abschätzung möglicher Auswirkungen der Luftbelastung auf die Gesundheit angekündigt.

Empörte Angler

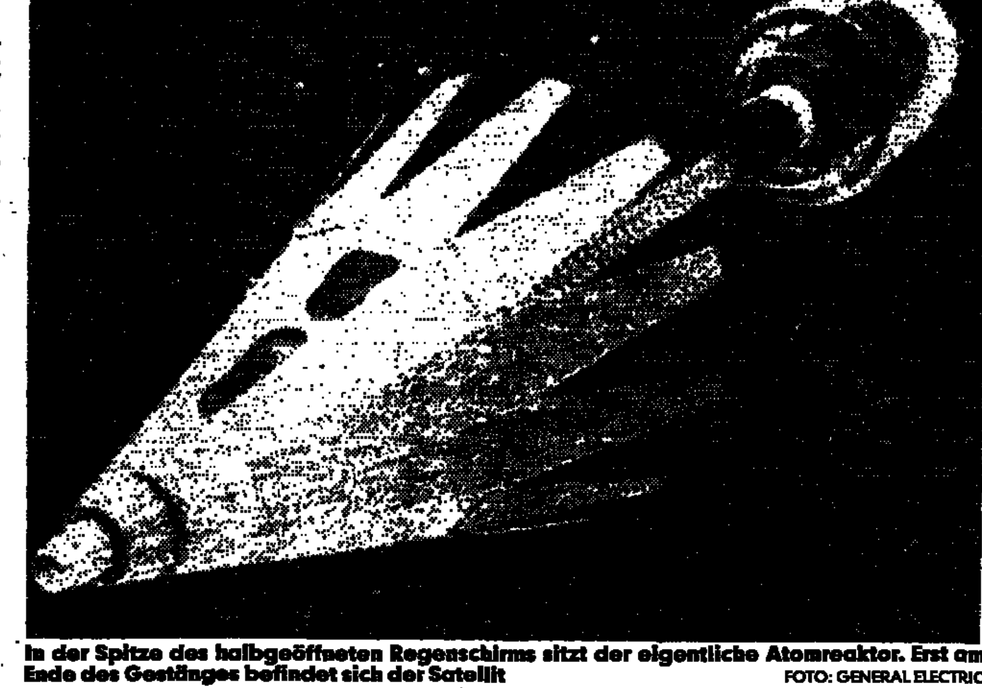
Weilburg (dpa) – Angler an der Oberlahn empören sich über rigorose Abholzungen und Begradigung der Lahnufer. Die Zerstörung der Flußfauna und -flora auf Anordnung des Schiffahrtsamtes in Koblenz grenze schon fast an eine Kanalisierung des Flusses. Der Fischerei-Sportverein Oberlahn, der im Juli 100 Jahre alt wird, hat den Bau von Fischtreppen an den Wehren beantragt, damit Forellen die Staustufen überwinden können. Aale aus der Lahn dürften im Interesse der Gesundheit nur noch einmal im Monat genossen werden.

Hochdeponie im Test

Wiesbaden (dg.) – Der hessische Umweltminister Armin Clauss hat eine Untersuchung von „neuen, bahnbrechenden Deponietechniken" in Auftrag gegeben. Insbesondere soll geprüft werden, ob eine Hochdeponie in Massivbauweise eine sichere Ablagerung von Sonderabfällen unter Langzeitbedingungen und eine Rückholbarkeit der Abfälle gewährleistet. Das Projekt, das 50 bis 60 Millionen Mark kostet, solle richtungweisend für die Bundesrepublik und für das Ausland sein, weil bisher noch nirgends auf der Welt eine vergleichbare Einrichtung bestehe.

Die Entwicklung von Atomreaktoren für den Weltraum ist schon zwanzig Jahre alt. Nachdem die Sowjets auf diesem Gebiet in der Vergangenheit einen Vorsprung erzielt hatten, ergreifen die Vereinigten Staaten nun wieder die Initiative. Für die Energieversorgung von Weltraumwaffen ist der Atomstrom unverzichtbar. Ein Space-Shuttle soll den Reaktor in die Umlaufbahn befördern.

Reaktor soll im halbgeöffneten Regenschirm um die Erde kreisen



In der Spitze des halbgeöffneten Regenschirms sitzt der eigentliche Atomreaktor. Erst am Ende des Gestänges befindet sich der Satellit FOTO: GENERAL ELECTRIC

Von ADALBERT BÄRWOLF

Eine Leistungssteigerung atomarer Kraftwerke um das Zweihundertfache streben die Vereinigten Staaten für deren Einsatz im Weltraum an. Innerhalb von fünf Jahren soll ein kompakter Atomreaktor in Miniaturformat mit einer Leistung von 100 000 Watt flugfähig sein.

Zwanzig Jahre nach dem ersten Einsatz eines orbitalen Kernkraftwerks aktivieren die USA ein Programm, das in den letzten Jahren nur auf Sparflamme gekocht hatte. Mit dem Projekt SP-100 zur Erzeugung von rund 100 Kilowatt elektrischer Energie übernimmt Amerika auch auf diesem Sektor wieder die Intiative.

Die Sowjets hatten in der Vergangenheit mit der Entwicklung leistungsstärkerer kosmischer Atomreaktoren einen Vorsprung erzielt. Von Präsident Carter war 1978 sogar vorgeschlagen worden, Nuklearkraftwerke vollständig aus dem Weltraum zu verbannen. Doch in Amerika hat sich die Meinung durchgesetzt, die Reaktoren seien zur Fortsetzung des Weltraumprogramms absolut notwendig. Die militärischen und zivilen Nutzanwendungen von Atomkraft-Satelliten hätten weit mehr Gewicht als jede theoretische Gefahr für die Erde.

Die von Präsident Reagan vorangetriebene strategische Verteidigungsinitiative (SDI) zur Entwicklung von Strahlenwaffen als lichtgeschwinden Abwehrmitteln gegen offensive ballistische Atomraketen benötigt orbitale Hochtemperatur-Kraftwerke mit Leistungsspitzen im Multimegawattbereich. Das Projekt SP-100 ist für den Weltraum erst der Beginn einer Entwicklung. Sie wird über Atomreaktoren im Bereich zwischen 5 und 10 Megawatt zu Anlagen führen, die die Kapazität von Kraftwerken auf der Erde zur Versorgung einer Stadt von 120 000 Einwohnern besitzen.

Der mit rund 150 Kilogramm Kernbrennstoff beladene Reaktor des Projektes SP-100 soll mit dem amerikanischen Raumflugzeug Space-Shuttle in eine Erdkreisbahn von wenigsten 700 Kilometer Höhe befördert werden. Dies ist die Minimalhöhe für eine Erdkreisbahn, aus der ein Reaktor *nicht vor Ablauf von hundert Jahren* zur Erde zurückkehrt. Reaktorsachverständige halten diese Hundert-Jahre-Bahn aus Sicherheitsgründen für ausreichend. Nach Ablauf von hundert Jahren sei die Radioaktivität auf ein Niveau gesunken, das mit dem von Kernkraftanlagen auf der Erde vergleichbar sei. Die vier US-Raumflugzeuge „Columbia", „Challenger", „Discovery" und „Atlantis" können jedoch ohne größere Veränderungen diese Sicherheitshöhe nicht erreichen. Dazu müßten die orbitalen Manövrierraketen verstärkt werden.

Nach dem Absetzen im Weltraum hat das Atomkraftwerk SP-100 die Form eines halbgeöffneten Regenschirms. Ganz vorn in der Schirmspitze sitzt der eigentliche Atomreaktor. Dann folgt ein Strahlenschutzschild. Die einzelnen thermoelektrischen Elemente der Silizium-Germanium-Technologie zur direkten Umwandlung der Reaktorwärmeenergie in elektrische Energie befinden sich in den anschließenden konischen Segmenten. Die gespreizten Paneele, die wie Fransen aussehen, dienen zur Wärmeabstrahlung. Der mit Atomstrom zu versorgende Satellit sitzt am Ende eines wenigstens zehn Meter langen Gestänges.

Die Technologie eines nuklearen Kraftwerks, das automatisch gestartet werden muß und das jahrelang bei voller Leistung im Weltraum operieren soll, geht auf die jetzt fast genau 20 Jahre alte Entwicklung des am 3. *April 1965 in Kalifornien gestarteten* ersten Weltraumatomreaktors SNAP-10-A zurück. Der Reaktor, der die Nutzlast eines US-Luftwaffen-Satelliten mit 500 Watt Strom versorgte, schaltete sich allerdings nach 43 Tagen wegen eines Kurzschlusses automatisch ab. Das stillgelegte kosmische Atomkraftwerk befindet sich auf einer Bahn, auf der es die Erde noch wenigstens 4000 Jahre umrunden wird.

Der im Auftrag der amerikanischen Atomenergie-Kommission und der Air Force in Los Angeles gebaute Reaktor hat 3,6 Kilogramm Uran-235 und Zirconium-Hydrid an Bord. Amerika verfügte als erstes Land über einen nur von atomarer Kraft betriebenen Satelliten, der von Batterien völlig unabhängig und auch nicht auf Sonnenenergie angewiesen war. Herz des Reaktors waren 37 Brennstoffelemente. Er wurde von einer flüssigen Metallegierung aus Natrium und Kalium gekühlt. Das Gesamtgewicht der dreieinhalb Meter hohen Anlage mit ihrem Basisdurchmesser von eineinhalb Metern betrug 440 Kilogramm.

Schon zu Beginn des SNAP-Programms hatten die Sicherheitsaspekte an erster Stelle gestanden. Alle denkbaren Unglücksfälle, wie die Explosion der Atlas-Rakete auf der Startrampe in Vandenberg, wurden simuliert. Die atomare Kettenreaktion in dem Reaktor war erst nach Sicherstellung einer Kreisbahnhöhe von mehr als 1000 Kilometer durch *Funkbefehl ausgelöst worden.*

Ein sowjetischer Weltraum-Atomreaktor war 1978 in die Erdatmosphäre eingetreten. Die Bruchstücke von hoher Radioaktivität waren über die arktischen Eiswüsten Kanadas verstreut worden. Nach Schätzungen westlicher Experten hatte der mit 50 Kilogramm angereichertem Uran betriebene Atomreaktor des Weltraumschiffes Kosmos 954 einen Leistungsbereich von rund zehn Kilowatt. Höchstwahrscheinlich waren mit dem Atomstrom Radaranlagen zur Seeaufklärung betrieben worden.

Vor zwei Jahren war der sowjetische Satellit Kosmos 1402 mit einem Atomreaktor an Bord außer Kontrolle geraten. Die Sowjets zerlegten den Satelliten über Funk. Ein Reaktorteil stürzte in den Indischen Ozean.

Die Umweltpolizei hält ihre Einsatzorte geheim

Mobiles Schutzkommando nur in Baden-Württemberg

Von XING-HU KUO

Als einziges Landeskriminalamt (LKA) der Bundesrepublik Deutschland verfügt die Behörde in Baden-Württemberg über ein „Mobiles Umweltschutzkommando" (MUK), das dem Dezernat für Umweltkriminalität unterstellt ist. In einem WELT-Gespräch berichtete LKA-Vizepräsident Franz Pfiszter, daß diese Einrichtung gerade ihr zehnjähriges „Jubiläum" hinter sich hat. Die einzigartige Abteilung wurde bereits 1974, aufgrund damaliger „aktueller Umweltfälle" in Baden-Württemberg, gegründet.

Inzwischen haben die sechs Beamten, die von mehreren Wissenschaftlern und freien Mitarbeitern unterstützt werden, „sehr große Mühe", die wachsenden Aufgaben im Bereich Umweltschutz zu bewältigen. Deshalb gebe es „relativ konkrete Pläne, die Zahl des MUK-Personals zu erhöhen". Und die Stuttgarter Umweltpolizisten finden auch über die Landesgrenzen hinaus Anerkennung. Andere Bundesländer, so berichtete Pfiszter jetzt, hätten inzwischen „großes Interesse" an der Arbeit des Umweltschutzkommandos bekundet.

Konkret hat das MUK die Aufgabe, vor allem Boden- und Wasserproben im Zusammenhang mit Problemen der Abfallbeseitigung durchzuführen und sie entweder im eigenen Kriminaltechnischen Institut zu analysieren oder an die Chemische Landesuntersuchungsanstalt weiterzugeben. Zu diesem Zweck verfügt das Kommando über einen VW-Bus, „vollgepfropft mit Gerätschaften".

Ein Wissenschaftler ist immer dabei

Beim Einsatz ist immer ein „kompetenter Wissenschaftler" dabei, entweder ein Chemiker, Physiker oder Biologe. Dabei geht es vor allem um die „Sicherung verdächtiger Substanzen, die fachmännische Entnahme von Proben zur Beweissicherung". Das Umweltschutzkommando wird tätig, wenn Anzeigen eingehen, auf Anforderung von örtlichen Polizeidienststellen – dies ist am häufigsten der Fall – und als Amtshilfe für Verwaltungsbehörden. Gelegentlich geht die Initiative vom LKA selber aus, etwa nach Presseberichten oder wenn „Kommissar Zufall" auf einen Umweltfall hinweist.

Besonders in den letzten anderthalb Jahren, in Zusammenhang mit der wachsenden Umweltdiskussion und dem steigenden Bewußtsein in der Bevölkerung, so Pfiszter weiter, sei die Zahl der Einsätze ständig gestiegen. Im Durchschnitt würden derzeit ein bis zwei Einsätze im Monat durchgeführt.

Weitere Aktionen sind bereits geplant. Die Orte will der leitende LKA-Beamte aus verständlichen Gründen nicht nennen.

Umweltkriminelle und Wirtschaftsverbrecher

In den letzten Monaten hatte das MUK ebenfalls häufig zu tun: Die Beamten waren bei der Firma Dynamit-Nobel in Rheinfelden (dort hat sie eine Sondermülldeponie), dann auf der BASF-Deponie in Mannheim wegen 400 Tonnen Tetrachlorbenzol, die angeblich in den 50er Jahren von der Firma gelagert worden seien. Dies erwies sich übrigens als unrichtig. In Stockach wiederum mußten die MUK-Mitarbeiter zwei Fässer auf einer Deponie untersuchen, die laut Aufklebern hochexplosive Stoffe enthielten. Der Inhalt bestand jedoch nur aus harmlosem Abfall.

Nach Auffassung von LKA-Vizepräsident Pfiszter sind Umweltkriminelle durchaus Wirtschaftsverbrechern gleichzusetzen. In diesen Fällen gehe es nämlich um sehr viel Geld. Durch die ungesetzliche Beseitigung von Sondermüll würden immense Summen eingespart, indem die erforderliche aufwendige Vernichtung des gefährlichen Mülls umgangen werde.

Pfiszter verweist auf eine gesetzliche Lücke, die er sehr bedauert: Bisher seien Verwaltungsbehörden nicht verpflichtet, bei Umweltverstößen Anzeige zu erstatten. Dadurch erfahre auch das LKA häufig erst aus der Presse von solchen Gesetzesverletzungen. Über diese fehlende Anzeigepflicht „sind wir manchmal traurig". Dabei genüge bereits eine Änderung entsprechender Vorschriften und Verordnungen. Pfiszter realistisch: „Einige Verwaltungsbehörden werden wohl kaum hurra schreien."

Ansichten über Mann und Frau

Der Mann, der morgen mit einem neuen literarischen Werk vor das deutsche und gleichzeitig das französische Publikum tritt, hat mehr als jeder andere lebende Schriftsteller die Gefährdungen des 20. Jahrhunderts durchlitten und durchdacht. Von den Schlachten in Cambrai und an der Somme, im Ersten Weltkrieg, zu dem historischen Treffen Präsident Mitterands und Bundeskanzler Kohls im vorigen Herbst in Verdun – Ernst Jünger war dabei, so als habe der Zeitgeist ihn als Zeugen der Wandlungen dieses Jahrhunderts ausersehen. Dieser Kursus durch die Jahrzehnte, erweitert durch Reisen, Forschungen und Leseabenteuer, bringt Ernst Jünger im nächsten Monat zur Vollendung seines 90. Lebensjahrs. Das ist hohes Lebensglück, und eine Lebensleistung, die umso mehr erstaunt, als sie ohne Verminderung der geistigen Kraft aus den Steinbrüchen des Denkens und Schreibens immer neue Funde an den Tag und vor das Lesepublikum trägt. So auch hier, in dem vorliegenden neuen Erzählwerk „Eine gefährliche Begegnung", aus dem die WELT heute zwei Auszüge vorabdruckt. Den Stoff dieses neuen Buches hat der Autor seit fünfundzwanzig Jahren mit sich herumgetragen; gelegentlich ließ er Fragmente davon in entlegenen Sammelbänden erscheinen. Aber erst jetzt, mit diesem 170 Seiten schmalen Werk, wird der Erzählknoten geschürzt. Ort und Zeit ist das Paris des Jahres 1888 – die Hauptstadt strömt den Hautgout der bürgerlichen Spätzeit aus. Wie die Einladung zu morbidem Genuß wirft das fin de siecle seine Schatten. Wir sind in der Welt des Dandy und der Blumen des Bösen, der Erlesenheit in Gestus und Gedanke, aber auch der „gefährlichen Begegnung". Eine Jünger-Welt geradezu, wie die Leser, die das Werk dieses Autors über die Jahrzehnte verfolgt haben, sofort erkennen werden. „Man verschlingt", schreibt ein französischer Voraus-Leser des neuen Buches, diesen Text „wie einen sehr guten Simenon, der Maupassant gelesen hat". Jünger erweist sich erneut als Meister der pointierten Vignette; Ironie und gewagtes Denken paaren sich zu verblüffenden Formulierungen. Der Erzählfluß will immer wieder in aphoristisches Erkennen münden – eine Herausforderung für alle Leser, die sich noch ein Gespür für das Abenteuer Literatur bewahrt haben. (kie.)

Von ERNST JÜNGER

Ein älterer Herr schritt langsam vorüber und streifte Gerhard mit einem Blick. Im Weitergehen schien er sich zu besinnen; er kehrte um und lüftete höflich seinen Hut: „Sieh. Herr zum Busche – was führt Sie zu dieser Stunde in mein Quartier?"

Gerhard entsann sich der dunklen, von schmalen Brauen überwölbten Augen, die ihn mit kühler Neugier musterten. Sie standen wachsam in einem blassen, kränklichen Gesicht. Ihr Träger mochte wenig über sechzig Jahre zählen; er nannte sich Ducasse. Obwohl er einer alten Familie angehörte, begegnete man ihm nur an den Rändern der Gesellschaft: beim Rennen, beim Spiel und bei den Frühstücken. Vor allem traf man ihn im Umkreis der reichen Fremden, die regelmäßig die Stadt besuchten; er galt als Kenner auserwählter Vergnügen. In dieser Hinsicht wäre er eher im vergangenen Jahrhundert an seinem Platz gewesen, als Freund von Fürsten, die vor der Sintflut feierten. Nun war er auf ihre Enkel angewiesen, in einer Zeit verlorener Illusionen, in der auch die Genüsse sich vergröberten. Das hielt wohl den leichten Ekel und mit ihm den Zug des Leidens wach, denn immer muß der Koch ja wissender als seine Gäste sein.

Es hatte in diesem Leben einen Bruch gegeben, mit dem die Dekorationen des großen Reichtums dahingeschwunden waren, und auch was sich dem anschloß, war nicht geeignet, den Ruf zu festigen. Die hohen Gönner erhielten ihn mehr in Mode als im Ansehen. Man traf den Herrn Ducasse zwar in der Botschaft, doch niemals in den Räumen, in denen Gerhards Tante gastfreundlich waltete. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß dieser Umstand eine Rolle spielte bei der Entwicklung der Dinge, die hier geschildert wird. In diesem Punkt war Herr Ducasse empfindlich geblieben; indessen schien er vom Zufall der Begegnung entzückt zu sein. Als ob er ihn freundschaftlich halten wollte, berührte er Gerhard am Arm und sagte: „Es ist vernünftig, daß Sie in der Stadt geblieben sind. Man braucht sich hier auch am Sonntag nicht zu langweilen. Das ist ein Vorurteil."

Dann, mit dem Knaufe seines Stockes auf den Schautisch deutend: „Nicht wahr – ein Stilleben? Das Haus ist gut, der Keller ist berühmt."

Er schränkte das Urteil ein: „Zum mindestens, was den Burgunder anbetrifft. Ich sehe Sie meditieren, als wollten Sie frühstücken. Sie sollten zu Voisin gehen. Dort finden Sie jetzt das Beste, was das Meer zu bieten hat. Es würde mir Vergnügen machen, Sie dorthin einzuladen ..."

Er zögerte ein wenig: „Sofern Sie nicht vorziehen, allein zu sein."

Es war tatsächlich Gerhards Absicht gewesen, den Sonntag einsam zu verbringen und fern der Innenstadt, in der man immer Bekannte traf. Die Einladung indessen berührte das Kindliche, das ihn bezeichnete. Die Älteren blieben immer die Erwachsenen für ihn: ihr Reich war von dem seinen weit getrennt. Die Art, in der sie sich bewegten, dachten, handelten, war unbegreiflich und setzte Mysterien voraus. Sie hatten das Ungewisse mit der Sicherheit vertauscht. Gerhard empfand es immer als beglückend, wenn einer von diesen sich ihm zuwandte. Daher beeilte er sich, die Einladung anzunehmen, indem er sich zugleich entschuldigte: „... obgleich ich fürchte, daß meine Gesellschaft Sie langweilen wird."

„Machen Sie sich deshalb keine Sorgen", beruhigte ihn Ducasse und winkte einem Kutscher, der langsam vorüberfuhr.

Das Fuhrwerk war verstoßen und schlug in den Federn auf. Ein ausgedienter Schimmel zog es im Schritt den Berg hinab; er mochte schon das Zweite Kaiserreich erlebt haben. Die Sonne brannte; sie rief ein starkes Zucken und Blinzeln auf Ducasses Gesicht hervor. Es war ein krankes, verwüstetes Gesicht, in dessen Augen jedoch der Wille noch ungebrochen funkelte. Das gab ihm etwas Zwingendes; es teilte ihm eine Art von Magnetismus mit.

Gerhard, der als Träumer lebte, kannte nicht die Anekdoten, die sich an den Namen dieses Mannes hefteten. Er konnte daher nicht wissen, daß diese Lage – die Lage eines Dandys, der sich durch das erbärmliche Gefährt, das ihn bewegt, in seiner Überlegenheit nicht stören läßt – für Léon Ducasse typisch war. Sie deutete das Schicksal an, das er zu tragen, zu meistern hatte wie Brummel das seine in Calais. Der Witz der Weltstadt hatte seine Schärfe an ihr erprobt, um sich dann mit ihr abzufinden, nachdem sie zum Stil geworden war. Das setzte Beharrungskraft voraus.

Nun war wohl schon ein Dutzend Jahr verstrichen seit der berühmten „Rückkehr von Longchamps". Das war der Titel der Karikatur gewesen, die am Tage nach seinem Ruin die Stadt belustigte. Sie zeigte Léon, in einem offenen Fiaker thronend, inmitten des Getümmels kostbarer Pferde und Wagen, die vom Rennen abfuhren. Das Kinn nachlässig auf seinen Stock gestützt, die weiße Chrysantheme im Knopfloch, setzte er sich in alter Unbefangenheit den Blicken aus. Wie sich im Mißgeschick die eigentlichen Quellen des Menschen offenbaren, so hatte sich damals ausgewiesen, daß Ducasses Bedeutung nicht auf dem großen Reichtum fußte, nicht auf den Millionen, die er in Bauten, Festen, Kunstwerken verschwendete. Das war ihm durch eine märchenhafte Heirat zugeflossen und ging wie eine Fata Morgana mit der Frau davon. Was blieb, war der unfehlbare Geschmack der letzten Blüte eines altes Stammes, die Kenntnis der erlesenen Dinge dieser Welt. Sie ist im Grunde der Mittel nicht bedürftig, da ihre Stärke im Urteil ruht. Ein Lächeln kann Ansprüche stürzen oder bestätigen. In dieser Hinsicht wurde Ducasse ebenso bewundert, wie er gefürchtet war.

Wenn die Katastrophe in Ducasse eine Wunde hinterließ, so war es eher der Haß gegen alles Weibliche, der vielleicht immer in ihm geschlummert hatte, nun aber zutage trat. Von jeher hatte die Liebe zu Frauen ihm nicht viel bedeutet, doch gibt es Formen des Geschmackes, die sie nachzuahmen, ja zu übertreffen scheinen wie gewisse Kunstblumen die natürlichen. Darauf verstand er sich: der Schönheit wie einer Perle die Fassung zu geben, die ihr gebührt. Im Augenblick jedoch, in dem sie das Vollkommene streifte, verfiel er der Langeweile und der Ironie. Das hatte ihn gestürzt.

In seinen eigentlichen Neigungen dagegen hatte die Beschränkung ihn eher noch befestigt und gestärkt. Die Herrschaft über die schönen Dinge liegt ja nicht darin, daß man sie besitzt. Ducasse war vielmehr den Besitzern unentbehrlich, indem er sie in der Gewißheit des Besitzes erst bestätigte. Er wies die Echtheit nach. Mit Recht sieht man den Zweifel als ein Zeichen der Spätzeit und als Vorzeichen des Unterganges an. Solange er sich gegen die höchsten Werte richtet, läßt sich das Leben noch erträglich führen, ja selbst in sinnlichen Genüssen steigern, dann aber greift der Zweifel auch auf die sichtbaren Güter über, an denen die Sinne sich erfreuen. Das gleicht dem Schimmel, der vom Plafond her sich auf die Tapete ausdehnt und ihre Muster bleicht. Mit dem Mißtrauen nehmen der Ekel und die Verfälschung zu. Zuletzt wird auch das Einfachste verdächtig – das Glas Wasser, die Speise auf dem Tische, der Löffel, der sie zum Munde führt.



Das Bild Jüngers (oben) mit dem 1918 verliehenen Orden „Pour le mérite" stammt aus der 4. Auflage von „In Stahlgewittern. Aus dem Tagebuch eines Stoßtruppführers" (Berlin 1922). Unter dem Titel steht: „Kriegsfreiwilliger, dann Leutnant und Kompagnieführer im Füs. Regt. Prinz Albrecht von Preußen (Hann. Nr. 73) Leutnant im Reichswehr-Regiment Nr. 16 (Hannover)".
FOTOS: SVEN SIMON/DIE WELT

In solchen Zeiten sind Geister wie Ducasse den Mächtigen und Reichen wahre Nothelfer. Sie bannen die Langeweile und stellen das gute Gewissen wieder her. Besitz beängstigt,

> Der ideale Vermittler ist jener, der die Dinge zu schätzen weiß, ohne daß er sie für sich in Anspruch nimmt. Er führt die Braut im Hochzeitsschmuck dem Freier zu und ist zufrieden, wenn er hinter beiden die Kammertür geschlossen hat.

wenn die Kraft, ihn zu beherrschen, uns verläßt. Die auf der Tafel gehäuften Gerichte bedrücken schon durch ihren Anblick den Übersättigten. Er muß dann zum Verächter, zum Geizhals oder zum Verschwender werden – es sei denn, daß man neue Illusionen in ihm weckt. Das hatte Ducasse sich zur Aufgabe gemacht. Wenn Geld und Einfluß Instrumenten glichen, so konnte er zeigen, wie man darauf spielt und welche Melodien möglich sind. Im Grunde blieb er der Gebende und teilte aus dem Ererbten mit.

Daraus erklärt sich, daß ihn die Havarie im Lebensstil nicht schädigte. Sie taf das Schiff, doch nicht den Steueremann. Die alten Freunde hielten an ihm fest – ja zogen noch größeren Gewinn aus ihm, den eigene Dinge nunmehr weniger beschäftigen.

Von nun an wurde seine Lebensführung einfach, ja selbst spartanisch, soweit sie nicht sein Äußeres betraf. Er hauste in einer kleinen Wohnung mit einem Diener, der ihm seit seiner Jugend treu geblieben war. Dort hatte er sich mit alten Möbeln und Einzelstücken eingerichtet – Treibgut, das seinen Schiffbruch überdauerte. Es kam vor, daß ein Besucher an einem Bilde oder einem Teppich besonderen Gefallen äußerte. Dann pflegte Ducasse anzudeuten, daß dem Begehren abzuhelfen sei. Das lief nicht zu seinem Nachteil aus. Die Lücke füllte er dann bei den Händlern, bei denen er im alten Ansehn stand.

Auf diese Weise zinsten ihm die unbeschränkten Mittel, die ihm zu Gebot gestanden hatten, auch fernerhin. Verschwendung hatte ihn zur Meisterschaft geleitet in allen Fragen, die den Geschmack angehen. Nur der Wert zählte; der Preis war unwichtig.

Einst hatte er davon geträumt, um sich herum die alte Gesellschaft wiederherzustellen, mit ihren Formen, ihren Farben, ihrer Heiterkeit. Er hatte erfahren müssen, daß dergleichen im besten Falle zu den gelungenen Illusionen historischer Maskenbälle führt. Dennoch war in ihm eine Art ererbter Redlichkeit, die ihn zur Verwendung von echten Dekorationen trieb. Er pflegte zu sagen, daß er das Lehrgeld nicht bereue, das er gezahlt habe. Das kam den Freunden zugute, denen weniger die Frage der Kosten als die der Echtheit Kopfschmerzen bereitete. Ein Pferd, ein Bild, ein Schmuck, ein Landhaus – kurz alles, was Ducasse gebilligt hatte, hielt jeder Probe stand. Das gleiche galt für die Feste, denen er als maître de plaisir vorstand. Hausherr und Gäste wußten dann: sie hatten sich vergnügt. Man sagte Ducasse sogar nach, daß er Partien stiftete.

Im Lauf der Jahre hatte sich dann erwiesen, daß diese Rolle nicht haltbar war. Sie wurde angezehrt durch das Vermittlertum. Der ideale Vermittler ist jener, der die Dinge zu schätzen weiß, ohne daß er sie für sich in Anspruch nimmt. Er führt die Braut im Hochzeitsschmuck dem Freier zu und ist zufrieden, wenn er hinter beiden die Kammertür geschlossen hat. Doch: fehlt ihm die Güte, wird sich in ihm ein Haß anspeichern – Haß gegen die Genüsse und die Genießenden.

Die Bahn, die dieser Geist durchlaufen hatte, zeigte, daß man in der Verfeinerung nicht verrharren kann. Sie führte ihn vom Mäzen zum Mentor von hoher Bildung, dann aber dem Spleen, der Langeweile und endlich dem Zynismus zu. Es konnte einem Blick von solcher Schärfe nicht entgehen, daß die Schönheit sich im Maß entleerte, in dem die Gesellschaft sich vernichtete. Obwohl Ducasse aus der Entwertung Gewinn zog, lebte er von einem Zustand, den er zugleich verachtete: dem des verarmten Schloßherrn, der reiche Fremde durch die Stätten verklungener Feste führt – ja der sie zuweilen theatralisch wiederholt. Da fehlte es nicht an groben Späßen und Verstößen, doch war es geraten, sie zu übersehen. Im Grunde führte er das Dasein eines Dandys, der für den Demos den Hanswurst machte und sich dafür zu rächen suchte an allem, was intakt geblieben war.

*

Die Tür zur „Goldenen Glocke" wurde erst in der Dämmerung geöffnet; sie blieb dann bis über Mitternacht hinaus nur angelehnt. Madame Stephanies Gäste warteten ungern auf der Straße; sie liebten, unauffällig einzutreten und ebenso sich zu entfernen – das war zu berücksichtigen.

Der Eingang blieb aber nicht unbewacht. Solange Gäste sich im Restaurant aufhielten, pflegte Madame Stephanie vor einem kleinen Pult zu thronen, an dem sie Rechnungen addierte, kassierte und von dem aus sie das Personal beaufsichtigte. Hier war ein rundes Fenster in die Wand gebrochen, ein Ochsenauge, durch das der Flur zu überblicken war. Davor hing eine kleine Schelle, die beim Öffnen der Tür durch einen Klingelzug bewegt wurde. Man mußte schon feine Ohren haben, um sie zu vernehmen, doch besaß Madame Stephanie ein vorzügliches Gehör. Sie unterschied die leisesten Geräusche in ihrem Haus.

Außer der Hoteltür gab es noch die zum Restaurant mit freiem Zutritt, ferner die Hintertür, die zum Markt hinausging und tagsüber den Lieferanten und den Angestellten für ihre Gänge offenstand. Nachts war sie verschlossen, doch gab es einzelne Gäste, die sie bevorzugten. Diesen öffnete Madame Stephanie persönlich und schloß hinter ihnen ab. Es hieß sogar, daß einige Klienten eigene Schlüssel zu dieser Hintertür hätten; das war ein Gerücht.

Das Haus mit seinen Türen hatte eine organische Ordnung, wie man sie in anatomischen Lehrbüchern an Abbildungen des Herzens studieren kann. Der Gang des Blutes durch die verschiedenen Vorkammern, Kammern und Ventile ist vorgezeichnet; er kann sich nur unter Katastrophen abwandeln. Ganz ähnlich war es in der „Goldenen Glocke" – hier konnte man vom Restaurant aus den Hotelflur betreten, aber nicht umgekehrt. Es gab Gäste, die das Haus nur als Restaurant, und andere, die es nur als Hotel kannten. Wenn man unten gegessen und getrunken hatte, konnte man oben ein Zimmer nehmen, nicht aber von dort in das Restaurant zurückkehren. Alles weitere wurde auf dem Zimmer serviert. Was oben aus Küche und Keller verlangt wurde, ging über die Hintertreppe – da gab es keine Ausnahme. Madame Stephanie hatte ihre Gründe dafür. Die Vordertreppe war nur sanft erleuchtet und fast immer leer.

Organisch war die Hausordnung auch insofern, als sie nicht auf Vorschriften, sondern auf langer Gewohnheit beruhte und in fest eingefahrenen Geleisen lief. Madame Stephanie hatte eine gute Kundschaft und altgedientes Personal. In solchen Fällen kann die Regie zu einer Art von Spiel werden; ein Blick, eine Andeutung genügt. Das Geschäft lief wie ein Uhrwerk und war eine Goldgrube. Es hatte Gäste, die nicht kleinlich rechneten. Madame Stephanie hielt darauf, daß Maler und ähnliches Volk nicht eindringen konnten; und was die Schauspieler betraf, so mußten sie, wie der junge Coquelin, Renommee haben. Die Regel erstreckte sich nicht auf die Schauspielerinnen; hier überwogen die Debütantinnen.

Man fühlte sich wohl bei Madame Stephanie. Sie war eine angenehme Person und, obwohl in reiferen Jahren, immer noch anziehend. Ihre Schönheit war dezent wie die einer Nonne; sie lag vor allem in den regelmäßigen Proportionen der Figur und des Gesichts, die durch ein geheimnisvolles Lächeln und eine ruhige Altstimme unterstüzt wurden. Das gab ihr etwas Unpersönliches, das man, wie das Bildnis eines alten Meisters, mit Sympathie betrachtete.

Die Menschen lieben die Wiederkehr des Gleichen – vor allem wenn sie die Erinnerung an erfüllte Stunden wachruft und erneut. In diesem Sinne war Madame Stephanie im wechselvollen Dasein ihres Freundes- und Gönnerkreises zu einer Gestalt geworden, die Tradition umwitterte. Sie war Bewahrerin, Beschließerin längst verglühter Stunden, die wieder aufleuchteten, wenn man den Flur betrat. Man atmete da etwas wie den Duft von Räucherpfannen, auf denen durch Jahrzehnte hindurch Weihrauch verbrannt wurde.

Dem kam entgegen, daß Madame Stephanie kaum alterte. Sie war immer noch die gleiche, als die man sie schon bei der Vernissage gekannt hatte, höchstens unmerklich nachdunkelnd wie ein Bild. So stand sie, stets dieselbe, mit dem geheimnisvollen Lächeln im Rahmen des Flures, der matt erleuchtet war. Jahraus, jahrein war sie in dunklen Stoff gekleidet, zu dem sie als einzigen Schmuck eine Kette von Elfenbeinkugeln trug. Das harmonierte mit ihrem Teint, der sich durch eine Blässe auszeichnete, wie die Kasteiung in den Klöstern sie erzeugt. In ihrem Reiche herrschten Ordnung und Diskretion. Sie kannte jeden ihrer Gäste, doch nie hätte sie einen ohne besondere Aufforderung wiedererkannt. Was die Ordnung betrifft, so wird sie oft dem Licht verglichen und ist ihm auch darin ähnlich, daß sie erst durch die Unordnung Qualität gewinnt, wie Licht durch Dunkelheit. Ordnung ist weniger wichtig in der Kaserne als auf dem Schlachtfeld, im Hafen als auf hoher See. Zwar blühte das Geschäft von Madame Stephanie ganz im Verborgenen, doch konnte allerhand vorkommen, wenn man die Zügel locker ließ.

Die weibliche Energie ist stärker, wenn auch weniger sichtbar, als die männliche. Sie ist durchdringend, minder sprunghaft, waltender. Sie ist biegsamer und doch härter als die berühmte Stahlklinge. Aber wie der Stahl hat sie diese Tugend nicht von Anfang an besessen, sondern erworben, indem sie im kalten Bade geschreckt wurde. So war es auch bei Madame Stephanie. Sie hatte ihre bitteren Erfahrungen machen müssen durch was, was man noch lange in ihrer Heimatstadt Mantes ihren Fehltritt genannt hatte. Nun galt sie auch dort als Madame Stephanie. Der Titel war vollwichtig.

Aber damals war es hart gewesen im Soge der Weltstadt; nach dem Schiffbruch drohte der Untergang. Von den Rekruten, die dort alljährlich in die Kasernen rücken, bringt es vielleicht einer von hundert zum Offizier. Ähnlich verhält es sich mit den weiblichen Kontingenten, die von der Provinz jahraus, jahrein der Kapitale wie einem Moloch geopfert werden – wenige bringen es zum Rang einer Madame Stephanie. Wie der Soldat vor allem dadurch aufsteigt, daß er sich auf exponiertem Posten bemerkbar macht, so war es auch hier gewesen: sie hatte in einer besonders heiklen Position begonnen, als Aufwartung in einer der berühmten Vergnügungsstätten auf dem Mühlenberg. Hier war sie bald als zuverlässig befunden und in die Bar befördert worden – eine gefährliche Auszeichnung.

Eine Bar, die ihre Bestimmung erfüllt, das heißt: die sowohl den Gästen als auch dem Wirt das Beste bietet, gleicht einem Altar, auf dem sowohl dem Dionysos als auch dem Merkur geopfert werden muß. Das setzt zwei sich widersprechende Fähigkeiten der dort Bediensteten voraus, nämlich eine animierende und eine registrierende. Es liegt im Sinn der Einrichtung, daß der Betrieb sich einer Orgie nähert, die jedoch nicht völlig erreicht werden darf. Sonst würde der Gewinn im Fest verbraucht werden. Er würde mit dem Feuer in Rauch aufgehen. Es muß vielmehr Posten geben, an denen der Konsum beobachtet und überwacht wird, und einen dieser Posten besetzte Madame Stephanie, damals noch einfach Stephanie.

Scharen von Habitués und Reisenden aus aller Herren Ländern blieb sie so in Erinnerung. Auch damals trug sie schon dunkle, doch tief dekolletierte Kleider, die mit blitzenden Knöpfen bestückt und an der Brust und den Ärmeln mit Spitzen besetzt waren. Der Rock war durch eine „vertugade" gebauscht. Sie hatte damals goldblonde Haare, wie es verlangt wurde. So stand sie Nacht für Nacht im Trubel hinter dem langen Bartisch vor der Spiegelwand. In weiten, rot drapierten Sälen wurde getanzt, getrunken, gesungen und gelacht. Die bunte, kreisende Bewegung unter den großen Lüstern stieg bis in die Logen, die ein leichter Rauch verschleierte. Die Musik wurde skandiert vom Knall der Propfen, zerrissen von Schreien wie von Pfauen und Papageien. Die große Feier wiederholte sich allnächtlich, und es gab keinen Fremden von einiger Bedeutung, der dort nicht sein Opfer darbrachte. Hier sah man Stephanie, vom Anfang bis zum Morgengrauen stehend, die Arme leicht aufgestützt, mit schönem und immer freundlichem Gesicht. Der Tisch trug herrliche Früchte in großen Schalen und Batterien von Flaschen mit goldenen und silbernen Hälsen, von denen, wenn sie geöffnet wurden, der Schaum hinunterträufelte. Hier wurde bestellt, dort gab es Differenzen, hier war ein Stammgast namentlich zu begrüßen und dort ein Zuruf zu parieren, alles mit Heiterkeit. So wissen Artisten durch ein Lächeln und

> Die weibliche Energie ist stärker, wenn auch weniger sichtbar, als die männliche. Sie ist durchdringend, minder schwunghaft, waltender. Sie ist biegsamer und doch härter als die berühmte Stahlklinge.

eine gefällige Bewegung zu verbergen, wie schwer die Nummer ist.

Was aber ging hinter der Stirne dieses heiteren Wesens vor? Das zu erfahren hätte manchen erstaunt von denen, die sie gern geküßt hätten. Er hätte Ziffern gefunden wie in einer Rechenmaschine, nichts als Ziffern und Namen oder Physiognomien, die insofern interessierten, als sie mit den Ziffern verknüpft waren. Dieses Gehirn war zuverlässig wie die Bank von England oder wenigstens wie das eines im Casino von Monte Carlo ergrauten Croupiers. Es kannte Soll und Haben, als ob sie mit dem Stichel eingegraben waren, wie hoch das Fest auch stieg.

Auf solchen Posten gibt es, was die Ziffern angeht, die beiden Möglichkeiten der Abweichung nach oben und nach unten, die beide schädlich sind. Es gibt die Möglichkeiten des Vergessens, des Übersehens, der irrigen Ab- und Zurechnung. Das sind Fehler, die auch dem Besten unterlaufen, vor allem, wenn die Wogen hoch gehen, von anderem ganz abgesehen. Es gibt ferner diskrete Dinge wie die des Kredits und ähnliche. Es gibt Versuchungen, zahlreicher als die des heiligen Antonius. Es gibt auch Trinkgelder. Doch möge es genügen, zu berichten, daß Stephanie sich nicht nur vor Jahr zu Jahr auf ihrem Posten zu festigen und in Respekt zu setzen wußte, sondern daß sie auch nicht unbeträchtlich zurücklegte. Dazu kamen die guten Beziehungen.

Um so zu reüssieren, waren wie gesagt, zwei scharf sich widersprechende Fähigkeiten die Voraussetzung. Stephanie verfügte in seltener Weise über beide, und darauf beruhte ihr Erfolg. In unserer Zeit hört man viel Schlimmes über die Gespaltenheit und auch viel Dummes, da sich die Spaltung als eines der Grundprinzipien der Welt nicht weniger im Guten als im Bösen manifestiert. Wir dürfen bei einem großen Erfolge wie dem Madame Stephanies auf einen Widerspruch der Gaben und Eigenschaften schließen, der Überraschendes bewirkt. Darauf beruht die Kraft des Unvermuteten. Jedermann weiß, daß ein Witz desto besser zündet, je ernsthafter er vorgetragen wird. Aus diesem Grunde finden wir selten einen guten Komiker. Aus dem gleichen Grunde wird die Katze, die Mäuse fangen will, nicht wild herumspringen, sondern ein Bild des Friedens darbieten. Und so auch mußte Madame Stephanie in einer Welt florieren, die der Liebe und den heiteren Genüssen gewidmet war. Sie hatte die gefällige Erscheinung, die sanfte Beflissenheit, die diese Welt verlangt. Dahinter wachte der rechnende Verstand, unterstützt durch den sicheren Blick, den Enthaltsamkeit verleiht.

An den seltenen Tagen, an denen Madame Stephanie nach Mantes fuhr, um die Verwandtschaft zu besuchen, bei der sie nun seit langem in hohem Ansehen stand, oder an denen sie ihre Zustände hatte, wurde sie durch ihre Haushälterin vertreten: Fräulein Picard, die Zuverlässigkeit in Person.

Die Zustände wiederholten sich regelmäßig, mit schmerzhafter Migräne und Spasmen im Unterleib. In den Krisen färbte sich die rechte Hälfte des sonst elfenbeinfarbenen Gesichtes brennend rot. Dann mußte Madame Stephanie trotz ihrer Energie die Segel streichen und sich zu Bett legen. Das war sehr lästig, wenn es auch selten länger als einen Tag dauerte. Es gab kein Mittel dagegen, obwohl ihr Hausarzt, Doktor Besançon, der ganz in der Nähe wohnte, keine Mühe gespart hatte. Er pflegte warme Umschläge und Opiumtropfen zu verordnen und, wenn er Stock und Hut in die Hand nahm, nie die Bemerkung zu versäumen: „Ich sollte Ihnen ein Rezept für einen gesunden Jungen verschreiben, Madame Stephanie." Da er wußte, daß solche Scherze seine Patientin verstimmten, setzte er sogleich hinzu: „Ich meine, Sie sollten heiraten." Madame Stephanie pflegte dann zu erwidern: „Nun machen Sie aber, Doktor, daß Sie hinauskommen."

Madame Stephanie lag in ihrem Schlafzimmer. Das Haus war im vorigen Jahrhundert nach dem Muster der genuesischen Villa gebaut worden: mit erstem und zweitem Stockwerk und einem Halbstock für die Dienerschaft. Der untere Stock war für die Wirtschaft, der obere für die Gäste bestimmt. Im Halbstock war die Decke niedrig, die Wände waren abgeschrägt. Das ist für Schlafzimmer sogar gemütlicher.

Die Tropfen hatten bereits gewirkt. Sie waren wohltätig. Sie brachten einen höheren Zustand als den des Schlafes hervor – eine Art des Fluges, der leicht über blühende Wiesen dahinführte. Aber die Blumen waren schöner und unvergänglicher als Rosen und Lilien, als ob ein Engel sie gemalt und dann belebt hätte. In ihrer Betrachtung vergingen Schmerz und Zeit.

Aber verging denn die Zeit? Ebensogut war möglich, daß sie stille stand. Zuweilen sah Madame Stephanie im Schein des Nachtlichts, das in einem Wasserglas schwamm, auf die Uhr. Da konnte es vorkommen, daß, nachdem sie sich endlos an den Blumen erquickt hatte, kaum eine Minute verflossen war. Das bestürzte, diese Zeit, die pfeilschnell dahinschoß und zugleich stillestand. Man war am Ufer des Stromes und zugleich in seinen Schnellen, im Mittelpunkt des Rades an seinem fliehenden Rand.

Endlose Träume waren ein großer Luxus für eine Frau, die Tag und Nacht im Dienst war wie Madame Stephanie. Sie war sich dessen in den Pausen, in denen sie auf die Uhr sah, wohl bewußt. Und heute war sie besonders unruhig, da auch die Picard zu Bette lag. Ihr linker Arm war dick geschwollen; der Doktor wollte noch bis morgen warten, dann würde er einen Schnitt machen. Wie oft hatte man ihr gesagt, sie solle beim Tranchieren vorsichtiger sein. Wenn es Enten gab, pflegte sie die Tiere mit einer Gabel zu durchstechen, wie es die Kunst erforderte. Aber sie arbeitete zu schnell. Und so ein Stich ist gefährlicher als eine Schnittwunde.

Draußen schlug die Turmuhr; es mußte die von der Rue Duphot sein. Zwölf Schläge drangen matt durch den Nebel herein. Ob auch die Hintertür gut abgeschlossen war? Madame Stephanie war nicht ängstlich, aber die Hintertür bildete die schwache Stelle an ihrem Haus. Obwohl der Markt zeitig geschlossen wurde, blieb immer ein besonderes Treiben um ihn. Es gab da große Hunde, Betrunkene und Liebespaare, die sich in den Winkeln herumdrückten. Nach dieser Seite hin mußte man aufpassen. Vielleicht hätte sie doch schließen sollen, was freilich bisher nur einmal, bei der Einsegnung ihrer Nichte, vorgekommen war.

Skandal im Unterhaus: Kinnock bezichtigt Frau Thatcher der Lüge

Der Fall Ponting führt zu schweren Vorwürfen gegen die Regierung / Loyalitätskonflikte

REINER GATERMANN, London

Selbst Parlamentsveteranen können sich nur schwerlich an eine schlimmere Konfrontation zischen Regierungschef und Oppositionsführer erinnern als die, die das britische Unterhaus jetzt erlebte. Sie gipfelte in der Erklärung des Labour-Vorsitzenden Neil Kinnock: Er glaube den Worten der Premierministerin Margaret Thatcher nicht. Diese konterte: Kinnock sollte ihre Darlegung akzeptieren, anderenfalls erhebe er eine schwerwiegende und nicht beweisbare Anklage gegen sie.

Die Auseinandersetzung wurde in der Nacht durch einen Briefwechsel zwischen den beiden Kontrahenten fortgesetzt, ohne daß sich die Positionen änderten. Während Frau Thatcher den Labourführer aufforderte, seine Behauptungen zu beweisen oder sich zu entschuldigen, meinte Kinnock, die Regierungschefin habe kein Material geliefert, das ihn veranlassen müßte, seinen Standpunkt zu ändern.

Unsicherheit in allen Lagern

Der Streit entzündete sich an dem Ponting-Fall. Clive Ponting (38), ein hoher Beamter im Verteidigungsministerium, war am Montag einstimmig von einer Geschworenen-Jury von der Anklage freigesprochen worden, gegen das Geheimhaltungsgesetz verstoßen zu haben, indem er vertrauliche Papiere ohne Wissen des Verteidigungsministers und seines Staatssekretärs einem Abgeordneten der oppositionellen Labour-Partei habe zukommen lassen. Ponting wollte damit verhindern, daß Verteidigungsminister Michael Heseltine einem Parlamentsausschuß für ihn und die Regierung unangenehme Fakten zur Versenkung des argentinischen Kreuzers General Belgrano im Falkland-Krieg vorenthalte oder manipuliere. Das Gericht bescheinigte dem Beamten, daß es für ihn eine höhere Loyalität gebe als die gegenüber der Regierung, nämlich die gegenüber dem Parlament.

Dieses Urteil hat Unsicherheit in allen Lagern geschaffen. Einig ist man sich nur darin, daß der zweite Abschnitt des 1911 erlassenen Geheimhaltungsgesetzes seit langem völlig unzulänglich ist, er kriminalisiert generell die Überlassung von Dienstmaterial an „nicht autorisierte Personen". Während jedoch auf der einen Seite ein großzügiger Informationsfluß zwischen den Ministerien und der Öffentlichkeit gefordert wird, will eine starke Gruppe innerhalb der regierenden Konservativen Partei eine gesetzliche Einengung der Bestimmungen.

In den Jahren 1916–1979 war lediglich 34mal mit Hilfe dieses Paragraphen Anklage erhoben worden, seit der Amtsübernahme der Konservativen 1979 ist es bereits zu 16 Anklagen gekommen. Die Beamten-Gewerkschaft fordert in erster Linie bei einer Neufassung des Gesetzes eindeutige Formulierungen.

Bei der heftigen Auseinandersetzung zwischen Frau Thatcher und dem Oppositionsführer ging es in der Hauptsache um die Frage, warum gegen Clive Ponting überhaupt Anklage erhoben worden ist, obwohl sich von Anbeginn alle Experten einig darin waren, daß das von ihm dem Labour-Abgeordneten Tem Dalyell überlassene Material nicht die Sicherheit der Nation berührte und auch nicht als solches klassifiziert war. Zudem war Ponting nach seiner Entlarvung versichert worden, nicht vor Gericht gestellt zu werden, falls er geständig sei und kündige. Beides machte der bis dahin äußerst erfolgreiche Beamte. Dennoch erhob kurz darauf der Kronanwalt die Anklage.

Neil Kinnock behauptete vor dem Unterhaus, die Premierministerin und der Verteidigungsminister hätten ihre Finger im Spiel gehabt, was beide bestreiten; die Entscheidung habe allein beim Kronanwalt gelegen.

Frau Thatcher behauptete, zu jener Zeit im Urlaub gewesen zu sein, worauf der Labour-Chef antwortete: „Der sehr dominierende Regierungsstil der ‚Honourable Lady' verbietet die Annahme, daß sie an solch einem bedeutenden Fall nicht beteiligt war." Solange er keine plausible Erklärung für die Anklageerhebung habe – die Sicherheit der Nation war nicht gefährdet –, bleibe er bei seinen Worten. Später erklärte er vor dem Unterhaus: „Ehrlich, ich glaube der ‚Honourable Lady' nicht".

Der „Honouroble Man" bleibt bei seinem Wort

In dem folgenden nächtlichen Briefwechsel schreibt die Premierministerin: „Ihre Anklage ist in jeder Hinsicht unwahr. Wenn Sie sie nicht beweisen können – und das können Sie nicht –, muß ich Sie auffordern, sie zurückzunehmen sowie sich vorbehaltlos und sofort dafür zu entschuldigen." In ihrem zweiten Brief fragt Frau Thatcher, ob Neil Kinnock als „Honourable Man" seinen Posten als Oppositionsführer aufgebe, nachdem er ihre Einmischung in den Ponting-Fall nicht beweisen könne. Der Gefragte erklärte am folgenden Morgen vor der Fernsehkamera: Er bleibe bei seinem bisherigen Standpunkt.

Unterdessen gab das Verteidigungsministerium bekannt, Clive Ponting erhalte wieder sein volles Gehalt, es war ihm mit der Erhebung der Anklage vor sechs Monaten halbiert worden. In den nächsten Tagen wird er auch ins Verteidigungsministerium zurückkehren, um über seinen künftigen Einsatz zu verhandeln. Sein Arbeitszimmer dürfte sicherlich nicht mehr dort liegen, denn trotz Freispruch ist man in allen Parteien der Auffassung, daß es zwischen Ministern und Beamten ein enges Loyalitätsverhältnis geben muß, was im Fall Ponting in keiner Weise mehr gegeben ist.

Le Pen wehrt sich gegen linke Folter-Vorwürfe

A. GRAF KAGENECK, Paris

Die seit zwanzig Jahren erhobene Frage, ob der französische Rechtspolitiker und Europa-Abgeordnete Jean-Marie Le Pen als Leutnant im 1. Fallschirmjägerregiment der Fremdenlegion (REP) 1957 während der „Schlacht um Algier" gefangene Freischärler der Algerischen Nationalen Befreiungsfront (FLN) gefoltert, ja getötet hat, beschäftigt wieder einmal die französische Öffentlichkeit. Da Le Pen heute die rechtsstehende Partei „Nationale Front" befehligt und diese Partei seit 1983 unbestreitbare Erfolge bei den Kommunal- und Europawahlen hatte (zuletzt 11 Prozent der Stimmen), wird die „unbewältigte Vergangenheit" des Politikers im Vorfeld der Kantonswahlen am 10. und 17. März zu einem Politikum erster Klasse. In diesem Zusammenhang müssen auch die Attacken gesehen werden, die – wohl nicht ganz zufällig – jetzt zeitgleich von der Sozialistischen Partei und der linken Tageszeitung „Liberation" gegen Le Pen gestartet wurden.

„Liberation" hatte am Dienstag nach, wie sie angab, wochenlanger sorgfältiger Recherche in Algerien und Frankreich die Zeugnisse von fünf ehemaligen FLN-Kämpfern veröffentlicht, aus denen hervorging, daß sie von Le Pen persönlich oder von unter seinem Kommando stehenden deutschen Fremdenlegionären auf dem Höhepunkt der Schlacht um die Kasbah von Algier gefoltert worden waren. Die Veröffentlichung erfolgte wenige Stunden nach einem Fernsehauftritt des stellvertretenden Chefs der Sozialistischen Partei, Jean Poperen, in dem dieser eine breit angelegte Attacke gegen Le Pen angekündigt hatte.

Vorwürfe dieser Art gegen Le Pen werden in Frankreich nicht zum ersten Mal erhoben. Schon 1962, nach dem Ende der Feindseligkeiten, veröffentlichte der linke Historiker Pierre Vidal-Naquet ein Buch unter dem Titel „Le Pen: Abgeordneter und Folterknecht", das sich auf einen Polizeibericht aus dem Jahre 1957 über Verhörmethoden des Leutnants Le Pen stützte. Le Pen hat diese Vorwürfe stets zurückgewiesen und tut dies bis heute, ohne sich indes von gewissen „Maßnahmen" zu distanzieren, die zur Lahmlegung des Terrors der FLN unerläßlich gewesen seien. Das taten vor ihm bereits die berühmten Fallschirmgenerale Jacques Massu und Marcel Bigeard, beide heute hochangesehene Veteranen der Nation. Alle Fehlgriffe von Soldaten während des siebenjährigen Algerien-Krieges sind im übrigen seit 1982 amnestiert.

Le Pen ging am Dienstagabend auf einer Massenversammlung in Straßburg zum Gegenangriff über. Es sei bezeichnend, daß die „marxistische Linke und ein Blatt der Anarchisten, Bankiers, Gangster und Terroristen" sich zugleich über ihn hermachten, denn er sei die „Speerspitze der Opposition". Die Anschuldigungen gegen ihn seien falsch, er habe nie etwas mit Verhören zu tun gehabt und werde die Zeitung wegen Verleumdung verklagen. Neuer Zulauf aus dem nationalen patriotischen Lager, vor allem den ehemaligen Algerien-Soldaten (rund 1 Million) ist ihm jetzt gewiß. Le Pen wird seine Kräfte in den Kantonswahlen messen können, denn er hat in jedem Wahlkreis einen Kandidaten aufgestellt. Sehr verlegen ist die traditionelle Rechte (Gaullisten und Giscardisten) im Hinblick auf mögliche Wahlbündnisse mit der Nationalen Front. Die Gaullisten allein haben etwa 30 Prozent ihrer Wähler an Le Pen verloren.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Drogenhandel und Papstattentat: Sofias Sorge um eine weiße Weste

RICHARD ESTARIOL, Sofia

Neun Stunden Pressekonferenz ist keine Alltäglichkeit: Soviel Zeit brauchten eben in der Vorwoche ein Staatsanwalt, ein Untersuchungsbeamter, der Generaldirektor der bulgarischen Presseagentur „BTA", Bojan Traikow, ein bulgarischer Rechtsgelehrter, ein Zolldirektor und zwei von der italienischen Justizbehörde gesuchte Personen (der mutmaßliche türkische Anstifter des Papstattentates Bekir Celenk sowie der bulgarische Oberstleutnant Sheljo Wassilew), um auf die Fragen von eigens dazu eingeladenen Sonderkorrespondenten der Weltpresse über die „bulgarische Spur" im Papstattentat und über internationalen Drogenhandel zu referieren.

Der Rahmen war würdig: der Kulturpalast, der den Namen der verstorbenen Vorkämpferin des neuen bulgarischen Patriotismus und Tochter des Staatspräsidenten, Ludmilla Shiwkowa, trägt. Fragen und Antworten wurden simultan übersetzt. Beliebteste Sprache war italienisch. Zwei Dutzend italienische Journalisten, die die komplizierte Materie des Waffen- und Drogenhandels sowie die Untersuchungen über das Papstattentat beherrschten, sorgten für meridionale Atmosphäre.

Die Thematik glitt dem Veranstalter aus der Hand

Ursprünglich sollten Einladung und Veranstaltung der Aufklärung und Schuldlosigkeit der bulgarischen Regierung in Sachen internationaler Drogenhandel dienen. Wie sich im Laufe der ersten Pressekonferenz zeigte, ging es den bulgarischen Gastgebern zunächst vor allem darum, die Schlußfolgerungen eines Berichtes der US-Behörden für Drogenhandel (Drugs Enforcement Administration, kurz „Dia") aus dem Vorjahr zu vernebeln, die eine Beteiligung bulgarischer offizieller Stellen am internationalen Drogenhandel andeutet. Da aber einer der vom italienischen Untersuchungsrichter Palermo wegen internationalen Drogenhandels steckbrieflich gesuchten Geschäftsleute eben der im Saal gegenwärtige türkische Staatsbürger Bekir Celenk war, waren viele gekommen, um den durch das Papstattentat berühmt gewordenen Menschen zu sehen.

Die Folge: Die Thematik rutschte ganz natürlich hinüber zur Frage des Papstattentats.

Manche fragten sich, warum betreiben die bulgarischen Behörden aus eigenem Antrieb und mit so viel Verbissenheit diese neue Aufklärungskampagne? In einem Land, in dem man Improvisationen, vor allem wenn sie politische Brisanz enthalten können, eher aus dem Wege geht, wurde innerhalb weniger Stunden beschlossen, eine neue Pressekonferenz am darauffolgenden Tag zum Thema „Antonow-Anklage" einzuberufen. Antonow ist der von den italienischen Behörden verhaftete Angestellte der bulgarischen Fluglinie in Rom, der von Ali Agca als Verbindungsmann zum bulgarischen Geheimdienst angegeben worden ist.

Auch diese Pressekonferenz lief, trotz der sorgfältigen Regie, nicht nach den Wünschen der Veranstalter ab. Bald merkte man, daß die Frage des Drogenhandels eigentlich für die westlichen Journalisten geklärt war und man nun das Schauspiel genoß, tief im europäischen Osten ein Stück westlicher Geistesfreiheit vorzuführen. Unwillkürlich kam auch der Gedanke auf, daß jemand in der Leitung der Partei gar nicht erbost sei, daß Vertreter der „internen Behörden" (auf westlich: der Geheimdienste) einer peinlichen Befragung seitens unbelasteter Journalisten unterzogen wurden. Die Organisatoren hätten doch wissen müssen, daß Widersprüche ans Tageslicht kommen würden. Zum Beispiel in der Frage der Auslieferung von Bekir Celenk. Nachdem am Vortag ein Vertreter der Staatsanwaltschaft mehrmals erklärt hatte, es sei kein Auslieferungsantrag seitens der italienischen Regierung eingegangen, mußte in der zweiten Pressekonferenz tags darauf ein Untersuchungsbeamter zugeben, daß tatsächlich doch ein solcher Antrag eingetroffen und vom bulgarischen Außenministerium bereits vor einem Jahr abgelehnt worden war.

Ein „Parallelprozeß" in Sofia zum Papstattentat, der den neugierigen Menschen aus dem Westen zuerst als feststehende Tatsache versprochen worden war, verwandelte sich in der zweiten Pressekonferenz zur großen Enttäuschung in eine bloße Untersuchung gegen Ali Agca, die „möglicherweise in eine Anklage" münden könnte. Die Vergehen: Dokumentenfälschung, feindliche Handlungen gegen die Volksrepublik Bulgarien, illegaler Grenzübergang ,Verleumdung.

Auch der Vortrag des WDR-Mannes half nicht

Auch der Plan, mittels eines vom italienischen Richter zensierten Interviews Agcas die Beteiligung des bulgarischen Geheimdienstes am Papstattentat zu widerlegen,schlug fehl. Man behauptete, in der zensierten Stelle hätte Agca seine Behauptung, der bulgarische Geheimdienst sei beteiligt gewesen, geleugnet und verworfen. Zu schade, einer der an der Pressekonferenz beteiligten italienischen Journalisten war der Interviewer Agcas. Und der sagte: „Agca bekräftigte in dieser Stelle seine früheren Aussagen."

Als Fehlschlag für die Bulgaren ist auch der willkommene Vortrag eines Redakteurs des WDR-Magazins „Monitor" einzustufen. Vor den erstaunten Augen seiner italienischen Kollegen hatte der Journalist in einem langen Monolog den Versuch unternommen, Verbindungen zwischen den Anstiftern des Papstattentates und Rechtsnationalisten in der Türkei herzustellen und so die Ergebnisse der Untersuchungen des italienischen Richters Martella zu „korrigieren". Der Belehrungsversuch versandete im Kenntnisreichtum der italienischen Journalisten. Zurück blieb ungläubiges Staunen über den Kollegen vom WDR.

Die ungewöhnliche Pressekonferenz beweist, wie schwierig es doch ist für ein Land, in dem die sogenannten „inneren Behörden" fast grenzenlose Befugnisse haben, sich von schwerwiegenden Verdachtsmomenten zu befreien.

Menschenrechte stärker beachtet

AP, Washington

Eine – mit Einschränkungen – deutlich größere Achtung der Menschenrechte im Jahr 1984 bescheinigt das US-Außenministerium der türkischen Regierung in seinem gestern vorgelegten Jahresbericht zur Lage der Menschenrechte. Die Bilanz für die Türkei zeige als wichtigste Verbesserung die Wiedereinsetzung einer parlamentarischen Regierung.

Besorgnis errege, daß Fälle von Folter in zivilen und militärischen Gefängnissen vorgekommen seien und daß das Kriegsrecht in 34 Provinzen weitergegolten habe. Die Haftbedingungen seien schlecht, es habe in großem Ausmaß Hungerstreiks von Häftlingen gegeben. Gegen 56 Unterzeichner einer Petition für die Achtung der Menschenrechte und Demokratie sei gerichtlich vorgegangen worden.

Der Bericht zollt Griechenland Lob: Alle Wahlen seien frei gewesen, die Justiz sei unabhängig, und die Polizei achte die Rechte von Häftlingen.

Zu Zypern heißt es in dem US-Bericht, die Regierungen der griechischen und der türkischen Zyprer seien aus freien Wahlen hervorgegangen und achteten in Theorie und Praxis die grundlegenden Menschenrechte. Belastend wirke allerdings, daß das Schicksal vieler Verschwundener über Jahre hinweg ungeklärt sei. Auch Streit um Besitz und Verkehrsprobleme ergäben sich aus der Teilung der Insel.

Arafat setzte sich durch

Initiative von Amman soll USA unter Druck setzen

Co. Bonn/Amman

PLO-Chef Yassir Arafat hat nach Informationen der WELT beim jordanischen König Hussein durchgesetzt, daß im Rahmen der von Hussein geplanten Verhandlungsinitiative je eine Delegation Jordaniens und der PLO auftreten sollen. Dies schließt – ebenso wie das Fehlen einer konkreten Verpflichtung Arafats auf die UNO-Resolution 242 – nach Ansicht von Experten die Zustimmung der USA und Israels aus.

Grundsätzlich gehen die Berichte über eine gemeinsame Aktion Husseins und Arafats, wie aus Amman verlautet, zu weit, weil es bisher nur eine Rahmenvereinbarung zwischen den beiden gibt, die aufgrund fortbestehender Differenzen bisher noch nicht ausgefüllt werden konnte. Das heißt, eine konkrete Verhandlungsformel existiert noch keineswegs.

Der jordanische König hat sich offenbar vergeblich darum bemüht, den PLO-Chef zu einer gemeinsamen Verhandlungsdelegation von Jordaniern und Palästinensern zu bewegen. Demnach hat Hussein auch kein Verhandlungsmandat von der PLO erhalten. Arafat vermutete anscheinend, damit bei seinen Anhängern eine Abfuhr zu erleiden. Die amerikanische Regierung und die israelische Regierung aber sind nicht bereit, mit der PLO zu verhandeln.

Auch die Bemühungen Husseins, Arafat für eine ausdrückliche Akzeptierung der UNO-Resolution 242 zu gewinnen, sind offensichtlich gescheitert. Diese Resolution fordert Israel zwar zum Rückzug „aus besetzten Gebieten" auf, behandelt jedoch das Palästinenser-Problem nur als Flüchtlingsproblem und erkennt die „Souveränität, territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit eines jeden Staates in diesem Gebiet", also auch Israels, sowie sein Recht an, „innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen frei von Drohungen und Akten der Gewalt in Frieden zu leben".

Der jordanische König hat zuletzt in seinem Gespräch mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in der vergangenen Woche die Resolution 242 als den „einzigen Weg" für Jordanien und die Araber bezeichnet. Arafat war aber nur bereit, Verhandlungen „aufgrund der Resolutionen der Vereinten Nationen" zu akzeptieren, und ließ sich damit nach Ansicht von Fachleuten eine Hintertür für eine Ablehnung zumindest von Teilen der Resolution 242 offen.

Westliche Diplomaten sehen den Sinn der Hussein-Arafat-Vereinbarung darin, Druck auf die Vereinigten Staaten und Israel auszuüben. Vor allem die Reagan-Regierung soll unter Zugzwang gesetzt werden. Wie aus Washington zu hören ist, denkt man dort aber nicht daran, sich auf das Glatteis der Vorschläge aus Amman in ihrer jetzigen Form zu begeben.

Asean plädiert für Khmer

Kambodscha-Flüchtlinge bedürfen „dringender Hilfe"

CHRISTEL PILZ, Bangkok

Die Asean-Außenminister haben an die interantionale Gemeinschaft appelliert, ihre politische und militärische Hilfe an die kambodschanischen Widerstandsgruppen zu verstärken. Die Widerstandssoldaten, so sagte der thailändische Außenminister, Siddhi Sawetsila, können nicht „mit bloßen Händen" gegen die gut gerüsteten Vietnamesen kämpfen, die seit November ihre bisher intensivste Trockenzeitoffensive gegen Widerstandslager im kambodschanischen Grenzgebiet zu Thailand führen. Im Verlauf dieser Offensive haben die Vietnamesen an die 200 000 Khmer-Zivilisten über die Grenze nach Thailand getrieben. Diese bedürfen nach Darstellung der Aseanminister „dringender Hilfe".

Die Asean-Außenminister waren am 11. und 12. Februar zu einer Sondersitzung in Bangkok zusammengetroffen. Fünf Tage vorher hatten sie in einer konzertierten Aktion die Sowjetunion aufgefordert, ihre Militärhilfe an Vietnam einzustellen und darauf hinzuwirken, daß Hanoi seine Truppen aus Kambodscha abzieht. Moskau hat auf die Aufforderung der Asean-Außenminister bislang noch keine Antwort gegeben. Zur Asean (Association Southeast Asian Nations) gehören Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, die Philippinen und seit Januar 1984 auch das Sultanat Brunei.

Wie die Asean-Außenminister betonen, widerspreche die derzeitige Vietnamoffensive den Beteuerungen Hanois, an Frieden und einer politischen Lösung interessiert zu sein. Vielmehr setze Vietnam seine Bemühungen fort, seine militärische Besatzung von Kambodscha zu legitimieren. Asean, so sagte der malaysische Außenminister, Tunku (Prinz) Rithaudeen vor der Presse in Bangkok, habe Hanoi immer wieder die Hand zur Freundschaft gereicht und dazu verschiedene Vorschläge zu einer politischen Lösung aufgetischt. Leider aber müsse Asean feststellen, daß Hanoi bis heute nicht bereit sei, ernsthafte Gespräche über Kamobdscha zu führen.

Trotz der politisch starren Position Hanois haben die Asean-Außenminister Hanoi zu direkten Gesprächen mit der Koalitionsregierung der drei Widerstandsgruppen „Demokratisches Kampuchea" (DK) aufgefordert. Diese Koalitionsregierung ist laut UNO-Votum bis heute die legale Repräsentanz des kambodschanischen Volkes. Die Asean-Außenminister waren jetzt in Bangkok mit den Führern der drei Koalitionsparteien (Sihanouk, Son Sann und Khieu Samphan) zusammengekommen.

Jüngste Feldberichte deuten auf Erfolge des Widerstandes hin. So hätten Anfang Februar Kämpfer der von Khieu Samphan geführten Ex-Roten Khmer die technischen Anlagen des Flughafens von Battambang zerstört und Hunderte von Vietnamesen in entlegenen Positionen entlang der Grenze zu Thailand von ihren Nachschublinien abgeschnitten.

Libanon: Zweite Rückzugsphase

AFP, Jerusalem

Israel hat gestern die zweite Phase seines Truppenabzugs aus Südlibanon eingeleitet. Die Armee begann im Osten des besetzten Gebiets mit dem Abtransport von Ausrüstungsgegenständen aus der Bekaa-Ebene, wo die israelischen Soldaten syrischen Truppeneinheiten gegenüberstehen. Der Abzug, für dessen friedlichen Verlauf es wegen des Scheiterns der libanesisch-israelischen Militärgespräche kein schriftlich formuliertes Stillhalteabkommen gibt, gestaltet sich in der Bekaa-Ebene gefährlicher für die Israelis als der nahezu abgeschlossene Rückzug aus Sidon und Umgebung. In dem östlichen Gebiet haben die abziehenden Truppen einen weiteren Weg bis zur Grenze zurückzulegen und müssen nach eigenen Angaben stärker mit Überfällen rechnen. Auch haben die Israelis gegenüber den Syrern einen weit komplexeren Verteidigungsapparat aufgebaut, dessen Abbau schwieriger ist. Die Räumung Sidons soll offiziell am 18. Februar beendet werden.

Am Dienstag verließen die letzten israelischen Soldaten die Hafenstadt im Westen, was von der Bevölkerung mit Jubel begrüßt wurde. Am gleichen Tag hat das israelische Parlament den Stufenplan der Regierung für den Abzug gebilligt. Vor der Abstimmung rechtfertigte Verteidigungsminister Rabin in einer Rede vor der Knesset den einseitig beschlossenen Rückzug erneut mit der großen Verwundbarkeit der israelischen Besatzungsverbände.

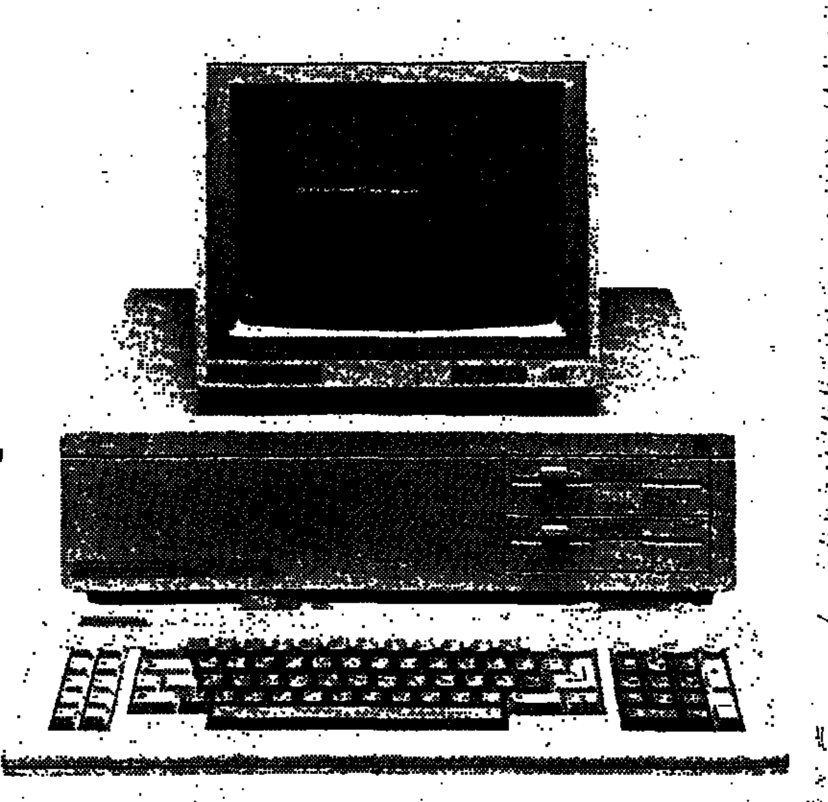
DER NEUE COMMODORE

PC

DER IBM-KOMPATIBLE PC ZUM SENSATIONELLEN PREIS.

DM 4.950,- + MWSt.

(unverbindliche Preisempfehlung)



Commodore PC mit 256 KB RAM Hauptspeicher, Keyboard, Doppelfloppy-Laufwerk, Monochrom-Monitor serienmäßig.

Der neue Commodore PC ist ein enorm leistungsfähiger 16-BIT-Computer. Er verarbeitet alle Software, die nach dem weltweit verbreiteten MS/DOS-Standard geschrieben wurde. Das macht es möglich, Aberhunderte bereits praxiserprobter Programme zu nutzen: branchenspezifische und branchenneutrale Lösungen. Und er bietet das – und vieles mehr – zu einem Preis, der ein neuer Standard ist. Der neue Commodore PC. Lernen Sie ihn persönlich kennen.

● INTEL 8088 16-BIT-Prozessor ● Hauptspeicherkapazität 256 KB RAM, intern ausbaubar bis 640 KB (max. 1 MB möglich) ● Doppelfloppy-Laufwerk 2 x 360 KB (optional: 10 MB Hard Disk integriert) ● Hochauflösender Monochrom-Monitor (grün) ● DIN- oder ASCII-Tastatur

DETAILLIERTE INFORMATIONEN UND INDIVIDUELLE HÄNDLERPREISE U. A. BEI:

1000 Berlin: Ebrig GmbH, (030) 3417021 · Unionzeiss-Werke KG, (030) 323061 · 2000 Hamburg: BDB Büro KG, (040) 2516050 · Createam Microcomputer GmbH, (040) 6416861/6416473 · 2300 Kiel: reese büro complett – datentechnik (0431) 6891-1 · 2370 Fockbek/Rendsburg Bürotechnik Favier+Krüger oHG, (04331) 7321 · 2800 Bremen: Bethge & Strutz KG, (0421) 700057 · 3000 Hannover: Com-Data Gesellschaft für Bürosysteme mbH, (0511) 326736 · 3100 Celle-Westercelle: Ludwig Haupt jr., (05141) 83045 · 3250 Hameln: Witte Bürotechnik, (05151) 12023 · 3300 Braunschweig: Apel Büro-Center GmbH, (0531) 791001 · 3500 Kassel: Hermann Fischer oHG, (0561) 770087 · 4000 Düsseldorf: Data Becker GmbH, (0211) 310010 · Helmut Rennen GmbH & Co. KG, (0211) 306098 · 4130 Moers: Partner Datentechnik GmbH, (02841) 16263 · 4154 Tönisvorst: Schröter+Suchanek, (02151) 7920107 · 4190 Kleve-Kellen: Feldmann+Luft oHG, (02821) 9566/91038 · 4400 Münster: Günter Behrens Datensysteme, (0251) 324017 · 4500 Osnabrück: Liefold Büro-Zentrum, (0541) 600-1 · 4600 Dortmund: Büro-Studio Bolz, (0231) 527713 · 4800 Bielefeld: GKB Büroelectronic Vertriebsgesell. mbH, (05205) 3336 · 5000 Köln: Büromaschinen Braun, (0221) 219171 · Ulta Electronic – H. Proxa GmbH & Co. KG, (0221) 491091 · 5063 Overath: Norbert Stellberg, (02206) 6644 · 5100 Aachen: Wilhelm Kron Büromaschinen, (0241) 504512 · 5300 Bonn: A.D. Elektronik, (0228) 220217 · 5500 Trier: Donders am Dom Büroorganisation GmbH, (0651) 45085 · Bürocenter Lehr, (0651) 49081 · 5600 Wuppertal: Meier's Büromaschinen-Vertrieb KG, (0202) 556060 · 5900 Siegen: EDV-Beratung Dipl.-Ing. H.U. Schroers, (0271) 71078 · 6000 Frankfurt: bco Büro-Computer+Organisations GmbH (069), 550456/57 · 6100 Darmstadt: Lutz Büro- und Datentechnik AG, (06151) 26026 · 6200 Wiesbaden: Henneveld KG, (06121) 307091 · 6349 Beilstein: dhs Dietermann & Heuser GmbH, (02779) 646/1096 · 6400 Fulda: Weinrich Büroorganisation GmbH & Co., (0661) 4920 · 6457 Maintal (Dörnigheim): Helmut Landolt, (06181) 45293 · 6600 Saarbrücken: W.N. Pfeiffer – Büromaschinen KG, (0681) 32711 · 6800 Mannheim: Büro+Informationstechnik Gauch & Sturm, (0621) 850040 · 7000 Stuttgart: Fritz Computer GmbH, (0711) 7800-230/238 · 7129 Ilsfeld: Seel Büromusterhaus GmbH & Co. KG, (07062) 6027 · 7410 Reutlingen: Maier & Partner GmbH, (07121) 54025/26 · 7500 Karlsruhe: Fischer Büro Center, (0721) 1720 · 7700 Singen: Schellhammer GmbH, (07731) 820240 · 7730 VS-Villingen (Weilersbach): Maier Datensysteme GmbH, (07721) 70322 · 7808 Waldkirch: Bürohalle Schemmer Waldkirch GmbH, (07681) 6791 · 7900 Ulm: EDV-Hutt GmbH, (0731) 1533-0 · Computer-Studio Claus Wecker, (0731) 619369 · 7910 Neu-Ulm: Interplan Computer GmbH, (0731) 710021 · 8000 München: Max Lips GmbH, (089) 3189090 · Ludwig – actuelle Bürotechnik, (089) 3113066 Schulz Bürotechnik GmbH, (089) 1482-1 · HDS-Prüftechnik GmbH, (089) 837021/22 · 8360 Deggendorf: Bürobedarfshaus Vitus Friedl, (0991) 4661 · 8400 Regensburg: Computer-Laden Karl Steinmetz, (0941) 48299 · 8500 Nürnberg: Orgaplus Datenverarbeitung G. Galler KG, (0911) 268646 · E. Barthelmeß – Computersysteme, (0911) 397272 · 8600 Bamberg: Bürozentrum A. und R. Kutz, (0951) 27808 · 8670 Hof/Saale: Elektro Burger oHG, (09281) 40075 · 8700 Würzburg: Schöll Computer-Center, (0931) 50488 · 8750 Aschaffenburg: V. Willgerodt GmbH & Co. KG, (06021) 21375/79 · 8883 Gundelfingen: Bürotechnik Bissinger GmbH, (09073) 7023 · 8900 Augsburg: Kutscher & Gehr, (0821) 31030 · 8910 Landsberg/Lech: Kurt K. Lamprecht Datentechnik, (08191) 46628 · 8960 Kempten: H. Glöckler Allg. Bürobedarfs-Ges. mbH & Co., (0831) 25001.

Bitte fordern Sie die komplette Commodore-Systemhändlerliste an unter Telefon Düsseldorf (0211) 312047/48 · Frankfurt (069) 6638199 · Hamburg (040) 211386 · München (089) 463009 · Stuttgart (0711) 247329. Unsere BTX-Leitseite * 20095 #.



Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die moralische Krankheit

„Vernichtend"; WELT vom 28. Januar

Das Schweigen zu den Todesschüssen an der deutsch-deutschen Grenze sagt über die moralische Krankheit der West-Gesellschaft mehr aus als über den Amoralismus der Befehlsgeber jener Todesschützen. Die hier und da genährte Hoffnung, ein für das deutsche Nationalerbe sich begeisternder Honecker könnte es auch mit dem Erbe des deutschen Humanismus ernst meinen, erweist sich als Utopie. Wo auf Wehrlose hinterrücks und heimtückisch geschossen wird mit der Absicht, die Flüchtenden zu vernichten, herrscht überhaupt kein Humanismus. Die DDR war und ist ein Gefängnisstaat, dessen Oberaufseher jeden „Ausbrecher" zum Tode verurteilen. Insofern hat die Todesschuß-Doktrin doch etwas mit dem Ärgernis-Artikel im „Schlesier" zu tun, jenem Phantasieprodukt eines 20jährigen, der zum Buhmann der Nation gestempelt wurde. Daß ein Todesschuß-Regime heute im Herzen Europas existieren kann, hängt mit Jalta zusammen, mit jener „Ordnung" der Völkerunterdrückung, zu deren Zerstörung der französische Sozialist und Antifaschist Mitterrand aufgerufen hat.

Ohne Jalta kein mitteldeutsches Gefängnisgebilde. Wer, wie Mitterrand, den Jalta-Status revidieren will, muß logischerweise die Schwächung der Hauptbastion des Jalta-Diktats wünschen. Daß eine Sprengung der kolonialistischen Jalta-Ketten nicht der Bundeswehr bedarf, versteht sich von selbst. Das wird das Werk der Unterdrückten sein. Nicht Krieg, sondern Revolution heißt die geschichtliche, moralisch gerechtfertigte Antwort auf Jalta. Diese Revolution werden die versklavten Völker selbst vollziehen, ihre Verfassungs- und Nationalbewegungen, ganz ohne westliche Hilfe oder „Einmischung", die, wie die Reaktion auf den Todesschuß zeigt, ohnehin nur eine papierene ist. Destabilisierung des östlichen Kolonialimperiums liegt tatsächlich im Interesse des Friedens und der europäischen Sicherheit.

W. Strauss, Furth i. Wald

Kein Vergleich

Sehr geehrte Damen und Herren,

in einem Leserbrief Ihrer Ausgabe vom 5. Februar vergleicht Herr Dr. E. Paul den ehemaligen Major der Waffen-SS, Walter Reder, mit Hauptmann Dreyfus, einem entfernten Verwandten von mir.

Alfred Dreyfus, ein elsässischer Jude und französischer Patriot, wurde aufgrund gefälschter Dokumente und antisemitischer Intrigen des Verrats militärischer Geheimnisse an das Deutsche Reich bezichtigt und 1894 auf die Teufelsinsel bei Cayenne verschickt, bis dank des unerschrockenen Engagements von Emile Zola der wahre Verräter, Major Walsin-Esterhazy, überführt wurde und Dreyfus 1906 öffentlich rehabilitiert werden mußte.

Walter Reder wurde vor einem ordentlichen italienischen Gericht des Massenmordes an unschuldigen und unbeteiligten Zivilisten und somit als Kriegsverbrecher verurteilt; an der Rechtmäßigkeit des Urteils ist niemals von irgendeiner juristisch maßgeblichen Autorität Zweifel geäußert worden. Daß Reder gleichzeitig Kriegsgefangener war, ändert nichts an seinem Status als „Kriegsverbrecher". Wenn ein Massenmörder z. B. Kanarien züchtet, wird damit nicht aus einem Massenmörder ein Kanarienzüchter.

Mir ist bewußt, daß DIE WELT sich nicht automatisch mit der Meinung der veröffentlichten Leserbriefe identifiziert. Es dürften jedoch wohl Grenzen gesetzt werden. Sie würden kaum einen offen antisemitischen oder neonazistischen Brief drucken. Ebensowenig ist es zulässig, daß Sie einen aufgrund antisemitischer Machenschaft zu Unrecht verurteilten Hauptmann Dreyfus ausgerechnet mit dem überführten Kriegsverbrecher der Waffen-SS, Walter Reder, vergleichen lassen. Das ist eine unglaubliche Beleidigung für alle demokratisch denkenden Menschen!

Hochachtungsvoll
N. Daudet-Dreyfus, Barranquilla-Kolumbien

Fragen der Rentner

Die kurz vor Weihnachten den über zwölf Millionen Rentnern von ihrem zuständigen Minister zur Kenntnis gebrachten Überlegungen, daß sie einmal vom Rückgang der Inflationsrate profitieren und zum anderen noch von einer Erhöhung der Renten, von der man noch nicht wisse, ob sie über oder unter 1 Prozent liegt, und daß es doch allen Rentnern gut geht, ist fürwahr die Höhe der Infamie und des Zynismus.

Warum hat man das Argument des Gewinnes durch Rückgang der Inflationsrate nicht bei den Verhandlungen mit dem öffentlichen Dienst ins Feld geführt? Oder trifft das für diese Kategorie nicht zu? Zunächst hat man sich furchtbar stark gemacht und eine Null-Runde verlangt, und dann ist man sehr schnell ganz klein geworden und hat unter Berücksichtigung der bisher ermittelten Lohnsteigerungen von 3,2 Prozent für das vergangene Jahr diese 3,2 Prozent zugesagt.

Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß diese 13mal gezahlt werden, sogar den Pensionären und deren Witwen noch ein 13. Gehalt zuspricht, was bei keinem Rentner oder sonstwo gezahlt wird, weder in der Wirtschaft noch bei den freien Berufen.

Es ist schon ein Unterschied, ob man mit einer Gewerkschaft etwas aushandeln muß oder ob man einfach bestimmen und verfügen kann über Gelder, die einem nicht einmal gehören, wobei die eigenen Interessen gebührend gewahrt werden können.

Wenn jetzt immer wieder darauf hingewiesen wird, daß die Rentenversicherung kein Geld mehr hat, dann muß man auch den Mut haben, es einzugestehen, weshalb das so ist. Ursprünglich hatte die Angestellten-Versicherung vier Milliarden Plus und die Arbeiterrentenversicherung vier Milliarden Minus in der Kasse. Was tat man? Man legte beide zusammen, und das Konto war ausgeglichen, so einfach ist das.

Als dann die Rentenversicherung wieder zu Geld kam, zweckentfremdete man ihre Ausgaben, d. h., der Staat nahm ihr das Geld weg, um eigene Haushaltslücken zu decken. Und nun sagt man den Rentnern, denen man das Geld weggenommen hat, ihr habt ja kaum noch etwas in euerm Topf, also könnt ihr auch nur noch von dem kümmerlichen Rest etwas bekommen, im übrigen müßt ihr selbst dafür sorgen, daß wieder etwas in den Topf hineinkommt. Wie einfach! Nennt man das Rechtsstaatlichkeit?

Das Geld, das die Rentner im Laufe ihres Lebens in die Rentenkasse gezahlt haben, gehört ausschließlich ihnen, und nur das verlangen die Rentner zurück, wobei noch zu sagen ist, daß 50 Prozent der geleisteten Beiträge, die sogenannten Arbeitgeberbeiträge, s. Z. auch schon einmal versteuert sind. Es handelt sich also nicht um Staatsalmosen, sondern gerechtfertigte Forderungen der Rentner!

G. Isenbart, Bonn 1

Zwangsernährung

Sehr geehrter Herr Dr. Nitschke,

wie Sie meiner Rede und den Reden meiner Fraktionskollegen Dr. Wolfgang Schwenk und Dr. Hans de With entnehmen können, wird die von der Koalition betriebene Änderung der Vorschriften über die Zwangsernährung von uns nicht für richtig gehalten.

Wir haben einen Alternativvorschlag gemacht, diesen hat die Koalition leider abgelehnt. Ich habe den Sicherheitsorganen die uneingeschränkte Unterstützung der SPD bei der Erfüllung der ihnen gesetzlich obliegenden Aufgaben bei der Terrorismusbekämpfung zugesichert.

Die entsprechende Passage meiner Rede lautet: „Die Sicherheitsbehörden, die Staatsanwaltschaften und die Gerichte haben die Aufgabe, unser Land und unsere Bürger vor terroristischen Anschlägen zu schützen, solche Straftaten aufzuklären und die Täter nach Recht und Gesetz zur Verantwortung zu ziehen. Sie werden bei der rechtmäßigen Erfüllung dieser Aufgaben von der SPD uneingeschränkt unterstützt."

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Alfred Emmerlich, MdB, SPD

Mehr Gängelung

Sehr geehrte Damen und Herren,

die im Hochschulrahmengesetz vorgesehene Genehmigungspflicht für die von den Fachbereichen beschlossenen Studienordnungen erscheint unter dem Gesichtspunkt der auch den Hochschulen selbst und nicht nur ihren einzelnen Mitgliedern zustehenden Lehrfreiheit bedenklich.

Um so mehr verwundert es, daß ein Teil der Länder sich gegen den Vorschlag der Bundesregierung sträubt, die Genehmigungspflicht wegfallen zu lassen. Sachlich erscheint dieser Widerstand unberechtigt, weil die Fachbereiche bei ihren Studienordnungen an die vom Staat genehmigten Prüfungsordnungen gebunden und eine Abweichung von diesen im Aufsichtsweg verhindert werden kann.

Die Genehmigungspflicht für die Studienordnungen führt zu einer völlig überflüssigen Gängelung der Hochschulen, zu einer Verzögerung von Studienreformvorhaben und zur Ausweitung der Ministerialbürokratie.

Mit freundlichen Grüßen
Professor Dr. W. Thieme, Hamburg 63

Wort des Tages

„Alles, was es bedarf, damit das Böse die Oberhand in der Welt gewinnt, sind genügend gute Menschen, die nichts tun."

Edmund Burke; brit. Politiker und Schriftsteller (1729–1797)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Der kleine Mann mit dem großen Kopf: Zum 70. Geburtstag des Schauspielers Georg Thomalla

„Lachen ist Ausdruck von Erfahrung und Weisheit"

Wer ist das: Sieht aus wie ein freundlicher, stets elegant gekleideter Bankbeamter, ist lustig und listig, nervös und hypersensibel, ernst und würdevoll, bisweilen traurig zum Weinen, albern zum Fürchten und komisch zu Totlachen? Natürlich Georg Thomalla.

Millionen kennen, lieben, schätzen ihn, lachen über ihn, werden gesund dabei. Einige wenige, vor allem aus den Reihen der „modernen" Regisseure von Film, Funk und Fernsehen, schütteln entsetzt den Kopf, wenn sein Name auf einer Besetzungsliste auftaucht. „Klamottenkünstler" nennen sie ihn.

Seine Fans, also die Millionen, sehen ihn hingegen ganz anders. Können diese sich so sehr täuschen, wenn es darum geht, einem Mimen zu geben, was er sich redlich verdient hat, nämlich Applaus, Verehrung und Dankbarkeit, Dankbarkeit für Tausende von Film-, Fernseh- und Theaterstunden, in denen dieser liebenswerte kleine Mann mit dem unverwechselbaren Mundwerk (was wäre Danny Kay denn ohne ihn?) in menschlich anrührenden, aberwitzigen, widersinnigen, also auch blödsinnigen, doch schließlich stets heiteren Rollen für Entkrampfung verstörter Lachmuskulaturen gesorgt hat?

Der Ring des lieben Jungen – ARD, 21.00 Uhr

Georg Thomalla, kein Zweifel ist möglich, muß wohl bereits im Mutterbauch ein Spaßmacher gewesen sein, einer, den es lachend und kichernd, Gesichter schneidend und dreinschauend wie einst nur Charly Rivel (den Thomalla verehrt, der er selbst hätte sein wollen) in eine ganz und gar nicht lustige Welt hinausdrängte – „um", wie er es nennt, „den Weinenden, den Verdrossenen, den Verlorenen, aber auch dem Miesmacher unter uns von der erlösenden Kraft des Lachens zu künden, sie die Kunst des Lachens zu lehren".

„Lachen", so sagt er ganz ernst, „hat nicht nur etwas mit Lustigsein zu tun. Es ist vor allem Spiegelbild, ja Ausdruck von Erfahrung, Weisheit und Lebensfreude. Ich lebe gern, sogar sehr gern. Vielleicht lache ich deshalb selbst soviel und bringe – hoffentlich noch lange – auch andere dazu."

Seit genau 70 Jahren gibt's ihn. „Der Vater war kleiner Justizbeamter, die Mutter liebevoll." Und nach etwa 25 Jahren harter Lebens-, Lehr- und Wanderzeit auf Kinderspielplätzen, bei Verwandten (die Eltern starben sehr früh), in Schulen, Hotelküchen (Thomalla ist gelernter Koch) und diversen Schmierenbühnen (Thomalla: „Eine knochenharte, doch für mich wertvolle Berufs- und Lebensschule") im Theaterdeutschland von damals begann sich denn auch für den „kleinen Mann mit dem großen Kopf" (so Friedrich Luft) allmählich das Karriererad zu drehen.

Die Theater riefen. Nun waren es bereits nicht mehr die Wander- und Schmierentheater, sondern „seriöse" Häuser wie Gelsenkirchen, Gera, Rostock, Frankfurt am Main; schließlich interessierten sich sämtliche Berliner Bühnen für ihn.

So ließ denn auch der Film nicht allzu lang auf sich warten. Doch Komikern wird es, gerade hierzulande, nicht leichtgemacht. Zumeist verkannt, falsch eingesetzt, auf Typ-Schmalspur festgelegt (deutscher Humor ist, wenn man trotzdem lacht ...) ein Opfer der Phantasielosigkeit genieloser Drehbuchschreiber, Endstation Klamotte.

Das ist das Schicksal deutscher Komiker, bis heute. Wen wundert's also, wenn Thomalla von der Lustspielindustrie der dreißiger und vierziger Jahre (der Zweite Weltkrieg hatte begonnen) ebenso schnell und bedenkenlos in blödsinnigen Liebes-, Helden- und Vaterlandsstreifen (Titel sollen erst gar nicht genannt werden) verbraten und verramscht wurde wie sein Kollege Rudolf Platte, der zu spät entdeckte und jüngst verstorbene große Tragöde?

Vielleicht haben überhaupt nur drei Männer gewußt, was wirklich in diesem Schauspieler steckt: Helmut Käutner, Boleslaw Barlog und Curth Flatow. Die beiden ersten, die deutsche Film- und Theatergeschichte schrieben, gaben Thomalla, dem Komiker, endlich Charakterrollen, Flatow schrieb und schreibt für ihn auf den sportlich hageren yogageübten Leib.

Heute, an seinem 70. Geburtstag, befindet sich der Mann, „der sich nicht traute", jedenfalls mal wieder auf der „Durchreise" (gleichnamige Komödie von Flatow: erzählt werden Freuden und Leiden eines jüdischen Konfektionärs im Dritten Reich und danach, das Ganze vom Hamburger Ernst-Deutsch-Theater inszeniert und auf Tournee geschickt) irgendwo in der Provinz.



Ein Mann mit unverwechselbarem Mundwerk: Georg Thomalla
FOTO: DPA

Bis März tingelt er also, hochbezahlt, von Dorf zu Städtchen, entfesselt Abend für Abend Lachstürme und macht betroffen, bereitet sich auf neue (nicht immer anspruchsvolle) TV-Rollen vor, Flatow lockt mit einem neuen Stück (Paraderolle), es wird getuschelt und geflüstert über den Mann, der von sich sagt: „Ich habe Gott gefunden, damit meinen Frieden und meine innere Harmonie."

Die Tage des Georg Thomalla sind ausgebucht und verplant. Wenn's nach ihm ginge, bis in die neunziger Jahre, denn sterben, nein, das will er nicht: „Ich habe zwar keine Angst mehr vor dem Tode, aber ich möchte den Menschen noch sehr, sehr viel erzählen."

Das wird er, mittlerweile seit 25 Jahren glücklich verheiratet, Vater zweier Söhne, gewiß auf seine Weise auch tun. Flatow wird ihm dabei helfen. Vielleicht auch noch ein unbekannter Autor, der ihm das schenkt, was er sich immer noch sehnlichst wünscht: gute Rollen!

Warum ihm die Theater, Film und vor allem das Fernsehen allerdings jene Rollen vorenthalten, die es bereits gibt (wie wär's denn mal mit einem Molière-Zyklus mit Thomalla?) und in denen dieser komische Charakterdarsteller oder Charakterkomiker auftrumpfen könnte wie kaum ein anderer Mime unserer Tage, das weiß kein Mensch, höchstens die Götter in den Intendanten- und Programmachersesseln der beiden deutschen Fernsehansalten. Doch die wissen ja zumeist nicht, was sie tun ...

AXEL MICHAEL SALLOWSKY

KRITIK

Prinz Eisenherz in Bayern

Jaja, so san's, die Bayern, ist man nach der Betrachtung der sogenannten dörflichen Komödie **Das Hintertürl zum Paradies** (ZDF) geneigt zu sagen. Da regt man sich drei Tage vorher auf bis hinauf in die bayerische Staatskanzlei, weil der lockere ZDF-Sportchef Dieter Kürten den herzerfrischenden Dialekt des neuen bayerischen Ski-Weltmeisters Markus Wasmeier mit der Bemerkung „Verstehen Sie diesen Originalton-Süd überhaupt?" quittiert hatte. Aber über Reinhard Dongas Verfilmung eines bayerischen Romans von Jürgen König wird vermutlich niemand wettern.

Dabei stellt der Film wieder einmal eine bayerische Dorfgemeinschaft als sauf- und rauflustig, korrupt und zu allen Gemeinheiten fähig dar. Das bekannte Klischee, alles wie gehabt: Ein junger Städter (Elmar Wepper) erbt uraltes Tegernseer Bauernhaus. Der Gastwirt will's ihm schlitzohrig abkaufen. Dessen Töchterlein (Michaela May) jedoch verliebt sich in den Erben und gibt dem Sohn des Bürgermeisters den Laufpaß.

Daraufhin läßt der Bürgermeister seine ganze Macht spielen, um den (ausgerechnet auch noch Jazzsaxophon spielenden) Städter aus dem Dorf zu graulen. Dabei möchte der nur sein Gehöft zu einem Restaurant umbauen, um dort – wie einst Witzigmann – raffiniert gut zu kochen. Des Gastwirts Töchterlein durchschaut den dörflichen Intrigenstall, verläßt Gasthaus und (oft betrunkenen) Vater und zieht zum neuen Freund.

Dramatisches Ende: Der Bürgermeister-Filius beseitigt, um seinen Rivalen auszuschalten, eine Straßensperre mit dem Ergebnis, daß sich der Gehaßte mit zwei Freunden und Freundinnen nachts im Wagen auf einer Böschung mehrfach überschlägt. Aber o Wunder – alle bleiben heil.

Dafür muß das alte Bauernhaus dran glauben. Der Gastwirt legt's in Schutt und Asche – doch seinem Schicksal entgeht er nicht. Der Städter – eine Art bayerischer Prinz Eisenherz – wird sein Schwiegersohn. So einfach ist das.

Neben den bereits genannten Mimen überzeugten vor allem Max Griesser als grantiger Wirt sowie die bajuwarischen Dramatiker Franz Xaver Kroetz und Martin Sperr.

GÜNTER RUDORF

STUDIO

Im Koblenzer Landesmuseum in der Festung Ehrenbreitstein ist vom 21. März bis 29. September die Ausstellung **Fernsehen – 100 Jahre Technik, 50 Jahre Programm** zu sehen. Die Veranstaltung läuft am Vorabend der 50. Wiederkehr jenes 22. März 1935 in Berlin an, als dort zum ersten Mal in der Welt ein Fernsehprogramm ausgestrahlt wurde. Wertvolle Ausstellungsstücke, unter anderem der Nachbau einer Nipkow-Versuchsanlage, wurden bei privaten Sammlern, in Firmenarchiven und in anderen Museen gefunden. Die Ausstellung entstand in Zusammenarbeit mit dem Südwestfunk Baden-Baden, dem ZDF und dem Bundesarchiv in Koblenz.

dpa



ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über die Sender der ARD
10.00 heute
10.05 Wer hat in meinem Bett geschlafen
Amerikanischer Spielfilm (1963)
11.45 Umschau
12.10 Kennzeichen D
Moderation: Dirk Sager
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

15.30 Tagesschau
15.40 Chris Howland präsentiert Höchstleistungen
Aus dem Guinness Buch der Rekorde 1983
16.25 Denkste!?
Englisch einkaufen
Klauen aus Abenteuerlust, Klauen als Mutprobe und Klauen als Taschengeldaufbesserung: Der neue Beitrag stellt drei Fälle vor, in denen sich Kinder unrechtmäßig bereichern. Eine Klassenlehrerin spricht mit den Betroffenen.
17.20 Ski-Weltcup
Abfahrt der Herren in Bad Kleinkirchheim
Reporter: Manfred Vorderwülbecke
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.15 Bangemann geh' du voran
Die FDP auf der Suche nach einem Profil
Film von Walter Sucher
21.00 Ein Abend mit Georg Thomalla
Zum 70. Geburtstag des beliebten Schauspielers
Der Ring des lieben Jungen
Mit Sonja Ziemann u. a.
Buch: Kurt Rittig
Regie: Harald Schäfer
21.45 New York, New York
Sendung von Werner Baecker
Mit Berichten über den Times Square, der „sauber" werden soll, Andy Warhol und seine neueste Grafik, den Kölner Dom und Beverly Sills, die Generaldirektorin der New York City Opera.
22.30 Tagesthemen
23.00 Zausel
Von Johannes Hendrich
Mit Werner Hinz, Walter Gross u. a.
Eine der letzten Rollen von Werner Hinz war die des Rentners Lehmann. Er ist weit über 70 und fühlt sich nicht mehr so ganz wohl. Manchmal würde er morgens am liebsten nicht mehr aufstehen. Aber sein Hund Zausel, ihm vor Jahren zugelaufen, verlangt, auf die Straße geführt und versorgt zu werden. Mangels anderer Gesprächspartner bespricht Lehmann wichtige Dinge auch vorwiegend mit Zausel.
Werner Hinz erhielt für seine Darstellung die „Goldene Kamera". Außerdem wurde der Regisseur Peter Schulze-Rohr soeben mit dem Wilhelmine-Lübke-Preis ausgezeichnet.
0.45 Tagesschau

ZDF

9.55 Biathlon-WM
aus Ruhpolding
20 km Einzel
Reporter: Bruno Moravetz
16.00 heute
16.04 Die Sabbat-Maler
Hobbymaler in Israel
In Israel findet sich eine ungewöhnlich hohe Zahl an Sonntagsmalern und Hobbykünstlern
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Höhlenkinder
Nach dem Roman von Alois Th. Sonnleitner
7. Folge: Tosende Wasser
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Tom und Jerry
Zeichentrickfilm
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Ein himmlisches Vergnügen
Prost Helmut!
Verführungskünste
19.00 heute
19.30 Show & Co. mit Carlo
Musik und Gäste bei Carlo v. Tiedemann
Mit dem Ballett „Second generation", Marlene Ricci, dem Duo Audrey Landers und Camilo Sesto u. a.
21.00 Kontakte
Magazin für Lebensfragen
Die Zeit blieb stehen
Über den Tod von Kindern
Moderation: Gerhard Müller
Zwei Familien – die eine verlor den sechsjährigen Sohn, die andere die dreijährige Tochter – kommen in der Sendung zu Wort. Sie erzählen, welche Erfahrungen sie durch dieses Ereignis gemacht haben und wie sie es bewältigt haben.
21.45 heute-journal
22.05 Rekonstruktionen:
Die Todesnacht von Dresden
Mindestens 35 000 Menschen kamen beim Bombenangriff in der Nacht vom 13. auf den 14. Februar in Dresden ums Leben. In einer Zeit, in der schon wieder viele Menschen von der Machbarkeit des Krieges sprechen, rekonstruierte Carl-Ludwig Paeschke diese fürchterlichen Stunden.
22.50 Semper-Oper im neuen Glanz
Der Wiederaufbau des Dresdner Opernhauses
Film von Wernfried Hübel
23.20 Die Sport-Reportage
aus Karlsruhe
Basketball-WM-Qualifikation
Deutschland – Italien
Reporter: Rüdiger Liiding
0.20 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mit stahlharter Faust
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Mit Kirk Douglas u. a.
Regie: King Vidor
21.45 Landesspiegel
Der Burgunderkrieg
oder Wie Kaiser Friedrich III. eine Schwiegertochter und Neuss einen Hafen bekam
22.15 Berlin: Heimat auf Super 8
23.20 Tips für Leser
23.25 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Formel Eins
19.15 Die pfeilschnellen Jäger
Hechte und Barrakudas
20.00 Tagesschau
20.15 Die Frau nebenan
Französischer Spielfilm (1981)
Mit Gérard Depardieu u. a.
Regie: François Truffaut
21.55 Bücherjournal
22.45 Jazz-Fest Berlin 1984
Eddie Daniels, Jack Wilkins and Stringquartet
23.30 Nachrichten

HESSEN
18.30 Auskunft: Arbeit und Beruf
19.05 Autoreport
19.20 Laurel und Hardy im Flegelalter
Amerikanischer Spielfilm (1965)
20.50 Kulturkalender
21.20 Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 District Six
Abriß des Mischlingsviertels in Kapstadt
22.30 Malu (7)

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Nichts Neues seit Kassandra
Ein Videoprojekt
21.05 Volkstraditionen in der Türkei
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Wo ich bin, ist Broadway
22.30 Gärten in England
23.00 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Monokel
22.30 Landesspiegel
Zurück zur Kindheit
Nur für das Saarland:
21.50 Fastnacht an der Saar

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Wege des Zufalls
Komödie von Karin Jacobsen
20.30 Spiegelbilder
20.45 Romano Guardini
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Grüße von der Cosa Nostra
Italienischer Spielfilm (1971)
23.20 Rundschau
23.25 Actualités

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Der Job
15.00 Siehste!
Der blaue Fluß
15.30 Musicbox
Videoclips und Infos aus der Popszene
16.30 Perrine
Bilfrans Trauer
17.00 Simon Templar
riskiert Kopf und Kragen
18.00 Fauna Iberica
Die Störche von El Gordo (2)
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 U 23 – Tödliche Tiefen
Amerikanischer Spielfilm (1958)
Mit Clark Gable, Burt Lancaster, Jack Warden u. a.
Regie: Robert Wise
Auf einem amerikanischen U-Boot, das während des Zweiten Weltkrieges vor der japanischen Küste kreuzt, kommt es zwischen Offizieren und Mannschaft zu gefährlichen Spannungen.
20.30 B. a. d. Cats
Die Falle
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Fellinis Roma
Ital.-franz. Spielfilm (1971)
Mit Alberto Sordi, Marcello Mastroianni, Anna Magnani u. a.
Ein junger Mann kommt zu Beginn des Zweiten Weltkrieges in die Stadt, von der er bislang nur träumen durfte. Ein hinreißender Bilderbogen, der oft ins Phantastische reicht und bei aller Satire und Polemik stets eine innige Liebeserklärung an diese große Stadt bleibt.
0.00 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

17.00 Ski-WM
18.00 Bilder aus Deutschland
A 42 – Emscherschnellweg: Kohle – Tauben – Wochenmärkte
19.00 heute
19.30 Derrick
Pfandhaus
von Herbert Reinecker
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
anschl. Opernball 1985
Ein Live-Bericht vom Höhepunkt des Wiener Faschings
23.30 3SAT-Nachrichten

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, **Heinrich Windelen**, hat in Berlin den Jacob-Kaiser-Preis 1984 für den besten Fernsehfilm mit innerdeutscher Thematik an die ZDF-Produktion „Für 'n Groschen Brause" verliehen. Der Preis wurde je zu einem Drittel an den Autor **Dieter Zimmer**, der auch den gleichnamigen Bestseller geschrieben hat, an den Regisseur **Eberhard Itzenplitz** und an den jugendlichen Hauptdarsteller **Bernd Benneck** vergeben. Mit dem Ernst-Reuter-Preis 1984 für die beste Hörfunksendung mit innerdeutschem Inhalt wurde das Hörspiel „Wallraf kommt" von **Wolf Deinert** (Sender Freies Berlin) bedacht. In der Kategorie Informationssendung wurden Preise den Sendungen „Ein feste Burg auf Weltniveau" von **Claudia Wolf** (WDR) sowie „Graffiti an der Berliner Mauer" von **Dieter Mayer-Simeth** (Südwestfunk) zu gleichen Teilen zuerkannt.

*

Der Dortmunder Großhandelskaufmann **Hans Hartwig** ist mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Hartwig (67) war von 1963 bis 1976 Vizepräsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels und von 1976 bis zum Januar 1985 dessen Präsident. Er wurde auf eigenen Wunsch durch Konsul **Klaus Richter**, den Präsident der Industrie- und Handelskammer Lübeck, abgelöst. Hartwig ist königlich-niederländischer Wahlkonsul. Die hohe Auszeichnung erhielt er nicht nur wegen seiner Verdienste um die deutsche Wirtschaft, sondern vor allem auch für sein persönliches und humanitäres Engagement für Jugendliche und Kinder, im Bildungs- und Ausbildungsbereich.

ERNENNUNG

Der frühere japanische Botschafter in Bonn, **Fujio Uchida** (75), soll der erste Präsident des japanisch-deutschen Zentrums in Berlin werden. Diesen Beschluß faßte das Kabinett in Tokio auf Anregung des Außenministers **Shintaro Abe**. Der pensionierte Karrierediplomat Uchida, der dem rechten Flügel der regierenden Liberal-Demokratischen Partei (LDP) nahesteht, wurde zum erstenmal 1931 nach Deutschland versetzt, damals an die japanische Botschaft in Berlin, wo er mit einer längeren Unterbrechung bis zum Kriegsende diente. Nach dem Krieg war Uchida 1960 Botschafter in Wien und von 1965 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1970 Botschafter in Bonn.

VERNISSAGE

Daß Schmuck in Deutschland häufig „genauso phantasielos ist wie ein Verkehrszeichen", kritisierte in Bonn die Kunsthistorikerin Dr. **Ulla Stöver**. In der Landesvertretung von Baden-Württemberg sind in einer großen Ausstellung phantastische Schmuck-Figurationen zu sehen, die aus einem internationalen Designwettbewerb als schönste Arbeiten hervorgingen. Der Friedrich-Wilhelm-Müller-Wettbewerb der Gesellschaft für Goldschmiedekunst ist der älteste seiner Art in der Schmuckbranche. Er wurde 1879 zum ersten Mal durchgeführt. Im Kreise vieler hundert Gäste hat der Bevollmächtigte des Landes Baden-Württemberg, Staatssekretär **Gustav Wabro**, die Ausstellung eröffnet. Daß Goldschmiedekunst, Malerei und Plastik einmal eng miteinander verbunden waren, machten auch jetzt die jungen Goldschmiede deutlich. Die Schmuckentwürfe kamen aus vielen Staaten. In Bonn wird auch die Arbeit des ersten Preisträgers gezeigt, eine kunstvolle Libelle, geschaffen von Goldschmiedin **Heide Blindow**, Pforzheim.

FUSSBALL

Münchner Krise: „Suche nach unserer Identität"

DW./sid, München

Mit drei Punkten Vorsprung ging der FC Bayern München in die Winterpause. Dann folgten ein 3:3 gegen Bielefeld und ein 2:4 in Bremen – nun ist es vorbei mit dem sanften Ruhekissen. Die Unbekümmertheit ist längst gewichen, entstanden ist eine sorglose Arroganz, die Trainer Udo Lattek so umschreibt: „Einige haben sich maßlos überschätzt, wollten sich auf Kosten anderer profilieren."

Vor dem Pokalspiel am Samstag in Leverkusen war der Trainer als Psychologe gefragt. Udo Lattek: „Unsicherheit hat um sich gegriffen. Jeder hat zu sehr mit sich selbst zu tun. Wir suchen nach unserer Identität." Jetzt haben sie sich zusammengesetzt, bei Weißwurst und Weißbier durfte sich jeder die Probleme von der Seele reden. Nationalspieler Lothar Matthäus: „Die 1:3 Punkte zum Rückrundenstart haben uns einen Knacks versetzt." Bei der Ursachenforschung konnten zwei Hauptgründe für die derzeitige labile Verfassung ausgemacht werden: die Angst vor Zweikämpfen und der Druck, die Tabellenführung behaupten zu müssen.

Abwehrchef Klaus Augenthaler hat in den letzten Spielen festgestellt: „Einer hat sich nur noch auf den anderen verlassen. Wenn aber jeder nur fünf Prozent weniger tut als sonst, können wir kein Spiel mehr gewinnen." Verteidiger Wolfgang Dremmler weiß, wo der Hebel anzusetzen ist: „Wir müssen uns wieder zum bedingungslosen Zweikampf überwinden. Man kann dem Gegner nicht den Ball vom Fuß gucken. Da mußt du ran, das muß wie Harakiri sein."

Udo Lattek erwartet, daß die Spieler wieder zusammenrücken: „So wie zu Saisonbeginn, als sie munter drauflosstürmten, um Rummenigge vergessen zu machen." Der Münchner Trainer gehörte zu denen, die zugaben, daß seiner Mannschaft noch längst die große Klasse fehlt. Aber der FC Bayern München, so der Trainer, sei „stark genug, deutscher Meister zu werden".

Der DFB-Pokal rangiert hinter Meisterschaft und Europapokal nur an dritter Stelle. Aber Lattek ahnt, was eine Niederlage am Samstag in Leverkusen bedeuten würde: „Dann bricht alles auf, was ich in diesen Tagen zuschütte. Dann gibt es irgendwann einen richtigen Riß."

BIATHLON / Heute beginnt die Weltmeisterschaft in Ruhpolding – Der Ort Hammer fiebert mit Ehrenbürger Peter Angerer

Skiheld im Schutz der dörflichen Gemeinschaft

MARTIN HÄGELE, Hammer

In der „Alpengaststätte" auf der rechten Seite der Alpenstraße, die das Dörflein Hammer durchschneidet, geht alles seinen gewohnten Gang. Eigentlich will die Wirtin gar nicht mehr vermieten, „weil ja morgen eh' Ruhetag ist". Dann tut sie's doch. Ein Dutzend Männer, die Chefin und ein Serviermädchen reden übers Fernsehprogramm. Und sie streiten sich darüber, welcher gastronomische Betrieb im Flecken am Kinderfasching das meiste verdient. Noch ein Weißbier, prost.

Es ist wie immer in Hammer. Um sechs Uhr erwacht der Ort. Die Glokke der Kirche, deren Geläut die Menschen zur Arbeit ruft, feierte im vergangenen Jahr 50. Geburtstag. Ein anderes Datum freilich hat die 700-Seelen-Gemeinde mehr bewegt: der 14. Februar 1984. Da kam Peter Angerer heim aus Sarajewo, behängt mit olympischem Gold, Silber und Bronze.

Triumphzug, Fernsehen, Feuerwerk, die Krüge hoch. Das ist genau ein Jahr her, und Peter Angerer kämpft heute wieder um Gold, diesmal bei der Weltmeisterschaft im zwölf Kilometer entfernten Ruhpolding. Also doch kein Tag wie jeder andere in Hammer.

Der Skiheld der Nation kann im Schaufenster des Verkehrsamtes bewundert werden. Da strahlt Angerer vom Poster herunter, Ski in der Hand, Gewehr auf dem Rücken, Medaillen um den Hals. Fünf Mark kostet er im Großformat, 3,80 etwas kleiner. Zu kaufen sind die Fotos zur Zeit nicht: „Das Verkehrsamt ist wegen Krankheit bis zum 15. Februar geschlossen." Ein kleiner Ort und ein prominenter Mitbürger – schlägt sich das nieder im alltäglichen Leben? Niemand würde da etwas aufspüren, erklärt einer, der das Versprechen abverlangt, seinen Namen nicht zu erwähnen. Die Leute von Hammer seien nämlich ein ziemlich wortkarger Menschenschlag. Aber keineswegs dumm. Das täusche. Sie ließen sich nur nicht gern von Fremden aushorchen.

Die dörfliche Gemeinschaft schützt eben auch den populärsten Einwohner. Obwohl sich der Olympiasieger nicht allzu häufig in der Heimat aufhält. Dazu paßt die Geschichte des Informanten, der seinen Namen nicht in der Zeitung lesen will. Im Edeka-Laden, dem Kommunikationszentrum von Hammer, sei einmal ein Reporter aus Hamburg aufgetaucht, habe ganz locker die Leute über Peter Angerer ausschnüffeln wollen. Der sei dabei furchtbar abgeblitzt. Er habe die abweisende Art der Menschen überhaupt nicht verstanden.

Herr Gehrlein ist ein freundlicher Mann. Seit eineinhalb Jahren vertritt er den erkrankten Pfarrer Hattel. Folgt auch der katholische Geistliche dem Ruf des Sport-Stars nach Ruhpolding? Gehrlein lächelt. Er sei schlecht zu Fuß, sagt er, aber er werde die Entscheidungen vorm Fernsehapparat verfolgen. Beim Empfang nach den Winterspielen von Sarajewo habe er Angerer die guten Wünsche der Kirche übermittelt und dem Sportler die Hand gedrückt.

Hat sich der sportliche Ruhm auch auf den Fremdenverkehr ausgewirkt? „Wir sind interessanter geworden, aber ob deshalb die Urlaubsbuchungen und Übernachtungern steigen, das kann ich nicht beurteilen", sagt Hans Steiner, Geschäftsleiter im Rathaus Siegsdorf, jener Gemeinde, der auch die Bewohner von Hammer angegliedert sind.

Das Schicksal hat Hammer nun mal an der Durchgangsstraße zum dicken Wintersportgeld links liegen lassen. Vor Inzell, hinter Reit im Winkl oder Ruhpolding. „Wir haben zwar Loipen und Lifte, aber kein großes Angebot an Pisten", bedauert Steiner mangelnde Abfahrten und Exklusivität.

Doch dafür besitzen die Siegsdorfer unter ihren 7100 Einwohnern eben ihren „Gold-Peter". Wenn er heute morgen über 20 km um den Weltmeistertitel kämpft, dann stärkt die Bevölkerung von Siegsdorf und Hammer ihrem Ski-As das Kreuz: Bürgermeister Franz Maier, der Kurdirektor Hans Klauser führen im Schulterschluß mit dem halben Gemeinderat den Zug der Angerer-Fans an. Sechs Busse bringen 300 Schüler von Siegsdorf nach Ruhpolding. In manchen Unterrichtsstunden der letzten Tage wurden Bettlaken mit Anfeuerungs-Parolen bemalt und Chöre für Angerer eingeübt. Er ist schließlich ihr Ehrenbürger.

Nur der Hans Steiner wird an „meinem Schreibtisch die Stellung halten". Weil er sofort die große Fete organisieren muß, falls der Angerer Weltmeister wird. Sicher sei fast alles geplant, gibt der Beamte zu. „Aber Ruhpolding liegt vor der Haustür, da haben wir nicht soviel Zeit wie damals, bevor der Peter aus Sarajewo zurückfuhr."

„Im Feiern", sagt Sepp Ferstl, „da sind die in Hammer ganz groß." Dem Skirennfahrer Ferstl hat vor Angerers Zeit der große Jubel entlang der Alpenstraße gegolten. Zum Beispiel, als er die Abfahrt auf der Streif in Kitzbühel gewonnen hatte. Dabei wohnt der ehemalige Weltklassefahrer gar nicht in Hammer, sondern in der Kreisstadt Traunstein. Ferstl war und ist lediglich Mitglied des Skiklubs Hammer. Er sagt: „Aber wenn ich heute in Traunstein in ein Lager gehe und Baumaterial für mein Geschäft einkaufe, schreiben sie auf meinen Lieferschein, Sepp Ferstl, Hammer." Schon deshalb, weil er so dazugehört zu diesem Ort, zu dem Klub und zu den Leuten, will Sepp Ferstl heute auch nach Ruhpolding fahren.

Live im Fernsehen

Heute, 9.55 Uhr: 20 km Einzel im ZDF.
Samstag, 9.55 Uhr: 10 km Einzel in der ARD.
Sonntag, 10.00 Uhr: Staffel im ZDF.

TENNIS

Steffi Graf im Halbfinale gegen Chris Evert-Lloyd

dpa/sid, Delray Beach

Die 15 Jahre alte Steffi Graf aus Heidelberg hat das Halbfinale des mit umgerechnet 5,76 Millionen Mark dotierten Tennisturniers von Delray Beach in Florida erreicht und damit ihren bislang größten internationalen Erfolg errungen.

Im Viertelfinale schlug die Ranglisten-Zweite des Deutschen Tennisbundes die an Nummer 13 gesetzte Ungarin Andrea Temesvari in nur 47 Minuten mit 6:2 und 6:1. Im Kampf um den Eintritt ins Finale trifft Steffi Graf nun auf die Weltranglisten-Zweite, die Amerikanerin Chris Lloyd-Evert, die Barbara Potter mühevoll mit 4:6, 6:4, 6:1 ausschaltete.

„Es ist unglaublich, ich habe weitaus mehr erreicht, als ich mir vorher in meinen kühnsten Träumen ausgerechnet habe", sagte Steffi Graf nach dem von starkem Wind beeinträchtigten Match gegen die Spielerin aus Budapest. Es war ihr fünfter Sieg ohne Satzverlust bei diesem Turnier auf der Anlage von Rod Laver. Steffi Graf, bisher auf Platz 24 der Weltrangliste, hat damit den Sprung unter die ersten zwanzig der Weltklasse geschafft.

Andrea Temesvari kam mit den Windböen nicht zurecht, Steffi Graf beeindruckte durch ihr traumhaft sicheres Grundlinienspiel. Sie sagte: „Ich habe gar nicht erst besonders tolle Sachen probiert, sondern versucht, den Ball im Spiel zu halten, damit Andrea Fehler macht. Das war schon schwer genug." Auch die Saarbrückerin Claudia Kohde, die schon in der ersten Runde ausgeschieden war und die Begegnung beobachtet hatte, freute sich mit Steffi Graf. „Die jüngste Viertelfinalistin hat von allen am klügsten gespielt", kommentierte sie den überlegenen Sieg.

Die Deutsch-Amerikanerin Bettina Bunge, für Cuxhaven spielberechtigt, schied dagegen im Viertelfinale aus. Trotz guten Spiels verlor die 21jährige gegen die Weltranglisten-Erste Martina Navratilova (USA) mit 4:6 und 4:6.

Das Herren-Turnier bleibt voller Überraschungen. Im Achtelfinale schied auch Turnierfavorit Ivan Lendl aus der Tschechoslowakei aus: Er unterlag dem Schweden Stefan Edberg mit 4:6 und 6:7. Damit sind die ersten acht der Setzliste nicht mehr im Wettbewerb vertreten.

ZAHLEN

TENNIS

Turnier in Delray Beach/Florida, Herren-Einzel, Achtelfinale:. Edberg (Schweden) – Lendl (CSSR) 6:4, 7:6, Mayotte (USA) – Holmes (USA) 6:3, 7:6, Noah (Frankreich) – Giammalva (USA) 6:3, 6:4. – Damen-Einzel, Viertelfinale: Graf (Deutschland) – Temesvari (Ungarn) 6:2, 6:1, Evert-Lloyd (USA) – Potter (USA) 4:6, 6:4, 6:1, Navratilova (USA) – Bunge (Deutschland) 6:4, 6:4. – Im Halbfinale spielen: Graf – Evert-Lloyd, Navratilova – Siegerin aus Mandlikova – Bassett. – Damen-Doppel, 3. Runde: Kohde/Sukova (Deutschland/CSSR) – Burgin/Russell (USA) wegen Verletzung von Russel abgebrochen, Fernandez/Navratilova (USA) – Lloyd-Evert/Turbull (USA/Australien) 6:4, 6:2.

FUSSBALL

Erste englische Division, Nachholspiel: Liverpool – Arsenal 3:0. – **Freundschaftsspiel:** Solingen – Dortmund 5:0.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Herren: Reutlingen – Bremen 9:2, Düsseldorf – Jülich 9:1, Saarbrücken – Bad Hamm 9:1, Bayreuth – Steinhagen 3:9.

SPORT-NACHRICHTEN

Hagen: Punkte zurück

Hagen (sid) – Basketball-Bundesliga-Klub SSV Hagen erhält vier Punkte zurück, die ihm wegen der angeblich fehlenden Spielberechtigung des Amerikaners Graylin Warner aberkannt worden waren. Nach dieser Entscheidung der Spruchkammer des Deutschen Basketball-Bundes hat Hagen wieder gute Aussichten, das Halbfinale der Meisterschaft zu erreichen.

Mannheim droht Verband

Mannheim (sid) – Eishockey-Bundesliga-Klub Mannheimer ERC hat dem Deutschen Eishokckey-Bund mit einer einstweiligen Verfügung gedroht, sollte die Berufungsverhandlung im Fall Roedger (acht Spiele Sperre, 4000 Mark Geldstrafe wegen Foulspiels am Kölner McNeil) nicht vor dem 23. Februar angesetzt werden. Mannheim spielt ab morgen in der Play-off-Runde.

Winkelhock verbessert

Rio de Janeiro (sid) – Der Waiblinger Manfred Winckelhock erzielte am fünften Tag der Formel-1-Testfahrten in Rio de Janeiro auf einem RAM-Hart die fünftbeste Zeit. Schnellster war der Franzose René Arnoux auf Ferrari. Weltmeister Niki Lauda aus Österreich mußte das Training mit seinem McLaren-Porsche wegen Motorproblemen abbrechen.

Punktspiel gefährdet

Düsseldorf (sid) – Die Austragung des für Samstag geplanten vorgezogenen Fußball-Bundesliga-Spiels SV Waldhof Mannheim – Eintracht Braunschweig ist gefährdet. Der Platz im Südweststadion von Ludwigshafen ist völlig vereist.

STAND ● PUNKT / *Fortschritt*

Heute, bei der Weltmeisterschaft der Biathleten, wird es wieder losgehen mit der Diskussion um den Schlittschuhschritt des Finnen Siitonen. Sie hat schon die WM der nordischen Skiläufer beherrscht. So sehr, daß die Athleten, die gewannen oder verloren, hinter dem Streit um die Technik verschwanden.

Biathlet Peter Angerer wird heute nicht nur mit diesem Siitonen-Schritt seine Chance suchen, sondern auch mit einem neuen Ski, der eigens für diese Technik entwickelt wurde (mit eingepreßter Aluminiumschicht). „Es geht schneller", sagt Angerer kurz und bündig.

Und so rennt er denn zu Recht an naserümpfenden Ästheten vorbei, die das alte, sanfte Dahingleiten in der Spur vermissen. Sport beinhaltet schon immer die Suche nach neuen Möglichkeiten, die Leistung zu steigern. Wäre es nicht so, gäbe er sich über kurz oder lang selbst auf.

Als ein Mann namens Dick Fosbury weiland auf die Idee kam, gekrümmt wie ein Flitzebogen rücklings über die Hochsprunglatte zu fliegen, gab es ähnlich Diskussionen. Der sogenannte „Straddle"-Stil, diese herrlich komplizierte Körperbewegung des Tauchwälzers (Kopf voran), sei schöner, hieß es. Nur ging es eben nicht um Schönheit, sondern um Höhe. Inzwischen erübrigt sich jeder theoretische Streit um Ästhetik des Flops, ohne ihn ist kein Weltrekord möglich.

Wer im Sport Entwicklungen aufhalten will, wird sehr schnell in die Rumpelkammer gestellt. Da kann er dann weiterdiskutieren – zwischen selbstgeschnitzten Ski-Brettern, Formel-1-Motoren ohne Turbolader und Bambusstangen für den Stabhochsprung.

DW

Am 11. Februar 1985 verstarb im Alter von 86 Jahren Herr

Max Küppers

Zwei Jahrzehnte stand uns der Verstorbene als Mitglied unserer Gremien beratend zur Seite. Seine unternehmerischen Fähigkeiten sowie sein klares Urteil haben wir hoch geschätzt.

Mit dem Verstorbenen verlieren wir einen alten Freund, der uns als liebenswürdiger Mensch und erfolgreicher Unternehmer unvergessen bleiben wird.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Aufsichtsrat und Vorstand
der
COMMERZBANK
Aktiengesellschaft

Meine geliebte, tapfere und fröhliche Frau

Erika Winter
geb. Schmidt Beltranena

* 4. Oktober 1915 † 11. Februar 1985

ist hinübergegangen in Gottes Welt ewiger Liebe und Heiterkeit.

Heinrich Winter, Dr. med.
für alle, die sie liebten
und ihrem Herzen nahestanden

Beselerstraße 6
2000 Hamburg 52

Trauerfeier am Montag, dem 18. Februar 1985, um 14.00 Uhr in der Kirche am Niendorfer Marktplatz, 2000 Hamburg 61. Anschließend erfolgt die Beisetzung auf dem alten Niendorfer Friedhof.

DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71; Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 28,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Wird Hessen zweitrangig?

● Fortsetzung von Seite 1

WELT: *Die „Versöhnung von Ökonomie und Ökologie" ist, auch in der Union, zu einem neuen Schlagwort geworden ...*

Wallmann: Ich mag das Wort in diesem politischen Zusammenhang nicht gern. Ist das etwa Versöhnung, wenn auf Kernkraft verzichtet wird? Es geht um eine nüchterne Güterabwägung. Ende 1984 hat die PreußenElektra erklärt, daß sie fast drei Jahre lang den Strompreis für ihre Eigenerzeugung konstant halten konnte, obwohl sie enorme Summen in die Umrüstung ihrer Altanlagen investieren mußte. Auf die Frage, wie das möglich sei, wurde gesagt: Weil wir unseren Strom inzwischen zur Hälfte aus Kernenergie gewinnen, dieser Strom billig ist und uns deshalb ermöglicht, die hohen Kosten für den Umweltschutz intern auszugleichen. Das sind die Dimensionen, um die es geht.

WELT: Wallmann und die hessische CDU werben gezielt um Stimmen aus dem Arbeitnehmerlager, um enttäuschte SPD-Wähler. Ist das nicht mit der Gefahr verbunden, daß originäre CDU-Politik an Schärfe, an Kontur verliert?

Wallmann: Irritationen sind natürlich da. Aber wir dürfen und werden CDU-Positionen nicht räumen. Mit uns sind beispielsweise keine Vereinbarungen in Richtung Zwangsförderstufe möglich. Die Schulpolitik spielt wieder, nachdem sie 1982, 1983 zurückgetreten war, eine zentrale Rolle. Wir sagen ja, wenn die Förderstufe durch freiwillige Entscheidung eingerichtet wird.

Ist die SPD ohne Wenn und Aber für den Zwang? Die „hessischen Verhältnisse" haben sie freilich inkonsequent werden lassen. Den Grünen wurden Versuchsschulen in freier Trägerschaft, bei staatlicher Finanzierung, im Grundschulbereich zugestanden. „Also", folgert Wallmann, „ist die SPD hier für eine ganz freie Schulwahl. Aber das hindert sie nicht, trotz leidenschaftlicher Ablehnung der Zwangsförderstufe durch die Mehrheit der Eltern, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf das Elternrecht zu strangulieren."

„Nicht mit der CDU zu machen" ist auch die von Wiesbaden eingeschlagene Ausländerpolitik. Wallmann hält hier Börner vor, daß dieser noch 1982 eine Nachzugsgrenze von sechs Jahren für Ausländerkinder aus sozialen und humanitären Gründen für nötig hielt. Heute aber ziehe Hessen die Grenze bei 18 Jahren. Nicht mehr abgeschoben werden dürfe, außer in besonderen Fällen, bis zum 21. Lebensjahr. Der Oberbürgermeister, dessen Stadt einen Ausländeranteil von 22 Prozent hat („ohne die Dunkelziffer"), läßt sich nicht mit dem *sozialdemokratischen „Argument"* beruhigen, daß in der Türkei nur rund 1700 16- bis 18jährige leben, die von der Zugangs-Neuregelung betroffen seien. „Jedermann weiß doch, daß sie potentielle Arbeitslose sind, wenn sie zu uns kommen. Da gibt man den Kindern Steine statt Brot." Die „sozial verantwortliche Steuerung" des Ausländeranteils, der Begriff wurde noch von der SPD/FDP-Regierung geprägt, ist für Wallmann deshalb Leitmotiv: „Von einer bestimmten Grenze an kann man nicht mehr integriert werden."

WELT: Frankfurt liegt in der Mitte Deutschlands. Die Stadt verfügt über kulturelle und medientechnologische Ressourcen. Muß es Sie daher nicht bedrücken, daß die Entwicklung etwa auf dem Mediensektor an Frankfurt vorbeigeht?

Wallmann: Es ist sichergestellt, daß wir auch in den Jahren 1987 bis 1989 von der Post flächendeckend mit Kabelnetzen versorgt werden. Aber die entscheidende Frage ist: Dürfen Programme eingespeist werden? Wenn Hessen eine ‚Medieninsel' würde, so wäre das auch ein Schritt auf eine „Zweitrangigkeit" des Landes hin. Schon hat eine große Firma, Heräus, ihren Sitz nach Bayern verlegt. Andere Unternehmen beginnen, darüber nachzudenken. Wir können doch nur Betriebe halten, wenn garantiert werden kann, daß die Stromversorgung zu Tarifen geschieht, die die Unternehmen hier nicht schlechter stellt. Attraktiv bleibt Hessen aber nur dann, wenn auch die schulischen Angebote, wenn auch das Problem der Abfallbeseitigung, der Entsorgung zufriedenstellend gelöst ist. Ich sehe mit großer Sorge, daß sich eine Anti-Haltung, ein Mentalitätswechsel, gegenüber Hessen entwickelt.

Streit um Rente für Freisler-Witwe

lz. München

Bayerns Sozialminister Franz Neubauer (CSU) reagierte unverzüglich auf Meldungen, wonach die ihm unterstellten Sozialbehörden der Witwe des 1945 bei einem Bombenangriff auf Berlin ums Leben gekommenen NS-Blutrichters Roland Freisler eine Schadenausgleichsrente zugestanden haben. Neubauer ordnete eine Untersuchung an und erklärte in einer ersten Stellungnahme, nach seiner persönlichen Auffassung sei die Rentengewährung nicht haltbar.

Der „Freisler-Akt" wurde der bayerischen Landtags-SPD offenbar direkt aus der Behörde zugespielt. Aus den Unterlagen geht hervor, daß der in München unter geändertem Namen lebenden Witwe des berüchtigten Volksgerichtshof-Präsidenten neben ihrer Rente seit 1974 aus der *Kriegsopferfürsorge auch eine Schadenausgleichsrente* zugebilligt wird. Diese Zahlung wird bei der Annahme gewährt, der Angehörige hätte ohne die tödliche Kriegseinwirkung weiterhin zum Lebensunterhalt beigetragen.

Im Fall Freisler argumentierte eine Beamtin, Freisler habe zwar Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen, aus rechtsstaatlichen Gründen könne aber nicht die Auffassung *vertreten werden, daß er, falls er* den Krieg überlebt hätte, „zum Tode oder zumindest zum lebenslangen Freiheitsentzug verurteilt worden wäre".

Empörung löste ein Aktenvermerk aus, der Nazi-Richter, der für mehrere *tausend willkürlicher* Todesurteile verantwortlich war, hätte nach dem Krieg „als Rechtsanwalt oder Beamter des höheren Dienstes" tätig werden können. Das Ministerium bestätigt diesen Vermerk, betont jedoch, die Versorgungsverwaltung sei bei ihrer Entscheidung nicht von dieser Annahme ausgegangen. Bereits 1982 waren intern Zweifel an der Rechtmäßigkeit dieser Rente aufgetaucht, Beamte des Ministeriums erklärten sie jedoch für korrekt. Ein Sprecher des Sozialministeriums erklärte gestern dazu, damals sei versäumt worden, den Vorgang der politischen Spitze des Hauses vorzulegen.

Flexibilisierung voll ausgeschöpft

Metall-Abschluß in Nürnberg bremst Forderungen der Gewerkschaft

GÜNTHER BADING, Bonn

Erstmals ist in der Metallindustrie ein betriebliches Modell gestaffelter Wochenarbeitszeitverkürzung für verschiedene Betriebszweige und Mitarbeiter unterschiedlicher Qualifikation *vereinbart worden, das die* Möglichkeiten des Tarif-Kompromisses vom vergangenen Sommer voll ausschöpft. Für die 625 vom Tarifvertrag erfaßten Vollzeitbeschäftigten der Mannesmann Demag Kunststofftechnik in Schwaig bei Nürnberg gilt ab 1. April dieses Jahres eine Auffächerung, nach der:

- 37 Prozent der Beschäftigten künftig 37 Wochenstunden arbeiten,
- 27 Prozent die von der IG Metall für alle Arbeitnehmer generell verlangte Wochenstundenzahl von 38,5 haben werden, und
- 36 Prozent nach wie vor 40 Wochenstunden im Betrieb sein werden.

Das nach den wochenlangen Streiks in der Metallindustrie im Juni vergangenen Jahres in Baden-Württemberg vom Schlichter Georg Leber vorgelegte und später im wesentlichen für alle Tarifgebiete übernommene *Modell einer flexiblen Wochenarbeitszeitverkürzung* sieht – ab 1. April 1985 – eine Wochenarbeitszeit im Betriebsdurchschnitt von 38,5 Stunden vor. Die individuelle Arbeitszeit kann dabei zwischen 37 Stunden und (wie bisher) 40 Wochenstunden schwanken. Die Ausfüllung *dieser* Tarifvertragsvorschrift muß in den Firmen zwischen Betriebsräten und den Geschäftsleitungen ausgehandelt werden. Die IG Metall hat Ende vergangenen Jahres eine Kampagne gestartet, um „ihre" Betriebsräte auf eine generelle Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Wochenstunden für alle Arbeitnehmer eines Betriebs festzulegen.

In Nürnberg kam die Einigung erst *in der „tariflichen Schlichtungsstelle"* zustande, die in anderen Tarifbereichen durch die Einigungsstelle nach dem Betriebsverfassungsgesetz ersetzt wird. Der Betriebsrat und die Vertreter der IG Metall hatten die *generelle Verkürzung auf 38,5 Stunden* für alle verlangt. Die Geschäftsführung von Mannesmann Demag in Nürnberg wollte dagegen die im Leber-Modell vereinbarte Flexibilisierung. Sie setzte sich damit durch; der *Spruch der Schlichtungsstelle* ist verbindlich. Das Ergebnis trägt den verschiedenen Aufgabenbereichen Rechnung: Besonders qualifizierte (und damit „teure") Mitarbeiter sowie die Ansprechpartner für Kunden in der Verwaltung bleiben bei 40 Wochenstunden. In der hochmechanisierten Fertigungsabteilung werden die meisten der qualifizierten Mitarbeiter weiterhin 40 Stunden, ein kleiner Teil soll 37 Wochenstunden arbeiten. Zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Anlage wird eine dritte Schicht (40 Wochenstunden) eingeführt. Dazu werden 25 neue Mitarbeiter eingestellt.

Im Montagebereich arbeitet der überwiegende Teil der Facharbeiter künftig 37 Stunden. Meister und andere „Know-how-Träger" bleiben bei 40 Stunden. Künftig werden 13 Arbeiter auf 12 Stellen eingesetzt, das ermöglicht die Neueinstellungen von etwa zwölf Mitarbeitern. Im gesamten Werk wird es beim Modell differenzierter Arbeitszeit also 37 neue Stellen geben. Geschäftsführer Winfried Witte zur WELT: „Bei einer generellen Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden pro Woche wäre die dritte Schicht entfallen; es hätte keine Neueinstellungen gegeben."

Hürden für leichtfertige Haustürgeschäfte

E.N. Bonn

Mit einer einfachen Erklärung innerhalb einer Woche können in Zukunft sogenannte „Haustürgeschäfte" wieder rückgängig gemacht werden. Die Bundesregierung hat in ihrer Kabinettssitzung gestern ausdrücklich einen Gesetzentwurf des Bundesrates „über den Widerruf von Haustürgeschäften und ähnlichen Geschäften" begrüßt und ihn als wichtige Maßnahme zum Verbraucherschutz erklärt.

Der Gesetzentwurf war im November vorigen Jahres im Bundesrat eingebracht worden. In seiner Zielsetzung heißt es, daß Vertragsverhandlungen an Türen, auf der Straße, am Arbeitsplatz, auf sogenannten „Kaffeefahrten" und vergleichbaren Aktionen die „rechtsgeschäftliche Entscheidungsfreiheit des Kunden überfordern". Er könne in der Regel weder andere Angebote prüfen noch sich den Vertragsabschluß hinreichend überlegen. Unseriöse Gewerbetreibende nützten dies zur Überrumpelung aus und veranlaßten Kunden zu Bestellungen, für die überhaupt kein Bedarf bestünde und die auch die Betroffenen in finanzielle Notsituationen bringen könnten.

Das die Haustürgeschäfte kennzeichnende „Überraschungsmoment" wird durch das neue Gesetz aufgehoben. Ausgenommen sind nur Bagatellgeschäfte und solche Fälle, in denen es auf vorhergehende Bestellung des Kunden zu den Vertragsverhandlungen gekommen ist. Auch Verträge, die in Ausübung selbständiger Erwerbstätigkeit abgeschlossen wurden oder solche ohne geschäftsmäßiges Handeln unter Privaten bleiben von der Neuregelung unberührt. Die Gesamtzahl der Kunden des sogenannten „Direktvertriebes" wurde 1980 mit 8,75 Millionen angegeben. Jedes „Haustürgeschäft" habe einen Durchschnittswert von 500 Mark. Aber auch Haustürgeschäfte über 10 000 Mark und mehr, so begründete der Bundesrat seine Gesetzesinitiative vor Weitergabe an den Bundestag, seien heute in der Möbel- und Aussteuerbranche keine Seltenheit.

Vermummung: CSU bleibt hart

rtr, München

Die CSU will bei ihrer Forderung nach einem strafrechtlichen Vermummungsverbot bei Demonstrationen gegenüber der FDP „keinen Schritt zurückweichen". Generalsekretär Tandler begründete dies im „Bayernkurier" mit der „aufs neue aufgebrochenen Gefahr des Terrorismus". Meinungen von Teilen der FDP könnten nicht Richtschnur für die CSU sein, betonte Tandler. Der ehemalige Bundesminister Gerhart R. Baum (FDP) vertrat dagegen die Ansicht, daß seine Partei bei dem Gesetzeskompromiß ohnehin bereits zurückgesteckt habe. Schließlich sei passive Bewaffnung beispielsweise zum Schutz vor Wasserwerfern lediglich eine defensive Maßnahme von Demonstranten.

Hamm-Brücher kandidiert nicht

rtr, Bonn

Die FDP-Bundestagsabgeordnete Hildegard Hamm-Brücher kandidiert auf dem Bundeskongreß ihrer Partei am übernächsten Wochenende in Saarbrücken nicht für den stellvertretenden Parteivorsitz. Frau Hamm-Brücher, die zum linken Parteiflügel gezählt wird, begründete ihre Entscheidung damit, daß bei einer Kampfabstimmung mögliche Mißdeutungen über Flügelkämpfe in der Partei nicht auszuschließen wären und die Partei dadurch zusätzlich belastet würde.

Einziger Kandidat für die Nachfolge des zurückgetretenen stellvertretenden FDP-Vorsitzenden Jürgen Morlok ist damit bisher der hessische Landesvorsitzende Wolfgang Gerhardt.

Ermittlungen gegen Cassens

ww. Bremen

Die Bremer Staatsanwaltschaft ermittelt gegen den niedersächsischen Minister für Wissenschaft, Johann-Tönjes Cassens (CDU). Cassens soll Fremdgelder von dem Notariatskonto seiner ehemaligen Rechtsanwaltskanzlei in Bremen mißbraucht und Scheckmanipulationen vorgenommen haben, behauptet Cassens Nachfolger in der Kanzlei, Werner Hindahl. Der Minister hat die Vorwürfe unterdessen scharf zurückgewiesen. Der Sprecher seines Ministeriums in Hannover, Helmut Klusmann, zur WELT: „Der Minister begrüßt das Ermittlungsverfahren". So könne der wahre Sachverhalt schnell aufgeklärt werden. Cassens habe schon zuvor die Bremer Notariatskammer gebeten, für Aufklärung zu sorgen.

Wahlerfolg für Opposition in Südkorea

Regierende Partei errang aber wieder absolute Mehrheit / Hohe Wahlbeteiligung

FRED de LA TROBE, Tokio

Bei den Parlamentswahlen in Südkorea am Dienstag gewann die regierende „Demokratische Gerechtigkeitspartei" mit 148 der 267 Sitze erneut die absolute Mehrheit. Das waren jedoch drei Mandate weniger als beim letzten Urnengang vor vier Jahren. Die Wahlen waren die zweiten, seit der ehemalige Fallschirmjägergeneral Chun Doo Hwan 1980 durch einen Putsch an die Macht kam.

Diesmal war mit der erst im Januar gegründeten „Neuen Demokratischen Partei Koreas" (NDPK) eine echte Opposition zugelassen, der ein überraschender Erfolg gelang. Vor vier Jahren gab es für die gegen die Regierungspartei antretenden Gruppierungen kaum Handlungsspielraum. Über 500 bekannten Politikern war jede Wahlaktivität untersagt.

Die „Neue Demokratische Partei Koreas" wurde mit 67 gewonnenen Sitzen auf Anhieb die größte Oppositionspartei. Von dieser Stelle verdrängte sie die „Demokratische Koreanische Partei (DKP), die sich von 81 Mandaten vor vier Jahren auf 35 Sitze verschlechterte. Die von der Presse als „Taifun des Wahlkampfes" bezeichnete NDPK, hinter welcher der vergangene Woche aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrte Oppositionspolitiker Kim Dae Jung und sein prominenter Parteigänger Kim Young Sam stehen – beide befinden sich unter Hausarrest und konnten in den Wahlkampf nicht direkt eingreifen –, galt dagegen immer mehr als das eigentliche Sammelbecken des Widerstands gegen das autoritäre Regime Chun Doo Hwans.

Die hohe Wahlbeteiligung von über 84 Prozent spiegelte das Interesse der 24 Millionen wahlberechtigten Südkoreaner an der politischen Entwicklung ihres Landes wider. Unter Chun Doo Hwan herrscht – wenn auch erzwungen – Ruhe und Ordnung, und die Wirtschaft entwickelt sich günstig. Die Wachstumsrate von sieben Prozent im vergangenen Jahr war eine der höchsten in Ostasien.

Während die NDPK in Seoul und den anderen Großstädten ansehnliche Gewinne verbuchte, war die „Demokratische Gerechtigkeitspartei" vor allem in den ländlichen Gebieten stark. In diesen Bezirken verfügt sie über eine straffe Organisation, die sich auf die lokale Prominenz und Polizeiorgane stützt. Der Einfluß des Militärs ist in der Führung der Partei stark, in der sich eine Reihe ehemaliger hoher Offiziere die Schlüsselpositionen gesichert hat.

Die NDPK führte den Wahlkampf mit scharfen Angriffen gegen die sich ausbreitende Korruption in den Behörden sowie mit der Forderung nach einer Rückkehr zur Demokratie – vor allem nach Direktwahl des Präsidenten, stärkerem Kontrollrecht für das Parlament, das zu einem Ausführungsorgan des Präsidenten abgesunken ist, nach unabhängigen Gerichten, Pressefreiheit und freien Gewerkschaften. Einige Liberalisierungsmaßnahmen der Regierung in der letzten Zeit wie Amnestie für mit Berufsverbot belegte Politiker und Begnadigung von oppositionellen Hochschullehrern und Studenten wurden als unzureichend bezeichnet.

Die Rückkehr des Oppositionsführers Kim aus den USA nach zweijährigem Exil und die Vorfälle nach seiner Ankunft in Seoul – die durch koreanische Sicherheitsbeamte ausgelösten Schlägereien, die von der Polizei bestritten, von den amerikanischen Begleitern Kims aber bestätigt wurden – haben nach Ansicht südkoreanischer Beobachter den Kandidaten der NDPK genützt. Die Presse des Landes durfte zwar darüber nicht berichten, eine wirkungsvolle Flüsterkampagne sorgte aber doch für die Verbreitung dieser Nachrichten. Etwa 60 000 Personen waren am Flughafen erschienen.

Eine von der Regierung in Seoul verbreitete Broschüre wirft Kim Dae Jung vor, er sei wortbrüchig geworden. Präsident Chun habe ihm vor zwei Jahren die Reise nach Amerika zu ärztlicher Behandlung nur nach Kims Versprechen erlaubt, daß er sich künftig politisch nicht mehr betätigen werde. Kim erklärte, er sei bereit, zusammen mit Präsident Chun für eine Rückkehr zu echter Demokratie zu arbeiten. Er sei aber gegenüber den Erklärungen des Ex-Generals sehr skeptisch, daß dieser sein Amt 1988 aufgeben und den Weg für einen verfassungsmäßig geregelten Wechsel in der Staatsführung freimachen wolle. (SAD)

Wer malte den Mann mit dem Goldhelm?

■ Fortsetzung von Seite 1

Rembrandt der Maler des Bildes ist. Tatsächlich gibt es ja nur in Glasgow und Lissabon zwei dem großen Holländer *zugeschriebene Werke, die* unverkennbare Analogien zur malerischen Manier des Mannes mit Goldhelm aufweisen: eine eigentümliche Methode, aus vermischtem Bleiweiß und Bleizinngelb geradezu im Reliefstil das Element Licht „aufzubauen" und es nicht durch flache Pinselstriche zu imaginieren.

Rembrandt wird heute ohnehin nicht mehr als großer Einzelgänger gesehen, vielmehr könnte auch der Maler des Berliner Bildes ein „Schüler" gewesen sein, ein hochtalentierter Künstler, der verschiedene Werke mit vergleichbaren Merkmalen geschaffen hat. Denn daß es sich um ein Werk aus der Zeit um 1650, keineswegs um eine Fälschung des 19. Jahrhunderts, handelt, darüber gibt es keine Zweifel. Wie auch immer die Untersuchung ausgehen mag – das Bild käme auf keinen Fall ins Depot. Nur: In den Augen der Besucher würde es einen beträchtlichen Aura-Verlust erleiden. Allerdings dürften auch künftig superschnelle Touristen am Museumseingang noch nach dem „Mann mit Sturzhelm" oder „Mann *mit dem Stahlhelm*" fragen ...

Daß die Ergebnisse, wenn die Forscher mit ultramodernen Methoden der Kunst zu Leibe rücken, durchaus nicht immer Frustrationen erzeugen, erfuhr die Gemäldegalerie erst kürzlich, als mit Hilfe der Infrarotreflektographie nachgewiesen wurde, daß es sich beim Miraflores-Altar keineswegs um eine Arbeit nur aus der Werkstatt van der Weydens handelte, sondern um ein eigenhändiges Werk des großen Rogier. Granada und das New Yorker Metropolitan Museum hatten das Nachsehen: Die dort befindlichen und bis dahin für Originale gehaltenen Tafeln sanken in den Rang von „Wiederholungen".

Der Mann mit dem Goldhelm, der sich im Besitz des Kaiser-Friedrich-Museumsvereins befindet, war 1897 von Wilhelm von Bode für umgerechnet 22 000 Reichmark von den Londoner Kunsthändlern P. und D. Colnaghi erworben worden. Über den zuvorigen Eigentums-Verhältnissen lag, wie über dem Bilde selbst, rätselhaftes Dunkel.

Die Deutung des Gemäldes geht *davon aus, der Künstler habe den* Kriegsgott Mars „lebensnah und unverwechselbar individuell" dargestellt: „Martialisches und Unmartialisches sind in dieser Gestalt verbunden und wollen vielleicht aus der aktuellen Sicht der Zeit kurz nach dem Westfälischen Frieden von 1648 als eindringliche Mahnung verstanden sein, den Frieden zu bewahren." Insofern ist es eine besondere Pointe, daß jetzt eine in der Militärtechnik *erprobte Methode Klarheit* über die Herkunft des Goldhelmmannes bringen soll.

Die heikelste restauratorische Aufgabe absolvierte Gerhard Pieh, als er vor einigen Jahren das Dürer-„Tüchlein" mit dem Porträt der Katharina Fürlegerin instandsetzte – längere Zeit unter Beratung des Chefrestaurators am Metropolitan. Man könnte das Resultat heute gewiß, etwas überpointiert, als intensive Koproduktion der Herren Dürer und Pieh bezeichnen.

Als jetzt bekannt wurde, daß der Mann mit dem Goldhelm in die Werkstatt kommt und sich dort erheblich „verändern" könnte, gab es eine verstärkte Nachfrage von Freunden des Bildes, die es noch einmal im bisherigen Zustand erleben wollten. Ein Anrufer erbot sich sogar, für die Über*brückungszeit eine Kopie an die* Gemäldegalerie auszuleihen. Dafür bestand kein Bedarf. Vor zwei Jahren hatte das Museum sicherheitshalber ohne weitere Hinweise einen gefirnisten Reproduktionsdruck an die Stelle des Originals gehängt, als dieses eine Zeitlang gefährdet schien ...

Sleipner explodiert

Bm. – Es ist schon eine kleine Sensation, wenn jetzt aus London bekannt wird, daß nach fast zweieinhalbjährigem Tauziehen ein Erdgasliefervertrag zwischen Norwegen und Großbritannien geplatzt ist.

Die Begründung macht nicht weniger hellhörig, die jetzt ein Sprecher der britischen Gas Corporation gab: Wir haben in den letzten Jahren soviel Gas gefunden, daß sich unsere Bestände um 20 Prozent erhöhten. Wir sind deshalb nicht mehr an den Gasmengen aus dem Sleipner-Feld interessiert.

Damit ist die Katze aus dem Sack und eigentlich für jederman klar, warum sich die Gespräche zwischen London und Oslo wie Gummi hinzogen. Erst wurde der Vorvertrag, der einen Förderbeginn für 1991 vorsah, von der britischen Regierung angegriffen mit dem Hinweis, daß die paraphierten Mengen zu groß seien.

Ein neuer Vertrag mit kleineren Mengen geriet danach in den Diskussionswolf, weil die Briten die höheren Kohlenwasserstoffe (feuchte Bestandteile im Gas) über ihre Ölpipeline nach Teeside in Mittelengland bringen wollten, die Norweger aber über ihre Ölpipeline, die nach Schottland geht, den Landepunkt Flotta beliefern wollten. Jetzt ging das Hickhack also um die betriebswirtschaftlichen Vorteile bei der Auslastung vorhandener Pipe-Kapazitäten.

Und schließlich forderte London die Beteiligung britischer Firmen an norwegischen Off-Shore-Aufträgen. So platzte schließlich jetzt das Joint-Venture im Sleipner-Feld. Der tiefere Grund: Es gibt Energie in Hülle und Fülle.

Rentneranleihe

J. Sch. (Paris) – Frankreichs Wirtschafts- und Finanzminister Bérégovoy setzt seinen guten Ruf aufs Spiel, den er sich als Sozialminister bei der Sanierung der Sécurité Sociale erworben hat. Damals erhöhte er rigoros die Sozialabgaben der Arbeitnehmer und zwang vor allem die Krankenhäuser zum Sparen. Jetzt aber hat er die zur Finanzierung von Frühpensionen geschaffene „Association pour la structure financière" (ASF) ermächtigt, zum Ausgleich ihres Defizits eine Anleihe von mindestens sechs Milliarden Franc aufzulegen. Aber ist der private Kapitalmarkt dafür da, solch unproduktive Aktionen zu finanzieren? Gewiß hat auch Bérégovoys Vorgänger Delors 1982 eine Sechs-Milliarden-Franc-Anleihe zu Gunsten der Arbeitslosenversicherung genehmigt. Aber damals galt es, die Arbeitslosigkeit besser in den Griff zu bekommen. Diesmal aber geht es darum, eine im April 1983 eingeführte, aber wie sich zeigt viel zu ehrgeizige soziale Neuerung – nämlich das Recht auf Pensionierung ab sechzig – zu retten anstatt sie zu revidieren.

PAPIERINDUSTRIE / Vollbeschäftigt im Aufschwung der Mengen und der Preise

Auch im laufenden Jahr fällt noch kein Schatten auf die Prosperität

JOACHIM GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Im Sog des weltweiten Aufschwungs ihrer Branchenkonjunktur hat die deutsche Papierindustrie 1984 ihren Platz als größte in Europa gefestigt und ausgebaut. Mit Blick auf weiteres, nun aber moderates Produktionswachstum und den starken Kostenschub aus 1984 mahnt der Produzentenverband für 1985 zu „Mut und Entschlossenheit an der Preisfront".

Der Präsident des Verbandes Deutscher Papierfabriken (VDP), Carl-Ludwig Graf von Deym, räumt es freimütig ein: Niemand habe den enormen Nachfragesog 1984 vorausgesehen. Er bescherte den 212 deutschen Betrieben der Papier- und Pappeerzeugung mit ihren konstant 48 000 Beschäftigten staatliche Plusraten von zehn Prozent auf 9,1 Mill. Tonnen Produktion und von 16 Prozent auf 14 Mrd. DM Umsatz. Nach schon sechs Prozent Produktionsplus von 1983 war das erneut eine ansehnlich positive Abweichung von der langfristigen Wachstumserwartung, die diese Branche bei einem durchschnittlichen Jahresplus von zwei Prozent ansiedelt.

Der Aufschwung werde, meinen die durchweg vollbeschäftigten Produzenten, auch 1985 weitergehen, nun freilich mit moderatem Wachstumstempo. Denn die Hauptgründe für den überraschenden Nachfragesog von 1984 wirken fort: Verstärkte Werbung mit vermehrtem Anzeigenaufkommen und entsprechend größerem Umfang von Zeitungen und Zeitschriften sowie höheren Auflagen von Broschüren und Werbebeilagen, größere Nachfrage nach Büchern; im Bürobereich eine lebhafte Nachfrage nach Offset-Druckpapier, Kopierpapier, Selbstdurchschreibepapier und Formularen aller Art, die erneut (und nach Ansicht der Produzenten auch langfristig) die Vision vom papierlos automatisierten elektronischen Büro als Illusion entlarvt.

Kräftig war die Nachfragebelebung auch bei Hygiene- und Spezialpapieren. Zunächst weniger stürmisch, dann aber deutlich stieg die Nachfrage nach Papier, Karton und Wellpappe im Verpackungssektor. Beflügelnd wirkte hier auch die allgemein gute Exportsituation der deutschen Wirtschaft mit „verpackungsintensivem" Versand über lange Strecken und in andere Klimazonen.

Der Export war mit einer Mengensteigerung um 17 Prozent auf 2,8 Mill. Tonnen der stärkste Motor für das Wachstum der Papierindustrie, die nun 31 (29) Prozent ihrer Produktion im Ausland absetzte. Gleichfalls stark erhöhten sich die Importe in den deutschen Papier- und Pappemarkt um 14 Prozent auf 4,5 Mill. Tonnen und damit auf den bisher höchsten Marktanteil von 42 (40) Prozent.

Wichtiger Wachstumsmotor wird nach VDP-Ansicht auch 1985 der Export bleiben. Von Dollarkurs-Bewegungen habe man dabei im positiven wie im (vielleicht einmal) negativen Fall nicht viel zu erwarten. Schließlich gingen nur sechs Prozent des Exports in die USA.

Stärker drückt die Branche der Dollarkursanstieg beim weltweit nur in Dollar notierten Vormaterial Zellstoff. Der ist 1984 in der Summe aus zwei Produzenten-Preiserhöhungen um je zehn Prozent und Dollaranstieg um gut 30 Prozent teurer geworden. Dazu Preisschübe bei Altpapier (zum Teil Verdoppelung des zuvor niedrigen Niveaus), bis zu acht Prozent heimische Faserholzverteuerung, höhere Energiepreise und in der Summe aus allem eine 1984er Erhöhung des gesamten Kostenblocks um mehr als zehn Prozent.

Bei gleichfalls beschleunigtem Anstieg des Verkaufspreisniveaus der Branche um durchschnittlich sieben Prozent brachte somit nur die Mehrproduktion (Produktivitätseffekt) eine Besserung der 1983 noch kargen Ertragslage. Prächtig wurde sie auch im Mengenboom noch nicht. Der Brutto-Cash-flow dürfte sich nach erster VDP-Schätzung auf zehn (8,8) Prozent des Umsatzes erhöht haben; eine Durchschnittsmarge von zwölf bis 13 Prozent gilt in dieser kapitalintensiven Branche weiterhin als erstrebenswertes Ziel. Auf den Weg dahin sollen 1985 weitere Preiserhöhungen führen. Ihr Ausmaß wagt der Verband noch nicht zu beziffern, deutet aber an, daß es im Durchschnitt aller Produkte eher weniger denn mehr als die sieben Prozent aus dem letzten Jahr sein werden.

UMWELTPOLITIK

Landwirte sperren sich gegen mehr Gewässerschutz

HEINZ HECK, **Bonn**

Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) kann seinen Novellenentwurf zum Wasserhaushaltsgesetz (WHG) ins Kabinett einbringen, sobald die Bedenken von Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle (CSU) ausgeräumt sind. Die Novelle zielt auf eine Verbesserung des Gewässerschutzes, unter anderem durch Ausdehnung der Wasserschutzgebiete, sowie zusätzliche Nutzungsauflagen.

Kiechle, der mit seinem Widerstand im Kabinett allein steht, macht sich dem Vernehmen nach die Bedenken des Deutschen Bauernverbandes zu eigen. Dessen Präsident, Constantin Freiherr von Heereman, hat in einem Schreiben an Zimmermann (mit Kopie an Kiechle) „einen angemessenen Ausgleich in Geld" für alle Landwirte gefordert, zu deren Lasten Nutzungsbeschränkungen angeordnet werden.

Über die Finanzierung enthält der Brief konkrete Vorschläge: Die Kosten sollten über den Wasserpreis an die Verbraucher weitergegeben werden. Hierdurch würde sich der Preis für Trinkwasser nur geringfügig erhöhen. Erste Berechnungen im Hause Kiechle sollen ergeben haben, daß die im Schreiben als „geringfügig" bezeichneten Erhöhungen in bestimmten Fällen mehrere Mark auf den Wasserpreis je Kubikmeter ausmachen könnten.

Die Wasserwirtschaft hat im Innenministerium massiven Widerstand gegen die Forderungen des Bauernverbands geltend gemacht: „Von der Landwirtschaft kann in gleicher Weise wie von jedem Bürger unseres Staates eine Rücksichtnahme auf die Gewässer und damit ein umweltverträgliches Verhalten erwartet werden." Es sei „weder rechtlich begründbar noch politisch vertretbar", wenn den Landwirten Entschädigungsansprüche für solche Ertragseinbußen eingeräumt würden, „die sich aus ökologisch notwendigen Verringerungen der Düngung ... ergeben". Eine solche Entschädigungsregelung wäre „dem Verursacherprinzip diametral entgegengesetzt".

Heereman führt für seine Forderung ins Feld, daß von der geplanten Ausweisung von Wasserschutzgebieten besonders die Landwirtschaft erheblich betroffen würde. „Die Konsequenz", heißt es in dem Schreiben an Zimmermann, „wäre eine existentielle Gefährdung einer Vielzahl landwirtschaftlicher Betriebe."

Auch gegen die innerhalb der Bundesregierung erwogenen Abhilfemaßnahmen macht der Bauernpräsident „ernste Bedenken" geltend. Danach sollten die Landwirte mit den Wasserversorgungsunternehmen direkt einen Ausgleich in Geld vereinbaren, oder das Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" sollte entsprechend ergänzt werden.

Neues Energiekonzept

Von WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Für die österreichische Energiepolitik brachte der Dezember 1984 eine Zäsur: Durch die wochenlange Besetzung der „Stopfenreuther Au" an der Donau östlich von Wien wurde der Baubeginn eines weiteren großen Donaukraftwerkes – Hainburg – vorerst verhindert. Die Akteure: Umwelt- und Naturschutzgruppierungen, angeführt von professionellen Alternativ-Politikern, verstärkt durch Mitläufer aus den verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Lagern.

Der durch die fortschreitende Luftverschmutzung und Meldungen über Waldsterben sensibilisierten Öffentlichkeit setzte die Regierung in Wien daraufhin ein Umweltschutzkonzept vor, in dem die Energiepolitik als Teil der Umweltpolitik dargestellt wurde. Begründung: Jede Energienutzung beeinflusse die Umwelt, woraus ein untrennbarer Zusammenhang zwischen Energie- und Umweltpolitik resultiere.

Die konkret präsentierten kurzfristigen Maßnahmen hat denn der sozial-liberalen Koalitionsregierung einige Image-Pluspunkte gebracht. Mit den steuerlichen Begünstigungen von Katalysator-Autos ist Österreich in Europa vorgeprescht. Was ein Abgehen von der ursprünglichen Linie bedeutete, die da hieß: Abwarten, was die anderen machen und dann kopieren.

Schon bis Oktober dieses Jahres soll an allen Tankstellen des Landes unverbleites Benzin angeboten werden, das derzeit nur vereinzelt in der Stadt Salzburg erhältlich ist. Für Autoabgase werden generell die amerikanischen Abgasvorschriften übernommen.

Die nächste spektakuläre Maßnahme der Regierung folgte auf dem Fuße: Für das neu errichtete Kohlekraftwerk Dürnrohr wurde überraschend der Einbau eines weiteren, 800 Millionen Schilling teuren Abgasfilters vorgeschrieben, wodurch sich die schon bald fällige probeweise Inbetriebnahme um gut ein Jahr verschieben wird.

Daneben gibt es noch eine ganze Reihe von weiteren längerfristig zu treffenden Maßnahmen, die alle dazu angetan sind, die Umweltbelastung des Energieeinsatzes drastisch zu reduzieren.

Damit hat die Regierung in den letzten Wochen kurzfristig neue Prioritäten gesetzt – gegenüber jenem erst im vergangenen Herbst präsentierten Energiekonzept von Handelsminister Norbert Steger: Weitestgehende Substitution von Erdöl durch andere Energieträger – einerseits um von den Energielieferanten in der politisch labilen Nahost-Region unabhängiger zu werden, und um andererseits der längerfristig erwarteten steten und übermäßigen Verteuerung von Rohöl (auch wenn es gegenwärtig einen anderen Anschein hat) zu entkommen.

Diese Intentionen würden sich mit den Umweltschutzabsichten trefflich vereinbaren lassen, wenn die Elektrizitätswirtschaft jene in ihrem Kraftwerksausbauprogramm vorgesehenen Flußkraftwerke planmäßig und zügig errichtet.

Österreich importiert seit neuestem Energie im Wert von 55 Milliarden Schilling – größtenteils „schmutzige" Energie, die zudem fast 70 Prozent des Handelsbilanzpassivums ausmacht. Die forcierte Nutzung der „sauberen" Energiequelle Wasserkraft hieße: Verringerung von Außenhandelsdefizit, Energiekosten insgesamt und schließlich auch Umweltbelastung.

Ein logischer Weg der Energiepolitik somit. Doch genau dieser ist jetzt in Frage gestellt. Denn niemand kann heute absehen, ob nicht derartige (erfolgreiche) Verhinderungsaktionen auch bei den nächsten Projekten organisiert werden – und Erfolg haben. Unwillige Anrainer wird es in dem dicht besiedelten Österreich immer geben; und die „Naturschützer" (was immer sich dahinter auch verbirgt) haben Mobilität und publizitätswirksame Organisation nachhaltig unter Beweis gestellt.

Macht das Beispiel Hainburg also Schule, dann gerät ein wesentlicher Eckpfeiler der bisherigen österreichischen Energiepolitik ins Wanken. Dann bleibt nur mehr der forcierte Einsatz neuer Technologien zur Verwertung von Kohle auf breitester Basis. Ansonsten wird der Rückzug aus dem Öl wohl ins Stocken geraten.

Die einseitige Gasversorgung aus dem Ostblock weiter zu intensivieren, erscheint jedenfalls der Regierung kaum opportun. Und das vorerst einzige dahinalternde Kernkraftwerk Zwentendorf hat seinen Betrieb nie aufgenommen.

AUF EIN WORT

„Die Unternehmen der Bauwirtschaft dürfen nicht am Markt vorbeiproduzieren, und die Bundesregierung darf nicht am Markt vorbeifördern."

Friedrich-Adolf Jahn, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.
FOTO: BUNDESPRESSEAMT

Geldspritze der Bundesbank

dpa/VWD, **Frankfurt**

Die Deutsche Bundesbank stellt der Kreditwirtschaft erneut eine Geldspritze zur Verfügung. Wie die Bundesbank mitteilte, wird über ein neues Wertpapier-Pensionsgeschäft zu einem Zinssatz von 5,7 Prozent den Banken Zentralbankgeld im Volumen von 5,8 Mrd. DM für 32 Tage eingeräumt. Auf der Sitzung des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank am Donnerstag in Frankfurt ist nach übereinstimmender Auffassung in der Kreditwirtschaft nicht mit kreditpolitischen Beschlüssen zu rechnen, nachdem vor zwei Wochen der Lombardsatz von 5,5 auf 6,0 Prozent erhöht worden war. Im Anschluß an die Sitzung ist keine Pressekonferenz vorgesehen.

MITTELSTAND

Bonn will Unternehmen die Kapitalaufnahme erleichtern

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Bundesregierung will Wettbewerbsnachteile mittelständischer Unternehmen bei der Eigenkapitalbeschaffung abbauen und gleichzeitig die Arbeitnehmerbeteiligung am Produktivkapital der mittelständischen Wirtschaft fördern. Das Finanzministerium hat jetzt den Referentenentwurf eines Gesetzes über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften den übrigen Ressorts zugestellt.

Nicht börsennotierten mittelständischen Unternehmen soll durch Zwischenschaltung einer Unternehmensbeteiligungsgesellschaft indirekter Zugang zu den organisierten Kapitalmärkten eröffnet werden. Der Anlagenkatalog enthält neben der stillen Gesellschaft auch Beteiligungsmöglichkeiten in Form des Kommandit-, des GmbH-Anteils und des Erwerbs von nicht notierten Aktien an inländischen Unternehmen. Als Refinanzierungsinstrument ist die Aktie vorgesehen.

Initiatoren und Gründer einer solchen Gesellschaft sollen innerhalb von acht Jahren wenigstens 75 Prozent der Aktien dem Publikum öffentlich zum Kauf anbieten. Für die Anleger soll durch den Kauf dieser Aktien weder eine höhere noch eine niedrigere Steuerbelastung als bei einer unmittelbaren Beteiligung an einem nicht börsennotierten Unternehmen eintreten. Daher sieht der Entwurf die Freistellung der Unternehmensbeteiligungsgesellschaft von der Gewerbe- und Vermögensteuer vor. Die Kapitalanleger werden durch mehrere Bestimmungen geschützt (unter anderem zwei Millionen Mark Mindestkapital, Aktienverkauf erst bei einer Mindestzahl von zehn Beteiligungen).

EG-STAHLSUBVENTIONEN

Deutsche Werke ersuchen Bonn um harte Haltung

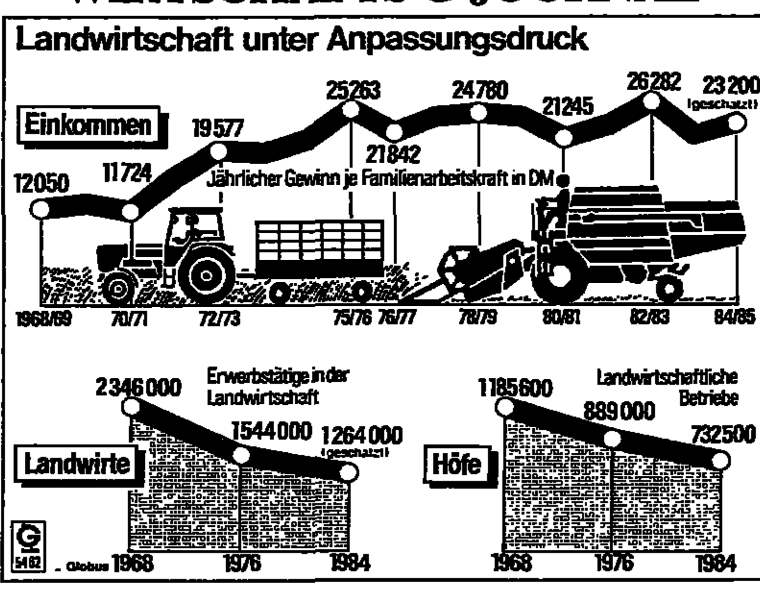
J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Der deutsche Stahlproduzentenverband, der Bonn ohnehin auf seiner Seite weiß, hat die Bundesregierung nochmals dringend ersucht, zusätzliche Subventionswünsche anderer EG-Stahlländer abzuwehren. Anlaß ist ein überraschend für diesen Freitag in Rom einberufener EG-Ministerrat, der das schon zweimal ergebnislos behandelte Problem erneut beraten soll, vorsorglich aber als „inoffizieller" Vorläufer einer weiteren, für den 5. März anberaumten Ratssitzung deklariert wird.

Beschwer der Deutschen: In diesem letzten Jahr der laut EG-Subventionskodex Ende 1985 auslaufenden Subventionen fließt in den anderen EG-Ländern bereits die Riesensumme von 22,4 Mrd. DM öffentlicher Hilfen an die Stahlwerke (bei der deutschen Stahlindustrie mit ihrem Drittel-Anteil an der EG-Produktion nur 1,1 Mrd. DM). Das wollen einige Länder (voran Frankreich und Italien) noch um 9,7 Mrd. DM aufstocken.

Das wäre eine weitere Verschärfung der Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der Deutschen. Sollten diese Zusatz-Subventionen im Einzelfall aus politisch zwingenden Gründen doch noch genehmigt werden, so lautet die deutsche Ausgleichsforderung: Entweder legt der jeweilige Subventionsempfänger für jede Milliarde Mark eine Million Jahrestonnen Warmwalzkapazität (rund 5000 Arbeitsplätze) zusätzlich still. Oder es gehen in dreijähriger Verlängerung des EG-Quotensystems 0,48 Mill. Jahrestonnen zusätzlicher Produktionsrechte an die deutschen Werke über. Klappt beides nicht, bleiben nur deutsche „Abwehrsubventionen", warnt der Verband.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL



Der durchschnittliche Gewinn je Familienarbeitskraft für das laufende Landwirtschaftsjahr 1984/85 wird auf 23 200 Mark geschätzt. Dieser liegt rund acht Prozent höher als im Jahr zuvor, aber beträchtlich unter dem Niveau vor zehn Jahren. Unter solchen Bedingungen ist es verständlich, daß die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe seit Jahren abnimmt. QUELLE: GLOBUS

Dresdner Bank erhöht Dividende und Kapital

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Dresdner Bank AG, Frankfurt, will die Dividende für das Geschäftsjahr 1984 von sechs auf 7,50 DM je nominal 50 DM erhöhen. Das hat der Vorstand gestern beschlossen. Außerdem soll das Grundkapital durch Ausnutzung des genehmigten Kapitals um 150 Mill. DM auf rund 1,138 Mrd. DM erhöht werden. Die neuen Aktien sollen den Anteilseignern zum Ausgabepreis von 155 DM je Aktie im Verhältnis sieben zu eins zum Bezug angeboten werden und für das Geschäftsjahr 1985 voll dividendenberechtigt sein. Die neuen Aktien können in der Zeit vom 8. bis 22. März 1985 erworben werden.

Nur 28 Prozent Auslastung

Bonn (dpa/VWD) – Der Auslastungsgrad der Kapazitäten im Baugewerbe ist im Januar weiter zurückgefallen: Im Hochbau von 44 auf 36 Prozent und im Tiefbau von 41 auf 28 Prozent, teilte der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes am Mittwoch in Bonn mit. Auf vielen Baustellen habe die Arbeit im Berichtsmonat lange Zeit völlig geruht, heißt es weiter. Die Nachfrage nach Bauleistungen sei anhaltend schwach. Die meisten Unternehmen hätten weitere Beschäftigte entlassen. Die Reichweiten der Aufträge lägen nach wie vor auf ihren Tiefstständen: Beim Hochbau nur noch 1,5 Monate (Dezember: 1,6 Monate), beim Tiefbau immer noch spärliche 1,3 Monate ebenso wie beim Straßenbau.

Raffinerien stillgelegt

Köln (dpa/VWD) – Die Raffineriekapazitäten in der Bundesrepublik, die von 1978 bis Ende 1984 um rund ein Drittel auf nunmehr 105,3 Mill. Tonnen abgebaut wurden, werden nach Meinung des Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln möglicherweise sogar noch weiter sinken. Die Mineralölwirtschaft habe damit „nahezu geräuschlos einen einschneidenden Strukturwandel vollzogen" und sich der abnehmenden Bedeutung des Öls für die Energieversorgung angepaßt, meinte das den Arbeitgebern nahestehende Institut in Köln. Der Anteil des Öls an der Primärenergieversorgung sei von 52,3 auf 42 Prozent gesunken. Vom Anpassungsdruck besonders betroffen war nach Angaben des IW das Land Nordrhein-Westfalen. Dort sei die Raffineriekapazität sogar halbiert worden.

Plus mit Diamanten

Antwerpen (dpa/vwd) – An der Diamantenbörse von Antwerpen wurden 1984 Edelsteine im Wert von 311,7 Mrd. belgische Franc (15,5 Mrd. DM) umgeschlagen. Das waren nach Angaben des Hohen Diamantenrates, der seinen Jahresbericht in Antwerpen vorlegte, 18,7 Prozent mehr als 1983. Das vergangene Jahr sei ein gutes, wenngleich schwieriges für die Gilde der Diamantenhändler und -schleifer gewesen, für die 30 000 Menschen arbeiteten. Der Diamantenhandel erwirtschaftete 1984 sechs Prozent der gesamten belgischen Exporte.

Höhere Großhandelspreise

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Großhandelspreise in der Bundesrepublik sind im Januar gegenüber dem Vormonat kräftig um 0,6 Prozentpunkte gestiegen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, betrug die Steigerungsrate auf Jahresbasis damit 0,9 Prozent nach plus 0,7 Prozent im Dezember und plus ein Prozent im November. Stark verteuert hat sich im Berichtsmonat vor allem eine Reihe von Lebensmitteln, darunter Frischgemüse und Kartoffeln, deren Preise auf der Großhandelsstufe um 22 beziehungsweise 13 Prozent geklettert sind.

Rumasa-Chef verliert

Madrid (rtr) – Der spanische Oberste Gerichtshof hat die Klage des früheren Chefs der Rumasa-Holding, José Maria Ruiz Mateos, gegen die Privatisierung der 18 Banken der Gruppe zurückgewiesen. Die Kreditinstitute hatten zu der im Februar 1983 in der sozialistischen Regierung nach Gesamtverlusten von 346 Millionen Pesetas enteigneten Rumasa-Gruppe gehört. Fast alle der 700 Rumasa-Firmen, darunter auch die Banken-Gruppe, wurde inzwischen privatisiert. Mit der Gerichtsentscheidung wurden letzte Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verkaufs der Rumasa-Banken beseitigt.

KONJUNKTUR

Exportaufträge bleiben auch 1985 Motor des Wachstums

PETER WEERTZ, **Berlin**

Mit einer geringen wirtschaftlichen Abschwächung rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im ersten Quartal dieses Jahres. Es sei mit einem Rückgang des realen Bruttosozialprodukts um 0,5 Prozent zu rechnen, prognostizieren die Berliner Konjunkturforscher für das erste Vierteljahr. Allerdings würde damit die reale Entwicklung des Bruttosozialprodukts das Vorjahresniveau noch um zwei Prozent überschreiten.

Für die Abschwächung sind nach Ansicht des Berliner Instituts eher andere als konjunkturelle Gründe ausschlaggebend. Genannt werden vor allem die ungünstige Witterung, die besonders das Baugewerbe negativ beeinflußt. Hinzu kommen darüber hinaus der Fristablauf für die Investitionszulagen zum Jahresende und im Automobilbau die Diskussion um die Einführung der Katalysatoren.

Als nach wie vor schwach beurteilt das Berliner Institut den Auftragseingang aus dem Inland. Hierunter leidet das Baugewerbe ebenso wie der Straßen- und Maschinenbau. Motor der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung bleiben hingegen – wie im Vorjahr – die Exportaufträge.

Im ersten Quartal rechnet das Konjunkturforschungsinstitut damit, daß der private Verbrauch weiter stagniert und bei den gewerblichen Investitionen „empfindliche Einbußen" zu verzeichnen sind. „Die rückläufige Nachfrage nach Autos wird kaum durch die Mehrnachfrage nach Heizöl und Winterbekleidung zu Jahresbeginn ausgeglichen", befürchten die Konjunkturforscher.

USA / Amerikanisch-sowjetische Wirtschaftskommission besteht seit über zehn Jahren

Handel soll nicht ausgeweitet werden

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Der Chef der internationalen Abteilung im US-Handelsministerium, Staatssekretär Lionel Olmer, reagierte zornig auf Berichte deutscher Zeitungen, wonach die Vereinigten Staaten von ihren europäischen Bündnispartnern Zurückhaltung beim Export in die Sowjetunion verlangten, hinter ihrem Rücken aber eine Ausweitung des eigenen Warenaustausches anstrebten. Verdächtig wäre den Europäern vermutlich sein Trip nach Moskau im Januar als Leiter einer Handelsdelegation vorgekommen, erklärte Olmer gegenüber deutschen Journalisten.

Völlig zu Unrecht: Denn einmal existiert seit 1972 eine gemeinsame amerikanisch-sowjetische Wirtschaftskommision, die früher regelmäßig, aber seit sechs Jahren auf dieser Ebene nicht mehr zusammengetreten ist. Zum anderen war es der Wunsch Präsident Reagans, „ein Zeichen konstruktiver Zusammenarbeit zu setzen". Außerdem ist der Handel zwischen den USA und der UdSSR noch nicht ganz eingeschlafen: 1984 erreichten die amerikanischen Exporte etwa 2,5 Mrd. Dollar, wovon rund 1,8 Mrd. Dollar auf Getreidelieferungen entfielen. Die Russen verkauften Waren für 350 bis 400 Mill. Dollar in die USA.

Folgt man Olmer, dann ist dies an der Moskwa geschehen: Die zweieinhalbtägigen Verhandlungen, die mehr einer Tour d'horizon gleichkamen, ergaben genügend „Substanz", die ein Treffen der Minister rechtfertigt. Ob und wann es stattfindet, muß das Weiße Haus noch entscheiden. Wahrscheinlich geht es bis zum 1. Juni über die Bühne. Völlig ausgeklammert worden ist der Handel mit Spitzentechnologien, da sich hier, so Olmer, „nichts bewegt".

Dagegen könnte laut Olmer Moskau in den Genuß der Meistbegünstigungsklausel kommen, wenn es den Jackson-Vanik-Zusatz im US-Handelsgesetz von 1974 akzeptiert und jüdischen Bürgern die Auswanderung erlaubt. Überdies liegt es am Kreml, sowjetische Exportrestriktionen, zum Beispiel für Pelze, aufzuheben. Flexibel sind die USA in Steuerfragen, verlangen aber eine größere Bewegungsfreiheit in Moskau, wo Büros nicht für Seminare und Konferenzen verwendet werden dürfen.

Für Olmer bestehen Möglichkeiten für einen größeren gegenseitigen Warenverkehr; das Handelsvolumen erreichte 1979 mit nahezu 4,5 Mrd. Dollar den bisherigen Höchststand. Wenn die USA auch niemals strategisch wichtige Geräte und Anlagen in die UdSSR liefern würden, könnte die Sowjetunion jedoch „ein gewaltiges Sortiment nicht beschränkter High-Tech-Erzeugnisse importieren". Die Warenliste, die keine Exportlizenzen erfordere, sei lang.

USA

Hunt muß Steuern nachzahlen

dpa/VWD, New York

Das US-Finanzamt will bei dem aus Dallas, Texas, stammenden Multimillionär Nelson Bunker Hunt, seiner Frau und drei Kindern im Zusammenhang mit dem Silberkrach von 1980 Steuernachzahlungen und Zinsen von insgesamt 238 Millionen Dollar eintreiben.

Der Zusammenbruch des Silbermarktes vor fünf Jahren war durch die größte Spekulation ausgelöst worden, die je eine Gruppe von Privatleuten unternommen hatte. Die Forderung des Finanzamtes ist auch die größte, die jemals gegen eine Familie erhoben wurde. Die Behörde argumentiert, Hunt und seine Familie hätten 1980 in ihrer Steuererklärung bedeutende Barbeträge als Kredite an ihre Kinder ausgewiesen, obwohl es sich in Wirklichkeit um Schenkungen handelte.

Hunt hat gegen die Maßnahme beim obersten Steuergerichtshof Berufung eingelegt. Die Gebrüder Lamar, Herbert und Nelson Bunker Hunt hatten 1979 massiv mit dem Aufkauf von Silber begonnen. Zu der Zeit lag der Silberpreis unter zehn Dollar je Unze. Bis Januar 1980 hatten die Hunts insgesamt 195 Mill. Unzen *zusammengekauft, fast zwei Drittel* aller US-Silbervorräte. Der Preis war inzwischen auf mehr als 50 Dollar je Unze gestiegen. Am 27. März 1980 brach der Markt zusammen, der Preis fiel auf zehn Dollar. Der Krach kostete die Hunts eine halbe Milliarde.

Weitere Berichte Seite 17

GROSSBRITANNIEN / Technologie-Park Cambridge: Verbindung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft hat sich bewährt

Junge Firmen haben schon Milliardenumsätze

WILHELM FURLER, London

Cambridge hat sich zu der „boom town" Großbritanniens gemausert, obwohl es kaum Industrieansiedlungen zu bieten hat. Allein in den letzten fünf Jahren sind in und um Cambridge mehr als 4000 neue Arbeitsplätze in fast durchweg kleinen und auf wissenschaftlicher, hochtechnologischer Basis arbeitenden Firmen geschaffen worden. Von diesen neuen Arbeitsplätzen, so heißt es in einem Untersuchungsbericht, wurden 90 Prozent in Firmen geschaffen, die vor weniger als zehn Jahren gegründet worden sind.

Im Schnitt der letzten zehn Jahre wurden im Raum Cambridge alle zwei Monate drei neue Firmen gegründet, die sich mit Computern und Computer-Zubehör, Elektronik, wissenschaftlichen Instrumenten oder Biotechnologie befassen. In den letzten Jahren hat sich diese Tendenz sogar beschleunigt: 1983 wurden 32 neue Unternehmen zur Herstellung hochtechnologischer Produkte und Programme geschaffen, im vergangenen Jahr waren es kaum weniger.

261 im Technologie-Bereich arbeitende Unternehmen im Raum Cambridge, mit denen sich die Studie befaßt, beschäftigen zusammen 13 700 Mitarbeiter; insgesamt sind im Raum Cambridge rund 100 000 Menschen beschäftigt. 60 Prozent dieser 261 Unternehmen, die es im vergangenen Jahr auf einem Umsatz in Höhe von insgesamt 890 Mill. Pfund (3,2 Mrd. DM) brachten, wurden während der letzten sechs Jahre gegründet. Rund ein Drittel der untersuchten Firmen *hat weniger als sechs Mitarbeiter*, 75 Prozent weniger als 30.

Diese Ergebnisse lassen darauf schließen, was sich hier ereignet hat: eine fruchtbare Verbindung aus wissenschaftlich-technologischer Fach-Kenntnis und unternehmerischem Schwung. Vor rund zwei Jahrzehnten hatte sich die Universität entschlossen, direkte Beziehungen zur Industrie herzustellen, die Kombination von Wissenschaft und industrieller Praxis durch Technologie-Parks zu verbessern.

Herausgekommen ist ein Phänomen: In Cambridge ist die überwiegende Zahl der Technologie-Unternehmen zwar klein, aber unabhängig, und deckt zudem einen großen Interessen-Bereich mit dem Schwerpunkt Forschung und Entwicklung ab. In den beiden anderen Hochtechnologie-Gebieten – der Verbindung zwischen London und Bristol auf der einen und dem zwischen Glasgow und Edinburgh auf der anderen Seite – liegen die Schwerpunkte beispielsweise auf der Herstellung hochtechnologischer Erzeugnisse für die Anwendungsbereiche Marketing, Vertrieb und Produktion.

Die Spezialisierung der meisten neuen Unternehmen in Cambridge auf Bereiche, die zum einen fast ausschließlich Eingeweihten vertraut sind und die zum anderen sehr begrenzte Märkte haben (etwa hochtechnologische Instrumente, Biowissenschaften), gibt ihnen der Studie zufolge eine überdurchschnittliche Überlebenschance. Nur wenige Unternehmen wären in der Lage, dieses Spezial-Know-how etwa in Lizenz zu vermarkten. Entsprechend hohe Gewinnmargen können sich für die kleinen Firmen ergeben.

STIEBEL ELTRON / Berliner Werk wird ausgebaut

Das Sortiment wird gestrafft

ot. Berlin

Durch Sortimentsstraffung, noch energiesparendere Geräte und mehr Exporte soll die Stiebel Eltron GmbH u. Co. KG, Holzminden, die Zukunft sichern. Das sagte gestern der Sprecher des Familienunternehmens, das heute zwei Söhnen des Firmengründers gehört, Kurt Salleck, vor Journalisten in Berlin. Diese Zukunftssicherung sei die Hauptaufgabe des im Jahre 1984 völlig ausgewechselten Managements.

Das Werk Berlin spielt in dem Zukunftskonzept von Stiebel Eltron eine wesentliche Rolle. Hier soll ein beachtlicher Teil der für 1985 geplanten Investitionen von 25 (12) Mill. getätigt werden. In Berlin soll die Fertigung und Entwicklung von Komponenten, Reglern und elektronischen Bauteilen konzentriert werden. Nach Aussagen von Salleck soll die Produktion im Beliner Werk innerhalb von vier Jahren verdreifacht werden, die Beschäftigtenzahl von jetzt 100 um etwa 50 steigen.

Die Anstrengungen zur Zukunftssicherung begründet Salleck auch mit dem Hinweis, daß in den Werken Holzminden (1700 Mitarbeiter) und Eschwege (200) wegen der hohen Arbeitslosigkeit keine anderen Beschäftigungsmöglichkeiten bestünden. Stiebel Eltron hat darüber hinaus noch ein Werk in Thessaloniki/Griechenland (100 Beschäftigte). Insgesamt ist die Beschäftigtenzahl 1984 *von 2300 auf 2130 zurückgegangen.*

Mit dem Ergebnis 1984 ist Salleck angesichts des Konsolidierungszwanges bei Stiebel Eltron zufrieden, absolute Zahlen nennt er nicht. Doch legt er Wert auf die Feststellung, daß Stiebel Eltron *immer* Gewinn gemacht habe, der in dem Unternehmen geblieben sei. Der Umsatz ist leicht auf 365 (359) Mill. DM gestiegen. Für dieses Jahr hat sich Salleck mindestens einen Zuwachs von drei Prozent vorgenommen. Der Export soll in drei bis vier Jahren auf einen Anteil von 20 bis 25 Prozent am Umsatz steigen. Bisher hat er noch keine Bedeutung.

TEXTILEINZELHANDEL / Ausgaben für Kinder steigen

Preiserhöhungen nur gering

SABINE SCHUCHART, Köln

Die Ausgaben für Babys und Kinder steigen. Allein für Bekleidung wurden in der Bundesrepublik im letzten Jahr pro Kind etwa 420 DM aufgewandt. Der Textileinzelhandel erklärte im Vorfeld der „Internationalen Messe Kind und Jugend" (22.-24.2. in Köln), daß das Jahr 1984 für den Handel mit textiler Kinder- und Babyausstattung ein zufriedenstellendes Ergebnis gebracht habe. So wurde 1984 mit einer Umsatzsteigerung um drei Prozent auf 4,65 Milliar*den DM in diesem Bereich eine deut*lich bessere Entwicklung als im gesamten Textileinzelhandel erzielt.

Eine besondere Rolle *spielt beim* Kauf von Kinderbekleidung die Preiskompenente, da die Kleinen schnell aus ihren Sachen herauswachsen und die jungen Eltern in der Regel nur über einen begrenzten Etat verfügen. Nach Angaben von August Möller vom Bundesverband des Textileinzelhandels, konnten angesichts des harten Wettbewerbs im Handel 1984 nur sehr geringe Preissteigerungen *durchgesetzt werden, die deut*lich unter der allgemeinen Preissteigerungsrate lagen.

*Nicht zufrieden mit den Produk*tionszahlen im letzten Jahr sind die deutschen Hersteller von Kinderoberbekleidung, da die Produktionsverlagerung ins kostengünstigere Ausland weiter anhält. Wie Hildegard Panck vom Verband der Damenoberbekleidungsindustrie ausführte, sei die Industrie jetzt dringend auf Anschlußaufträge angewiesen, da die *Kapazitäten trotz eines zu Jahresbe*ginn leicht verbesserten Auftragsstandes teilweise nur bis März ausgelastet seien. Insbesondere vom Nachorder- und Exportgeschäft auf der bevorstehenden Messe verspricht sich die Branche belebende Impulse.

Erfolgreich werden in Zukunft, darin zeigten Industrie und Handel einhellige Übereinstimmung, nur noch Hersteller von hochmodischer Kinderoberbekleidung sein, die aktuelle Akzente berücksichtigt.

BOLIVIEN / Schuldendienst seit Monaten eingestellt – Arbeitskämpfe verhindern eine vernünftige Lohnpolitik

Nur die Regierung lehnt ein Abkommen mit dem IWF ab

WERNER THOMAS, La Paz

In keiner anderen Nation Lateinamerikas entfalten die Gewerkschaf*ten eine so große Macht wie in Boli*vien. Die Dachorganisation „Central Obrero Boliviano" (COB) unter dem Kommando des früheren Vizepräsidenten Juan Lechin (71) setzt Staatspräsident Siles Zuazo unter permanenten Streik-Druck. Sie hat die Mitbestimmung in staatlichen Firmen und die Errichtung von Lebensmittelläden (Pulperias) in allen Betrie*ben mit mehr als 50 Mitarbeitern* durchgesetzt. Die Regierung kontrolliert die Einfuhr und den Vertrieb von Medikamenten. Sie schuf Nachbarschaftsorganisationen, die es sonst nur noch in Kuba und Nicaragua gibt.

Ironischerweise geht es den Arbeitern heute jedoch schlechter als im Oktober 1982, als Siles zum zweiten *Mal das Präsidentenamt übernahm.* Trotz regelmäßiger Lohnerhöhungen, fast immer durch Streiks erzwungen (im letzten Jahr wurden 540 Arbeitskämpfe registriert), sank das Realeinkommen auf umgerechnet 20 Dollar im Monat. Die Preise galoppierten immer schneller als die Löhne, trotz der Kontrollmaßnahmen. Viele glauben, daß die Inflationsrate *1984 höher lag als 2177 Prozent* – die von der Regierung genannte Zahl.

Kein anderes Land dieses Subkontinents wirtschaftet mit einem ähnlichen Haushaltsdefizit. Es beträgt 36 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Die Löcher werden mit neuen Noten gestopft. Seit einigen Monaten läßt die Zentralbank auch zeitlich begrenzte Schecks als Notgeld zirkulieren. Der Schwarzmarktkurs des Dollar erreichte bereits 120 000 Pesos. *Der offizielle Wert: 50 000 Pesos nach* einer kräftigen Abwertung.

Die Opposition unterstellt dem *Präsidenten eine totale Konzeptions*losigkeit. Nie hat er versucht, mit dem internationalen Währungsfonds ernsthafte Verhandlungen über ein Stabilisierungsprogramm zu führen. Sie scheute Austeritäts-Schritte. Seit Mai leistet Bolivien keine Schuldendienste mehr auf die 2,76 Milliarden Dollar Auslandsverbindlichkeiten.

Regierungsmitglieder, die den Währungsfonds zu Hilfe rufen wollten, mußten gehen. So verlor Siles zwei seiner besten Finanzminister, Oscar *Bonifaz und Flavio Machiaca*do. Selbst die beiden kommunistischen Ressortchefs, die im Dezember zurückgetreten sind, hielten ein IWF-Abkommen für notwendig.

Der Privatsektor äußert Existenz*sorgen. Hunderte Firmen mußten in* den letzten zweieinhalb Jahren schließen. Im Sommer letzten Jahres verließ auch der Böhringer-Konzern Bolivien. Fast alle deutschen Niederlassungen – die Gesamtinvestitionen betragen zehn Millionen Mark – klagen über Devisen-Schwierigkeiten. Seit Ende Januar sind alle Fabriken und Banken geschlossen. Der Privatsektor will vom Obersten Gerichtshof die Rechtmäßigkeit einer dekretierten Lohnerhöhung – es geht um 200 Prozent – prüfen lassen.

Der Staat kontrolliert bereits 70 *Prozent der Wirtschaft, obgleich er* die Banken und den Außenhandel bisher nicht antastete. Viele Unternehmer halten nur durch, weil ein Ende der Siles-Ära abzusehen ist: Mitte Juli wird gewählt. (SAD)

FRANKREICH / Bei Lockerung der Devisenkontrollen

Kapitalflucht wahrscheinlich

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Etwas irritiert zeigt man sich in Paris über das „Ja, aber" von Bundesfinanzminister Stoltenberg zur verstärkten privaten Nutzung des Ecu. Durchweg wird hier die Auffassung vertreten, daß Frankreich der von Bonn erhobenen Forderung nach Liberalisierung des Kapitalverkehrs bereits weitgehend nachgekommen sei. Offensichtlich haben die von Finanzminister Beregovoy in den letzten Monaten mit großem Publizitätsaufwand verkündeten Liberalisierungsmaßnahmen aber vergessen lassen, daß die bestehengebliebenen Kontrollen noch sehr bedeutend sind.

Im Reiseverkehr bestehen zwar praktisch keine Beschränkungen mehr, da außer den Barkontingenten, Kreditkarten frei verwendet werden dürfen. Das schließt allerdings eine nachträgliche Strafverfolgung wegen illegaler Kapitalflucht aufgrund der den Behörden jederzeit zugänglichen Bankauszüge nicht aus.

Nach wie vor verboten bleibt den Franzosen, insbesondere *ohne* behördliche Genehmigung im Ausland Guthaben zu unterhalten oder dorthin mit der Post Geldscheine, Schecks oder französische wie ausländische Wertpapiere zu verschikken. Auch wurden bisher entgegen den Versprechungen Beregovoys die Wertpapierdevisen, die in Paris gegen Aufpreis für den Erwerb ausländi*scher Titel erforderlich sind, nicht* beseitigt. Generell untersagt ist der Import wie Export von Gold.

Auch halten sich die von Beregovoy verfügten Erleichterungen zugunsten der Unternehmen *in noch* sehr engen Grenzen. Alle Importeure wie Exporteure müssen jede Transaktion von mehr als 250 000 Franc bei einer französischen Staatsbank abwickeln. Dabei sind sämtliche Devisenerlöse aus Exporten innerhalb eines Monats zu repatriieren und von der Bank innerhalb einer Woche in Franc umzutauschen. Grundsätzlich verboten sind schließlich Devisentermingeschäfte.

Nun hat zwar Beregovoy mehrfach erklärt, daß er in der Liberalisierung des Kapitalverkehrs fortschreiten werde, „soweit es die Umstände erlauben". Aber diese Umstände sind nicht sehr günstig. Eine Aufhebung der Devisenkontrollen würde wohl viele Franzosen in der Erwartung, daß die Grenzen bald wieder geschlossen werden, zu einer massiven Kapitalflucht, vor allem in die Schweiz veranlassen. Ein einziges Mal seit dem Kriege hatte eine (bürgerliche) Regierung mit diesem Ergebnis ein derart weitgehendes Liberalisierungsexperiment wenige Monate lang durchgeführt.

Im übrigen besteht in Frankreich nach wie vor eine generelle gesetzliche Ermächtigung, die der Regierung erlaubt, jederzeit jede Art von Devisenkontrollen wieder einzuführen. So gesehen ist das Mißtrauen Stoltenbergs *gegenüber den französischen* Liberalisierungsbekundungen durchaus verständlich.

SUDAN / Das Pfund wurde um 19 Prozent abgewertet

Währungsfonds zahlt nicht

dpa/UPI, Khartum

Der Sudan hat seine Währung um 19 Prozent abgewertet und einen *zweiten*, begrenzt freigegebenen Kurs eingeführt. Der Wert des sudanesischen Pfundes wurde nach Angaben der sudanesischen Nachrichtenagentur jetzt auf 2,50 (vorher 2,10) Pfund je Dollar festgesetzt. Der neue gleitende Kurs beginnt bei drei Pfund je Dollar. *Die Abwertung ist* die zweite seit Dezember 1984, als das Pfund von 1,30 auf 2,10 Pfund je Dollar abgewertet worden war. Sie ist ein neuerlicher Versuch, den Devisenschwarzmarkt zu bekämpfen, auf dem derzeit rund fünf Pfund für den Dollar gezahlt werden. Der gespaltene Pfundkurs geht auf eine Empfehlung des Internationalen Währungsfonds zurück.

Im Sudan wächst nach einer Sitzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington die Be*fürchtung, das Land könnte aufgrund* seiner hohen Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF in die Liste der Länder aufgenommen werden, die nicht mehr für IWF-Kredite in Frage kommen. Die Washingtoner Sitzung am letzten Freitag war einberufen worden, nachdem Gespräche mit der Regierung von Präsident Jaafar Numeiri über die sudanesischen Schulden beim IWF Ende Januar ergebnislos geblieben waren.

Ein vom IWF empfohlenes Erho*lungsprogramm war zwar in Gang* gesetzt worden, wurde aber durch die Islamisierungsmaßnahmen des Präsidenten vom September 1983 abrupt gestoppt. Einem Alkoholverbot folgten im März 1984 drastische Steuermaßnahmen. Sudanesische und ausländische Experten sehen hierin den Grund dafür, daß die Staatseinnahmen fast zum Stillstand kamen. Eines der Resultate davon waren die hohen Zahlungsrückstände gegenüber dem IWF, die sich auf über 110 Mill. Dollar (357 Mill. DM) belaufen. Seit dem Sommer 1984 zahlte der Fonds daher keine weiteren Gelder mehr aus.

Für den Mann auf der Straße bedeutete die Krise fünfstündiges Anstehen nach Brot und auch Benzin, das ohnehin seit dem 1. Februar auf neun Liter die Woche rationiert ist. Öffentliche Transportmittel sind von den Straßen der Hauptstadt praktisch verschwunden und die Schulen wurden nach sporadischen Demonstrationen geschlossen.

Der Hauptverbündete Numeiris, die USA, haben bisher die *Politik* verfolgt, einerseits den Präsidenten Numeiri zu unterstützen und andererseits einen „mildernden Einfluß" auf seine harte Politik gegenüber der Opposition auszuüben. Die USA gaben Warenhilfe, organisierten Luftbrücken für Flüchtlinge aus Äthiopien und Nahrungsmittelhilfe für die Millionen unter der Trockenheit leidenden Sudanesen. *Die* lebensnotwendigen Barmittel aber blieben in den vergangenen Monaten aus.

Renten etwas entlastet

Zwar immer beunruhigt durch den stark schwankenden Dollar, meldeten sich bei den öffentlichen Anleihen auf der am Vortag stark ermäßigten Renditebasis einige Käufer. Die Kurse konnten sich dort, wo Material gesucht wurde, bis zu 0,30 Prozentpunkte erholen, es gab aber noch Kursangleichungen an das gesunkene Niveau. Sie lösten Abschläge bis zu 0,70 Prozentpunkte aus. Die 8¼prozentige südafrikanische Escom-Anleihe (Laufzeit bis 1992) wurde zu 99,50 Prozent in den amtlichen Handel eingeführt. Sie macht deutlich, welche Renditen zur Zeit erzielbar sind.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

		12. 2.	11. 2.
7 dgl. 77	2/87	99,95	99,95
6 dgl. 77	9/87	97,45	97,75
6 dgl. 78 II	7/88	96,45	96,7
6½ dgl. 77	5/89	97,5	97,8

Industrieanleihen

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Gut behaupten konnte sich Kupfer. Schwächer notierte Kaffee. Etwas schwächer in den vorderen und leicht befestigt in den entfernteren Kontrakten ging Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

	12. 2.	11. 2.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	358,00	359,25
Mai	347,75	349,25
Juli	339,00	340,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)	12. 2.	11. 2.
Wheat Board cif. St. Lawrence 1 CW	252,79	252,49
Amber Durum	241,69	241,69
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	128,70	128,70
Mai	132,80	132,90
Juli	136,90	136,90
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	135,80	135,50
Mai	133,90	133,60
Juli	132,00	132,00
Hafer Chicago (c/bush)	12. 2.	11. 2.
März	176,50	176,00
Mai	172,50	172,25
Juli	167,75	167,50
Mais Chicago (c/bush)		
März	269,50	270,25
Mai	277,50	278,00
Juli	281,00	281,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	12. 2.	11. 2.
März	137,30	137,20
Mai	137,80	137,00
Juli	135,50	135,40

Genußmittel

	12. 2.	11. 2.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. März	144,80	145,55
Mai	143,75	144,50
Juli	142,30	142,90
Kakao New York ($/t)	12. 2.	11. 2.
Terminkontr. März	2147	2151
Mai	2195	2222
Juli	2190	2217
Umsatz	7473	–
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	3,84	3,92
Mai	4,17	4,28
Juli	4,51	4,63
Sept.	4,82	4,93
Okt.	4,99	5,09
Umsatz	12 353	10 435
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	12. 2. 3,61	11. 2. 3,61
Kaffee London (£/t) Robusta-	12. 2.	11. 2.
Kontrakt März	2387–2390	2386–2389
Mai	2402–2403	2395–2397
Juli	2426–2428	2421–2423
Umsatz	2358	1979
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	2165–2166	2161–2165
Mai	2185	2172–2174
Juli	2173–2174	2145–2150
Umsatz	6098	3596
Zucker London ($/t), Nr. 6		
März	110,60–111,00	112,80–121,00
Mai	118,60–118,80	120,60–120,80
Aug.	127,00–127,20	129,80–129,80
Umsatz	3182	–
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	12. 2.	11. 2.
schw. Sarawak spez.	480,00	480,00
weißer Sarawak	700,00	700,00
weißer Muntok	710,00	710,00

	12. 2.	11. 2.
Baumwollsaat New York (c/lb)		
März	169,60	171,70
Mai	172,20	173,95
Juli	173,60	175,30
Sept.	172,20	175,50
Nov.	171,00	172,60
Umsatz	1300	–

Öle, Fette, Tierprodukte

	12. 2.	11. 2.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	40,00	40,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	30,25	30,25
Sojaöl Chicago (c/lb) März	27,02	27,70
Mai	26,35	26,92
Juli	25,80	26,30
Aug.	25,35	25,70
Sept.	24,90	25,25
Okt.	24,50	24,35
Dez.	23,85	23,90
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	29,50	29,50
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	24,00	24,00
Choice white hog 4% fr. F.	19,75	19,75
Talg New York (c/lb)		
top white	20,25	20,25
fancy	20,00	20,00
bleichfähig	18,50	18,50
yellow max. 10% fr. F.	17,50	17,50
Schweine Chicago (c/lb)		
Febr.	51,00	51,10
April	47,95	47,30
Juni	53,45	52,80
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	70,65	68,70
März	69,62	68,10
Mai	70,60	69,00

	12. 2.	11. 2.
Häute Chicago (c/lb)		
Ochsen einh. schwere River Northern	43,00	42,00
Kühe einh. schwere River Northern	36,00	36,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
März	576,75	589,00
Mai	589,50	602,00
Juli	601,00	612,25
Aug.	603,00	614,00
Sept.	598,00	607,50
Nov.	602,50	609,50
Jan.	616,00	622,50
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
März	133,40	135,70
Mai	139,50	141,90
Juli	145,10	147,70
Aug.	147,70	150,00
Sept.	150,50	152,50
Okt.	153,30	154,50
Dez.	158,30	160,00
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	12. 2.	11. 2.
März	354,80	355,90
Mai	362,30	363,50
Juli	367,30	368,20
Kokosöl New York (c/lb) Westküste fob Werk	12. 2. 30,25	11. 2. 37,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	13. 2. 885,00	12. 2. 885,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	590,00	590,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	590,00	600,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	240,00	242,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	810,00	810,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	297,00	297,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	12. 2.	11. 2.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
März	65,10	65,31
Mai	66,25	66,41
Juli	67,10	67,28
Okt.	67,25	67,36
Dez.	67,30	67,35
März	68,25	68,45
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS –1:	42,00	42,25
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	12. 2.	11. 2.
März	514–515	511–514
Mai	525–526	523–524
Aug.	545–547	543–544
Umsatz	106	9
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	12. 2.	11. 2.
März	53,60	unerh.
Mai	53,60	unerh.
Juli	53,50	unerh.
Aug.	53,70	unerh.
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	12. 2.	11. 2.
März	582,00–585,50	584,00–585,50
Mai	595,00–596,00	–
Juli	598,00–601,00	–
Umsatz	23	5
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	12. 2.	11. 2.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	12. 2.	11. 2.
Febr.	12 119	geschl.
März	12 200	geschl.
Kautschuk London (p/kg)	12. 2.	11. 2.
Nr. 1 RSS loco	65,00–70,50	65,00–70,50
März	62,00–67,00	62,50–67,50
Apr.	63,00–68,00	63,50–68,50
Mai	64,00–69,00	64,50–69,50
Tendenz: unsicher		

	12. 2.	11. 2.
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)		
März	193,25–193,75	195,75–196,25
April	200,50–201,50	202,00–202,50
Nr. 2 RSS März	185,50–186,50	186,50–187,50
Nr. 3 RSS März	182,00–183,00	183,00–184,00
Nr. 4 RSS Febr.	175,00–176,00	176,00–177,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	8. 2.	7. 2.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	13. 2.	12. 2.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	365,56–365,92	369,57–369,93
drittfolg. Monat	379,57–379,75	382,33–382,69
Blei: Basis London		
laufend. Monat	121,56–121,74	122,41–122,59
drittfolg. Monat	125,15–125,33	125,11–125,29
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1673,41–1677,00	1642,92–1644,71
drittfolg. Monat	1673,41–1675,20	1662,89–1664,49
Zink: Basis London		
laufend. Monat	277,23–277,58	278,61–278,97
drittfolg. Monat	278,30–278,48	279,33–279,69
Produz.-Preis	296,41	295,40
Reinzinn 99,9%	4138–4179	4109–4150

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	13. 2.	12. 2.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	473,29–476,34	470,41–473,47
Blei in Kabeln	129,25–130,25	130,00–131,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	13. 2.	12. 2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	435–442	433–440
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	472	470–472
MS 63	475–480	473–478

Zinn-Preis Penang

	12. 2.	11. 2.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring.Ag)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	13. 2.	12. 2.
Leg. 225	405–410	405–410
Leg. 226	407–412	407–412
Leg. 231	440–442	440–442
Leg. 233	450–452	450–452

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	13. 2.	12. 2.
Platin (DM je g)	31,45	31,65
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	32 470	32 470
Rücknahmepr.	31 720	31 720
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 650	32 630
Rücknahmepr.	31 840	31 820
verarbeitet	34 250	34 230
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 990	31 960
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	673,60	672,50
Rücknahmepr.	653,90	652,80
verarbeitet	703,10	702,00

Internationale Edelmetalle

	13. 2.	12. 2.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	302,80	303,45
15.00	303,20	302,50
Zürich mittags	301,50–302,00	302,40–302,90
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	97 050	97 000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	570,40	567,75
3 Monate	589,00	586,50
6 Monate	607,00	604,00
12 Monate	640,05	635,75
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	12. 2. 251,75	11. 2. 247,25
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	118,40	115,45

	12. 2.	11. 2.
New Yorker Preise		
Gold H & H Ankauf	302,50	300,15
Silber H & H Ankauf	622,00	609,00
Platin fr. Händlerpr.	275,00–284,00	275,00–284,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	128,00–129,00	126,00–127,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Febr.	620,70	628,50
März	622,00	630,00
Mai	627,40	635,40
Juli	630,00	639,00
Sept.	643,00	648,50
Dez.	652,00	661,00
Jan.	669,10	676,20
Umsatz	24 000	21 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	12. 2.	11. 2.
Febr.	61,80	61,75
März	61,90	62,05
April	62,50	62,45
Mai	62,85	62,90
Juli	63,60	63,55
Sept.	64,35	64,20
Dez	65,25	65,15
Umsatz	10 000	9 500

Londoner Metallbörse

	13. 2.	12. 2.
Aluminium (£/t) Kasse	1018,0–1019,0	1022,0–1023,0
3 Monate	1057,0–1057,5	1058,5–1058,5
Blei (£/t) Kasse	338,50–339,00	340,50–341,00
3 Monate	348,50–349,00	349,00–350,50
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1297,5–1298,0	1288,0–1288,5
3 Monate	1325,5–1326,0	1313,0–1313,5
abends Kasse	–	1286,0–1288,0
3 Monate	–	1316,5–1317,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1293,0–1296,0	1285,0–1287,0
3 Monate	1320,0–1323,0	1310,0–1312,0
Zink (£/t) Kasse	772,00–773,00	773,50–774,50
3 Monate	775,00–775,50	773,50–774,50
Zinn (£/t) Kasse	9990–10000	10010–10015
3 Monate	10010–10015	10000–1005
Quecksilber $/Fl.)	–	295–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	70–75



Aktien auf breiter Front erholt

Wieder Auslandskäufe – Porsche zieht davon

DW. – Der Börsenbeginn stand zunächst im Zeichen einiger Anlagekäufe institutioneller Investoren, die zusammen mit Deckungskäufen der Börsenkulisse für eine freundlichere Tendenz sorgten. Zu deutlichen Kurserholungen kam es, als verstärkt Kaufaufträge aus dem Ausland kamen. Sie betrafen zwar nur wenige Papiere, führten aber teilweise zu sprunghaften Kurssteigerungen. Ein Beispiel dafür ist die Porsche-Aktie, die um rund 45 DM zulegte, eine Reaktion auf die ausgezeichnete Geschäftslage des Unternehmens.

Gezielte Auslandskäuf waren auch bei Linde zu beobachten, wie überhaupt der deutsche Maschinenbau an der Börse nun endlich an Boden zu gewinnen scheint. So nahmen auch KHD und IWKA an der freundlicheren Tendenz Anteil. Der Markt für Bankaktien wurde durch die Dividenden- und Kapitalerhöhung der Dresdner Bank angeregt. Ihr Aktienkurs zog um rund fünf DM an. Um fast acht DM wurden die am Vortag stark gedrückten Siemens-Aktien besser bewertet. Bei Nixdorf sorgten Auslandskäufe für einen Kursanstieg um rund sechs DM. Sieht man vom Sonderfall Porsche ab, so vollzog sich der Wiederanstieg der Kurse bei den Autoaktien behutsam. Überrascht hat, daß nunmehr auch die Warenhausaktien wieder mehr beachtet wurden, dies gilt für Horten, wo es lebhafte Umsätze zu steigenden Notierungen gab.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt und Kromschröder erhöhten um 5 DM, Hindrichs Auffermann um 4 DM und Kochs Adler um 4,50 DM. Nachgegeben haben Rheag um 6 DM und VDN um 2 DM. Bei den *Versicherungen* gaben Allianz Vers. um 7 DM und Nordstern um 20 DM nach.

Frankfurt: Adt gaben um 7,50 DM und Cassella um 25 DM nach. Asco stockten um 10 DM und Braun-Vz. um 25 DM auf. Grünzweig verminderten um 4 DM auf 110 DM und MAN Roland um 18 DM auf 415 DM. Parkbräu gaben um 10 DM nach. Porsche erhöhten *um 33 DM auf 1133 DM.*

Hamburg: Hapag Lloyd stiegen bis auf 108,20 und Phoenix Gummi auf 121 DM. Reichelt wurden mit 91 DM bezahlt. HEW gingen mit 93,90 DM und NWK-Vz. mit 165 DM um. Beiersdorf konnten sich auf 450 DM erholen. Markt und Kühlhallen wechselten zu 195 DM den Besitzer.

München: Agrob St. und Brau AG Nürnberg verminderten um 4 DM. Andi AG stiegen um 5 DM und AKS um 1 DM. Flachglas erhöhten um 5 DM und Grünzweig um 5,30 DM. Rathgeber verminderten um 10 DM und Süd Chemie um 2 DM.

Berlin: Rheinmetall zogen um 25 DM, DUB-Schultheiss um 10 DM und Schering um 7 DM an. Herlitz St. lagen um 5 DM, Orenstein um 3,50 DM und Lehmann um 3 DM fester. Herlitz Vz. erholten sich um 1,50 DM, Berliner Kindl um 0,50 *DM, Bekula um 0,40 DM und* Berliner Bank um 0,30 DM. DeTeWe ermäßigten sich um 5 DM.

Nachbörse: erholt

WELT-Aktienindex: 169,4 (168,9)
WELT-Umsatzindex: 5250 (5780)

Optionshandel

Frankfurt: 12. 02. 85
2101 Optionen = 109 400 (73 500) Aktien,
davon 422 Verkaufsoptionen = 21 950 Aktien

Kaufoptionen: AEG 4-110/7-6,8, 4-120/3, 7-120/5,87, 7-130/2, 10-100/20, 10-120/8, 10-130/3, **BASF** 4-160/24, 4-169,65/19, 4-170/15, 4-180/8, 4-190/3, 7-180/15,5, 7-190/8,7, 7-200/4,8, 10-190/11, 10-210/4,6, **Bayer** 4-170/25, 4-180/14,7, *4-190/7,6, 4-200/3, 7-190/15, 7-200/9, 10-190/18,9, 10-200/12,* 10-210/8, **BBC** 10-200/9, **Bekula** 10-95/3, **BMW** 7-370/14,4, **Commerzbk.** 4-160/12,4, 4-170/5,4, 4-180/2, 7-180/5,9, 7-190/2,4, 10-180/9, 10-190/4,4, **Conti** 4-130/1,5, 7-120/8,85, 7-130/3,5, 10-120/11,9, **Daimler** 4-650/8,2, **Dt. Babcock St.** 10-180/6,5, **Deutsche Bk.** 4-400/12,1, 4-410/8,3, 4-420/4,65, 7-400/25,7, 7-410/16,1, **Dresdner Bk.** 4-190/7, 4-200/1,8, 7-170/28, 7-180/34, *7-190/13,5,* 7-200/7,4, 7-210/3,4, **Hoechst** 4-190/4,5, 4-200/1,6, 7-190/11, 7-200/5, 10-190/15,9, 10-200/9,5, **Hoesch** 4-100/8,6, 4-110/3,5, 7-100/13,6, **Karstadt** 7-240/4, 10-220/13,5, **Kaufhof** 7-220/11, 10-210/11,4, **Klöckner** 4-70/12, 4-75/6, 4-80/3,9, 4-85/2,55, 4-90/1,1, 7-70/12, 7-75/11, 7-80/8, 7-85/5,5, 7-90/3,5, 10-75/13, 10-80/9,5, **Lufthansa St.** 7-180/21, **Lufthansa Vz.** 4-180/6, **MAN** 10-170/6,5, **Mercedes** *10-550/29,* ***Metallges.*** *7-340/12,* ***Mannesmann*** *4-140/13,* 4-160/3, 4-170/1,5, 7-170/3, 10-170/5,5, **RWE St.** 7-160/8,6, 10-170/6, **RWE Vz.** 4-160/4, 7-160/8,4, 10-170/5, **Kali + Salz** 7-290/5, **Siemens** 4-410/131, 4-480/77, 4-530/25, 4-540/24, 4-560/10, 4-570/5,9, 4-580/4, 7-500/85, 7-520/45, 7-530/36, 7-550/2,6, 10-540/34, 10-550/28, 10-580/20, **Thyssen** 4-80/18, 4-85/13,1, 4-90/8,4, 4-95/6,8, 4-100/3, 7-85/18, 7-30/12,5, 7-95/9, *7-100/6,9, 10-100/8,9, 10-110/4,8,* **Varta** 4-180/6,8, **Veba** 4-162,5/9,3, 4-170/5,5, 7-170/9, 10-170/12,5, **VW** 4-190/10,2, 4-200/6, 4-210/2,1, 7-190/14,4, 7-210/8,4, 7-220/4,4, 7-230/2,5, 10-190/20, 10-200/16,6, 10-210/10,4. **Verkaufsoptionen: AEG** 4-100/1,2, 4-110/3,6, 7-95/1,5, 7-100/2,1, 7-110/3,8, 7-120/11, 10-95/2, 10-100/3, 10-110/6,1, **BASF** 4-180/1,3, 10-180/3, **Bayer** 4-180/0,50, 4-190/2,2, 7-180/1, 7-190/4, 10-180/2,5, **BHF** 4-270/1,5, **Bay. Hypo** 7-320/7,5, **BMW** 4-380/9, 7-350/86, 7-360/12,1, **Commerzbk.** 4-170/5, 7-180/2,1, 10-180/3,9, **Conti** 4-120/2,55, 7-110/1,3, 7-120/4,2, 10-120/5, **Daimler** 7-620/13, **Deutsche Bk.** 4-390/2,8, 4-400/7,9, 7-380/3,4, 7-390/7, 7-400/11,8, **Dresdner Bk.** 4-190/4, 7-180/1,4, 7-190/5,5, 10-180/2,5, **GHH St.** 4-180/3, **Hoechst** 7-190/6, 10-180/2, 10-190/6,5, **Hoesch** 7-100/1,5, **Karstadt** 7-210/6, 7-220/16, **Kaufhof** 4-230/24, **Klöckner** 4-75/1, 7-75/1,2, **Lufthansa St.** 4-190/4,6, 7-180/4, 10-180/5,4, **Lufthansa Vz.** 7-170/2,4, **Linde** 7-380/5,4, 7-390/7,4, **Mannesmann** 7-150/2,5, 10-150/4, **Preussag** 7-230/5,5, **Schering** 10-440/5,4, **Siemens** 4-530/7,8, *4-540/13, 7-480/0,55, 7-490/1,8, 7-500/2,2, 7-520/6, 10-470/2,* 10-480/4, **Thyssen** 4-85/2, 7-90/1, 7-95/3, 10-90/2,2, 10-95/4,1, **VW** 4-180/1,4 4-190/3,8, 7-180/2, 10-180/2,95.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 13. 2. 85; *Redaktionsschluß 14.30 Uhr:*

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8½– 8¾	5⅞–6⅛	5⅛–5⅜
3 Monate	9 – 9⅛	6⅛–6⅜	5⅝–5⅞
6 Monate	9½– 9¾	6⅜–6⅝	5¾–6
12 Monate	10⅛–10⅜	6⅝–6⅞	5⅞–6⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 13. Februar folgende *Goldmünzenpreise genannt (in DM):*

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1570,00	1972,20
10 US-Dollar (Indian)**)	1255,00	1519,40
5 US-Dollar (Liberty)	520,00	706,80
1 £ Sovereign alt	228,25	283,00
1 £ Sovereign Elizabeth II.	226,50	281,01
20 belgische Franken	176,00	229,14
10 Rubel Tscherwonez	236,75	297,25
2 südafrikanische Rand	223,00	276,73
Krüger Rand, neu	1011,00	1192,44
Maple Leaf	1011,00	1192,44
Platin Noble Man	921,00	1089,84
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	247,75	310,93
20 schweiz Franken „Vreneli"	180,25	233,98
20 franz. Franken „Napoléon"	*178,50*	*231,99*
100 österr. Kronen (Neuprägung)	933,50	1128,03
20 österr. Kronen (Neuprägung)	185,75	234,55
10 österr. Kronen (Neuprägung)	98,75	127,39
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	434,50	529,53
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	102,25	139,36

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

13. 02. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	3,2854	3,2934	3,2530	3,23	3,32
London¹)	3,577	3,591	3,519	3,47	3,62
Dublin¹)	3,107	3,121	3,053	3,02	3,17
Montreal³)	2,4525	2,4605	2,4182	2,39	2,49
Amsterd.	88,180	88,400	88,145	87,50	89,50
Zürich	117,360	117,560	117,385	116,25	118,60
Brüssel	4,975	4,995	4,932	4,88	5,08
Paris	32,670	32,830	32,405	31,75	33,30
Kopenh.	27,930	28,040	27,680	26,75	28,50
Oslo	34,785	34,905	34,305	33,75	35,50
Stockh.**)	35,285	35,425	34,645	34,50	36,25
Mailand²) **)	1,621	1,631	1,593	1,58	1,69
Wien	14,216	14,256	14,214	14,14	14,56
Madrid**)	1,807	1,817	1,781	1,74	1,86
Lissabon**)	1,809	1,829	1,694	1,43	2,25
Tokio	1,2510	1,2540	–	1,25	1,27
Helsinki	47,980	48,180	47,285	47,00	48,75
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,4430	2,497	–	1,80	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4335	2,4535	–	2,41	2,51
Johannesbg.*)	1,777	1,796	–	1,57	1,82

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

In einer äußerst nervösen Verfassung präsentierte sich am 13. 2. der Devisenmarkt am Morgen als innerhalb kürzester Zeit der US-Dollar von 3,2940 auf 3,2730 fiel. Die Gerüchte, daß Notenbankinterventionen dafür verantwortlich seien, bewahrheiten sich im weiteren Verlauf des Vormittags nicht und es stellte sich eine Kurserholung ein, die auf 3,2894 zur amtlichen Notiz führte. Die Bundesbank glich 9,4 Mill. Dollar aus. Im Nachmittagshandel wurde wieder 3,2940 erreicht nach der Veröffentlichung der Einzelhandelsumsätze in den USA. Die Zahl von +0,7 Prozent entsprach den Hoffnungen. Allerdings wurde ein revidiertes schlechteres Ergebnis für Dezember gleichzeitig annonciert. Kursveränderungen nach beiden Richtungen verzeichneten die übrigen amtlich notierten Währungen. Einen größeren Gewinn verbuchte der Escudo mit 1,06 Prozent. – Dollar in Frankfurt 3,2894; Amsterdam 3,7320; Brüssel 66,075; Paris 10,0556; Mailand 2023,50; Wien 23,0790; Zürich 2,8004; Ir. Pfund/DM 3,114; Pfund/Dollar 1,0898; Pfund/DM 3,584.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 13. Februar: In D-Mark 2,23494 (Parität 2,24184); in Dollar 0,677513 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 13. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf *19,50*; Verkauf *22,50 DM West;* Frankfurt: Ankauf 18,50: Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Im Tagesverlauf nachgebende Euro-DM-Sätze (⅛ Prozent) und gleichzeitig leicht befestigte Dollar-Depots führten am 13. Februar am Terminmarkt zu nochmals erweiterten Abschlägen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,71/0,61	2,35/2,25	4,90/4,70
Pfund/Dollar	0,49/0,46	1,29/1,24	1,92/1,85
Pfund/DM	*3,00/1,80*	*7,30/5,90*	*12,00/10,60*
FF/DM	19/03	44/26	82/66

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 13. 2.: Tagesgeld 5,85–5,90 Prozent; Monatsgeld 5,60–5,70 Prozent; Dreimonatsgeld 6,10–6,25 Prozent.

Privatdiskontsätze am 13. 2.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 13. 2.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,50 (6,58) – 8,00 (6,77). Ausgabe 1985/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,50 (6,65) – 8,00 (6,87) – 8,00 (7,03) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,15. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 98,80, Rendite 7,04.

CHEMISCHE WERKE HÜLS / Neue Schwerpunkte

Dividendenpause ist zu Ende

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die im Umsatz fünftgrößte deutsche Chemie-Gruppe, die Chemische Werke Hüls AG, Marl, will nach dreijähriger Pause der Konzernmutter Veba AG für 1984 wieder Dividendenfreuden bescheren. Hätte es 1983 statt Großreinemachen in der Problemsparte Düngemittel schon zu zehn Prozent Dividende gereicht, so deutete nun Vorstandsvorsitzender Prof. Carl Heinrich Krauch im ersten Rückblick auf das prächtige Chemiejahr 1984 noch Besseres an: Aus voraussichtlich 100 (–) Mill. DM Jahresüberschuß könnten es leicht mehr als zwölf Prozent Dividende auf 480 Mill. DM Aktienkapital werden.

Krauchs Vorbehalt, daß beim Dividendenbeschluß im April natürlich auch das aktuelle Geschäft mitspiele, ist eher formalistisch. Denn zuversichtlich, wenngleich mit der Erwartung eines „deutlich verhaltenen Wachstums" (zumal wegen der Bauflaute), sieht Hüls auch das neue Jahr. Das alte brachte Plusraten im Umsatz von fast elf Prozent auf 5,47 Mrd. DM bei der AG – davon 44,6 (43,5) Prozent aus Export – und von knapp zwölf Prozent auf 6,28 Mrd. DM in der Gruppe. Der Absatz der AG wurde um ein Prozent auf 4,3 Mill. Tonnen gesteigert. Die Kapazitäten waren im vergangenen Jahr zu 82 Prozent ausgelastet gegenüber 74 Prozent im Vorjahr.

Nach mehrjähriger Schrumpfungskur hat die AG 1984 mit 15 561 (15 968) Beschäftigten ihr für die nächsten Jahre als stabil anvisiertes Niveau erreicht. Die auf 107 (247) Mill. DM gesunkenen AG-Sachinvestitionen sind in der Fünfjahres-Planung ab 1985 mit einer Durchschnittsrate von 300 Mill. DM angesetzt. Davon sollen zirka 40 Prozent in „Offensivprogramme der Sparten" und 26 Prozent in neue Geschäftsfelder fließen. Bereits 1985 soll auch der Forschungsaufwand deutlich erhöht werden.

Angedeutet wird damit eine konsequente und beschleunigte Fortsetzung jener Strukturverbesserung, mit der dieser einst fast nur auf besonders konjunkturanfällige Massenware konzentrierte Chemie-Produzent seit einigen Jahren um den Vormarsch in „Höherwertiges und Serviceorientiertes" bemüht. Mit Erfolgen auf diesem „Weg in die Spezialitäten" erklärt der Hüls-Vorstandsvorsitzende auch einen Teil des im vergangenen Jahr erzielten Umsatzwachstums. So habe der neugebildete Geschäftsschwerpunkt „Organische Spezialprodukte und Feinchemikalien", der um eine Reihe neuer Produkte erweitert wurde, 48 Prozent Umsatzanstieg erreicht. Auch das neue Geschäftsfeld „Pulverkautschuk" entwickle sich positiv.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: Gerisch GmbH; Eberhard Flemming, Inh. d. Maiflamm Ölfeuerung-Klima-Lüftung; Microfilm Peters KG; Nachl. d. Siegfried Kruse; Dr. Lein Unternehmensberatung GmbH; W B Contor Wirtschaftsberatungsges. mbH, Bad Pyrmont; Nachl. d. Alfons Peter Erich Becker; **Celle:** Eugen Markwardt, Fliesenlegermeister, Neinhagen; **Duisburg:** Alfred Walter Sunnus, Kaufmann, Moers 1; **Elmshorn:** Koch-Haus GmbH, Tornesch; **Hamburg:** Jürgen Detlef Suhl KG; KG Panatlantic Internationale Transporte GmbH; KG Röseler & Consorten; Panatlantic Airfreight GmbH; Panatlantic Lagerhaus GmbH; Panatlantic-Reisen GmbH; **Heilbronn (Neckar):** Volker Kempken, Großbottwar; **Hildesheim:** Nachl. d. Renate Zahn geb. Jank; Nachl. d. Irmgard Webb geb. Müller; **Itzehoe:** Struck-Bauunternehmung GmbH, Kellinghusen; **Kaiserslautern:** Robert Schulz Bedachungen GmbH, Rodenbach; **Kassel:** Atrium Bauges. mbH; **Kiel:** Kay Statz, Inh. d. Kay Statz, Tiefbauunternehmung; **Lüdinghausen:** Go-Kleid Koglin & Schnitger GmbH, Ascheberg; Go-Kleid Koglin & Schnitger GmbH & Co. KG, Ascheberg; **Meppen:** Huca-Bekleidungs GmbH; **Minden:** Karl F. Libra sen.; **Montabaur:** Ceramano Keramik-Vertrieb GmbH, Ransbach-Baumbach; Waku GmbH Westerwälder Geschirrindustrie, Ransbach-Baumbach; **Oldenburg:** Nachl. d. Max Willi Peschke, Dötlingen; **Passau:** Franz Huber, Kaufmann, Sägewerk-Holzhandel, Fürstenzell; **Seligenstadt:** Egon Hein, Kaufmann, Hainburg; **Soest:** Alexander Cartelli GmbH; Alexander Cartelli GmbH & Co. KG, Betonsteinwerk.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Hannover: Neue Continentale Bauges. mbH; **Niebüll:** Fritz Lohr Immobilien GmbH, Westerland/Sylt.

Vergleich beantragt: Bergheim: Steffens & Wolters GmbH, Kerpen-Türnich; **Bremen:** Bremer Möbel Groß-Lager GmbH & Co. Einzelhandels KG; **Hamburg:** Hans-Joachim Cloeters, Kaufmann.

MTU / Bei knapp gehaltenem Umsatz ist das Auftragspolster gewachsen – Noch kein Nachfolger für Zimmermann

Der zivile Bereich soll weiter ausgebaut werden

DANKWARD SEITZ, München

Ganz unter dem Eindruck des brutalen Mordanschlages auf den Vorsitzenden der Geschäftsführung der MTU Motoren- und Turbinen-Union, Ernst Zimmermann, stand die seit langem geplante, routinemäßige Frühjahrspressekonferenz der MTU-Gruppe, München/Friedrichshafen. An eine Absage, so der stellvertretende Vorsitzende Hans Dinger, habe man nie gedacht; statt sich dem Terror zu beugen, werde man die Arbeit in diesem Unternehmen – ganz im Sinne Zimmermanns – unbeirrt weiterführen. Über einen Nachfolger vermochte Dinger noch nichts zu sagen. Dies sei Sache der beiden MTU-Gesellschafter Daimler-Benz und MAN.

Die Geschäftsentwicklung der MTU-Gesellschaften im Jubiläumsjahr 1984 bezeichnete Dinger als „zufriedenstellend". Trotz noch schwieriger gewordener Märkte und härtestem Wettbewerb konnte der Umsatz nach vorläufigen Zahlen mit 2,15 (2,2) Mrd. DM nahezu unverändert gehalten werden. Der Auftragseingang lag mit 2,5 (2,8) Mrd. DM weiterhin auf hohem Niveau. Das Auftragspolster per Ende 1984 wuchs sogar um rund elf Prozent auf 3,8 Mrd. DM. Dies stimmt zuversichtlich, 1985 bei gleichbleibender Auslastung wieder einen Umsatz von 2,2 Mrd. DM erreichen zu können.

Der Umsatz der MTU München – hier ist der Strahlentriebwerks-Bau konzentriert – stieg 1984 auf rund 1,14 (1,03) Mrd. DM. Wichtigster Umsatzträger blieb hier mit etwa 68 Prozent der militärische Bereich mit der Fertigung des Tornado-Triebwerks. Der Auftragseingang ermäßigte sich zwar um sechs Prozent auf rund 1,6 Mrd. DM, dennoch verbesserte sich der Auftragsbestand um rund 20 Prozent auf 2,5 Mrd. DM.

Unverändert erklärtes Ziel von MTU ist es, bis Ende der 80er Jahre den zivilen Anteil in diesem Bereich auf über 50 Prozent auszubauen. Dinger bezeichnete dies als eine „Frage der wirtschaftlichen Vernunft". Denn wenn dies nicht gelingt, drohen wegen der 1988 auslaufenden Tornado-Triebwerksproduktion längere Auslastungslücken.

Daher will man künftig mit dem Einsatz aller finanziellen und technischen Mittel sich an der Entwicklung aller künftigen Triebwerke für die Zivilluftfahrt mit zehn bis elf Prozent beteiligen. Allein 1985 soll daher der eigene Entwicklungsaufwand in München auf 80,3 (40,5) Mill. DM steigen. Die Hoffnungen richten sich hier vor allem auf die Triebwerke JT8D, das 1984 schon einen Auftragseingang von 180 Mill. DM brachte, und das V 2500 für den Airbus A 320, dessen Produktionsanlauf mit einem PanAm-Auftrag im Wert von 125 Mill. Dollar gesichert ist. Deutliche Spuren hat 1984 die weltweit stagnierende Nachfrage nach Dieselmotoren bei gleichzeitig hohen Überkapazitäten bei der MTU Friedrichshafen hinterlassen. Der Umsatz fiel um knapp zwölf Prozent auf 1,01 Mrd. DM. Der Auftragseingang nahm auf 0,96 (1,18) Mrd. DM ab; entsprechend verringerte sich der Auftragsbestand auf 1,26 (1,3) Mrd. DM, dessen Abwicklung sich bis ins Jahr 1987 erstreckt. Einen nach wie vor hohen Anteil am Geschäft haben Schiffsmotoren. Der militärische Anteil – Motoren für den Leopard 2 – liegt bei 22 Prozent.

Nach den Worten von Dinger kann Friedrichshafen nicht als „Sorgenkind" der Gruppe bezeichnet werden. Auf jeden Fall könne die Beschäftigung der 5773 Mitarbeiter aufrechterhalten werden. Und man sei zuversichtlich, mit Sonderentwicklungen für schwere Lkw und bei Stromaggregaten die Lücken schließen zu können, wenn die Motorenproduktion für den Leopard 2 ausläuft.

Entscheidung wurde vertagt

dpa/VWD, Friedrichshafen

Die öffentlichen Auftraggeber des Luftfahrtkonzerns Dornier GmbH, Friedrichshafen/München, sind offenbar besorgt über die fristlosen Kündigungen des Vorstandsvorsitzenden Manfred Fischer und des kaufmännischen Vorstandes Karl-Wilhelm Schäfer. Wie der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende des Unternehmens, Alois Laus, in München mitteilte, seien „höchste Stellen" beunruhigt. Dornier fertigt unter anderem das Schulungsflugzeug „Alpha Jet" für die Bundeswehr. Laus forderte die zerstrittenen Mitglieder der Familie Dornier auf, endlich klare Verhältnisse zu schaffen.

Das Landgericht Ravensburg hat seine Entscheidung über die von den Arbeitnehmervertretern beantragte Einstweilige Verfügung auf den 21. Februar vertagt. Dies teilte der Betriebsrat Friedrichshafen mit. Mit der Verfügung sollte die Ablösung Fischers und Schäfers sowie die Einsetzung von Rainer Hainich beziehungsweise Konrad R. Lissmann zu deren Nachfolgern außer Kraft gesetzt werden. Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat hatten ihren Schritt mit Verfahrensfehlern bei der Aufsichtsratssitzung am vergangenen Samstag begründet.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Neue Telefunken-Führung

Hannover (Wb.) – Die Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH, Hannover, hat wieder eine „ordentliche" Geschäftsführung. In seiner gestrigen Sitzung bestellte der Aufsichtsrat Manfred Schmidt (Sprecher und Ressort Marketing), Wilhelm Kahle (Vertrieb Inland), Gerald Peikert (Personal) und Pierre-Jean Ravier (Finanzen) in die Führungsspitze. Zu Geschäftsführern der Produktionstochter NEWEK Neue Elektronik-Werke GmbH wurden Rudolf Barkhuis und Gerald Peikert ernannt. Bernard Gilliot, von der Muttergesellschaft Thomson (Paris) kommissarisch in die Geschäftsführungsfunktionen eingesetzt, zieht sich jetzt wieder auf seine eigentliche Position des Generalbevollmächtigten der deutschen Thomson-Dachgesellschaft DAGFU zurück. Die Neubildung der Geschäftsführung war notwendig geworden, nachdem im Oktover 1984 der Telefunken-Vorstand unter Josef Stoffels geschlossen zurückgetreten war.

KKK zufrieden

Frankenthal (Wb.) – Die AG Kühnle, Kopp & Kausch, Frankenthal, hat das Jahr 1984 mit „insgesamt gesehen zufriedenstellenden" Ergebnissen abgeschlossen. Die Aktionäre könnten wieder mit einer angemessenen Dividende rechnen, so der Zwischenbericht. Die Umsätze wuchsen 1984 um knapp 5 Prozent auf 211 Mill. DM, die Auftragseingänge um knapp 6 Prozent auf 214 Mill. DM.

Ungebremste Talfahrt

München (dpa/VWD) – Das Computerhaus Tewidata AG Gesellschaft für technisch-wissenschaftliche Datenverarbeitung, München, ist weiter auf Talfahrt. Nach einem vorgelegten Aktionärsbrief ist für das abgelaufene Geschäftsjahr 1984 ein Verlust von 6 Mill. DM nicht auszuschließen. 1983 waren es noch 3,57 Mill. DM Verlust gewesen. Der Gesamtumsatz von 39,0 Mill. DM blieb sowohl hinter dem Planziel als auch hinter dem Vorjahreswert (40,8 Mill. DM) zurück. Rote Zahlen schreibt nach dieser Darstellung vor allem der Hardwarebereich, der über 50 Prozent des gesamten Geschäftes ausmache. Die Auftragseingänge stiegen dagegen diesen Angaben zufolge um 1,8 Mill. DM auf 42,8 Mill. DM.

Rickmerswerft in Gefahr

Bremen (dpa/VWD) – Die in Zahlungsschwierigkeiten geratene Werft Rickmers Rhederei GmbH in Bremerhaven ist in Gefahr. Wie der Bremer Wirtschaftssenator Werner Lenz (SPD) mitteilte, liefen derzeit Verhandlungen zwischen Vertretern des Landes Bremen und der Banken über die Vorfinanzierung von vier Schiffen. Falls es zu keiner Einigung kommt, müsse „man damit rechnen, daß es mit Rickmers zu Ende geht", sagte Lenz. Die Werft, bei der knapp 1 200 Arbeitnehmer beschäftigt sind, hatte nach Verhandlungen mit den Banken ihren Bürgschaftsantrag beim Senat von 50 auf 24 Mill. DM ermäßigt. Der Senat beschloß am Dienstag abend, zehn Mill. DM zur Verfügung zu stellen, wenn die Banken ihrerseits „dabei bleiben, bis die Finanzlücken geschlossen sind", sagte Lenz. Die Stadt Bremerhaven erwägt zusätzlich, zehn Mill. zur Verfügung zu stellen.

Sieben Prozent Plus

Koblenz (dpa/VWD) – Der schwedische Lastwagen-Hersteller Scania hat 1984 in der Bundesrepublik 1 198 Lkw verkauft, sieben Prozent mehr als 1983. Scania Deutschland lag bundesweit mit Lkw in der Klasse über 16 Tonnen Gesamtgewicht wie im Vorjahr auf Platz drei der Zulassungsstatistik. Der Umsatz ging jedoch von 178 auf 172 Mill. DM zurück.

KRAUSS-MAFFEI

Bonn befürwortet die Übernahme

sz/dpa, München

Nun befürwortet auch nach anfänglicher Ablehnung das Bundesverteidigungsministerium die Übernahme der zum Flick-Konzern gehörenden Münchner Krauss-Maffei AG durch eine Industrie- und Bankengruppe, zu der unter anderem auch die MBB Messerschmitt-Bölkow-Blohm gehört. Dies teilte der bayerische Finanzminister Max Streibl, der auch MBB-Aufsichtsratsvorsitzender ist, gestern vor dem Landtag in München mit. Nach seinen Worten wird Verteidigungsminister Manfred Wörner auch gegenüber dem Bundeskartellamt, das im Vorfeld der Verhandlungen bisher starke Bedenken gegen dieses Vorhaben geäußert hatte, diese Lösung favorisieren.

Viel Zeit bis zur endgültigen Übernahme, so Streibl, bleibe allerdings nicht mehr, denn inzwischen sei nach der britischen Vickers-Gruppe ein zweiter ausländischer Interessent auf den Plan getreten. Einen Namen nannte Streibl allerdings nicht. Er warnte aber noch einmal vor einer ausländischen Lösung. Zudem wünsche auch Wörner mit Rücksicht auf die deutschen Verteidigungsinteressen eine Übernahme der Münchener Firma durch inländische Unternehmen.

Entschieden wandte sich Streibl auch gegen die Behauptung, daß mit dem Erwerb im Raum München eine Anhäufung von Rüstungsbetrieben erfolge. Es werde nichts nach München verlagert, was nicht ohnehin schon hier sei. Bedenken solle man auch, daß bei Krauss-Maffei zwar rund 80 Prozent des Umsatzes auf die Wehrtechnik entfalle, aber nur etwa 30 Prozent der Beschäftigten in diesem Bereich arbeiteten. Aus bayerischer Sicht gelte es, die insgesamt etwa 5000 Arbeitsplätze zu sichern und in Bayern zu halten.

Ausdrücklich betonte Streibl, daß das Übernahmekonsortium „weder von MBB, noch vom Freistaat ferngesteuert" sei. Keinem der Beteiligten komme nach den abgesprochenen Quoten ein dominierendes Gewicht zu. Das Engagement der Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LfA), die einen Anteil von 25,45 Prozent erwerben will, könne nicht als Staatslösung bezeichnet werden. Die LfA wäre jederzeit bereit, „ihre Position zugunsten eines privaten Interessenten zu räumen, wenn die bayerischen Belange gewahrt werden".

14.2.85

Valentinstag. Fest der kleinen Aufmerksamkeiten für alle, die sich mögen. Und weil Herr Fröhlich zwar seine Mitarbeiter mag, aber nichts von Schnickschnack hält, hat er für seine Mannschaft in Sachen Organisation gleich Nägel mit Köpfen gemacht. Er investierte in den SPERRY PC, der ihm mehr als nur eine Insellösung bot. Nämlich ein komplettes Netzwerksystem für seine Mitarbeiter. So hat jeder nicht nur ein selbständiges, vollwertiges EDV-System für seine eigenen Aufgaben, sondern darüber hinaus können alle Mitarbeiter auf eine einzige zentrale – und immer aktuelle – Kundendatei über das Netzwerk zugreifen.

So hätten Personal Computer von Anfang an sein sollen. Mit dem Mehr an Leistungen, Funktionen und Möglichkeiten, das jede Abteilung autark macht und effizienter arbeiten läßt. Und daß Lager, Einkauf und Finanzabteilung jetzt gleichzeitig mit derselben Datei operieren können, zahlt sich für Herrn Fröhlich aus. Zudem schätzt Herr Fröhlich, daß teure Peripheriegeräte wie Plattenspeicher und schnelle Drucker mit einer einmaligen Anschaffung von der ganzen Mannschaft genutzt werden können. Herr Fröhlich weiß auch, daß sein Netzwerksystem in Zukunft reibungslos funktionieren wird. Denn dafür stehen die Computer-Profis von Sperry mit ihrer großen EDV-Erfahrung gerade.

Wenn auch Sie Ihre Organisation in den Griff bekommen möchten, nehmen Sie sich ein Herz: Rufen Sie an oder schicken Sie den Coupon an Sperry.



Der SPERRY PC: Nutzung des größten Softwareangebots, 100% kompatibel durch gängigste Betriebssysteme *MS-DOS und Concurrent CP/M-86, 7 Modelle* ab 128K Bytes, hohe Verarbeitungsgeschwindigkeit durch „Turboschalter", einzigartige Farbwiedergabe durch hochauflösenden Bildschirm, anschließbar an Großrechner von Sperry, IBM... Detaillierte Informationen: Sperry GmbH, Informationssysteme, Abteilung VW-3, Postfach 1110, 6231 Sulzbach/Taunus. Schnelle telefonische Kontaktaufnahme: 069/45 90 85

Name ____________

Firma ____________

Position ____________

Straße ____________

PLZ/Ort ____________

Telefon ____________

Sperry. Die Computer-Profis: Wir glauben an die bessere Idee.



Solist beim Opernball

egw – Der lebenslustige Junggeselle aus dem Rheinland hatte keinerlei Mühe gescheut, um endlich auch am weltberühmten Opernball in Wien teilnehmen zu können, hatte fast ein Jahr vorher um 400 Mark einen Tisch für zwei bestellt, wo er mit einer hübschen Tanzpartnerin, womöglich einem „süßen Mädel", den Proppen knallen lassen wollte, hatte die Eintrittskarte um 170 Mark und eine Zeche von mindestens 500 Mark ins Kalkül gezogen und war nicht gerade gratis im „Imperial" abgestiegen.

Es war ein großes Fest, schöne Frauen, die von der bildschönen Moderatorin des Balls, Frau von Tobisch, womöglich noch übertrumpft wurden, reizende Teenager, eine wahre Sturmflut von rosa Nelken, die sich über die Logenbrüstungen ergossen, herrliche Musik, höfliche Kellner und ringsum die Wiener große Welt, soweit sie sich das eben auf Geschäftsspesen leisten konnte.

Ein rauschendes Fest, malerischer Einzug des Tanzkomitees, Glanzlichter allerorten. Nur in einem Punkt wurde der Gute enttäuscht: die Tanzpartnerin fehlte. Ein Versuch, den er machte, einer alleinstehenden jungen Dame einen Tanz anzubieten, stieß auf erstauntes Brauenhochziehen. Das gibt es doch nicht. Auch ein zweiter Versuch schlug fehl, denn neben der Dame stand ein Herr im Frack, der seinerseits höchst befremdet dreinsah.

Ja, der Arme, der da um zigtausend angereist war, er blieb allein. Wien hat seine gute alte Sitte, daß Herren fremde Damen mit höflicher Verbeugung zum Tanz bitten dürfen, abgelegt. Man begibt sich eben a priori mit einer Begleiterin auf den Ball, die einem dann den ganzen Abend unbehelligt überlassen bleibt. Kommt man allein, bleibt man allein. Was zu wissen für den diesjährigen Opernball am heutigen Abend vielleicht nützlich ist.

Eine Legende der modernen Malerei ist zu besichtigen – Die beiden Marc-Chagall-Ausstellungen in London und in Hannover

Wozu braucht die weiße Kuh den Sonnenschirm?

Es ist gut, ihn wieder einmal richtig in Fleisch und Blut zu sehen. Daß der 97jährige Marc Chagall ein wahrhaft populärer Maler ist, kann man an Plakat- und Postkartenverkäufen in aller Welt nachrechnen. Und das bestätigt jetzt auch die große Retrospektive in der Londoner Royal Academy.

Es ist gut und es ist ernüchternd, diese lebende Legende an ihren Werken neu zu überprüfen. Zwar fehlt manche Schlüsselarbeit. Doch hat man mit 125 Gemälden, mit Glasarbeiten, mit einer Auswahl von Zeichnungen und Graphiken ein beispiellos langes Künstlerleben einleuchtend belegt. Der Maler selbst, ein Ehrenmitglied der Akademie, hat dieser Auswahl seinen Segen gegeben.

Der Auftakt ist wohlinszeniert: Chagalls Charme überwältigt gleich im Eingangsrund. Da badet man förmlich in einer lichtberstenden, eine ganze Riesenwand füllenden Landschaft. Aus dem Getreidemeer taucht nach Luft schnappend der Kopf eines kleinen blauen Fisches auf. Eine blutrote Sonne und ein wohlgezirkelter gelb-weiß-roter Mond schwimmen einträchtig in diesem Weltall über einem blauen Boot. Für das Ballett „Aleko" hat Chagall 1942 diesen Bühnenvorhang entworfen. Er bezaubert noch immer.

Dann jedoch folgt ein Wechselbad. Chagall ist ein erstaunlich unterschiedlicher Maler. Ist er beflügelt – wie so viele seiner Gestalten –, dann gelingen ihm erhebliche Bilder. Fehlt jedoch die Inspiration, dann gleitet er ins rein Dekorative ab. Diese Ausstellung entläßt Chagall nicht als hochpoliertes Monument.

Sie bestätigt, wie tief die Wurzeln in seine russische Heimatstadt Witebsk und seinen streng jüdischen Familienkreis reichen. Hier ist er als eins von neun Kindern geboren worden. Durch seinen Großvater, einen Religionslehrer und Schächter, lernte der Junge früh Blut und Tod kennen. Diese Kindheit malt bereits der junge Chagall, der in St. Petersburg studiert und sich mit Schildermalen und Arbeit in einem Fotoatelier über Wasser hält.

In dem ersten Londoner Raum sieht man neben einer Porträt-Galerie seiner Geschwister eines seiner Zentralthemen: den Kreislauf des Lebens in Geburt, Hochzeit und Tod. „Die Geburt" gestaltet er als blutige und kraß realistische Ikone. Sich selbst konterfeit der 22jährige hochgemut mit weißem Kragen. Er ist entschlossen, Erde und Himmel, Wirkliches und Überwirkliches in seinen Bildern zu verzahnen.

1910 schickt ein jüdischer Gönner den jungen Künstler nach Paris. In den folgenden vier Jahren wird er zwar von dem damals herrschenden Kubismus und Surrealismus gestreift, doch läßt er sich von keiner Richtung vereinnahmen. Jetzt entstehen einige seiner magischen Bilder. Mit neu gewonnener Farbkraft vertieft und klärt er die heimatlichen Gesichter. In dem kleinen Bild „Ich und das Dorf", feiert er den Zyklus der Jahreszeiten, die Beseeltheit von Mensch wie Tier. Und in der mächtigen Figur des grüngesichtigen Fiedlers, der auf Dach und Erdball balanciert, erscheint eine anderen Schlüsselgestalt.



Der Geiger als Symbol des osteuropäischen Judentums: Chagalls „Fiedler" aus der Londoner Ausstellung FOTO: ROYAL ACADEMY

Nach Rußland zurückgekehrt, malt Chagall 1915 eines der schönsten seiner vielen Bilder, den „Geburtstag", bei dem die Ekstase des Gefühls das Paar buchstäblich in die Luft treibt. Chagall schildert das mit der gleichen Selbstverständlichkeit wie den runden Brotlaib auf dem Tisch und die Landschaft vor dem Fenster.

In den zwanziger und dreißiger Jahren – sie sehen ihn wieder in Paris – wiederholt er seine Paraphrasen auf das bäuerliche Leben, auf den Zirkus und natürlich die Liebenden, die sich in Blumensträuße schmiegen oder darüber schweben. Hier in London wird auch sein Paradestück vorgeführt: „Die weiße Kuh", die hoch in der Luft graziös einen Sonnenschirm in ihrer Linken balanciert, während sich ihr Schwanz mit gleicher Nonchalance zu einem Liebespaar ausschwingt. Das ist der Chagall, der entzückt – solange er seine Themen nicht in belanglosen Bildern zu dünnen Tagträumen auswalzt. Und mit seiner großen fahlweißen „Kreuzigung" von 1938, in der Christus von der Aktualität zeitgenössischer Judenpogrome umzirkelt wird, gestaltet er ein anderes seiner Themen, das jedoch gern übersehen wird: Krieg, Revolution und Leiden.

Zweifellos: Die malerische Intensität, die energische Ekstase, die seine Meisterwerke auszeichnen, lassen in seinen späteren Werken nach. Da ist er aber auch bereits 70, 80. Da hat er – wie London in einem besonderen Raum vorführt – ein neues Medium gefunden in seinen Glasfenstern von tiefglühender Farbigkeit und schlüssiger Symbolik, wohl das Einleuchtendste, was unser Jahrhundert dem Höhepunkt dieser Kunst im Mittelalter entgegensetzen kann.

Unter den größtenteils dünnblütigen letzten Bildern hat der 87jährige „Don Quichotte" gemalt, den alten Streiter hoch zu Roß, der um sich Himmel und Erde in Bewegung setzt. Die Bilder, in denen Chagall das gelungen ist, die haken sich in dieser Klärung schaffenden Ausstellung fest.

Diese eindrucksvolle Lektion kann man auch diesseits des Kanals fortsetzen. Denn was die Kestner-Gesellschaft in Hannover bescheiden „Arbeiten auf Papier" nennt, erweist sich als eine höchst reizvolle Übersicht. Hier begegnet man einem subtilen Zeichner, der ungewöhnliche Illustrationen zu jiddischen Gedichten und Erzählungen geschaffen hat, einem phantasievollen Bühnenmaler, der bemerkenswerte Figurinen und Ausstattungen für Granowskis Moskauer „Jüdisches Theater" entwarf, und einem Erzähler mit Feder und Pinsel, der stets von neuem mit Szenen des Alltäglichen überrascht, in denen sich eine melancholische Heiterkeit mit kindlichem Wunderglauben verbindet. Dabei fällt immer wieder die große Zurückhaltung im Umgang mit der Farbe auf. Manche Bilder sind reine Grisaillen, die sich mit einer reich gestuften Grau- oder Braun-Palette begnügen, trotzdem aber farbenfroh und lebendig wirken.

Eine reizvolle Ergänzung der Londoner Ausstellung sind in Hannover die Skizzen und Vorarbeiten zu einigen der bekannten Gemälde Chagalls. So sieht man hier eine Reihe von Vorzeichnungen zu „Adam und Eva (Hommage à Apollinaire)" von 1912, aus denen sich ablesen läßt, auf welchen Wegen er schließlich zu der Endfassung, der Doppelperson vor einer mächtigen Uhr, fand. Ähnlich ist es mit den Variationen über „Die Schwangere", den „Viehhändler" oder „Die Revolution" mit Lenin als Artisten, der sich im einarmigen Handstand versucht, um mit der anderen Hand die Fahne halten zu können.

Der Bogen von 1909 bis in die letzten Jahre umspannt – trotz der typischen Handschrift – eine Vielfalt der Stilmittel und der Ausdrucksformen, die Erstaunen und Bewunderung lehren.

HEIDI BÜRKLIN

London: bis 31. März. Katalog 7,90 Pfund; Hannover: bis 8. April; danach Chicago; Katalog 39 Mark, im Buchhandel 48 Mark.

JOURNAL

Händel-Partitur nach 200 Jahren entdeckt

dpa, London

Im Nachlaß seiner Mutter, einer Sängerin, hat der Engländer Peter Plummer Teile eines Chorwerkes von Georg Friedrich Händel gefunden. Es ist vermutlich seit mehr als 200 Jahren nicht mehr aufgeführt worden, soll aber am 9. Juli in der Kathedrale von Manchester gesungen werden. Händel hat das Werk vermutich im Jahre 1707 in Rom komponiert. Er schrieb in jenem Jahr auch „Dixit Dominus", „Laudate Pueri" und „Nisi Dominus" – nach Überzeugung mancher Experten alle Teile eines Zyklus für das Fest der Madonna del Carmine am 16. Juli 1707. In diesen Zyklus soll auch das jetzt entdeckte Werk gehören. Der Händel-Experte Winton Dean äußerte allerdings Zweifel an dieser Version, zeigte sich aber überzeugt, daß Plummer ein echtes Händel-Werk entdeckt habe.

„Relax" gewinnt britischen Plattenpreis

dpa, London

„Relax", ein Song der Gruppe „Frankie goes to Hollywood", der von der BBC wegen erotischer Anspielungen nicht ausgestrahlt werden durfte, hat den Preis der britischen Phonoindustrie als beste Single des Jahres 1984 gewonnen. Bob Geldof, Chef der Gruppe „Boomtown Rats", erhielt einen Spezialpreis für seine Produktion des Welthits „Do they know it's Christmas?", der Einnahmen in Millionenhöhe für die Hungernden in Äthiopien einspielte.

Kritik an Wahlverfahren für VS-Geschäftsführer

dpa, Berlin

Kritik am beabsichtigten Wahlverfahren und dem angekündigten Ausschluß der Öffentlichkeit bei der Wahl eines Geschäftsführers für den Verband deutscher Schriftsteller (VS) haben die Landesverbände Berlin und Schleswig-Holstein geübt. In einer Pressemitteilung heißt es, im Verbandsorgan sei überraschend für diese Wahl eine außerordentliche Delegiertenversammlung „verbandsöffentlich, aber nicht presseöffentlich" zum 18. April nach Stuttgart einberufen worden. Auch seien keine Gründe für die Kündigung der langjährigen Geschäftsführerin Ursula Brackmann genannt worden. Die Verbände fordern den VS-Vorsitzenden Hans-Peter Bleuel auf, „sich mit seiner allzu diskreten Personal- und Verbandspolitik der Öffentlichkeit zu stellen".

Judith Holzmeister 65

Beim Namen Judith Holzmeister taucht vor dem geistigen Auge eine Tiroler Berghütte im Schnee auf, in der eine bildschöne junge Dame den Besucher freundlich mit einer Zigarette in der Hand empfängt und alles andere als eine berühmte Diva spielt, die sie doch damals schon war, kurz nach Absolvierung des Reinhardt-Seminars, bereits am Burgtheater, ein aufgehender Stern auf dem Theaterhimmel, beglükckend und angeschwärmt. Die Ehe mit Curd Jürgens wurde geschieden, aber im üblichen Sinn vergessen hat sie den großen Darsteller nie. Sie ging in tiefer Trauerkleidung hinter seinem Sarg her, inzwischen längst Frau Bruno Dallansky und Großmama eines reizenden Enkelkindes. Aber obwohl sie ihr Äußeres bewahrt hat, ließ sie es sich nicht nehmen, vor kurzem noch die häßliche alte Peachum in der „Dreigroschenoper" zu geben. Und dies, wiewohl ein labiler Gesundheitszustand ihr nahelegen würde, sich dem Ruhestand hinzugeben. Der ihr nach den Gesetzen des Burgtheaters als nunmehr 65jähriger zusteht. Aber welcher begabte Mime wird nicht immer wieder auf die Bühne gezogen – zum Glück der Zuschauer, die Judith Holzmeister stets aufs neue zu begeistern weiß.

egw.

Wien zeigt das Werk der Malerin Maria Lassnig

Abdruck auf dem Diwan

Es genüge ihr nicht, nur Auge zu sein und bei den Möglichkeiten des Sichtbaren zu bleiben, hat die österreichische Malerin Maria Lassnig in den siebziger Jahren geschrieben. Vielmehr käme es ihr darauf an, sich davon überraschen zu lassen, was das Unterbewußtsein auf langem Umweg zutage fördere. Nun, sie hat sich selbst überraschen lassen – und sie darf jetzt endlich auch ein breites österreichisches, später sogar das deutsche Publikum an dieser Überraschung teilnehmen lassen. Denn fünf Jahre nachdem Maria Lassnig Österreich bei der Biennale in Venedig vertrat, wird ihr nun die Ehre einer ersten Retrospektive im Wiener „Museum des 20. Jahrhunderts" zuteil.

Was sie zeigt, läßt sich beinahe als Abriß der Malerei-Geschichte der Nachkriegszeit bezeichnen. Alles ist nämlich da: Die Auseinandersetzung mit dem Automatismus, der Gestik, der Abstraktion, der Neuen Figuration; aber auch die versuchsweise Einübung in unterschiedlichster malerischer Praxis, die vom einzelnen Pinselstrich über die pastos zugemalte Leinwand bis zur expressiven Dringlichkeit reicht.

Doch die Lassnig wäre keine große Malerin, ließe sich ihr Werk auf diese Weise abhandeln. Viele der in den letzten Jahrzehnten aktuellen Überlegungen im Bereich der bildenden Kunst sind auch in ihr Werk eingeflossen, wobei jedoch in ihrem Fall allzuoft auf der Ebene des Persönlichen Introvertiertheit und Weltfremdheit und auf der Ebene ihrer Arbeit Weiblichkeit und Leiblichkeit ins Spiel gebracht werden.

Natürlich läßt sich um den inzwischen strapazierten Begriff der „Body-awareness", wenn von Maria Lassnigs Arbeit die Rede ist, nicht herumschreiben. Das Besondere ihrer Bilder macht schließlich aus, daß sie stets vom eigenen Körper ausgehen: „Ich zeichne oder male ein Bild in einer bestimmten Körperlage: z. B. sitzend, aufgestützt auf einen Arm, fühlt man das Schulterblatt, vom Arm selbst nur den oberen Teil, die Handteller wie die Stützen eines Invalidenstocks. Ich fühle die Druckstellen des Gesäßes auf dem Diwan, den Bauch, weil er gefüllt ist wie ein Sack. Der Kopf ist eingesunken in den Pappkarton der Schulterblätter, die Gehirnschale ist nach hinten offen. Im Gesicht spüre ich nur die Nasenöffnungen, groß wie die eines Schweines, und rundherum die Haut brennen, die wird rot gemalt."

Und selbst das ist eigentlich nur die Außensicht einer viel weiter gehenden Einsicht: in die intimsten Ängste, Wünsche, Zwänge, Phantasien, die in ihren Bildern Gestalt gewinnen und sie unvermittelt in der Rolle des „Propheten" (1967) oder des „Indianergirls" (1973) zeigen; niederbrechend unter der „Last des Fleisches" (1973) und unterworfen einem Akt der „Dressur" (1965); genüßlich mit einem Tiger schlafend (1975) oder beim Versuch, das Fliegen zu lernen (1976); beim „Sprechzwang" (1980), im Biennale-Jahr, gleich darauf aber auch mit dem Angstschweiß im Gesicht, als die „Berufung" (1981) an die Hochschule für angewandte Kunst in Wien, die tatsächlich im Jahr davor erfolgt war, mit zwingender Logik den Schlüsselsatz nach sich zieht: „Ich trage die Verantwortung" (1981).

Trotzdem ist Maria Lassnigs Œuvre keineswegs nur gemalte Frauen-Biographie. Wir haben es vielmehr mit einer Künstlerin zu tun, die mit sich selbst sehr streng ist und sich nur auf Inhalte einläßt, die sie aus imaginierter oder erlebter Erfahrung kennt, und die sich nicht scheut, bis an den äußersten Rand der Selbst-Preisgabe zu gehen. Es kommt sicher nicht von ungefähr, daß sie in jüngeren Jahren ihren Künstlerkollegen den Kampf angesagt hat, weil sie „Gefangene ihres Stils" seien, die „griesgrämig in die Welt sehen und verbissen auf den grünen Zweig des Supererfolgs wollen". Sie hat damals gefordert, jeden „Stil" zu verwerfen, ihn jede Woche zu ändern, sich jeden Tag eine neue Haarfarbe, eine neue Perücke, eine neue vorgefaßte Meinung über den Nächsten und in der Politik zuzulegen und möglichst auch einen neuen Namen, einen neuen Job. „Kommt der Änderung zuvor, die die Zeit mit uns vorhat."

Sie selbst lebt die eigenen Worte offenbar noch immer: Die vielen neuen Bilder aus den achtziger Jahren erscheinen dafür als sprechender Beweis. Obwohl sich darunter auch ein Bild findet, das glitschige Fische im frischen Wasser zeigt und eine erschöpft an den Landungssteg geklammerte Maria Lassnig: Die „Rast der Schwimmerin" (1982) braucht eben sogar sie.

LISBETH WAECHTER-BÖHM

Wien bis 3. März; Kunstmuseum Düsseldorf 17. März bis 21. April, Kunsthalle Nürnberg 21. Juni bis 11. August, Kärntner Landesgalerie Klagenfurt im September; Katalog 250 ÖS.



Auf Veränderungen reagieren: „Fliegen lernen" von M. Lassnig FOTO: KATALOG

Bonner Oper: „André Chenier" mit José Carreras

Wenn Steinköpfe rollen

Die Besetzung für Giordanos Oper „André Chenier" ist hochkarätig. José Carreras singt in Bonn den Revolutionsdichter, den die Jacobiner auf die Guillotine schicken. Piero Cappuccilli legt sich als sein Gegenspieler Charles Gérard ins Zeug. Mit Stimme und Degen rivalisieren sie um Teresa Zylis-Gara, die Madeleine de Coigny. Was kann man mehr wollen! Das Premierenpublikum reagiert denn auch ganz enthusiastisch ob solcher Opernwonnen. Der Beifall stürmt durchs Haus.

Natürlich: Carreras ist ja neben Domingo und Pavarotti der Dritte im Bunde der Tenorstars, nach denen man sich die Finger leckt, wo immer auf der Welt Oper gesungen wird. Seine Stimme, obzwar allzu früh strapaziert und daher vor der Zeit schwerer geworden, klingt vor allem in der Mittellage betörend. Die Höhe indes prahlt nicht so frei und glanzvoll, wie man es von einem Sänger seines Rangs erwarten möchte. Carreras' Singen trägt die Gloriole der Schwerarbeit. Das macht Eindruck. Aber selbst für eine Oper des Verismo hört sich das zuweilen etwas brutal an.

Piero Cappuccilli steht Carreras in nichts nach, wo es um die volltönende Verkündigung vokaler Positionen geht. Auch er ist nicht zimperlich mit seiner Kehle. Er wirft dem Publikum Stimme vor wie den Raubtieren Fleischbrocken. Man verschlingt es mit Heißhunger. Eine imposante Leistung auch das. Das edle Timbre, das Cappuccillis Stimme doch mindestens hatte, kommt bei solcher Methode nicht zum Tragen. Das registriert man mit Bedauern.

Teresa Zylis-Gara läßt sich davon kaum beeindrucken. Sie weiß, daß ihr Sopran im Piano noch immer am schönsten klingt. Das kultiviert sie seit Jahrzehnten. Ihre Stimme blüht in Zartheit. Sie trumpft nur auf, wo es musikalisch wie dramatisch plausibel ist. Daß auch Giordano kunstreich gesungen werden kann (und will), sie führt es vor an diesem Abend.

Die vokalen Kraftakte von Carreras und Cappuccilli mögen freilich auch herausgefordert werden vom Dirigenten Gianfranco Masini, der recht kräftig dreinhauen läßt vom Orchester. Gewiß, mit Giordanos Musik braucht man nicht zimperlich umzugehen, aber die Sänger etwas zu schonen, könnte ja auch ehrenwert sein. So klingt die Revolution vor allem ganz einfach laut.

Und so unorganisiert, wie sie wohl war. Bühne und Orchester geraten immer wieder auseinander. Vor allem Cappuccilli steht takteweise neben seiner Partie. An einem Haus der ersten Klasse, zu der Bonn zwar angeblich nicht gezählt werden will, aber mit solchen Besetzungen gezählt werden muß, sollte es an den nötigen Proben nicht mangeln.

Bei einem Regisseur wie Jorge Lavelli dürften auch die nicht helfen. Wenn er „Norma" auf dem Lastwagen spielen läßt, dann finden viele Leute das aufregend zeitgemäß und meinen, Lavelli könne inszenieren. Wenn er es mit einer Regie vom Blatt versucht, geht es schief. Wohl denen, die nicht wie Carreras im ersten und Cappuccilli im dritten Akt völlig von aller Regie verlassen hilflos auf der Bühne umherirren. Aber auch wer eingewiesen ist auf der Bühne, hat deswegen noch längst keine Ahnung, wie er sich zu bewegen, was er zu tun und zu lassen hat. Die Gräfin Coigny ist eine schlechte Witzfigur. Chargen wie der Gérard Père bleiben ohne Profil, Auftritte und Abgänge ohne Sinn und Verstand.

Wenn im Revolutionsbild auf der Place Vendôme ein Reiterdenkmal vom Sockel gestürzt wird, ist das ein schöner theatralischer Effekt. Wenn die Skulptur aber dann nicht zu Boden fällt und zerspringt, sondern, damit die Kascheure nicht zuviel Arbeit bekommen, in einer Schräglage neben dem Sockel hängenbleibt an irgendwelchen Spiralfedern, dann will man mehr, als man technisch zu leisten bereit ist. Wenn den steinernen Heiligen an einer Fassade die Köpfe nicht abgeschlagen werden mit Schwert oder Axt, sondern von Hand abgenommen werden, mühelos wie beim Baukastenspiel, als hätten die gotischen Steinmetze ihre Figuren schon auf die Revolution zugerichtet mit abnehmbaren Köpfen, dann muß man ganz einfach miserables Theater konstatieren, das kein Sänger der Welt retten kann. Eben das war's bei diesem Bonner „André Chenier".

REINHARD BEUTH

KULTURNOTIZEN

„Atelier der Illusion" heißt eine Ausstellung im Mailänder Castello Sforzesco, die die schönsten Kostüme der Scala aus den letzten 40 Jahren zeigt.

„Das Bild als Waffe" ist der Titel einer Karikaturen-Ausstellung in Dortmund (bis 12. März).

Paolo Portughesi ist der Architekt einer Moschee in Rom, für die jetzt der Grundstein gelegt wurde.

Um den Gerhart-Hauptmann-Preis (10 000 Mark) können sich Bühnenautoren bis zum 31. März bei der Freien Volksbühne Berlin, Ruhrstr.6, 1 Berlin 31, bewerben.

330 Manuskripte von Bühnenwerken sind dem Bund der Theatergemeinden im Wettbewerb um deren erstmals ausgeschriebenen Dramatikerpreis eingereicht worden.

Die 71. Esperanto-Konferenz soll 1986 in Peking stattfinden.

Die 3. „Münchner Singschul" im Juli dieses Jahres wird von Erika Köth, Marianne Schech, Richard Holm, Josef Metternich und Hermann Prey betreut.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Kunstmagazin „Du"

Die feine Schweizer Art

Auf dem Gebiet der Kunstzeitschriften fällt der Vergleich der „Branchenführer" in der Schweiz und in der Bundesrepublik nicht gerade zum Vorteil der letzteren aus. Das Hamburger Kunstmagazin „Art" erinnert schon äußerlich mit seiner der Werbegraphik entlehnten „optimistischen" Buntheit (und entsprechendem Layout) daran, daß es sklavisch die internationale Kunsthandelssituation wiedergibt: die „Wilden", „Performances", „Land-Art, dazu Picasso und Primitive, und auch der in jedem Heft zu findende Repräsentant der alten Kunst ist möglichst konventionell ausgelesen (Januar: Rembrandt, Februar: Brueghel d. Ä.).

Die Zürcher Monatsschrift „Du" (Conzett + Huber AG, Postfach 8048) unterscheidet sich schon durch ein gelassenes Layout von der „Art"-Trommelei – man kann in ihren Heften selber zu einem Urteil kommen. Natürlich ist in „Du" ein deutlicher Geruch von Snobismus verspürbar. Aber der subtile Geschmack eines Zürcher Ästheten ist allemal ertragreicher als jener „Snobismus für Dr. Lieschen Müller", wie er in „Art" praktiziert wird.

In fast jeder Nummer von „Du" finden sich Dinge, die nicht anderswo schon breitgetreten wurden. Beispielsweise findet sich in der Januar-Nummer ein reichillustrierter Aufsatz über die von der Regierung Mitterrand versuchte Neubelebung des historischen Denkmals, aus dem man sich ein Urteil über diese problematische Unternehmung bilden kann.

Bonnard-Aufsätze wird es in nächster Zeit angesichts der großen Zürcher Ausstellung viele geben. Der Beitrag über diesen Maler, in derselben „Du"-Nummer, von Margrit Hahnloser-Ingold, die aus der Erfahrung des mit Bonnard befreundeten Winterthurer Sammler-Paares Hedy und Arthur Hahnloser schöpfen kann, bringt jedoch eine wesentliche Korrektur am Bild des großen Meisters an.

Es geht um Marthe Bonnard (1869–1942), die Lebensgefährtin und, ab 1925, Ehefrau von Pierre Bonnard (1867–1947). Sie war sein wichtigstes Modell; er hat Marthe unendlich oft gemalt, über ihren Tod hinaus, ohne sie altern zu lassen, bei der Toilette, in der Badewanne, im südlich-sonnigen Garten. In der Literatur galt Marthe bisher als „bloß animalisches Wesen" (einige Autoren deuteten sogar Geisteskrankheit an).

Der Aufsatz von Frau Hahnloser-Ingold (übrigens auch als Deutung der Malerei Bonnards ein Meisterstück) ist eine Ehrenrettung dieses mysteriösen „Modells". Er zeichnet das Porträt einer sehr sensiblen (und sicher auch nervösen) Frau, die übrigens auch selber eine höchst begabte Malerin war und die eine komplizierte Strategie im Kampf um ihren Mann entwickelte.

Man muß diese nie indiskrete, aber genaue Schilderung einer schwierigen Ehe sorgfältig lesen. Ihr Fazit: „Dieses Meisterstück, einen Maler ein Leben lang zu fesseln, wäre ihr kaum gelungen, hätte sie nicht neben ihrer grazilen Erscheinung eine außergewöhnliche körperliche und geistige Agilität besessen, die Bonnards tägliche Umwelt belebte und ihn nie in Ruhe ließ ... Diese ständige Herausforderung – oft Freude, oft Last – war für Bonnard unentbehrlich."

ANTON MADLER

Duell der Sprücheklopper: Franz Novotnys Gangsterkomödie „Coconuts"

Schwarzes Geld aus dem Feuer geholt

Eigentlich sollte man ja froh sein, wenn Jungfilmer, seien sie nun deutscher oder österreichischer Provenienz, mal nicht nur trübe Nabelschau betreiben oder mit Gefühlskitsch gestopfte „Beziehungskisten" abklopfen, sondern auf Action setzen, auf parodistischen Witz und Thriller-Plots, wie es jetzt der Österreicher Franz Novotny mit „Coconuts" versucht hat. Man wird sich vielleicht erinnern: Novotny war es, der 1980 mit einem Striptease an der schönen blauen Donau einen TV-Skandal verursachte in seinem rüden Filmchen „Exit – nur keine Panik".

In „Coconuts" produziert er Panik gleich mit drei Knalleffekten: krudem Versicherungsbetrug, getürktem Konkurs und Tankwagenexplosion. Doch ist das lediglich der Beginn des Spektakels, bei dem Truck-Fahrer Grein (von „Tatort"-Held Hanno Pöchl gemimt) für seinen zwielichtigen Import-Export-Chef Siemann Schwarzgeld aus dem Feuer holen muß und dabei in die Fänge des nicht minder gerissenen Töchterleins Vera gerät.

Doch damit nicht genug: Er und sein schwuler Freund Bosch (für den sich Österreichs populärer Liedermacher Rainhard Fendrich stark macht) werden sodann zu einem Bankraub animiert und bald in die bösen Politmachenschaften eines Karibik-Generals verwickelt, der das Trio im Kokosnuß-Urwald aussetzt. Exitus? Nur keine Panik: Väterchen Siemann (Mario Adorf) kreist bereits mit Hubschrauber über dem Unglücksort ...

Das hätte witzig sein können, hätte Novotny auch nur ein bißchen Geist, Ironie und Slapstick-Pfiffigkeit investiert. Doch von alledem nicht die geringste Spur in dieser Gangster-Ballade, nur Geschmacklosigkeiten, üble Sadismen, angestrengte Banalität. Sehnsüchtig erinnert man sich an den Charme der Belmondoschen Gaunerkomödien, an die schönen scharfen James-Bonderien, die Novotny übrigens schamlos und obendrein äußerst plump abgekupfert hat, ohne die Versatzstücke nur in losesten Spannungszusammenhang zu bringen.

Auch an das herrliche Geblödel der Curtis/Moore-Brothers in dem TV-Hit „Die Zwei" darf man nicht denken, wenn man das ganz und gar niveau- und pointenlose Sprücheklopfen der Partner Fendrich/Pöchl hört. Fendrich, der ja kein schlechter Sänger ist, macht schauspielerisch in den „Coconuts" höchst mittelmäßige Figur. Pöchl als Macho Grein wirkt nur haltlos und rüde. Mario Adorf als fieser Gangsterboß verzieht gar nicht erst die Miene, als habe er für diesen Film nur seine Maske ausgeliehen. Ghostbustern macht mehr Spaß.

KLÄRE WARNECKE



Autobahn in Flammen

Zwölf Stunden dauerten gestern die Bergungsarbeiten auf der Autobahn A 3, der „Hollandlinie" zwischen Bocholt-Rees und Emmerich. Ein mit Gasflaschen beladener Sattelzug war ins Schleudern geraten und gegen die Leitplanken geprallt. Dabei traten 1500 Kubikmeter Wasserstoff aus. Das Fahrzeug, *dessen 34jähriger Fahrer sich unverletzt retten konnte,* ging in Flammen auf (Fotos). Auch die Autobahn München – Stuttgart mußte gestern im Raum Sulzemoos-Dachau für sechs Stunden völlig gesperrt werden. Aus bisher ungeklärter Ursache war ein Lastwagen von der Fahrbahn abgekommen, der 105 Fässer mit hochgiftigem, ätzendem, hochexplosivem *Propergyl-Alkohol geladen hatte.* Das Fahrzeug stürzte neben der Autobahn um. Fünf Fässer schlugen leck, etwa 200 Liter Giftflüssigkeit liefen aus. Wegen der strengen Kälte von etwa 20 Grad minus fror die Flüssigkeit sofort und sickerte nicht in den Boden ein. FOTOS: AP



Steht die nächste Eiszeit schon vor der Tür?

Von HEINZ PANZRAM

Die Wettermeldungen der letzten Tage haben so manchem einen Schauer über den Rükken gejagt und die Frage aufgeworfen, ob nicht eine neue Eiszeit naht. Seit etwa 25 Jahren macht das *Klima* Schlagzeilen. Immer wieder erscheinen in unregelmäßigen Abständen Berichte oder Prognosen über bevorstehende Klima-Katastrophen. Nur über das *Vorzeichen* ist man sich nicht einig: Die einen prophezeien eine überhitzte Erde, die anderen warnen vor einer neuen Eiszeit. Entweder die arktischen und antarktischen Eispanzer schmelzen ab, der Meeresspiegel steigt um fünf oder zehn Meter, in der norddeutschen Tiefebene wachsen Kokospalmen oder – die skandinavischen Gletscher dringen (wie bei der letzten Eiszeit) bis an den Alpenrand vor und begraben ganz Mitteleuropa unter einem Schnee- und Eispanzer.

Beiden Klimaprophezeiungen (Kokospalmen oder Gletscher) ist gemeinsam, daß der Mensch angeblich diese Klimakatastrophen auslösen soll. Vor Jahren wurde als mögliche *Ursache die Kernwaffenpest* in der Atmosphäre vermutet. Der Unsinn hat Gott sei Dank aufgehört, einfache Berechnungen zeigen nämlich folgendes: Ob eine nukleare Bombe des Hiroshima-Typs explodiert oder nicht, ist für den Energiehaushalt der Erdatmosphäre genauso unbedeutend wie der Zufall, daß die Sonne über einen Quadratkilometer der Erdoberfläche eine Minute länger oder kürzer scheint. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts wurde den neuen Zündnadelgewehren und in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts der von den Sendemasten der Rundfunkanstalten abgestrahlten Energie die Schuld an dem schlechten Wetter zugeschrieben. Psychologisch ist ganz interessant, daß keiner der ungerufenen Propheten je auf den Gedanken gekommen ist, der Mensch könne das Wetter besser machen und auch nur eine Stunde „künstlichen" Sonnenschein hervorzaubern.

Der Grund ist wahrscheinlich eine Art schlechtes Gewissen, der Mensch pfusche mit seinen Aktivitäten den Göttern ins Handwerk. Denn von der ganzen antiken Götterhierarchie haben sich nur der Wettergott und die Glücksgöttin bis in unsere unendlich aufgeklärte Zeit hinübergerettet.

In den letzten Jahren haben sich die Auguren offenbar darauf geeinigt, daß es demnächst (wann, das wagt niemand genau zu sagen) keine neue Eiszeit gibt, sondern unsere Enkel oder Urenkel wahrscheinlch auf einer überhitzten Erde werden leben müssen. Schuld daran soll, wie zur Zeit bei dem apokalyptischen grünen Gezeter üblich, die böse Industrie sein. Aus deren Schloten und Schornsteinen wird seit der Jahrhundertwende immer mehr des beim Verbrennen von Kohle und Öl entstehenden Kohlendioxyds (*chemische Kurzformel* CO_2) in die Atmosphäre geblasen. Der dadurch entstehende immer dikker werdende CO_2-Schirm in der Atmosphäre müsse die Treibhauswir*kung erhöhen und so die bodennahen* Luftschichten immer stärker erwärmen.

Soweit die meßbaren Tatsachen, die daraus abgeleiteten Prognosen aber sind Theorie. Sie stützen sich nämlich auf mathematisch-physikalische Modelle der Atmosphäre, die mit Computern durchgespielt werden. Bei diesen Modell-Atmosphären muß nach wie vor mit starken Vereinfachungen gearbeitet werden. Die tatsächlich im Luftmantel der Erde ablaufenden Prozesse sind so kompliziert, daß sie nur sehr unvollkommen simuliert (nachgeahmt) werden können. Vor allem die vielen Rückkoppelungen und die Wechselwirkung zwischen den einzelnen, das Klima bestimmenden Faktoren (als da sind: Atmosphäre, Ozeane, Biosphäre, kontinentale Schnee- und Eismassen) sind erst unzureichend erforscht. Sie können allein deshalb auch im Modell nur näherungsweise wirklichkeitsnah simuliert werden. Hier stehen wir erst am Anfang eines sehr langen Forschungsweges.

Im übrigen kennen wir das Klima Europas der letzten zehntausend Jahre recht gut. Es hat sich in diesem langen Zeitraum, abgesehen von kleinen Schwankungen oder Ausschlägen des Klimapendels, nicht grundlegend geändert. Kleine „Ausrutscher" waren im Hochmittelalter eine sehr warme Periode, in der bis nach Ostpreußen hinauf Wein angebaut werden konnte und gegen Ende des 18. Jahrhunderts die sogenannte „Kleine Eiszeit" mit einer Häufung von kühlen regnerischen Sommern und kalten Wintern. Während der Schäferspiele des Rokoko müssen also die Damen ganz schon gefröstelt haben.

Die tatsächlich von Menschen heraufbeschworenen Katastrophen auf unserem Kontinent hat das Klima Europas prächtig überstanden. Mit anderen Worten: Wie hätten wir es gut, wenn bei uns alles so in Ordnung wäre wie unser Klima. Wir leben nämlich in Mitteleuropa in einem Klimabereich, in dem weder, wie im hohen Norden, ein zu großer Teil der menschlichen Energie für den Kampf ums nackte Dasein verbraucht wird noch, wie im Süden, zu hohe Temperaturen und feuchtwarme Schwüle die menschliche Aktivität lähmen. Im Gegenteil: Das immer wechselhafte Wetter zwischen dem 40. und 60. Breitengrad auf der nördlichen Halbkugel schafft ganz offensichtlich eine Art Reizklima für kulturelle und zivilisatorische Höchstleistungen.

Wieder Brand in philippinischem Luxushotel

AFP, Manila

Mindestens 26 Menschen, überwiegend Ausländer, sind in der Nacht zum Mittwoch in einem Großbrand umgekommen, der das Luxushotel „Regent" in Manila völlig zerstörte. Über 30 Personen wurden laut einer vorläufigen Bilanz verletzt. Das Feuer brach um Mitternacht offenbar in der zweiten Etage des neungeschossigen Gebäudes aus, wo sich eine Küche und Dienstträume befanden. Trotz des Einsatzes von über dreißig Löschzügen wütete der Brand sechs Stunden lang, bis er unter Kontrolle gebracht werden konnte. Noch Stunden später schwelte das Feuer des völlig ausgebrannten Hotels an der Bucht von Manila im südlichen Stadtteil Pasay weiter. Es wird befürchtet, daß sich weitere Opfer in den Trümmern befinden. Über die Brandursache herrscht noch Unklarheit. Es handelte sich um den sechsten Hotelbrand auf den Philippinen seit Oktober letzten Jahres. Der verhängnisvollste ereignete sich im November in dem „Pines Hotel" in Baguio im Norden des Landes, bei dem 25 Menschen den Tod fanden.

Minister-Rücktritt

dpa, Ottawa

Der kanadische Verteidigungsminister, Robert Coates, ist jetzt im Zusammenhang mit Berichten über einen Nachtclubbesuch in Deutschland zurückgetreten. Die in Ottawa erscheinende Zeitung „The Citizen" hatte berichtet, Coates und zwei seiner Assistenten hätten während einer NATO-Dienstreise am 29. November in Lahr (Baden) ein Strip- und Prostituiertenlokal besucht. Der Minister habe etwa zwei Stunden an der Bar verbracht. Seine zwei Assistenten seien „mit zwei anderen Frauen in einem anderen Teil des Lokals verschwunden". In seiner Rücktrittserklärung vor dem Parlament erklärte Coates, der Zeitungsartikel enthalte viele Unrichtigkeiten und sei verleumderisch.

Diplomat abgewiesen

AP, Basel/Bern

Auch Diplomaten sind von der Vignettenpflicht auf Schweizer Autobahnen nicht ausgenommen. Diese Erfahrung mußte jetzt der französische Militärattaché in Bern, Germain Graff, am Basler Zoll machen, als er bei der Einreise in die Schweiz keinen Aufkleber kaufen wollte. Dem französischen Oberst nutzte auch der Hinweis auf seinen Diplomatenstatus nichts: Graff mußte über die Hauptstraße nach Bern fahren.

Parkplatz „verteidigt"

AP, Hannover

In Wildwestmanier hat ein 59jähriger Autofahrer in Hannover einen Parkplatz verteidigt, den er einem anderem blitzschnell vor der Nase weggeschnappt hatte. „Als ihn der um seinen Parkplatz betrogene Autofahrer deswegen zur Rede stellen wollte, bedrohte ihn der 59jährige mit einer Pistole Kaliber 22", sagte gestern ein Polizeisprecher. Der bedrohte Autofahrer verzichtete erschreckt auf den Parkplatz und rief Polizisten herbei, die die Pistole sicherstellten.

Supermärkte in China

AFP, Peking

Die Supermärkte häufen sich in den chinesischen Großstädten und sind bei der Bevölkerung äußerst beliebt, berichtete am Mittwoch die Pekinger Tageszeitung in englischer Sprache „China Daily". Die rund hundert Großverkaufsstellen, die in zehn Städten eingerichtet wurden und Nahrungsmittel sowie gängige Konsumgüter anbieten, verbuchten „Riesenumsätze".

Neun Tote bei Busunglück

AP, Warschau

Beim Zusammenstoß eines Busses mit einem Zug sind gestern in der polnischen Stadt Nysa (Neisse) neun Menschen getötet und 31 verletzt worden. Die amtliche polnische Nachrichtenagentur PAP berichtete, der Bus habe eine Bahnschranke durchbrochen und sei vom Zug erfaßt worden.

Schließfächer ausgeräumt

AFP, Paris

Etwa 200 Schließfächer wurden gestern morgen in einer Bank im Pariser Vorort Houilles von acht Bankräubern ausgeräumt. Polizeiangaben zufolge nahm die Bande den Direktor der Filiale am frühen Morgen in seinem Haus als Geisel und fuhren mit ihm zur Bank. Die nacheinander eintreffenden Angestellten wurden gefesselt. Nachdem ihnen die Schließfächer geöffnet worden waren, nahmen die Bankräuber alles mit, was ihnen in die Hände fiel. Anschließend flohen sie mit zwei gestohlenen Wagen.

ZU GUTER LETZT

„Einfach Pech hatte ein 34jähriger Mann, der – in treuem Glauben an Recht und Ordnung – bei einer Bonner Polizeiwache eine Diebstahlsanzeige erstatten wollte und dabei selbst festgenommen wurde. Der 34jährige ist ein entwichener Häftling und hat noch eine Reststrafe von dreieinhalb Jahren abzusitzen." Das meldete dpa.

Annulierung von Carolines Ehe nur eine „Ente"

F. M. Rom

Zu einer in der Pariser Zeitschrift „Le Canard Enchainé" veröffentlichten Meldung, wonach Papst Johannes Paul II. das Urteil über die Annullierung der geschiedenen Ehe zwischen der inzwischen wieder verheirateten Prinzessin Caroline von Monaco und dem Franzosen Philippe Junot unterschrieben haben soll, entbehrt nach Auskunft des vatikanischen Pressesprechers Navarro-Valls „absolut jeder Grundlage". Der Prozeß vor der Sacra Rota sei noch im Gange und das Urteil noch nicht gesprochen. Navarro-Valls fügte hinzu: „Das einzige, was an der ganzen Sache verblüfft, ist die Quelle der Nachricht. ‚Le Canard' ist schließlich eine satirische Zeitschrift."



Wartet auf das Urteil des Vatikan: Caroline von Monaco

Prinzessin Caroline hatte nach der Scheidung ihrer kinderlosen Ehe mit Philippe Junot 1984 den italienischen Industriellen Stefano Casiraghi geheiratet. Im Juni bekam das Paar einen Sohn.

40 Kinder und kein Vater

In USA ermitteln die Behörden gegen Polygamisten-Klan

E. HAUBROCK, Salt Lake City

Der größte Wohlfahrtsbetrug in der amerikanischen Geschichte wurde jetzt, nach vierjährigen Ermittlungen, im Staate Utah aufgedeckt. Ein Polygamisten-Klan kassierte auf betrügerische Weise Unterstützung für angeblich vaterlose Kinder in Millionenhöhe. Das volle Ausmaß des Betruges wird im dunkeln bleiben, weil er sich über viele Jahre erstreckte und deshalb nicht mehr aufgeklärt werden kann.

Ermittelt wurde gegen John Ortell Kingston, das 65jährige Oberhaupt einer Religionsgemeinschaft mit rund 1000 Mitgliedern, die Polygamie als Bestandteil ihres Glaubens praktiziert. Kingston ist gleichzeitig Leiter und gesetzlicher Besitzer eines weitverzweigten Wirtschafts-Konglomerats mit einem Schätzwert von umgerechnet 230 Millionen Mark. Es umfaßt unter anderem ein Kohlebergwerk, mehrere Fabriken und eine 40-Prozent-Beteiligung an einer größeren Bank. Von Kingston wird angenommen, daß er elf Frauen und mindestens 65 Kinder hat.

Der Klan predigt Bedürfnislosigkeit als höchste Tugend. Die Mitglieder leben in elenden Behausungen, ernähren sich in der Hauptsache von Weizenkeimen und Abfällen aus den Mülltonnen von Supermärkten. Die Arbeitsfähigen sind in Betrieben des Klans tätig und erhalten einen minimalen Lohn. Auch Sektenführer Kingston hält sich weitgehend an diesen Lebensstil. Seinen bewundernden Anhängern berichtete er, er trage ein schwarzes Hemd ein Jahr lang – jeden Tag.

Auf eine Strafverfolgung von Kingston wurde bisher verzichtet, *weil er inzwischen 250 000 Dollar an* den Staat zurückgezahlt und der Klan sich zur Rückerstattung von weiteren 100 000 Dollar verpflichtet hat, die als Unterstützung für 40 Kinder von Müttern ohne Ernährer gezahlt wurden. Kingston fand sich *zu* dieser Regelung erst bereit, nachdem die Staatsanwaltschaft ihm angedroht hatte, anhand von Blut- und Gewebeproben den Vater einer ungenannten Zahl von Kindern ermitteln zu lassen.

Der Verdacht auf Betrug kam erst auf, nachdem Jahr für Jahr dieselben Frauen mit knöchellangen dunklen Kleidern und verhüllenden Kopftüchern auf dem Wohlfahrtsamt erschienen, um Unterstützung zu beantragen. Ihr Habitus war sittsam und fromm, aber ihre Geschichten klangen unmoralisch. Sie alle hatten angeblich den Vater ihres weiteren Kindes in einer Bar kennengelernt und nach einer folgenreichen Liebesnacht nie wieder von ihm gehört. Ermittlerin Sheila Wolf: „Eigentlich hätte die Sache viel früher auffliegen müssen. *Das paßte einfach nicht zusammen.*"

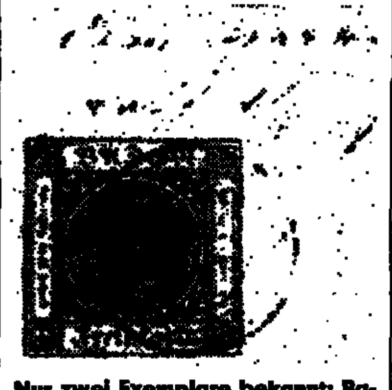
Die ersten Untersuchungen ergaben, daß die ledigen Mütter alle dem Kingston-Klan angehörten und 29 Kinder, für die Unterstützung gezahlt worden war, laut Blut- und Gewebeanalysen denselben Vater haben mußten.

Der Kingston-Klan gehört zu dem Dutzend von Sekten mit insgesamt etwa 50 000 Mitgliedern in den USA, die Polygamie praktizieren. Sie berufen sich auf die Lehre von Joseph Smith, den Begründer der im Staate Utah vorherrschenden Mormonen-Kirche, der 1843 von seinen Kirchenältesten die Vielehe als Mittel zur „himmlichen Verherrlichung" gefordert hatte. Da die Praxis jedoch auf staatliche Verfolgung stieß, wurde sie 1890 von einem anderen Mormonen-*Ältesten unter Berufung auf eine* neue göttliche Weisung in den Bann getan. (SAD)

Baden-Fehldruck kommt unter den Hammer

DW. Wiesbaden

Der „Baden-Fehldruck", die seltenste und teuerste deutsche Briefmarke gelangt am 16. März beim Auktionshaus Köhler in Wiesbaden zur Versteigerung. Für über 1,5 Millionen Mark soll diese philatelistische Rarität von Weltrang, übrigens seltener als die legendäre Mauritius, ihren Besitzer wechseln. Dieser erst im Jahre 1894 – 43 Jahre nach seiner Ausgabe am Postschalter – entdeckte Fehldruck, von dem nur noch zwei Stücke existieren, stammt aus der bedeutendsten Altdeutschland-Sammlung unserer Tage, der John R. Boker jr.-Kollektion. Der heute 72jährige deutschstämmige Amerikaner baute in über 40 Jahren eine Sammlung auf, *die ihresgleichen sucht.*



Nur zwei Exemplare bekannt: Baden-Fehldruck

Der jetzt in Deutschland anlaufende Verkauf seiner Sammlung erstreckt sich auf über acht Auktionen in vier Jahren und sollte nach vor*sichtigen Schätzungen einen* Verkaufserlös von 40 bis 50 Millionen Mark erreichen.

„Heuer gibt's nix"

Die Pächterin des „Donisl" steht als Zeugin vor Gericht

PETER SCHMALZ, München

Der freundliche Herr mit dem weißgrauen Vollbart verfolgt Tag für *Tag mit gespannter Aufmerksamkeit* das Geschehen im Münchner Gerichtssaal 175. Manchmal schüttelt er ungläubig den Kopf, hin und wieder schnauft er gequält. Der Mann hat Grund zur Sorge: Was da vorne um den Richtertisch zu vernehmen ist, zählt auch zu dem Erbe, das er im Mai anzutreten gedenkt, wenn er als neuer Pächter die Traditionsgaststätte „Donisl" wiedereröffnet und bei Gästen um Vertrauen werben muß.

Zugleich aber ist der Prozeß auch eine gute Lehre für Toni Gartner, den neuen Wirt. Er weiß, daß er künftig mit wachem Auge seinen Betrieb leiten muß, damit er nicht in ähnliche Peinlichkeiten gerät wie seine Vorgängerin Paula Baader, die als Zeugin erklärt, sie sei täglich in der Wirtschaft gewesen und habe „geschaut, *ob alles in Ordnung*" sei. *Gesehen* habe sie allerdings nichts Unrechtes. „Die müssen das ganz raffiniert gemacht haben", sagt sie zu der Tatsache, daß ihr Personal regelmäßig Geld in die eigenen Taschen wirtschaftete, indem es Leberkäs und Weißwürste unboniert verkaufte.

Kein Wunder, daß die Dame, die im cognacfarbenen Chanelkostüm auftritt und Armenrecht beantragt hat, um fünf ihrer ehemaligen Angestellten auf Zahlung von 1,7 Millionen Mark zu verklagen, auch von der Polizeirazzia im Mai vergangenen Jahres ahnungslos überrascht wurde. „Ich bin aus allen Wolken gefallen", sagt sie unberührt von dem ungläubigen Staunen um sie. „Ich hab erst gedacht, da wäre eine Bombe gelegt worden."

Ihr fehlt auch nicht die Erklärung, weshalb sie nicht gemerkt haben will, wie ihr Lokal nach dem Tod ihres Mannes mehr und mehr zu einer Räuberhöhle verkommen ist: „Herr Mayrhofer war der Mann meines Ver*trauens." Der aber sitzt auf der Ankla*gebank wegen Untreue, Hehlerei und Steuerhinterziehung, fühlt sich selbst aber auch nicht als derjenige, der zur Wahrheitsfindung Wesentliches beitragen könnte, hat er doch nichts oder kaum etwas gesehen.

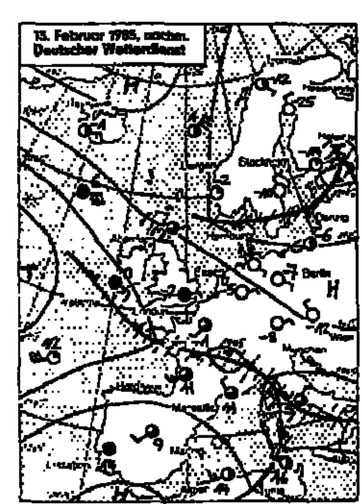
Wie groß der so entstandene Schaden wirklich war, wird eines der Geheimnisse um den Dunstkreis des „Donisl" bleiben. Der Staatsanwalt spricht von 1,3 Millionen Mark in nur zwei Jahren und errechnete anhand der Einkaufsbelege fast 400 000 Weißwürste und 40 Tonnen Leberkäs, deren Verkaufserlös an der Wirtskasse vorbei direkt vom Personal eingesteckt wurde. Der Ankläger habe aber viel zu hoch gerechnet, mußte sich dieser von Metzgern vorhalten lassen. Der Leberkäs habe in den de*fekten Donisl-Öfen beim Backen bis* zu 20 Prozent Substanz verloren.

Außerdem, gibt eine Bedienung zu bedenken, hätten immer wieder Familienmitglieder der Pächter, deren Freunde und sogar die Müllmänner kostenlos bewirtet werden müssen. Von der „schmarotzenden Verwandschaft" ist die Rede. „Die ham alles vom Donisl geholt: Besteck, Inventar, Fleisch und Wurst, Hax'n und sogar Kartoffelsalat", berichtet die Ex-Kellnerin Dusanka H:

Bei Baaders, so berichtet die Kellnerin Maria T., habe es weder Urlaubs- noch Weihnachtsgeld gegeben: „Die Frau Baader hat einfach gesagt: Heuer gibt's nix." Reichlich vorhanden waren wohl nur die Schulden. Eine Million Mark sollen nach dem Tod des Wirts 1982 auf der Gaststätte gelastet haben, *Finanzamt und Kran*kenkasse ließen sich schließlich täglich bezahlen.

WETTER: Kalt und trocken

Wetterlage: Tiefausläufer über Frankreich verlagern sich nur abgeschwächt nach Nordosten, sie beeinflussen damit nur den Südwesten Deutschlands mit wolkenreicher und milderer Luft.



Stationen 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. ● bedeckt mit Nebel ● Sprühregen ● Regen ✱ Schneefall ▼ Schauer. Gebiete Regen Schnee Nebel Frostgrenze. H=Hoch- T=Tiefdruckgebiete Luftströmung ⇒ warm, ➡ kalt. Fronten Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm)

Vorhersage für Donnerstag:
Im Südwesten zunehmend bewölkt und gelegentlich Schneefall, Höchsttemperaturen nahe minus 2, nachts um minus 6 Grad C. Mäßiger Wind um Ost. Übriger Raum: Bei nur geringer Bewölkung niederschlagsfrei. Temperaturen tagsüber um minus 4, nachts weiterhin strenger Frost zwischen minus 8 und minus 15, in Süddeutschland örtlich bis minus 25 Grad.

Weitere Aussichten:
Südwesten und Alpen Schneefall, sonst niederschlagsfrei. Dauerfrost.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	-7°	Kairo	25°
Bonn	-4°	Kopenh.	-3°
Dresden	-6°	Las Palmas	18°
Essen	-5°	London	-2°
Frankfurt	-8°	Madrid	9°
Hamburg	-6°	Mailand	0°
List/Sylt	-6°	Mallorca	16°
München	-8°	Moskau	-18°
Stuttgart	-5°	Nizza	6°
Algier	14°	Oslo	-12°
Amsterdam	-5°	Paris	-1°
Athen	15°	Prag	-12°
Barcelona	17°	Rom	3°
Brüssel	-7°	Stockholm	-10°
Budapest	-10°	Tel Aviv	22°
Bukarest	-10°	Tunis	16°
Helsinki	-14°	Wien	-12°
Istanbul	-4°	Zürich	-7°

Sonnenaufgang* am Freitag: 7.36 Uhr, Untergang: 17.37 Uhr; **Mondaufgang:** 5.27 Uhr, Untergang: 12.30 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Helmut Kohl als Flügelmann der Stadtsoldaten

MARIA GROHME, Bonn

Wie alljährlich hatte das politische Bonn auch diesmal wieder „Sand im Getriebe": Die Tollitäten der Stadt Bonn und andere „Jecken" stürmten mit „Helau" und „Alaaf" das Bundeskanzleramt; eine Kabinettssitzung wurde ungewöhnlich pünktlich beendet, *damit die Minister „fugenlos von* einer Narretei zur anderen wechseln können" – so der Bundeskanzler.

Karnevalsempfang im Bundeskanzleramt. Zum Auftakt spielte die *Kapelle des Bonner Stadtsoldaten*corps. „Präsentiert die Kawumm, Augen rechts", und der Kanzler schritt die Ehrenformation der Soldaten mit den blumengeschmückten Dreizack*hüten ab. Ein paar Meter nur,* und dann – auch die Narren haben Regeln – war der Reigen offiziell eröffnet.

Eine bunte Schar von 200 Karnevalisten aus Münster und Bonn hatte sich am Tag vor Weiberfastnacht in der Eingangshalle aufgebaut. Mittendrin ein Fleck in Grau: Die Minister, die, ob sie wollten oder nicht, mitschunkeln mußten zu den Klängen von „Nach Hause gehen wir nicht". Die Tollitäten aus Bonn und Bad Godesberg waren ins Kanzleramt eingezogen, ebenso die liebliche LiKüRa-Prinzessin und die Beueler Wäscheprinzessin. Prinz Ernst I. aus Münster war mit den 24 „Prinzengardisten" *angereist.*

Mit der Einladung der Narren aus dem Münsterland setzte Helmut Kohl die Reihe der Einladungen an Delegationen aus den deutschen Karnevalshochburgen fort. 1983 waren die Mainzer da, 1984 kam das Kölner Dreigestirn und die Prinzen-Garde.

Das karnevalistische Treiben läuft nach strengem Ritus ab: launische Reden, Ehrenbezeigungen – und selbstverständlich viele, viele „Bützchen" von den holden Damen und an dieselben. All das absolvierte Kanzler Kohl mit dem diesem Brauch angemessenen Ernst. Schwer zu tragen hatte er an den fünf Orden, die ihm von den Delegationen überreicht *wurden. Zweimal hieß es „paßt!": die* Münsteraner und die Bonner Stadtsoldaten krönten das Haupt des Kanzlers mit Narrenkappen, als äußeres Zeichen hoher Ehren, denn der Kanzler wurde zum Ehrenprinzgardisten der Stadt Münster und zugleich zum Ehrenobristen des Bonner Stadtsoldatencorps ernannt.

Zum Dank für all die erwiesenen Auszeichnungen lud Kanzler Kohl seinen Bonner „Kollegen" Prinz Toni I. ein, einmal einen Tag in Amt und Würden des Kanzlers zu verbringen. Den Bonner Stadtsoldaten, unter die sich Helmut Kohl künftig als Flügelmann einreihen soll, dankte der Kanzler für das soziale Engagement der traditionsreichen, seit 1872 bestehenden närrischen Truppe. Denn außerhalb der Karnevalssaison setzt sie sich für die Betreuung der Alten, Waisen und Bedürftigen Bonns ein.

Das „Funkenmariechen" und ihr „Kerl" lieferten auf dem Bonner Parkett noch einen schweißtreibenden Tanz; und dann zog die fröhliche Schar mit „Tschingdarassabum" ab: zu Erbsensuppe und Bier.



Von den „tollen Tagen" bleibt auch der Kanzler nicht verschont: Er bekam eine Narrenkappe verpaßt FOTO: SVEN SIMON